Etwas Besseres als die Nation

Materialien
zur Abwehr
des gegenrevo-
lutionären
Übels

Wohlfahrtsausschüsse (Hrsg.)

Edition ID-Archiv

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

2 MONATE
VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

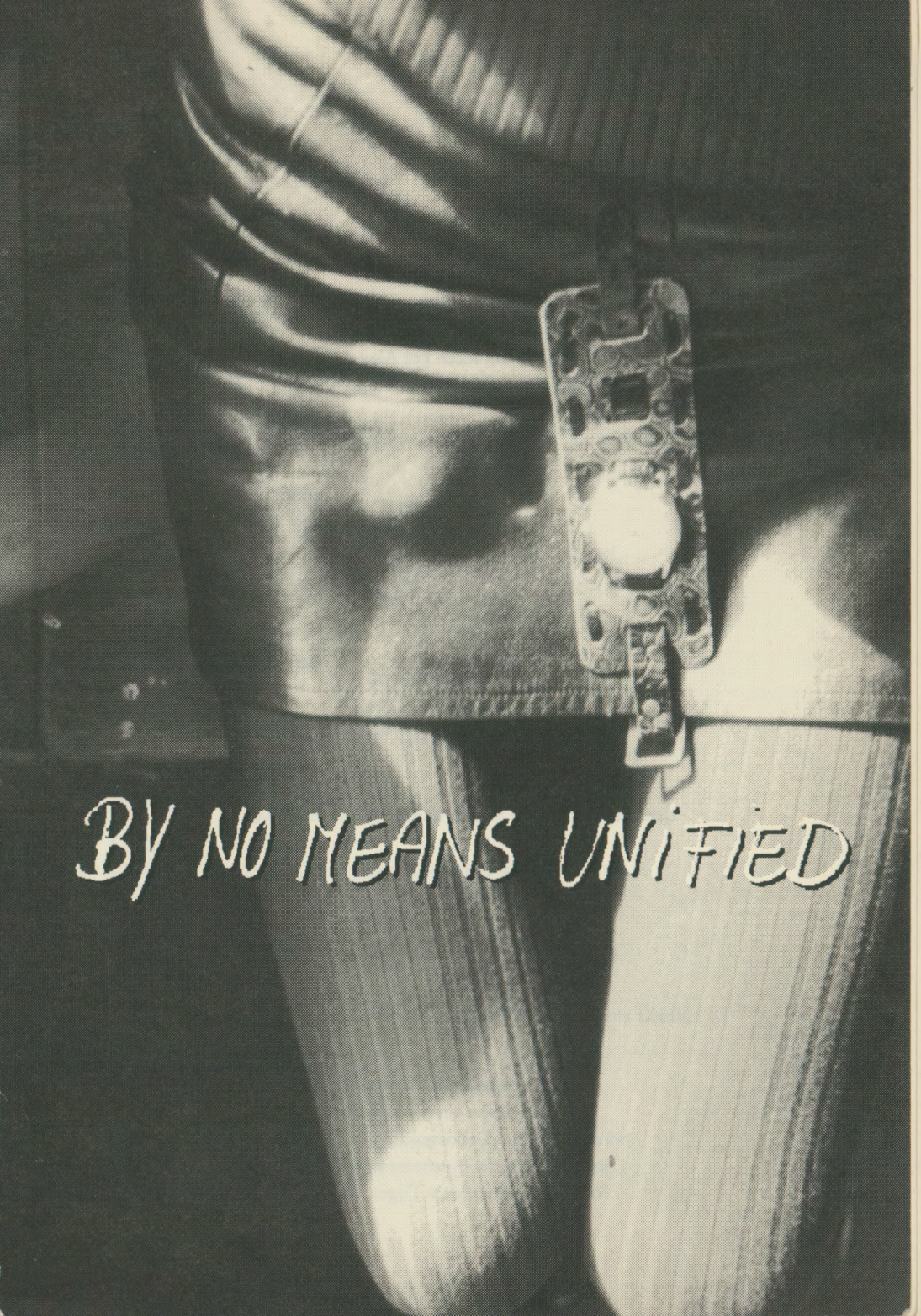
Etwas Besseres als die Nation

Edition ID-Archiv
Berlin – Amsterdam

INFO

Nationalismus / Rassismus

Jutta Koether: »By No Means Unified«, N.Y.C. 1993


BY NO MEANS UNIFIED

Wohlfahrtsausschüsse (Hg.)
Etwas Besseres als die Nation
Texte und Materialien zur Abwehr des
gegenrevolutionären Übels

Redaktion: Thomas Atzert, Andreas Fanizadeh

Edition ID-Archiv
Postfach 360205
10972 Berlin

ISBN: 3-89408-038-8

1. Auflage, August 1994

Umschlagentwurf: Stefan Dinter, Michael Dreyer

Fotos: Marily Stroux,
Abbildung Seite 3: Jutta Koether

Satz & Layout: seb, Hamburg

Druck: Winddruck, Siegen

Buchhandelsauslieferungen:
BRD: Rotation Vertrieb, Berlin
Schweiz: Pinkus Genossenschaft, Zürich
Österreich: Herder-Auslieferung, Wien
Niederlande: Papieren Tijger, Breda

Inhalt

Vorwort 7
Andreas Fanizadeh

1. Etwas Besseres als die Nation

Wohlfahrtsausschuß Hamburg 17
Unser Minimalziel ...

Diedrich Diederichsen 19
Thesen zu Rassismus und Jugendkultur

Andreas Fanizadeh 22
Im dritten Jahr der deutschen Einheit

Autonome l.u.p.u.s.-Gruppe 32
Gegen die völkische Mitte

Isabelle Graw 36
Die Frau im Wohlfahrtsausschuß

Wohlfahrtsausschuß Hamburg 45
Etwas Besseres als die Nation

Dokumente der Tour 52
»Druck«/Leipzig, Bomber-Harris, u. a.

Günther Jacob 62
Ich-Identität und nationale Identität

2. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels

Mark Terkessidis 77
Die Geschichte zurückerobern

Isabelle Graw 86
Für Theorie

Sabine Grimm 95
Sexismus ohne Sex?

Alex Demirović 105
Fordistischer Nachkriegskonsens, Krise und Neorassismus

Jost Müller 115
Rechtes Denken und linke Intellektuelle

Cornelia Eichhorn 129
»Lebensschützer« im Sortiment

Udo Sierck 137
Rechtes Denken im Print

Diedrich Diederichsen 141
Gefühlte Paprika

3. Weitere Texte der Wohlfahrtsausschüsse

WA-Frankfurt/M. u.a. 163
Neue Hausordnung: Betreten Verboten!

WA-München 169
Zur Zeit Niemandsland

WA-Hamburg 173
Die schönste Jugend ist gefangen

Reise-WA 182
Island Manifest

Vorwort

1.

»Um überhaupt aufzufallen, hätten wir blaue Mao-Anzüge tragen müssen.«
Die Goldenen Zitronen

Im Dezember 1992 lud der Hamburger Wohlfahrtsausschuß (WA) zu einer ersten öffentlichen Diskussionsveranstaltung nach St.Pauli ins »Mekka«. Der Ort, eine Keller-Discothek, auf der Reeperbahn gelegen, war für den Auftakt einer Veranstaltungsreihe, die sich »Etwas Besseres als die Nation« nennen sollte, gut gewählt. »Unser Minimalziel«, hatte der Hamburger Wohlfahrtsausschuß in seinem Einladungsflugblatt geschrieben, »ist die symbolische Verteidigung des öffentlichen und privaten Raumes gegen den wachsenden Einfluß neofaschistischer Gruppen.« Und dazu reiche 1992, nach der völkischen Fusion von BRD und DDR, nach der staatlichen Beförderung einer Pogromstimmung im Lande, »Empörung und Betroffenheit nicht aus.« »Alle«, so der Wohlfahrtsausschuß weiter, »die nur ihre Ruhe haben wollen, werden zu Mitläufern.«

Ein halbes Jahr später setzte sich ein Troß von etwa 250 Musikern, Intellektuellen und Antifas in Bewegung. Von den alten in die neuen Bundesländer ging es, um in Zusammenarbeit mit örtlichen linken Gruppen in Rostock, Dresden und Leipzig die Rechten herauszufordern und ihnen öffentlich den Raum streitig zu machen.

Die Aktion war in jeder Hinsicht gut vorbereitet. An Schlagkraft hätte der Zug auch eine glatzköpfige Hundertschaft nicht zu fürchten gehabt. Zu erwartende Repressalien der Polizei wären ein gefundenes Fressen für die mitreisenden JournalistInnen gewesen. Aber, kein Nazi ließ sich blicken, kein Staatsschützer versperrte den Weg. Provinzpolitiker und Lokaljournalisten waren wie vom Erdboden verschluckt. Man konnte ungehindert Parolen an die Wände sprühen, Plakate gegen die Abschaffung des Asylrechts kleben, alles lediglich ein Fall für die Gebäudereinigung am nächsten Tag. Auch dem Soundsystem und den Reden in den Innenstädten schenkten die vorbeihuschenden PassantInnen kein Gehör. Theoriediskussion in Zentren östlicher Subkultur? Die linke Szene hatte, mit Ausnahme in Leipzig, kein Interesse. Die Konzerte am Abend: was labern die Musiker da rum? Lauter, schneller, härter!

Mit vielem hatten die Organisatoren von »Etwas Besseres als die Nation« gerechnet, nicht aber mit dieser grenzenlosen Gleichgültigkeit. Man lief ins

Leere. Von Freund und Feind war weit und breit nichts zu sehen. Ostdeutsche Linke hatten im Nachhinein für ihre Abstinenz ein geläufiges Erklärungsmuster parat. Ungeachtet dessen, daß Gruppen aus dem Osten unmittelbar in den organisatorischen Ablauf involviert waren, wurde die Tour zum westimperialistischen Feldzug deklariert.

KritikerInnen in Leipzig paßte vor allem nicht, daß »der gegenwärtige Rassismus und die faschistischen Tendenzen ... prinzipiell auch bei Euren Papieren (gemeint sind die Erklärungen der Wohlfahrtsausschüsse, d.A.) mit der Wiedervereinigung und dem neuerwachenden Nationalgeist zusammenhängen« sollen. In solchen Statements wird die völkische Vereinigungsideologie von Ost-Linken immer noch bagatellisiert, entsprechend auch die 1989 einsetzende Serie der rassistischen Angriffe in Deutschland. Das liegt wohl auch daran, daß die DDR-Opposition sich bis 1989 zumeist positiv auf »Volk« und »nationale Frage« bezog und damit ihren Teil dazu beitrug, daß nicht nur ein miserables Regime zusammenbrach, sondern darauf gleich das nächste errichtet werden konnte. Das ist für die Linke in der ehemaligen DDR bis heute weitgehend keine Auseinandersetzung wert. Bequemer ist es, in die Rolle der vom Westen überrollten Opfer zu schlüpfen und sich treudoofe Sorgen ums Bild des heimatlichen Ostens zu machen. »Auch wenn«, meinte in Leipzig die Projektgruppe Druck, »hier wirklich nicht die tollste Atmosphäre herrscht, handelt es sich doch einfach um Leute und ihre Ausdrucksweisen, die hier schon immer leben, unsere Eltern, Arbeitskollegen, Hausnachbarn usw. Viele von den sogenannten aktiven Faschisten kennt mensch noch aus der Schule oder dem Buddelkasten ... Hören wir die ›Wessis‹ über den Osten sprechen, ist es, als glaubten sie, daß hier schon der absolute Terror auf den Straßen herrscht.« Gleiche opportunistische Entschuldungsfloskeln kann »mensch« im Westen regelmäßig hören, so sich Kommunal- und Außenpolitiker nach rassistischen Überfällen in der Hauptsache um das Ansehen, sprich die Wirtschaftskraft, ihrer Gemeinden sorgen.

Selbstverständlich hat sich die Linke dort einzumischen, wo gewaltbereite Gruppen einheimischer Staatsbürger zur rassistischen Tat schreiten. Solange dies an vielen Orten, ob in Mannheim oder Magdeburg, geschieht und weder durch die Zivilbevölkerung noch durch die staatlichen Gewaltapparate unterbunden wird, muß auch von »auswärts« angereist und gerade gegen die Stimmung einer lokalen Bevölkerungsmehrheit agiert werden.

Allerdings steckt in der Beschwerde über die arrogante Westlinke und deren TV-gemachte Ressentiments gegenüber dem Osten auch ein Funken Wahrheit. Würde eine Hamburger Antifa-Gruppe zur Bombardierung der eigenen Stadt aufrufen, könnte man sich wenigstens noch darüber unterhalten, ob dies ein besonders schlauer Einfall ist. So richtig geschmacklos wird es aber, wenn sie im

Gefolge von »Etwas Besseres als die Nation« nach Dresden reist und dort Flugblätter mit der Aufschrift »Bomber Harris, do it again!« verteilen will. Zwar wurde das »Do it again« von der Mehrzahl der Tour-TeilnehmerInnen unterdrückt. Doch das Gerücht davon hält sich seitdem hartnäckig bei einigen linken Gruppen im Osten und ist ein willkommener Fund, um weiterhin gegen gemeinsame Aktionen mit westdeutschen Linken Stimmung zu machen. Einfacher kann man es ostdeutschen Populisten kaum machen, die an Opferkult und DDR-Nostalgie werkeln. Schließlich kann auch von Westlinken erwartet werden, daß, wenn für sie die ehemalige DDR schon terra incognita ist, sie sich mit den dort Lebenden vor deren spaßeshalber anvisierten Ausradierung einmal ins Benehmen setzen.

2.

Der Versuch des Hamburger Wohlfahrtsausschuß, die Zusammenarbeit zwischen Linksradikalen im Westen und im Osten Deutschlands zu verbessern, ist also gründlich gescheitert. Die Tour beinhaltete jedoch auch noch ein anderes Experiment, das gemeinhin eher als gelungen betrachtet wird. Nach langer Zeit versuchte wieder einmal ein Verbund aus linken Künstlern, Intellektuellen und Polit-Gruppen mit einer spektakulären Aktion gegen kapitalistische Vergesellschaftung und repressiven Nationalstaat Front zu machen. Daß der äußerst heterogene Haufen in den drei Tourtagen bei extremen Bedingungen und teilweisem Mißerfolg nicht übereinander herfiel, spricht dafür, daß hier viele auf die prinzipielle Entwicklung einer in jeder Hinsicht befriedigenderen Praxis setzten als nur auf die zeitlich begrenzte Aktion.

Die militante Linke befindet sich in Westdeutschland seit Ende der 70er Jahre in einer Phase der permanenten Defensive. Darüber können rückbetrachtend auch vorübergehende Massenmobilisierungen wie im Häuserkampf, gegen die Startbahn West oder die Atomfabrik in Wackersdorf nicht hinwegtäuschen.

Die autonome Bewegung schien zeitweise einen Ausweg zwischen dem absoluten Kampf der RAF gegen und die absolute Anpassung der Grünen an den Staat zu weisen. Die große Stärke der Autonomen lag zunächst darin, Situationen zu schaffen, in denen sich der oder die Einzelne ohne weiteres der kollektiven Revolte anschließen konnte. Der Wille zur gezeigten, also aggressiv praktizierten Unzufriedenheit genügte, um Teil des permanenten Aufstandes gegen alltäglich unerträgliche Lebensverhältnisse zu sein. Und Unzufriedene produziert »das System« bekanntlich zu jeder Zeit und zur Genüge. Die autonome Propaganda in Westdeutschland klang Anfang der 80er Jahre phantastisch einfach und übersetzte sich in rasanter Geschwindigkeit bis in die letzten Dorfwinkel: Das beschissene System braucht deine Arbeitskraft, also arbeite nicht, sabo-

tiere und enteigne. Bring die kapitalistische Ökonomie zum Einsturz, indem du eigene Kreisläufe schaffst. Wähle nicht und entziehe der parlamentarischen Herrschaft damit die Legitimation. Verkörpere durch die Erscheinung deiner Existenz die revolutionäre lumpenproletarische Egalität. Verachte alles, was nach bürgerlicher Kultur ausschaut, schaffe eine Gegenkultur in absoluter Negation zur alten usw ...

Die schöne Vorstellung, den Staat vom Rande der Gesellschaft aus einstürzen zu lassen, realisierte sich leider nicht. Erstens waren nicht genug Leute bereit, sich freiwillig an den Rand der Gesellschaft zu begeben, zweitens befand man sich da schnell nicht mehr so freiwillig, sondern war je nach sozialer Herkunft bald dazu verdammt, dort vielleicht ewig zu bleiben und real zu verelenden, drittens bekamen allzu Uneinsichtige den Knüppel auf den Kopf oder landeten gleich im Knast, viertens war es einfach zu anstrengend, in permanenter Negation zu allem und jedem leben zu müssen, war der bürgerliche Hedonismus teilweise reizvoller als die linke Ghettokultur.

Wer konnte, seilte sich also schnell wieder ab. Die meisten schlugen einfach wieder die von ihren Eltern vorgezeichneten Laufbahnen ein. Andere gründeten Lädchen, Kneipchen etc.: die alternativen autonomen Kleingewerbetreibenden. Die PolitikerInnen der Bewegung organisierten sich weiter in autonomen Gruppen, um sich seitdem fortwährend von autonomer Politik zu distanzieren, um trotzdem das gleiche nur ohne Bewegung, im Grunde als Vereins- oder Parteipolitik, zu praktizieren. Die KünstlerInnen und MusikerInnen zogen sich in ihren Underground zurück, machten statt Punk »dissidente« Popkultur, ein bißchen Verweigerung, Rausch und Party, kriegten Katzenjammer oder wurden unheimlich kreativ und strebten nach Anerkennung im Mainstream.

Zwischen dem politisch organisierten Underground und der linken hedonistischen Subkultur taten sich auf einmal Welten auf. Die Polit-Bewegten galten als notorische Spielverderber, als humorlose, pflichtbesessene Moralapostel, dogmatische Langeweiler, die einer längst verlorenen Sache hinterherrannten. Der Politfraktion waren wiederum Leute, die mit Kultur zu tun hatten, relativ unterschiedslos suspekt, solange sie sich nicht wie sie vom bürgerlichen Medienbetrieb, dem Markt und staatlicher Bezuschussung komplett abgeschnitten hatten. Kriterien, die selbst auf keine zehn Vollautonomen in Wirklichkeit jemals zutrafen.

Das Dogma vom selbstorganisierten revolutionären Lumpenproletariat hatte bereits vor 1989 dazu geführt, daß sich der überwiegende Teil der Autonomen aus den 80er Jahren nicht anders als opportunistisch von der Politik abwenden konnte. Aber auch wenn sich der verbliebene Rest in der Öffentlichkeit immer noch »authentisch« autonom benimmt, hat man mittlerweile längst weniger

Scheu, von den einst verbotenen Früchten der nicht genuin autonomen, und das ist ja fast alles, linken Kultur, Kunst, Politik und Theorie zu naschen. Neben dem Verharren im autonomen Echtheitswahn, der zur Karikatur gewordenen Wiederholung einer Anfang der 80er gescheiterten Politik, gibt es auch Tendenzen einer Überprüfung und Neuformierung. Ob aus Zusammenbruch und Selbstauflösung autonomer Gruppen mehr als private »Projekte« entstehen, wird sich allerdings bis zum Ende dieses Jahrhunderts noch herausstellen müssen.

3.

Mit der quasi widerspruchslos vollzogenen Eingliederung der DDR in den Staatsverband der BRD wurden die tatsächlichen Machtverhältnisse in Deutschland manifest. Obwohl das sozialdemokratische Reformprojekt in Westdeutschland bereits in den 70er Jahren kläglich gescheitert war, dominierten auf Seiten der Linken in den 80er Jahren die voluntaristischen Behauptungen der geläuterten Alt-Linken. Während neokonservative Vorstellungen von »der Gnade der späten Geburt« und einer »aktiven Weltmacht« längst das Geschichtsbild in Westdeutschland restauriert hatten, proklamierten die nach 1977 bei der grünen Partei gelandeten ehemaligen kommunistischen Kader eine durch die 68er Bewegung angeblich gestärkte »demokratische Zivilgesellschaft« in der BRD. Bei der Vereinstaatlichung von BRD und DDR spielte diese »Zivilgesellschaft« jedoch überhaupt keine oppositionelle Rolle. Die Bevölkerung im Westen wurde nach ihrer Meinung erst gar nicht gefragt und artikulierte von sich aus auch kein gegenläufiges Interesse. Grüne und SPD krochen den völkisch-nationalistischen Positionen von CDU/CSU ebenso hinterher wie diese den Reps.

Auch die Reste der militanten Linken wurde von den Ereignissen 1989 völlig überrascht. Im Westen war man mit der antikommunistischen Propaganda groß geworden, und nach dieser waren die Sowjetregime immer schon zusammengebrochen. Dem nationalistischen Getön vom vereinten Deutschland schien außer ein paar durchgeknallten »Vertriebenen« oder Altnazis in den 80ern niemand mehr ernstlich Gehör zu schenken. Unterschätzt wurde die Konservierung reaktionärer Ideologien in den staatlichen Institutionen, die nach 1945 unter der dauerhaften Hegemonie nationalkonservativer Politik standen. Unterschätzt wurde, wie leicht es der Rechten in der Vergangenheit schon gelungen war, die staatliche Verfaßtheit zu ihren Gunsten zu nutzen und die Gesellschaft nach rechts zu reformieren (von der Remilitarisierung, den Notstandsgesetzen, den Sicherheitsgesetzen bis zur »Reform« des Asylrechts).

In den 80er Jahren hatte die radikalere Linke zumeist Politik in der ersten Person betrieben. Der existenzialistische Wahn, alles und jetzt unmittelbar er-

reichen und haben zu wollen, hatte die Bewegung theorie- und geschichtslos gemacht. Mit dem Verlust der Geschichte war auch die Gegenwart verloren. Die Theorie- und Intellektuellenfeindlichkeit war ein verspäteter Reflex auf die Gängelung durch die elitären und autoritären Nach-68er-Akademo-Marxisten. War in den 70ern alles noch eine Frage der richtigen und abstrakten Generallinie, huldigte die Bewegung in den 80ern dem Individuum, seinen unmittelbaren Wünschen und Bedürfnissen. Alles mußte in direkter Relation zu ihm und seiner Person gesetzt werden, man handelte nicht »verlogen« für andere und ideale Ziele, sondern immer direkt für sich selbst. Eine Selbstbezogenheit, in der der Blick für strukturelle Abhängigkeiten oder klassenbedingte, nicht einfach habituell und voluntaristisch aufhebbare Gegensätze abhanden kam. Die Mobilisierung der Bewegung lief über die direkte »Betroffenheit«, einen rigiden Moralismus, der alles gleich und sich in eins setzte. Der Kampf gegen AKWs, weil »wir alle« verseucht werden, Solidarität mit Befreiungskämpfen im Trikont, weil »wir« Teil der gleichen Bewegung sind, »Wir sind nicht alle, es fehlen die Gefangenen« usw. Die Negierung tatsächlich existierender Unterschiede etwa zwischen der sozialen Situation, den Interessen eines lebenslänglich Eingekerkerten und denen eines lebenshungrigen Freizeitverschwörers führte zu einer grotesken Harmlosigkeit der radikalen Opposition und verhinderte die Entwicklung einer folgenreicheren militanten Praxis in der BRD.

In den 80er Jahren mißlangen die Versuche der Revolutionären Zellen, Nationalstaat und Rassismus ins Zentrum der militanten Gesellschaftskritik zu rücken. Ohne entsprechendes legal agierendes Umfeld verpufften Analysen und Anschläge der RZ. Um für den damaligen linksradikalen Mainstream als Projektionsfläche zu taugen, hätten die MigrantInnen wohl das »neue revolutionäre Subjekt« sein müssen. Aber die deutsche Staatsbürger-Linke war meilenweit davon entfernt, irgendwelche identifikationsstiftenden Gemeinsamkeiten zwischen einem dahergelaufenen Bauern aus Anatolien und sich sehen zu wollen. Und ohne Identifikation, ohne Distinktionsgewinn setzten sich nicht viele in Bewegung. Schließlich mußte man ja selbst ständig im Zentrum der Verschwörung stehen, und solange man selbst den Neofaschismus nicht zu spüren bekam, war dieser nicht mehr als eine der üblichen Begleiterscheinungen des kapitalistischen »Schweinesystems«.

4.

1989 hat es die meisten der noch existierenden linksradikalen Zusammenhänge in der BRD zerrissen. In allen Städten, bei allen Strömungen, in Clubs, Redaktionen, Autonomen Zentren, kommunistischen Parteichen und linksintellektuellen Zirkeln das gleiche Bild: ein Teil bekannte sich, als es darauf ankam, zu

Volk und Nation, zur »sanften Revolution im Osten«, andere blieben »sektiererisch«. Die nicht-nationalistische Linke mobilisierte am 12. Mai 1990 zur »Nie wieder Deutschland«-Demonstration nach Frankfurt am Main. Rund 15 000 Leute gingen gegen die Fusion der zwei deutschen Staaten auf die Straße. Rechnet man die unvermeidlicherweise teilnehmenden Anhänger des DDR-Regimes einmal ab, waren kaum mehr als 10 000 Leute in Westdeutschland bereit, gegen die völkische Wende auch nur einmal zu protestieren. Drei Jahre später hatte sich das Potential kaum verändert, als wegen der Abschaffung des Asylrechts versucht wurde, den Bundestag in Bonn zu blockieren. Diese Aktion wurde von einem kleinen radikaldemokratischen Professorenkreis und wenigen Kirchenleuten unterstützt und ansonsten ausschließlich von verschiedenen autonomen Gruppen (inklusive Antirassismus-, Flüchtlings- und Frauen/Lesben-Gruppen) getragen.

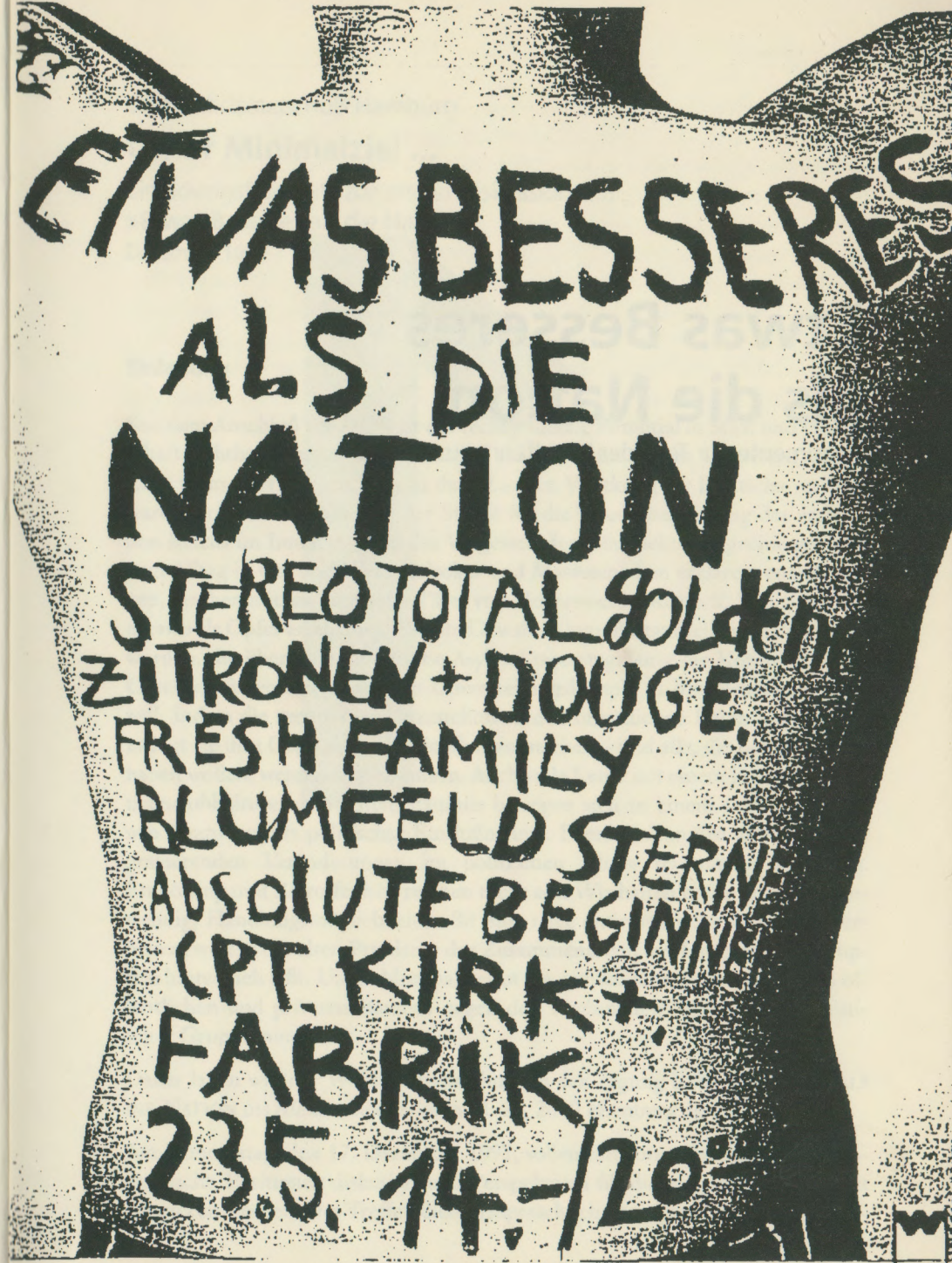
In der Bundesrepublik existiert eine relativ paradoxe politische Situation. Außer den linksradikalen »Verfassungsfeinden« gibt es keine Kraft, die ernsthaft den Versuch unternehmen würde, dem sukzessiven Abbau demokratischer Rechte entgegenzutreten. Die imperialistische deutsche Volks- und Futterneidgemeinschaft rüstet im klassenübergreifenden Konsens zur Ausschaltung ökonomischer Konkurrenten. Heute wird in Polizeirevieren, an den Staatsgrenzen, vor den Flüchtlingsunterkünften, generell am »ausländischen Mitbürger« eintrainiert, was als ideologisches und technisches Know How zur Aufrechterhaltung der alten nationalstaatlich vermittelten Ungleichheit auf der Welt gehört. Was sich im Inneren des Landes abspielt und in der völkisch-nationalistischen Mobilmachung ankündigt, weist auf die folgenden Ziele deutscher Außenpolitik.

In der westdeutschen Restlinken hat nach 1989 eine ausführliche Diskussion um die Geschichte und aktuelle Bedeutung rassistischer und nationalistischer Politik stattgefunden. Auch die Wohlfahrtsausschüsse beteiligten sich mit ihren Möglichkeiten daran. So wurde der theoretischen Debatte an zwei Tagen im Sommer 1993 in Köln größeres Gewicht verschafft. Die Textbeiträge vom Kongreß »Zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels« wie die Dokumente zur Tour und anderen WA-Aktionen finden sich nun in diesem Band vereint. Deutlich wird durch diese Textsammlung, daß die Wohlfahrtsausschüsse sicherlich über ein beachtliches Maß an kritischer Gesellschaftstheorie verfügen und auch in der Lage sind, damit ein Publikum zu erreichen, das sich außerhalb traditioneller politischer Zusammenhänge bewegt. Nur, dies mit einer neuen subversiven Praxis im kulturellen wie politischen Bereich zu verbinden, scheint bislang mehr Anspruch als Wirklichkeit. Aber vielleicht sollte auch nicht alles auf einmal verlangt werden und ist schon als Erfolg zu sehen, daß sich Leute, die in ihren

jeweiligen Bereichen eine mehrdeutige und komplexe Text-, Klang- und Bild-Produktion betreiben, mit einem eindeutigen Anspruch hier aufeinander beziehen: Mit dieser Welt gibt es keine Verständigung; wir gehören ihr nur in dem Maße an, wie wir uns gegen sie auflehnen.

Andreas Fanizadeh

Plakat eines Benefizkonzerts für »Etwas Besseres als die Nation« in der Hamburger Fabrik, 23.5.93



Benefiz für die Veranstaltungsreihe ETWAS BESSERES ALS DIE NATION ,
die in den Städten Rostock (16.6.), Dresden (17.6.) und Leipzig (18.6.) stattfinden wird.

Etwas Besseres als die Nation

Dokumente zur Tour der Wohlfahrtsausschüsse

Wohlfahrtsausschuß Hamburg

Unser Minimalziel ...

Einladungsflugblatt zur ersten Diskussion um
»Etwas Besseres als die Nation«
Dezember 1992

Einladung

Seit dem Anschluß der DDR ist das rechtsradikale Potential in Staat und Gesellschaft sichtbarer geworden. Während für die militärischen Interessen wieder Ziele formuliert werden, die mit dem Zweiten Weltkrieg für Deutsche verloren waren, prügeln Neonazis auf der Straße für die Wiederherstellung des verlorenen Reichs im Inneren – und das Vergessen der Geschichte. Pogrome gehören zum Alltag in Ost und West. Politiker und Massenmedien erklären, entschuldigen, machen mit; sie lassen die Täter von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und anderswo als Opfer erscheinen. Rechte Gewalt ist zum Bestandteil einer Politik geworden, die über eine rassistische Asylrechtsgesetzgebung die Konflikte in der Gesellschaft regulieren und die Umverteilungskämpfe in Mitteleuropa ordnen will. Indem die rechte Gewalt zunehmend den öffentlichen Raum kontrolliert, zwingt sie ihre Gegner, sich unsichtbar zu machen – und alle, die nur ihre Ruhe haben wollen, werden zu Mitläufern. Auch viele Leute mit einem linken/alternativen/subkulturellen Selbstverständnis bewegen sich in einem selbstgeschaffenen Raum jenseits politischer Einflußnahme. Diese Haltung ist angesichts der gravierenden Veränderungen im politischen Klima fragwürdig geworden. Empörung und Betroffenheit reichen nicht aus. Wir halten es für dringend notwendig, Handlungsmöglichkeiten für eine neue antirassistische Praxis zu erarbeiten, welche die alten Probleme der Zusammenarbeit antifaschistischer Gruppen hinter sich läßt. Unser Minimalziel ist die symbolische Verteidigung des öffentlichen und privaten Raumes gegen den wachsenden Einfluß neofaschistischer Gruppierungen.

Daher laden wir, der Wohlfahrtsausschuß, zu der Tagung ETWAS BESSERES ALS DIE NATION ins Mekka, Reeperbahn 31-35, 2000 Hamburg 36 ein.

Am Donnerstag, den 17. Dezember 1992, sollen Situationseinschätzungen ausgetauscht, Positionen diskutiert und Perspektiven für die antirassistische Arbeit entwickelt werden. Das Treffen dient hauptsächlich dem Zweck, den verschiede-

nen Ansatzpunkten zu einer solchen Praxis ein Forum zu eröffnen, die Möglichkeit der Koordination. Ebenso wichtig wie die grundsätzliche Diskussion der revolutionären Strategie und der Geschichte der Linken ist die Anbindung dieser Diskussion an konkrete Projekte und die Verbindung dieser Projekte untereinander, wobei wir keinen Beitrag ausschließen wollen – ob nun den militanten Kampf oder den theoretischen, ob die Arbeit an der Basis, die Verteidigung der Kritik in den Medien oder den Genuß von Alkoholika an der Bar. Um linke Infrastrukturen in Ostdeutschland zu stützen und die Kommunikationsbarrieren zwischen antirassistischen Kräften aus Ost und West abbauen zu helfen, schlagen wir außerdem vor, über die Durchführbarkeit und Gestaltung einer Vortrags- und Konzertreise durch die Städte Rostock, Ost-Berlin, Leipzig und Dresden (im Frühjahr '93) zu diskutieren.

Am Freitag, den 18. Dezember, findet eine Konzertveranstaltung mit DJs, Hip-Hop-Gruppen und Filmvorführungen ab 22 Uhr in der Roten Flora statt, bei der die Ergebnisse vom Vortag einem breiteren Publikum vorgestellt werden sollen. Es werden auftreten:

Absolute Beginner (Hamburg), King Size Terror (Nürnberg), Advanced Chemistry (Heidelberg), Dub Me Ruff (Hamburg), Upstart (München), Readykills (Hamburg), DJs vom WMF-Club (Berlin). Zusätzlich werden auch Dokumentarfilme über die Rudolf-Hess-Gedenkfeiern und Rostock-Lichtenhagen gezeigt.

Bitte reicht die Einladung an ungemein vertrauenswürdige Bekannte weiter!

Diedrich Diederichsen

Thesen

Vorgetragen im Mekka in Hamburg

Dezember 1992

1

Bezugnehmend auf die Fragen zu meinem Text »Das Ende der Jugendkultur« (*Spex*, 11/92) stellte ich fest: Eine Kritik von Jugendkultur und ihren Erscheinungsformen kann sich nicht mehr auf das per se »Progressive« oder »Emanzipatorische«, die Fragwürdigkeit dieser Begriffe mal beiseite geschoben, verlassen. Sie kann sich nicht auf die per se emanzipatorische Kraft von Zusammenbrüchen von Verhältnissen stützen, wie sie den jugendkulturellen Genres »Grenzüberschreitung«, »Tabubruch«, »Rave«, »Woodstock«, »Chaos« etc. nachgesagt wird, bzw. deren Selbstverständnis trägt.

2

Bezugnehmend auf die in letzter Zeit erschienenen begeisterten Artikel in der bürgerlichen Presse, die entweder ihre Erleichterung über das Verschwinden dieses unliebsamen Phänomens Ausdruck verleihen oder etwas immer schon gewußt haben wollen (etwa M. Biller, *Tempo* oder K. Bruckmaier, *Focus*), was sie nachweislich bis heute nicht wissen, füge ich hinzu: Trotz aller Fragwürdigkeit einer Kategorie, die biologische Determinanten mit gesellschaftlichen vermischt – wie »Jugend«, darin »Rasse« ähnlich –, kann man natürlich auf keine politische Subjektivität verzichten, die, in welchem Maße auch immer, »freiwillig« oder »unfreiwillig«, außerhalb von Verhältnissen, die man für falsch hält, steht und daher deren Veränderung und Abschaffung eher denken und formulieren kann. Jugendliche sind aber nicht nur unabhängiger (und unbedarfter) in ihren Reaktionen und Urteilen, sie sind gesellschaftlichen und kulturellen Regeln, Maßnahmen und Tendenzen massiver ausgesetzt. Die Kriege, die in den Innenstädten der USA gegen Leute geführt werden, denen man eine Rasse zuschreibt, werden verschärft auch gegen Jugendliche geführt. (Bestimmte Überwachungsanlagen reagieren z.B. auf Sneakers.)

3

Eine Kritik muß die leeren Formalismen wie »Partikularismus« oder »Universalismus«, mit denen man sich über Orientierungslosigkeit hinwegzuhelfen ver-

sucht, aufgeben und in pragmatischen kleinen Rahmen Urteile fällen, die sie in anderen Rahmen anders fällen würde (eine N.W.A.-Platte ist hier gut und dort schlecht, eigentlich sind nur Michael-Jackson-Platten überall gleich) und so auch ihre eigenen Geprägtheit von Kaufempfehlungen, also der Warenförmigkeit ihrer Gegenstände, ablegen. Im CD-Zeitalter sind die Produkte/Resultate der Pop- und Jugendkultur zunehmend vernachlässigbar. Ihre Prozesse um so weniger.

4

Klassische Gemeinsamkeiten von Jugendkultur mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen sind bedroht: Kollektivität, Internationalität, Prozessualität. Technologische Entwicklungen begünstigen und behindern Entwicklungen (Samplen rekontextualisiert und schafft eine Verbindung zum Archiv des Kollektivbesitzes Groove, begünstigt andererseits effektorientiertes, einsames Arbeiten). De- und Rekontextualisierungen sind das tägliche Geschäft einer Import/Export-Kultur, die rahmenbezogene Kritik kann in solche Kontextualisierungsprozesse eingreifen. Die universalistische oder partikularistische dagegen wird zu deren Opfer.

5

Am Grund der Popmusik liegt die Ambiguität des Begriffs »Jugend«, der eine anthropologische und eine historische Dimension von Revolte/Rebellion einklammert. Bei der notwendigen Anamnese der Genese der letzten (mindestens) zehn Jahre Popkultur (die schließlich auch die Formen zur Verfügung gestellt haben, derer sich heutige Nazi-Bands bedienen), ist es notwendig zu unterscheiden, wann bei wem welche Dimension dominierte. Dazu schlug ich Begriffe des unlängst verstorbenen Anti-Psychiaters und Anti-Kapitalisten Felix Guattari vor. So wie er den Jahren nach 1900 eine molekulare Revolution zuschreibt – molekular heißt: auf der Ebene von Verhaltenspartikeln und -molekülen Bedeutungen schaffen und bestimmen –, kann man für die Jahre nach '77 (Stammheim/Punk) von einer molekularen Reaktion sprechen, die möglicherweise begann, um die molekulare Revolution zu retten. Die mindestens in zwei Richtungen wuchernden Stränge der molekularen Semantik der Pop-Kultur wären zu rekonstruieren.

6

Dieser Wohlfahrtsausschuß (und von den anderen, die seinem Beispiel folgten, der in Köln) setzt sich zu einem großen Teil aus Leuten zusammen, die oft ein ganzes Jahrzehnt nicht mehr politisch aktiv waren. Es ist nötig, sich über die Re-

Politisierung nicht nur atemlos zu freuen, sondern auch zu untersuchen, warum man sich, nicht nur aus schlechten Gründen, depolitisiert hat, bzw. auch Strategien verfolgt und symbolische (und weniger symbolische) Territorien in den depolitisierten Jahren eingenommen hat, die man möglicherweise wieder verloren hat oder die heute umkämpft sind. Der Zusammenhang zwischen zerstörten, kaputtzivilisierten oder unbezahlbaren Innenstädten, billiger Technologie der elektronischen Einsamkeit, architektonischem und Verkehrs-Terror und der Defensivhaltung einer linken Boheme, die sich zögernd politisiert, muß deutlich werden und eingehender untersucht werden. Die »Boheme«, von der ich spreche, ist ein Segment des »neuen Kleinbürgertums«, das in sogenannten kreativen Berufen mehr oder weniger Geld verdient. Es lebt von seinem kulturellen Kapital (Geschmack, Ahnung, Wissen, Querköpfigkeit, gute Laune) und stemmt sich mit aller Kraft gegen eine Ent- und Umwertung dessen, was es angehäuft hat. Auch das spielt bei der Entstehung solcher Wohlfahrtsausschüsse eine Rolle. Schließlich ist bei aller Begeisterung für die Selbstreflexivität solcher Ansätze darauf zu achten, daß die Handlungsfähigkeit erhalten bleibt bzw. zustande kommt, die entsolidarisierten Kulturarbeitern nicht in den Schoß fällt. Die Betonung der Fähigkeit zu tanzen bei dieser und anderen Veranstaltungen, die Hans Nieswand »Jam-cum-Symposium« nannte, scheint mir fast überflüssig: Wenn sich aus diesen Wohlfahrtsausschüssen etwas entwickelt, dem man den komischen Namen »Bewegung« besser nicht gibt, dann wird man diesen Leuten das Tanzen wahrscheinlich als einziges nicht mehr beibringen müssen. Ich halte es aber für entscheidend, daß sich niemand seines Hedonismus schämt und sich der hysterischen Repolitisierung und Remoralisierung unterwirft, die auch allenthalben zu beobachten ist (nicht nur bei Lichterketten) und natürlich als Politik nicht zu gebrauchen ist.

sucht, aufgeben und in pragmatischen kleinen Rahmen Urteile fällen, die sie in anderen Rahmen anders fällen würde (eine N.W.A.-Platte ist hier gut und dort schlecht, eigentlich sind nur Michael-Jackson-Platten überall gleich) und so auch ihre eigenen Geprägtheit von Kaufempfehlungen, also der Warenförmigkeit ihrer Gegenstände, ablegen. Im CD-Zeitalter sind die Produkte/Resultate der Pop- und Jugendkultur zunehmend vernachlässigbar. Ihre Prozesse um so weniger.

4

Klassische Gemeinsamkeiten von Jugendkultur mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen sind bedroht: Kollektivität, Internationalität, Prozessualität. Technologische Entwicklungen begünstigen und behindern Entwicklungen (Samplen rekontextualisiert und schafft eine Verbindung zum Archiv des Kollektivbesitzes Groove, begünstigt andererseits effektorientiertes, einsames Arbeiten). De- und Rekontextualisierungen sind das tägliche Geschäft einer Import/Export-Kultur, die rahmenbezogene Kritik kann in solche Kontextualisierungsprozesse eingreifen. Die universalistische oder partikularistische dagegen wird zu deren Opfer.

5

Am Grund der Popmusik liegt die Ambiguität des Begriffs »Jugend«, der eine anthropologische und eine historische Dimension von Revolte/Rebellion einklammert. Bei der notwendigen Anamnese der Genese der letzten (mindestens) zehn Jahre Popkultur (die schließlich auch die Formen zur Verfügung gestellt haben, derer sich heutige Nazi-Bands bedienen), ist es notwendig zu unterscheiden, wann bei wem welche Dimension dominierte. Dazu schlug ich Begriffe des unlängst verstorbenen Anti-Psychiaters und Anti-Kapitalisten Felix Guattari vor. So wie er den Jahren nach 1900 eine molekulare Revolution zuschreibt – molekular heißt: auf der Ebene von Verhaltenspartikeln und -molekülen Bedeutungen schaffen und bestimmen –, kann man für die Jahre nach '77 (Stammheim/Punk) von einer molekularen Reaktion sprechen, die möglicherweise begann, um die molekulare Revolution zu retten. Die mindestens in zwei Richtungen wuchernden Stränge der molekularen Semantik der Pop-Kultur wären zu rekonstruieren.

6

Dieser Wohlfahrtsausschuß (und von den anderen, die seinem Beispiel folgten, der in Köln) setzt sich zu einem großen Teil aus Leuten zusammen, die oft ein ganzes Jahrzehnt nicht mehr politisch aktiv waren. Es ist nötig, sich über die Re-

Politisierung nicht nur atemlos zu freuen, sondern auch zu untersuchen, warum man sich, nicht nur aus schlechten Gründen, depolitisiert hat, bzw. auch Strategien verfolgt und symbolische (und weniger symbolische) Territorien in den depolitisierten Jahren eingenommen hat, die man möglicherweise wieder verloren hat oder die heute umkämpft sind. Der Zusammenhang zwischen zerstörten, kaputtzivilisierten oder unbezahlbaren Innenstädten, billiger Technologie der elektronischen Einsamkeit, architektonischem und Verkehrs-Terror und der Defensivhaltung einer linken Boheme, die sich zögernd politisiert, muß deutlich werden und eingehender untersucht werden. Die »Boheme«, von der ich spreche, ist ein Segment des »neuen Kleinbürgertums«, das in sogenannten kreativen Berufen mehr oder weniger Geld verdient. Es lebt von seinem kulturellen Kapital (Geschmack, Ahnung, Wissen, Querköpfigkeit, gute Laune) und stemmt sich mit aller Kraft gegen eine Ent- und Umwertung dessen, was es angehäuft hat. Auch das spielt bei der Entstehung solcher Wohlfahrtsausschüsse eine Rolle. Schließlich ist bei aller Begeisterung für die Selbstreflexivität solcher Ansätze darauf zu achten, daß die Handlungsfähigkeit erhalten bleibt bzw. zustande kommt, die entsolidarisierten Kulturarbeitern nicht in den Schoß fällt. Die Betonung der Fähigkeit zu tanzen bei dieser und anderen Veranstaltungen, die Hans Nieswand »Jam-cum-Symposium« nannte, scheint mir fast überflüssig: Wenn sich aus diesen Wohlfahrtsausschüssen etwas entwickelt, dem man den komischen Namen »Bewegung« besser nicht gibt, dann wird man diesen Leuten das Tanzen wahrscheinlich als einziges nicht mehr beibringen müssen. Ich halte es aber für entscheidend, daß sich niemand seines Hedonismus schämt und sich der hysterischen Repolitisierung und Remoralisierung unterwirft, die auch allenthalben zu beobachten ist (nicht nur bei Lichterketten) und natürlich als Politik nicht zu gebrauchen ist.

Andreas Fanizadeh

Im dritten Jahr der deutschen Einheit

Neorassismus, Multikultur, Fremdenfeindlichkeit

Rede, gehalten im Mekka[1]

Dezember 1992

Also, ich bin mit sehr vagen Vorstellungen gekommen, ohne genau zu wissen, was hier geschehen soll.

Erstens verstehe ich nicht, warum der Veranstaltungsort nicht öffentlich bekanntgegeben wurde. Es gäbe höchstens einen Grund, und das war ursprünglich meine Annahme, daß wir uns über konkrete Aktionen in einem relativ kleinen Kreis unterhalten. Da dies nicht der Fall ist und wir sehr allgemein diskutieren, verstehe ich nicht, weshalb die Veranstalter Bedenken hatten, daß hier Leute hinkommen, die nicht gerufen sind.

Zweitens habe ich ziemliche Schwierigkeiten, an das anzuschließen, was bisher gesagt worden ist, weil die beiden Beiträge von Günther Jacob und Diedrich Diederichsen (Seite 62 ff. und 19 ff. in diesem Buch) sich nicht aufeinander bezogen haben, und auch kaum auf das, was in der letzten Zeit passiert ist. Ich werde also wenigstens eine kurze Kritik an den ersten Redebeiträgen formulieren.

Bei Diedrichs Vortrag[2] wurde mir nicht sehr deutlich, worauf er eigentlich hinaus wollte. Ich hätte schon erwartet, daß im Rahmen einer solchen Veranstaltung darauf Bezug genommen wird, was für eine Vorstellung, was für einen Begriff von Subkultur wir haben, daß auch im Kontext zu dem, was in der DDR passiert, ein paar Überlegungen stattfinden, wenn ins Auge gefaßt wird, einen Zug durch Städte der DDR zu planen.

Damit ist die Frage verbunden, in welcher Form die Vorbereitungen zu der Aktion betrieben werden, ob zum Beispiel Leute aus der DDR heute hier sind, weil so eine Sache ja nicht ohne die Leute von dort zu planen ist.[3]

Das dritte, was mir mißfallen hat, war der Beitrag von Günther Jacob.[4] Ich finde es nicht gut, wenn er abstrakt über Kapitalismus und Nationalismus redet, ohne sich auf den gegenwärtigen politischen Kontext genauer zu beziehen. Ich möchte da ein paar Sachen kritisieren, von denen ich denke, daß man sie nicht so stehen lassen kann.

Ich halte es nicht für richtig, den Kapitalismus als unhistorische, allübergreifende Formation zu begreifen, die immer die gleiche Entwicklung hat und immer gleiche Individuen hervorbringt. Es wäre viel interessanter, sich darüber zu

unterhalten, in welcher historischen Entwicklung wir uns gerade befinden. Wie man die Verhältnisse nach dem Nationalsozialismus, nach 1945 hier betrachtet und dann diesen Wechsel nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostens und der Annexion der DDR. Ich denke, gerade im Hinblick auf die BRD, die DDR und die jetzige Situation ist es besonders wichtig zu erwähnen, daß beide Staaten bis 1989 in Abgrenzung zum Nationalsozialismus existiert haben und genau dieses abgrenzende Moment durch die Annexion der DDR weggefallen ist. Analysen, die sich um die derzeitige Situation kümmern, sollten diesen Kontext berücksichtigen. Genauer gesagt: es ist nicht umstandslos die gleiche Ideologie, die sich Bahn bricht. Die völkische Vereingungsideologie nach 1989 ist etwas anderes als der Nationalismus in der DDR und BRD zuvor.

Mir ist auch viel zu rabiat, wie mit der Situation nach 1989 umgegangen wird in bezug auf die Massenmobilisierung, die es nach dem Pogrom in Rostock gab. Ich denke, daß es eine wichtige Frage ist, inwieweit Massenspektakel wie in Köln und Frankfurt mit Grönemeyer und anderen oder Lichterketten in Hamburg und München als nationalchauvinistische Mobilisierung zu betrachten sind. Aber ich würde nicht wie Günther Jacob umstandslos alle daran Teilnehmenden als »Volksgenossen« titulieren. Ich halte das nicht für richtig. Ich habe mit Schrecken die Entwicklungen bis Rostock, bis Peenemünde verfolgt, und was sich da Bahn gebrochen hat, war meiner Ansicht nach ein völkischer Einheitsnationalismus, neben dem keine anderen Positionen mehr auftauchten. Dagegen gibt es derzeit, Ende 1992, nach Rostock und Mölln sichtbar, Widersprüche in der großen Koalition der »Wiedervereiniger«, die jetzt wieder aufbrechen, und es gibt eine Auseinandersetzung zwischen einem konsequent völkisch denkenden Flügel und einem Flügel, der eher die BRD im Auge hat und eher die alte Verfassungssubstanz retten will. Daß beide Politiken nationalistisch sind, steht außer Frage, aber sie haben unterschiedliche Projekte. Deshalb würde ich von einer Linken erwarten, daß sie zu intervenieren versucht bei den Aktionen von Leuten, die zumindest den Anspruch haben, eine antirassistische Politik zu machen, auch wenn die sich in Grönemeyerhören und Kerzenhalten erschöpft. Ein Spießer muß noch kein Faschist sein, und ein Lichtlein kann subjektiv auch anderes als Zustimmung zum sogenannten Asylkompromiß signalisieren. Das sollten wir, bei aller Ablehnung solcher kultischen Masseninszenierungen, im Kopf behalten.

Man muß sich doch darüber klar sein, daß wir uns in einer absolut marginalisierten Position befinden. Und wenn irgendwelche Leute zu erreichen sind, dann muß man sich auch da einmischen. Die Personen, die das ablehnen, die überall nur »Volksgenossen« sehen, sollen sagen, ob sie ins Exil gehen oder in den Untergrund; so konsequent sollten sie dann gefälligst auch handeln.

Also, in irgendeiner Art und Weise muß man sich überlegen, wie sich ein minimaler Masseneinfluß gewinnen läßt. Eine Form der Praxis, wie man das machen kann, haben die Autonomen in Berlin gezeigt, indem sie die staatliche Demonstration, die Inszenierung unter dem Motto »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, störten und auf Weizsäcker Eier geworfen haben. Bei solchen Ereignissen die Auseinandersetzung suchen und das auch begründen. Man kann sich daraus nicht zurückziehen.

Was ich jetzt versuchen möchte, was ich hier in Stichworten vorbereitet habe, ist eine Kritik derjenigen Kräfte, die ich auf der linksnationalen Seite verorte. Dies bedeutet, etwas zu den herkömmlichen Konzepten, die sich antirassistisch begreifen, die mit den Begriffen »Fremdenfeindlichkeit« oder »Multikultur« verbunden sind, zu sagen. Ich kritisiere in meinem Beitrag hauptsächlich diesen Teil der legalistischen Linken, weil sie für mich immer noch die nächstliegenden Ansprechpartner auf der gegnerischen Seite sind und wegen des Einflusses, den sie gerade auf jüngere, anpolitisierte Leute ausüben.[5]

Ich beginne mit einem kleinen Rückgriff. Es hat bereits in den 80er Jahren, gerade auf Seiten der Linken, eine Umwertung der Begriffe, eine Umwertung der Politik stattgefunden. In den 80er Jahren, lange vor der Annexion, ist die positive Bezugnahme auf den Nationalstaat erfolgt, damit auch einhergehend die Absage an eine emanzipatorische Politik, die Absage an sozialistische Politik. Die Renationalisierung und Rassifizierung der Diskurse wurde in den letzten Jahren zentral über den Kulturbegriff vorangetrieben. Es liegt nahe, daß es hier zunächst nicht offen um biologische Volksvorstellungen ging, da man sich, wie gesagt, zumindest äußerlich in Abgrenzung zum Nationalsozialismus begriff. Dennoch hat die Rechte wie die Linke einen Kulturbegriff, der an völkische Kriterien gebunden ist. Das Recht auf Differenz wird von Neorechten genauso vertreten wie von der multikulturalistischen Linken. Die Rechten fassen das natürlich anders auf, meinen eine Unvereinbarkeit von verschiedenen Kulturen, während die Linken meinen, das zentrale Problem sei, daß es verschiedene Kulturen gibt, die man zusammenbringen müßte, die sich kennenlernen könnten, um miteinander auszukommen. Gemeinsam ist den dominanten Kulturvorstellungen, kulturelle Unterschiede ausschließlich an der geographischen Herkunft der Menschen festzumachen.

Das Hauptproblem ist nicht, daß mit einem Kulturbegriff überhaupt operiert wird, sondern daß, indem dieser wahnsinnig überhöht wird, alle sozialen Komponenten ausgeblendet sind. Kultur meint von rechts bis links: Kultur = Herkunft = Ethnie = Volk = Natur. Sie ist praktisch eine unveränderliche Lebensgröße, die man qua Geburt hat.

Zentral wird von den linksnationalen Kräften der Begriff »Fremdenfeindlichkeit« geführt. Das ist die Einheitsfront, die es tatsächlich gibt, von Bundespräsident Weizsäcker bis zu Theoretikern im Frankfurter Institut für Sozialforschung. Allgemein geht mit dem Begriff der Fremdenfeindlichkeit die These einher, die Bevölkerung dieses Landes hätte einen Modernisierungsschock erlitten, Leute wären traditionellen Lebensweisen entwurzelt. Dieser Modernisierungsschock wird wiederum mit dem Begriff des Fremden in Verbindung gebracht. Gemeint ist mit dem Fremden immer der Ausländer oder die Ausländerin.

Tatsächlich ist Fremdenfeindlichkeit ein Begriff, über den Politik begründet wird. Ich habe zuletzt bei einer Diskussion mit Theoretikern, die diesen Begriff führen, nachzufragen versucht, wie sie es denn erklären wollen, wenn zum Beispiel ein Wirt in einer Kneipe sagt, wie das neulich in Wuppertal passiert ist, jemand im Lokal sei ein Jude und gehöre deshalb angezündet, und das dann tatsächlich geschieht. Also, mit »Fremdenfeindlichkeit« kann man Antisemitismus nicht erklären. Genausowenig lassen sich die Morde an Obdachlosen damit fassen oder läßt sich Sexismus erklären, der allenthalben sichtbar ist, nicht nur, wenn zum Beispiel deutsche Männer über Vietnamesinnen herfallen und versuchen, sie zu vergewaltigen, im Beisein ihrer Nazibräute übrigens, wie jüngst in Thale.

Mit »Fremdenfeindlichkeit« läßt sich nicht erklären, wie sich in der Gesellschaft Diskurse vermischen und wie rassistische Diskurse sämtliche Minderheiten – die manchmal, wie die Frauen, ja gar keine sind –, allgemein alle möglichen Kollektive stigmatisieren, die von der herrschenden Norm als abweichend definiert werden. Ein weiteres Beispiel wäre, daß an einer traditionell eher linken Uni wie in Frankfurt auf einmal »Schwarze Sheriffs« rumlaufen, die die ausländischen Studentinnen und Studenten anfangs nach klassischen Stigmata (Hautfarbe, Haarfarbe) unter dem Vorwand kontrollierten, es gäbe Schlepperbanden, Asylbanden an der Universität und obendrein natürlich auch zu viele Junkies und Obdachlose. Es mischen sich bestimmte Stereotypen, wo ich halt jeweils sagen würde: Mit dem Begriff der Fremdenfeindlichkeit ist das nicht zu fassen.

Politisch geht mit diesem Begriff der Fremdenfeindlichkeit einher, daß gleich auch definiert wird, was »fremd« ist und daß er darüber zum Bestandteil einer völkischen Propaganda-Ideologie wurde. Der Zusammenhang zwischen den ideologischen Verschiebungen der letzten Jahre, dem, was über die Massenmedien skandiert wurde, und den entsprechenden rassistischen Handlungen ist augenscheinlich.

Der linke Multikulturalismus, der als Gegenstrategie der nationalen Linken, die sich auch nicht mehr traditionell nach den Parteien fassen läßt, gedacht wur-

de, wird vertreten von Heiner Geißler bis Daniel Cohn-Bendit. Er wurde in den 70ern von den Kirchen als pädagogisches Konzept stark gemacht und operiert ebenfalls zentral mit dem Begriff der Fremdenfeindlichkeit.

Die als berechtigt attestierten Ängste vor einem Fremden glaubt der linke Multikulturalismus mit einem pädagogischen Programm beseitigen zu können, indem er das angeblich Fremde zur Schau stellt. Darüber ist, ganz extrem zum Beispiel in Frankfurt, eine Rassifizierung der Denkstrukturen selber eingeleitet worden. Haut- und Haarfarbe, Kleidungs- und Eßgewohnheiten wurden zum Hauptkriterium der Zuordnung für das Fremde und das Eigene. In einem kulturellen Bereicherungsdiskurs schuf sich ein Metropolentrotteltum den gewünschten Idealtypus des Folklore-, Schmuck-, Edel-Migranten als aktuell schillerndste »Erlebnisvariante« konsumistischer Monokultur. Tabak- und Bekleidungsmultis wie Stuyvesant oder Benetton griffen die Exotentümelei in der Produktwerbung dankbar auf. Auch Nazis halten sich an die produzierten Bilder und knüppeln mit Vorliebe auf weniger schmucke, schlechter bemittelte und ausstaffierte Migrantinnen und Asylbewerber ein. Der rosafarbenen Schweinebacke, die nebenan in BGS-Uniform über die Einkaufsstraße stiefelt, sind diese Bilder selbstverständliche Handlungsanleitung. Schweinebacke macht per Profession Jagd auf »dunkel« aussehende Menschen. Den bundesdeutschen Mittelstands-Habitus nicht ausreichend zu beherrschen, das zieht heute in den Innenstädten unweigerlich das kriminalistische Interesse der Ordnungshüter nach sich.

Die zweite Begründungsvariante der Linken für eine multikulturelle Gesellschaft zeitigt ähnliche Effekte wie der kulturelle Bereicherungsdiskurs. Gemeint ist das demographische, das bevölkerungspolitische Argument, den Zuzug von Migranten an die Arbeitsplatz-Nachfrage zu koppeln. Ob Daniel Cohn-Bendit oder Heiner Geißler, sie begründen es ähnlich. Allenthalben wird von der Vergreisung der deutschen Arbeits-Bevölkerung gesprochen, die Renten sind nicht sicher usw. Es gibt in Zukunft eine zusätzliche Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft. Damit haben sie versucht, den Deutschen, die anerkanntermaßen sehr »fremdenfeindlich« sind, die Ausländer ökonomisch lukrativ darzustellen. Es wird argumentiert, etwa von Geißler, daß keiner Angst um den Arbeitsplatz haben bräuchte, weil die Ausländer, die ins Land geholt werden, eh nur Lückenbüßer und Resteverwerter seien, die nur die niedrigen und schlecht entlohnten Arbeiten ausführen, die die deutsche Bevölkerung ohnehin nicht machen will.

Daß die Begründungsstrukturen immanent rassistisch sind, ist einfach nachzuweisen. Der Multikulturalismus hat es geschafft, soziale Interessen auszublenden und vor allem die individuelle Geschichte von Verfolgung unkenntlich zu machen, bis sie nicht mehr thematisiert wird. Es gibt darüber hinaus noch eine ganz andere Spielart des Multikulturalismus und die kommt von rechts. Es ist

keine Perfidie, wenn man sagt, daß die Neue Rechte das Konzept positiv aufgreift. Da gibt es Diskussions- und Sammelbände der Neo-Rechten, wie zum Beispiel einen namens »Multikultopia«, wo Naivlinge vom bundesdeutschen SOS-Rassismus mit Leuten von der Nationalistischen Front wie Rieger reden und meinen, die argumentativ aufklären zu können, daß man ganz gut miteinander leben könnte. Dem ist zu entgegnen: Mit Leuten, die sich und ihre Umgebung mit Ressentiments und Vernichtungsobsessionen plagen, gibt es nichts zu diskutieren. Man darf ihnen bei der öffentlichen Selbstdarstellung nicht auch noch behilflich sein. Doch zurück zum Thema: Der Multikulturalismus-Begriff wird von Neu-Rechten unter streng rassistischen Prämissen aufgegriffen. Die Neuen Rechten meinen mit Multikultur Ethnopluralismus, was besagt, wir brauchen schon Ausländer hier, aber die sollen dann in Ghettos neben- und gegeneinander leben. Das wird auch mit dem Argument begründet, die Deutschen seien veramerikanisiert, verweichlicht und könnten zum Beispiel von strammen rechten Türken noch ein bißchen was lernen. Die Konkurrenz der Völker und Kulturen wird hier also positiv aufgegriffen. Bedenkt man, daß dieser Blödsinn von Linken hochgebracht wurde, in Frankreich wie in Deutschland, bleibt unklar, ob das schlichte Dummheit ist oder ob man immanent rassistisches Denken unterstellen sollte. Ich wäre da etwas vorsichtig und würde nicht alle über einen Kamm scheren. Ich halte auch nichts von einem angeblich linken Multikulturalismus, wie er über den HipHop thematisiert wurde. Das könnte in den USA noch ganz katastrophale Auswirkungen haben, daß von der weißen Oberschicht rassifizierte Subjekte einen Gegenrassismus entwickeln, der die bestehende Segregationspolitik noch verstärkt. An Universitäten ist es dort jetzt auch schon wieder üblich, daß man sich an getrennte Tische setzt und so weiter und überall die »Völkerkunde« einsetzt.[6]

Mir scheint es wichtig, diese falsche Volksidentität, diese Blut-und-Boden-Genealogien aufzulösen, mit anderen Begriffen zu arbeiten und andere Gedanken reinzubringen. Ich sagte schon anfangs, daß Rechts und Links in keinem Fall gleich zu machen sind, auch nicht über eine gewisse theoretische Nähe verschiedener Konzepte. Es gibt einfach unterschiedliche Absichten, die wirklich unterschiedliche Auswirkungen haben. Rassismus ist nicht einfach so ein Ding, das so global zu sehen ist, sondern es gibt verschiedene Vorstellungen, die im Rassismus existieren, wie es verschiedene Strömungen gibt in der Neuen Rechten und in der alten Rechten.

Die Neue Rechte argumentiert eher kulturalistisch, die alte oder traditionelle stärker biologistisch. Bei den einen geht es »nur« um eine ethnifizierte Hierarchisierung der Arbeitskraft, bei den anderen geht es ganz klar von vornherein um eine Ausrottungspraxis. Daß die Übergänge fließend sind und daß, je nach-

dem, wie die politische Konstellation ausfällt, es mal stärker zum einen, mal stärker zum anderen tendiert, ist klar.

Es gibt einen zentralen Differenzpunkt bei den Leuten, die eine theoretische Nähe zu multikulturalistischen Konzepten haben. Bei den linken Multikulturellen oder Leuten, die von Fremdenfeindlichkeit reden und sie ablehnen, geht es darum, die Verhältnisse im Inneren zu pazifizieren, die Geschehnisse in der Republik werden als Bedrohung begriffen. Zum einen als Bedrohung ihrer Herrschaft, weil der Rechtsextremismus sich schon längst selbst organisiert hat und eigenständig ganz andere Sachen vorhat als der rechte CSU-Flügel; es gibt da schließlich Überlegungen, mit denen auch nicht unbedingt das Unternehmertum einhergeht. Bei den linken Multikulturellen würde ich sagen: Die wollen im Inneren relativ friedliche Verhältnisse, das sieht man auch an den Staatsbürgerrechtsdiskussionen, aber es ist vollkommen klar, daß äußere Gewaltverhältnisse ausgeklammert werden, die offene Gewaltausübung an den Grenzen beginnt und in andere Länder getragen werden soll, was eben derzeit die gesamte deutsche Politik eint.

Es ist theoretisch und historisch nicht anders zu begreifen, als daß jede nationalstaatliche Politik automatisch Rassismen in sich birgt. Trotzdem halte ich es für notwendig, innerhalb der eigenen Politik zwischen dem nationalen und dem völkischen Block zu unterscheiden. Eine dritte Kraft, eine Gegenkraft mit entwickelten Vorstellungen der Transformation gibt es nicht; früher war es einmal die des Kommunismus vor seiner Verstaatlichung.

Ich möchte noch einen wichtigen Begriff nennen, den man gebrauchen kann, wenn man die Sache heute im Blick hat. Statt von »Fremdenfeindlichkeit« sollte man von Rassismus reden, genauer: von Neo-Rassismus.

Wir sind in der paradoxen Situation, daß es so etwas wie einen Rassismus ohne Rassen gibt, weil er sich, wie gesagt, zunächst nicht über die Biologie herleitet. Es wäre absurd, anzunehmen, es gäbe einen historisch sich unverändert durchhaltenden Rassismus. So hatte er sich im Mittelalter eher religiös begründet, im aufstrebenden Kapitalismus, in der Nationalstaatenbewegung wurde er biologisch gefaßt. Derzeit taucht er auf vor dem Hintergrund des Begriffs »Kultur«, der allerdings auch biologistisch aufgeladen wird. Das Entscheidende ist, daß Rassismus ganz einfach die Abqualifizierung ganzer Menschengruppen aufgrund zugeschriebener und als unveränderlich angenommener Merkmale bedeutet. Deswegen halte ich Sexismus auch für eine Form von Rassismus.

Es ist notwendig, den Willen zur Herrschaft, Verfolgung und Unterdrückung ernst zu nehmen, da er den Rassismen in der Regel vorausgeht. Ich halte Rassismus für eine Legitimationsideologie von Handlungsweisen, die man nicht legitimieren kann. Er soll zum Substanzerhalt von Herrschaft und Unter-

drückung beitragen, die sich mit keinem Humanismus rechtfertigen lassen. (Den universalistischen Humanismus dabei zu benennen, ist wichtig, da er ein Kind der gleichen Seite ist.)

An linken Gegenstrategien fällt mir in Anbetracht des Kräfteverhältnisses nicht allzuviel ein. Es ist natürlich von entscheidender Bedeutung, wahrzunehmen, wie sich hier öffentliche Meinung konstituiert, nämlich sehr stark über die Massenmedien. Ich habe relativ wenig Vorstellungen, wie man in eine breite Öffentlichkeit eindringen soll mit den Auffassungen, die man vertritt. Man ist zwar ein wenig selbstorganisiert, allerdings nicht stark genug, um eine Macht zu entfalten, die nicht allein von Worten kommt. Die nicht-nationalistische Linke hat keine soziale Basis, die stark genug wäre, eine solche Macht zu entwickeln, um den bürgerlichen Diskurs nennenswert beeinflussen zu können. Man wird lediglich zu den Diskussionen zugelassen, wenn es in die jeweiligen Konjunktur paßt. Ich denke, daß es einiger intellektueller Anstrengung bedarf, um die spezifischen Mythen zu dekodieren. Genauso wäre natürlich von einer Musikszene oder Kulturszene zu verlangen, daß sie ihre eigenen Kriterien überprüft. Ich glaube, daß es von der »reinen« ästhetischen Form her nur wenig gibt, was von sich aus schon einen Inhalt hat. Bedeutungskontexte werden über soziale Kontexte begründet und hineingegeben. Das hätte mich bei Diedrich auch mehr interessiert, dazu hätte er mehr sagen müssen.

»Etwas Besseres als die Nation« heißt wenigstens, sich in negativer Abgrenzung zu definieren. Wenn ich als Kern des Problems den institutionellen Rassismus[7] benenne, heißt das, man muß in der Lage sein, dennoch selber eine soziale Gegenmacht mit einem gewissen Drohpotential zu entwickeln. Was die Linke zur Zeit in der Hinsicht zu bieten hat, ist zu wenig. Zu einer antirassistischen Bewegung gehören nicht nur die Leute, die die Straße verteidigen, die tatsächlich einem Nazi auch mal auf die Schnauze hauen, sondern auch die, die diese Aktionen decken. Es ist oft nicht das Problem, daß da zu wenig Leute Aktionen machen, dazu braucht man gar nicht immer so viele, sondern daß die anderen oft nicht einmal das Milieu, das Umfeld dafür hergeben, sondern sich auch von der aktiven Selbstverteidigung distanzieren. In der *taz* gab es nach 1989 eine zeitlang diese zynische »links & rechts«-Rubrik. Da wurden Antifa-Aktionen gleichgesetzt mit dem Nazi-Terror. Sollte man sich etwa nicht gegen Leute wehren, die einem an die Gurgel wollen? Ein Rassist ist immer ein Angreifer! Sie schlagen zu, wenn man sie läßt und sie sich stark fühlen können. Die staatliche Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts[8], die damit verbundene Hetze gegen Ausländer hat ihnen ideologisch den Raum geöffnet, Justiz und Polizei verhalten sich nicht nur in Rostock wohlwollend passiv gegenüber rassistischen Angreifern. Deswegen muß man auch für linke Selbstorganisierung, militantes Vorge-

hen wieder stärker Stimmung machen, was ganz klar heißt, das Gewaltmonopol des Staates nicht zu akzeptieren und schon gar nicht, sich in der Verteidigung des Rechtsstaates zu gefallen, sondern klarzumachen, in was für Gewaltverhältnissen man lebt, und einen anderen Gewaltbegriff zu haben, der nicht repressiv ist, sondern etwas mit Emanzipation zu tun hat.

Man kann als bundesdeutsche Linke nicht nur von sich selbst ausgehen wie das hier eingangs anklang[9], sondern hat von den Leuten auszugehen, die stärker bedroht sind. Das sind die Leute, die rassifiziert sind – und das ist die Linke erstmal nicht, die kann ja konvertieren, das hat die Vergangenheit gezeigt und das haben auch schon viele gemacht.

Fußnoten:

1 Diese Rede wurde per Tonband mitgeschnitten. Die von der Hamburger Zeitschrift 17°C vorgenommene Abschrift folgt weitgehend dem damaligen Wortlaut und wurde für diesen Band nur geringfügig überarbeitet.

2 Gemeint sind die in diesem Band wiedergegebenen Thesen Diederichsens.

3 Der Hamburger Wohlfahrtsausschuß hatte zwar Leute aus dem Osten eingeladen, aber wie sich im Laufe der Diskussion herausstellte, waren diese bei der Veranstaltung im Mekka dann nicht präsent. Daraufhin bildete sich eine Gruppe, die sich in die ehemalige DDR aufmachte, um in Diskussionen vor Ort die Stimmung für eine mögliche Zusammenarbeit zu erkunden. In der Folgezeit waren in Planung und Ablauf der Tour die Antifa Halle, das Conne Island in Leipzig, das JAZ in Rostock und der Infoladen Schlagloch aus Dresden direkt involviert. Ohne deren Zustimmung und Interesse hätte »Etwas Besseres Als Die Nation« so nicht stattgefunden. Bands aus der ehemaligen DDR wurden kontaktiert, ebenso hielt Manfred Möbius von der Antifa aus Halle einen Redebeitrag während der Tour. Leider wollte Möbius den Beitrag bislang nicht publizieren, da er sich über seinen Versuch, die historische Entwicklung des Nationalismus in der DDR einzuschätzen, im nachhinein zu unsicher war.

4 Günther Jacob schien die Diskussionsveranstaltung als Lesung mißverstanden zu haben. Bedauerlicherweise ist ihm sein umfangreiches Lesemanuskript, das Original, auf das sich meine folgenden Äußerungen bezogen haben, abhanden gekommen. Sein Beitrag in diesem Band ist nachgekartet, wissend um die Kritik, die er durch pausenloses Umschreiben und nachträgliche Änderung noch Jahre später ins Leere laufen lassen will.

5 Es gibt eine Kritik am Multikulturalismus, die eine Unterscheidung zwischen ihren linken und rechten BefürworterInnen nicht mehr zuläßt. Insbesondere die Frankfurter Ökolinken befleißigen sich einer unerträglichen Rhetorik, in der sie den Multikulturalismus von Rot-Grün umstandslos mit dem Ethnopluralismus von Neofaschisten gleichsetzen.

6 Ein linker Multikulturbegriff müßte auf einer sozialen Vorstellung von Kultur aufbauen. Ist diese nicht gegeben, wird auch eine durchaus brauchbare Taktik der begrenzten gegenrassistischen Provokation zur reaktionären Strategie. Ein negatives Anschauungsbeispiel aus der bundesdeutschen Diskussion wären hierfür die Statements des Frankfurter »Café Morgenland«.

7 Bei einigen radikalen Linken wird der Aspekt des institutionellen Rassismus bis heute völlig vernachlässigt. In der Zeitschrift *konkret* wurde nach 1989 sehr ausdauernd von der »deutschen Mentalität« geschwafelt, bis diese dann in den Thesen Christoph Türckes zu sich selbst fand.

8 Die autonome l.u.p.u.s.-Gruppe geht in ihrem im Herbst 1994 erscheinenden Band »Lichterketten und andere Irrlichter« noch einmal genauer auf diesen Zusammenhang ein, insbesondere auf die Frage, ob es für die autonome Linke sinnvoll sein kann, wie etwa bei der Asyl- und Staatsbürgerrechtsdiskussion, »reformistische« Positionen einzunehmen.

9 Gemeint waren Äußerungen von jüngeren Popmusikern, die sich selbst ins Zentrum der rassistischen Bedrohung stellten, um darüber antifaschistisches Engagement zu begründen. Auch in dem von Günther Jacob entworfenen Wohlfahrtsausschuß-Text zur Vorstellung und Begründung der Tour wird dies später erneut passieren: »Wir wollen die dortige Linke nicht unterstützen, weil sie deutsche Linke sind, sondern weil der Fall des antiwestdeutschen Schutzwalls und die Beseitigung des ›verordneten Antifaschismus‹ der DDR den Nazis in dieser Gegend einen Bewegungsraum eröffnet hat, von dem aus sie Linke dort und hier bedrohen« (siehe Abdruck in diesem Band).

Autonome l.u.p.u.s.-Gruppe

Gegen die völkische Mitte

Rede, verlesen in der Dresdener »Scheune«
Juni 1993

Nun, man kann dem DDR-Regime einiges vorwerfen.

Tatsache bleibt, daß während des 40jährigen Bestehens keine Flüchtlingsheime oder Unterkünfte von VertragsarbeiterInnen brannten.

Tatsache bleibt, daß zu DDR-Zeiten nicht hunderte von »unbescholtenen« BürgerInnen ein Flüchtlingsheim wie in Hoyerswerda belagerten, mit dem Erfolg, daß die Flüchtlinge unter dem siegheiligen Gegröle der teilnehmenden Bevölkerung von der Staatsmacht evakuiert wurden.

Tatsache bleibt auch, daß zu DDR-Zeiten nicht tausende von »anständigen« Deutschen das Abbrennen eines Flüchtlingsheimes wie in Rostock beklatschten, nicht genug kriegen konnten und vor laufenden Kameras »Zugabe« brüllten.

Tatsache ist, daß all die über 15 000 rassistisch motivierten Angriffe auf alles, was nicht »deutsch« ist, *nicht* gegen die Staatsgewalt, gegen die führenden demokratischen Politiker oder gegen eine Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden mußte. Sie fanden vielmehr unter der Schirmherrschaft der Polizei, der politischen Klasse und der sie tragenden Bevölkerungsmehrheit statt.

Damit wäre zumindest die Legende zerstört, die bereits schon einmal, nach dem militärischen Zusammenbruch des NS-Regimes, für Entlastung sorgen sollte. Die Legende von einem Volk, von einem demokratischen Staat, die verführt und geblendet wurden, die Opfer der NS-Demagogie und des Rassenwahns wurden.

So wenig der demokratische Staat und sein Stammvolk *Opfer* des Nationalsozialismus wurden, so wenig die DDR-Bevölkerung *Opfer* einer sozialistischen Diktatur wurde, so wenig ist heute das »anständige Deutschland« *Opfer* faschistischer und rassistischer »Übergriffe« einer kleinen, fanatischen Minderheit, die selbstverständlich und mit Übung am rechten äußeren Rand einer ansonsten kerngesunden Demokratie verortet wird.

Wenn wir eingangs etwas beschrieben haben, was nicht zu DDR-Zeiten passierte, sondern nachdem sie in den »freien Westen« entlassen wurde, könnte mann und frau ja auf den Gedanken kommen, daß zu DDR-Zeiten zumindest der Antifaschismus fest in Partei, Staat und Bevölkerung verankert war. Daß dieser staatlich verordnete Antifaschismus in der DDR mehr gegen das andere, ka-

pitalistische Deutschland gerichtet war, also mehr Außen- als Innenpolitik war, belegen jedoch nicht nur die Karrieren von Nazi-Funktionären auch in der Ex-DDR oder der entpolitisierende Umgang mit faschistischen und neonazistischen Organisierungsbestrebungen, die im besten Fall als »Rowdytum« oder »Vandalismus« verfolgt wurden.

So wenig die BRD mit den autoritären Strukturen, mit wilhelminischen oder preußischen Lebenshaltungen, die der Faschismus nur konsequent zuende geführt hatte, gebrochen hat, so wenig war dies in der DDR der Fall. Weder in der DDR noch in der BRD heute wurden Tugenden wie Fleiß, Disziplin, Unterordnung und Staatshörigkeit als Gleitmittel faschistischer Herrschaft begriffen. Im Gegenteil. In der BRD wie in der DDR waren die selben »deutschen Tugenden« wieder gefragt und gefordert, als es im Westen richtung »Wirtschaftswunder« ging, in der DDR in Richtung »Bauern- und Arbeiterstaat«. Diese Tugenden haben im Westen die »Entnazifizierung« schadlos überstanden, im Osten wurden sie nicht minder sozialistischer Bestandteil einer spießigen, duckmäuserischen Gesellschaft, die beim Aufbau des Sozialismus genauso mitgemacht hat, wie bei der Verwirklichung des tausendjährigen Reiches, wobei die Ereignisse der letzten drei Jahre den Schluß zulassen, daß einem Großteil der Bevölkerung das »tausendjährige Reich« entschieden näher ist als die Vorstellung von einer proletarischen Weltrevolution.

Immerhin könnte mann und frau einwenden, daß es dem SED-Regime zumindest doch gelungen ist, Antifaschismus zu *erzwingen*, wenn er schon nicht als Lebenshaltung präsent war und ist. Immerhin könnte mann und frau sagen, daß mit (Staats-)Autorität, mit Strafandrohung und schlichter Gewalt es geschafft wurde, Ereignisse wie in Hoyerswerda oder Rostock zu verunmöglichen. Die Vorstellung ist verlockend, mit der Macht einer Sanktionsgewalt RassistInnen und FaschistInnen einzuschüchtern, sie zurückzuschlagen, wo sie versuchen aufzutreten, Antifa-Strukturen aufzubauen, die in der Lage wären, Glatzen, Faschos und Skinheads von der Straße zu putzen. Eine saubere Sache.

Wir sagen selbst: Wir müssen Bedingungen schaffen, wo es für FaschistInnen und RassistInnen und eben nicht für Flüchtlinge und Nicht-Deutsche zur ständigen Gefahr wird, hier zu leben. Wir müssen es zum schmerzhaften Risiko machen, sich zur Herrenrasse zählen zu wollen, ob als Glatze oder Abgeordneter, ob als Brandstifter oder »Überfremdungs«-Politiker, ob mit Springerstiefeln oder mit Aktenkoffer, ob im Büro, in der Verwaltung, in den Dienstzimmern oder auf der Straße.

Wenn wir uns darin einig wären, müßten wir mehr tun, als Faschos und Glatzen verjagen, faschistische Treffen verhindern und faschistische Führerfiguren verletzbar machen, damit sie diese Erfahrung, dank ihrer autoritären, hierar-

chischen Strukturen, an ihr Fußvolk weiterleiten. Wir müßten eine militante Praxis entwickeln, die dem Wissen und der geschichtlichen Erfahrung gerecht wird, daß rassistisches und völkisches Handeln aus der *Mitte* dieser Gesellschaft kommt, daß es seine *legale* Mitte in den staatlichen Institutionen, in den demokratischen Parteien, in den Polizei- und Justizapparaten, in den medizinischen und kulturellen Denkfabriken hat (von Eugenik angefangen bis hin zu den Theoretikern der kulturellen Differenz ...).

Zu all dem ist mehr notwendig als starkes Auftreten, geschlossene Reihen und Ketten, mutiges und unerschrockenes Vorgehen.

Dazu gehört, unser Vorgehen und Umgehen miteinander nicht am Feind zu messen, sondern an den eigenen Vorstellungen, die uns vom Feind erst unterscheidbar machen.

Dazu gehört, Militanz nicht mit breitbeinigem Machotum zu verwechseln, sondern als eine Lebenshaltung, in der sich Angst und Mut, Entschlossenheit und Zweifel, Herrschaftskritik und Selbstkritik nicht gegenüberstehen, sondern aufeinander beziehen.

Dazu gehört ein solidarisches Verhältnis unter uns, zwischen Männern und Frauen – um es unmißverständlicher zu sagen: von Männern vor allem gegenüber Frauen – das nicht von Sexismus und Selbstherrlichkeit geprägt ist, sondern von dem Wissen, daß der soldatische Mann dem Faschismus nicht im Weg steht, sondern auf ihn zuläuft.

Dazu gehört, daß wir den Kampf gegen Rassismus und Faschismus nicht als einen Kampf um eine *bessere* Ideologie begreifen, sondern als einen Kampf um eine *andere Wirklichkeit*, in der unter uns erlebbar und spürbar wird, wofür es sich morgen noch lohnt zu kämpfen.

Der Versuch, den Kampf gegen die Ideologie des Rassismus und Faschismus zu führen und nicht gegen eine soziale Wirklichkeit, die der Faschismus nur radikal zu Ende führt(e), scheiterte geschichtlich schon einmal, blutig und tödlich. Gegen die faschistische Propaganda, gegen SA-Schlägertrupps und ehemalige Frontsoldaten kämpfte eine breite Basis aus sozialdemokratischen und kommunistischen AntifaschistInnen, erbittert und ausdauernd. Doch die Schlacht gegen die Nazis wurde nicht nur auf der Straße verloren, sondern gerade auch »zuhause«, in den eigenen Reihen. Dort, wo die »Helden der Arbeit« und der Straße Disziplin und bedingungslose Unterordnung, patriarchale Familienstrukturen und hierarchische Parteistrukturen nicht angriffen, sondern gegen jede Form der Abweichung und Infragestellung verteidigten. Für das Scheitern des antifaschistischen Widerstandes in der Weimarer Republik war die Unüberwindbarkeit autoritärer, zentralistischer und männerdominierter Strukturen vielleicht entscheidender als die Niederlagen auf der Straße oder bei den Wahlen. Peter

Weiss bringt diese Kritik in seinem Buch »Ästhetik des Widerstandes« eindrucksvoll auf den Punkt: »Daß der Kampf in seiner Härte nur in völliger Einheitlichkeit geführt werden kann, aktzeptiere ich, doch muß dabei deutlich werden, daß nichts uns festhält in Unklarheiten, Verstellungen und Mystifikationen. Wären wir zu einem solchen Nachgeben bereit, so hätten wir den Millionen nichts zu erwidern, die sich bei uns zuhause in die Illusion faschistischer Demagogie treiben ließen, die sich in ihrer Selbstverleugnung anfüllen lassen mit völkischem, rassistischem, nationalistischem Schund ... Solches konnte aufkommen, weil der Boden brach lag, weil die Arbeiterbewegung es nicht vermocht hatte, ihre eigenen Werte zur Geltung zu bringen, weil sie sich allzu gern imponieren ließ von Gartenzwergen und Kanarienvögeln, bestickten Kissen und Wandsprüchen von Ruhe und Geborgenheit. Wie sollen wir wirkungsvoll dagegen angehen können, wenn wir selbst nicht mächtig sind, jede unserer Handlungen zu vertreten, wenn auch wir festsitzen in Selbstverleugnung, zwischen Unklarheiten und Zwängen.« (S. 248/249)

Isabelle Graw

Die Frau im Wohlfahrtsausschuß

Rede, vorgetragen in der Dresdner »Scheune«
Juni 1993

Erst einmal kurz zur Geschichte meiner Teilnahme. Der Wohlfahrtsausschuß Hamburg fragte nach einem Vertreter des Wohlfahrtsausschusses Köln. Uns war schon in Hamburg auf dem ersten Treffen von »Etwas Besseres als die Nation« im Dezember 1992 die homogene Besetzung nicht nur des Podiums, sondern auch des Wohlfahrtsausschusses selbst aufgefallen: lauter eloquente junge Männer. Zu beobachten war eine große Selbstverständlichkeit, mit der man dort – weil es sich einfach so ergeben hatte – nur unter Männer-Freunden arbeitete. Mit der gleichen natürlichen Selbstverständlichkeit, die oft einer effektiven Ausgrenzung vorausgeht, war jetzt vorgeschlagen worden, Diedrich Diederichsen und Andreas Fanizadeh als Redner für die Osttour einzuladen. Nicht diese Personalentscheidungen möchte ich anprangern, sondern die Struktur ihrer Entstehung untersuchen. Wie kommt es, daß bei einem Nachdenken über eventuelle Redner die Frauen-Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses gar nicht erst in Erwägung gezogen werden? Es handelt sich hier nicht um absichtliche Diskriminierung, um keine bewußte Ausgrenzung. Sowohl Diedrich als auch Andreas hatten in Hamburg Vorträge gehalten und sich in einer öffentlichen Situation bewährt. Auch deshalb, weil wir eben nicht für unsere Reden bekannt sind, kam man automatisch auf sie zurück.

Solche Entscheidungen entstehen in einem Raum, der mit Meinungen und Argumenten gefüllt ist, die stets abrufbar sind und für die Reproduktion von Anordnungen sorgen. Beispiel: Das Thema Quotenfrau.

Nicht nur Politikerinnen haben Angst, als Quotenfrauen zu gelten (wie die drei Kandidatinnen für den SPD-Vorsitz neulich im *Spiegel*. Sie betonten, daß sie sich nicht als Quotenfrauen empfinden würden). Auch Männer haben, wie man im *Managermagazin* (Nr.5/1993) nachlesen kann, Angst davor, Frauen nur auf Grund ihres Geschlechts zu fördern. Das *Managermagazin* stellt bei einer Untersuchung von Frauen in Betrieben fest, daß das altbewährte System der Mentorenschaft in Mißkredit gerate, weil Mann, der Mann fördert, als frauenfeindlich gilt und Mann, der Frau fördert, vermutlich ihr Liebhaber ist.

Es ist interessant zu beobachten, wie mit dem Begriff »Quotenfrau« heute grundsätzlich (jedenfalls in Westdeutschland) sein Gegenteil erreicht wird: Er verhindert die Förderung von Frauen. Dabei wird so getan, als ob Leistung und Geschlecht getrennt wahrgenommen werden könnten. Was männliche Arbeitgeber nicht davon abhält, bei der Einstellung einer Frau auf deren angeblich geschlechtsbedingte »anderen« kommunikativen etc. Qualitäten zu setzen.

Frauen, die eine Funktion haben und sich öffentlich äußern, haben oft die größte Angst davor, als verhärmte Feministinnen oder Quotenfrauen zu gelten. Sie möchten die Realität Geschlecht ausblenden und zeigen doch mit ihrer ständigen Rede, daß bei ihnen die Leistung zähle, wie wirkungsvoll sie ist. Die eine auch in der Politik oder im Kulturbetrieb anzutreffende Vorstellung von der Frau als anders und spezifisch weiblich kann als eine Konsequenz des Differenz-Feminismus angesehen werden. Es gab z.B. einen Spiegelartikel (Nr. 19, 47. Jahrgang) über die Frauen-Kandidatinnen der SPD von Spiegel-Reporter Leineman, der die Fallen des Differenz-Feminismus besonders gut zeigte. Als Initiatorinnen des Differenz-Feminismus (Ende der 70er) gelten fast schon kanonisch die französischen Theoretikerinnen Luce Irigaray, Hélène Cioux und Julia Kristeva, denen es – grob vereinfachend – darum ging, von essentiell anderen Eigenschaften und einem anderen Begehren und einer anderen Sprache auszugehen, um das Streben der klassischen Frauenbewegung nach gleichen Rechten, ihrer Bejahung des männlichen Denk- und Rechtssystems zu kritisieren. Diese Positionen sind zwar von Feministinnen in den 80ern stark kritisiert worden, weil sie männliche Projektionen über »Weiblichkeit« stützen und von feststehenden, unveränderbaren Eigenschaften ausgehen, als ob diese für alle Frauen gelten könnten. Schwarze und lesbische Feministinnen (ich sage das jetzt der Einfachheit halber und gestehe, daß es solche vereinheitlichenden Gruppen nicht gibt) kritisierten die Selbstverständlichkeit, mit der von »Frauen« gesprochen wurde und damit immer die weiße Mittelstandsfrau gemeint war.

Mit Helma Lutz würde ich es nun als eine Aufgabe ansehen, »innerhalb jeder Ethnie, jeder Kultur und jeder sozialen Klasse zu unterscheiden, wie Männlichkeit und Weiblichkeit definiert sind, wer den Maßstab zu dieser Definition liefert und wer die Definitionsmacht besitzt.«

Also: Rassismus und Sexismus, Unterschiede und Gemeinsamkeiten.

Reporter Leineman zeigt uns nun, wie eine von Frankreich kommende theoretische Denkströmung Jahre später einen kollektiven Unterstrom des Denkens in Deutschland bilden kann. Er beschreibt die drei SPD-Kandidatinnen (die ich bei dieser Gelegenheit ganz bestimmt nicht verteidigen will, darum geht es nicht) wie emotionale Kinder, pickt sich jene Zitate heraus, die ihre Andersheit, Weichheit in der Härte, ihr ausgeprägtes Selbstbewußtsein (immer noch keine

Selbstverständlichkeit bei Frauen ...) unterstreichen. Die rote Renate hätte zur Kandidatur nicht nein sagen können, weil sie überall hörte, daß die Männer abgewirtschaftet haben. Will sagen: Frauen verlassen sich aufs Hörensagen. Heidi Wieczorek-Zeul sei angetreten, um zu verhindern, daß sie nicht noch einmal wegen Oskar Lafontaine eine ganze Nacht vor Zorn und Enttäuschung durchheulen muß. Heidi Simonis läßt er sagen: »Ich habe Lampenfieber.« Renate Schmid wird als eine dargestellt, die weiß, daß sie auch »krachend zwischen allen Stühlen landen kann«. Spätestens bei dem Satz von Leinemann, daß alle drei aus hartem Holz geschnitzt seien, fest wie die Pfeifen ihres Vorgängers, wird klar, daß Engholm diese Frauen in der Pfeife rauchen könnte und an ein ernsthaftes Inbetrachtziehen dieser Frauen nicht gedacht werden muß. Frauen geben ein gutes Thema, ein gutes Titelbild ab, sind jahrhundertelang über ihren Körper und ihre Sexualität definiert worden, deshalb ist es nach wie vor nicht schwer, sie dazu zu bringen, davon überzeugt zu sein, daß sie sich bestimmte Positionen nicht zutrauen können.

Der Existenz des Konzepts »Quotenfrau« oder »Frauenförderung« ist nicht nur im Ergebnis Anwesenheit von Frauen zu verdanken (wobei zu fragen wäre, welcher Frauen, profitieren gut Situierte nicht mehr davon? Und kann das ein Argument GEGEN die Quotenfrau sein?), sondern auch die Herausbildung eines stets abrufbaren schlechten Gewissens bei Männern oder Frauen, die unbewußt ahnen, daß sich ihre Entscheidung für einen Mann nicht nur mit dessen Qualifikation erklären läßt und andere, strukturelle Gründe hat.

Wenn ihnen z.B., wie es mir aus dem Wohlfahrtsausschuß Hamburg berichtet wurde, »einfach keine Frau einfällt«, dann kann man sie daran erinnern, daß kein historisches Gedächtnis Neutralität besitzt. Es muß Gründe geben, die über die »Interessantheit« von Arbeiten hinausgehen, warum sich in ihrem Gedächtnis die Namen von Frauen nicht eingespeichert haben, sie sozusagen ein anderes, spezielles Register ihres Gedächtnisses ziehen mußten, das leer geblieben ist. Bei möglichen Rednern fallen ihnen immer nur Männer ein, und wenn die Frage nach Frauen aufkommt, dann wird unter der Sonderrubrik »Frau« nachgeschaut, und dann läßt sich natürlich keine Frau so künstlich und erzwungen in die Rubrik »guter Redner« überführen.

Die Tatsache, daß Frauen, die sich ganz bestimmt nicht immer mit »Frauen« gleichsetzen, primär als Frauen identifiziert werden, führt zu ihrer hauptsächlichen Markierung als »Frau«, unter der dann noch andere Eigenschaften wie »stark« oder »interessant« subsumiert werden können. Um diese immer gleichen, bei Vorstandsvorsitzenden und Galeristen auftauchenden Reflexe zu durchbrechen, beschlossen wir, eine Frauendelegation in Ostdeutschland für den Wohlfahrtsausschuß Köln sprechen zu lassen. Es ist natürlich für jemanden,

der als Frau definiert wird, nicht möglich, sich permanent mit der Zuschreibung »Frau« zu identifizieren – die amerikanische Literaturwissenschaftlerin Denise Riley arbeitete über die zusammengehörenden Versuche im Feminismus, sich nicht auf Frau reduzieren zu lassen und mit diesem Begriff, mit dieser Identifizierung doch politisch arbeiten zu müssen in ihrem Buch »Am I that Name«.

Sind wir dieser Name? Nicht immer. Aber wir müssen uns fragen, ob wir dieser Name sind und inwieweit wir uns mit ihm identifizieren müssen, um handlungsfähig zu werden und inwieweit uns diese Identität als primäre zugewiesen wurde. »Befreiungsidentitäten können oft zu Unterdrückungsidentitäten werden« (Helma Lutz). Denise Riley sagt sehr richtig, daß eine Konzentration auf die Identität der Frauen und eine Weigerung, sich auf Frauen reduzieren zu lassen, Bestandteile des Feminismus seien. Solange wir streckenweise mit diesem Namen identifiziert und permanent auf ihn zurückgeworfen werden, nehmen wir unsere Chance als Sonderbeauftragte für den Frauenkomplex gerne an. Denn wir wissen, daß kollektive Identitäten nicht festehen, sie können verändert werden, durch die aktive Arbeit einzelner oder in Auseinandersetzung mit anderen Entwicklungen in anderen Bereichen.

Der Vorschlag, eine Frauendelegation auf die Osttour zu schicken, war als symbolischer Akt gedacht – als Sprengung »natürlicher« Besetzungen, und resultierte nicht aus einem Bedürfnis, jetzt in Ostdeutschland auch einen Vortrag halten zu wollen.

Können wir hier auftauchen, im Gepäck neueste west-feministische Theorien und diese hier ausbreiten? Es schien uns nicht völlig legitim zu sein, nun hier öffentlich zu reden, und wir hatten auch nicht das Gefühl, daß jetzt unbedingt etwas gesagt werden müsse oder der öffentliche Raum zurückzuerobern sei.

Jutta Koether und mir war hier die Rolle zugedacht, das Unterthema »Sexismus« des Hauptthemas »Rassismus« abzuhandeln, wofür wir scheinbar natürlich durch unser Frau-Sein (bzw. als Frau gelten) prädestiniert sind. Sexismus wird oft als Nebenwiderspruch von Rassismus gesehen, er wird dem Rassismus zuaddiert. Umgekehrt ist Rassismus für Feministinnen oft ein Nebenwiderspruch, ein Unterbereich des Sexismus, eine zusätzliche Unterdrückung durch Rasse, die zu der hauptsächlichen durch Geschlecht noch hinzukommt. Was wir dann in dem uns zugeschickten Konzept lasen, war ein Umriß des Reservoirs, für das wir zuständig sein sollten. In diesem Konzept hatten sich die Veranstalter überlegt, wie die Beiträge der Redner aussehen könnten.

Das Wort »Geschlecht« war dort immer mit Anführungsstrichen versehen – man macht damit deutlich, daß man es wie auch das immer in Anführungszeichen gesetzte Rasse als gesellschaftliche Konstruktion begreift. Diese Formulie-

rung »gesellschaftliche Konstruktion« hat mittlerweile Hochkonjuktur und ich hänge – um Mißverständnissen vorzubeugen – sehr an ihr. Mit ihr lassen sich viele Argumente, in denen noch selbstverständlich von Frau oder Geschlecht als biologische (oder soziale oder ökonomische) Tatsachen oder nicht hintergehbaren Realtitäten ausgegangen wird, entkräften. Nichts war schon immer da, es gibt kein biologisches Geschlecht, und jeder faktische Anhaltspunkt ist Effekt des Diskurses, eine Fiktion. So befreiend es ist, sich von der Evidenz »Frau« oder »Geschlecht« losmachen zu können, so bleibt doch ein ungeklärter Rest, eine nicht zu verleugnende Realität und nicht zu verleugnende reale Auswirkungen und Zwänge dieser »gesellschaftlichen Konstruktionen«.

Die amerikanische Philosophin Judith Butler hat in einem Vortrag, den sie in Frankfurt am Main hielt (»Bodies that matter«), darauf hingewiesen, daß es nicht reicht, das Geschlecht als eine gesellschaftliche Konstruktion zu erkennen. Man hätte sie falsch verstanden, wenn man ihr (jetzt auch in Deutschland heftig rezipiertes) Buch »Das Unbehagen der Geschlechter« so lese, als ob sie einen täglichen Wechsel von sexueller Orientierung für möglich halte. Man könne das Geschlecht nicht so überstreifen wie einen neuen Pullover, und an einer sexuellen Überschreitung, die nur das einzelne Individuum realisieren könne, sei sie nicht interessiert. In der Vorstellung, daß etwas gesellschaftlich konstruiert sei, würden die Möglichkeiten, die der einzelne hat, übergangen und stattdessen ein großes Subjekt – das Soziale oder die Kultur oder die Macht – vermutet, das die Konstruktion zustande brächte. Die Konstruktion hätte die Rolle des Determinismus übernommen, mit ihr ginge eine ähnliche Unausweichlichkeit einher. Butler schlägt vor, sich eher um die Dinge zu kümmern, die aus der Konstruktion (weibliches und männliches Geschlecht) herausfallen (wie z.B. Homosexualität oder Bisexualität) und für diese konstitutiv sind. Mit dem Wort Konstruktion sei man auch schnell über die Materialität des Körpers oder des Sexus hinweggegangen, oft würde es von Konstruktivisten so dargestellt, als ob sich das sozial konstruierte Geschlecht auf die biologische Materie werfe und diese mit Bedeutung versehe. Butler versucht dieses Modell, das auf der einen Seite feststehende Materie und auf der anderen gesellschaftliche Niederschläge sieht, zu dynamisieren. Sex und Gender konstituierten sich gegenseitig. Sie will das Materielle nicht verneinen, weiß aber, daß jedes Zugeständnis an eine Materialität (z.B. Hormone) diese auch konsolidiert.

Auch wenn Butler die Opposition Materie/Geschlecht aufzulösen versucht, bleibt sie doch in dieser verfangen. Auf der einen Seite haben wir die symbolische Ebene, die wir als hauptsächliche begreifen müssen und die wirkliche Gegebenheiten nach sich zieht. Auf der anderen Seite ist die Materie, deren angeb-

liche Festigkeit und Nicht-Verneinbarkeit sich von diskursiven Effekten nicht abtrennen läßt. Ich glaube, an dieser Stelle lassen sich Beispiele für das Ineinandergreifen von Diskurs und Essenz nicht vermeiden. Nehmen wir die Rede von »den Frauenkrankheiten«, deren Realität nicht abzustreiten ist, von denen ich aber nur ungern sprechen würde, weil mit ihr Vorstellungen von frauenspezifischen Unvermeidlichkeiten einhergehen, die der Idee vom biologischen Geschlecht Kraft verleihen. Auch »Wechseljahre« sind als Topos eine Mischung aus einer imaginären Notwendigkeit, die als altersbedingt und unvermeidlich ausgegeben wird, und scheinbar wirklich erlebten Symptomen, die auch deshalb eintreten, weil mit ihnen gerechnet wird. Nenne ich einen für mich realexistierenden Schmerz beim Namen, wie Menstruationsbeschwerden, bin ich schon in ein ideologisches Feld eingetreten, in dem diese Beschwerden als integraler Bestandteil des Frau-Seins aufgefaßt werden und monatlich auftreten müssen und werden.

So können die Übergänge zwischen dem, was als Konstruktion erkannt und als zwingende Realität empfunden wird, fließend sein.

Habe ich etwas als Konstruktion erkannt, bin ich noch lange nicht »befreit«. Und verliere darüberhinaus vielleicht die Motivation, über Erkenntnis hinauszugehen.

Ein Abdriften in Theorie, in anglo-amerikanische Diskussionen (Konstruktivismus versus Essentialismus) scheint unvermeidlich.

Das haben wir, aus dem Kulturbetrieb kommend, hier eben anzubieten; verbunden mit einer Sammlung von Beobachtungen und Analysen, wie z.B. die, daß aus dem feministischen Kampfruf der 70er »Das Persönliche ist das Politische« ein Freibrief für Arbeitgeber wurde, die sich heute selbstverständlich nach den Lebensverhältnissen der einzustellenden Frau erkundigen. Die hartnäckige Vorstellung von spezifisch weiblichen Qualitäten, die Frauen angeblich besäßen, und die vom französischen Differenz-Feminismus aus anfangs guten Gründen, nämlich gegen den Männer-Universalismus, beschworen wurden, brachten die Frauen vielleicht verstärkt in den Kulturbetrieb. Dort werden Frauen mit jenen Aufgaben betraut (Kommunikation, Vermittlung, Kontakte, Repräsentation), für die sie angeblich gut geeignet sind. Es gibt viele Untersuchungen über die Geschlechtsbilder von Männern in den 80ern, die nachweisen, »daß die klassischen Zuschreibungen, die festlegen, was männlich und was weiblich ist, nach wie vor dominant und virulent sind.« (Helma Lutz)

Kehrseite dieser klassischen Zuschreibungen ist eine schlechtere Bezahlung, die von Frauen im Kulturbetrieb (da will ich mich nicht ausschließen) gerne in Kauf genommen wird. Gerade Frauen lassen sich oft auf Stundenbasis in kultu-

rellen Institutionen einstellen, weil sie ihre Forderungen und Hoffnungen hinauszuschieben gelernt haben. Langfristig wird die kulturelle Erfahrung ihren Wert steigern, und wenn es nach Jahren nicht gelungen ist, sie zu entmutigen, ihnen das Gefühl zu geben, daß sie sich jetzt mal wieder um sich selbst kümmern sollten, dann stellt sich irgendwann vielleicht eine materielle oder symbolische (in Form von institutioneller Anerkennung) Vergeltung ein. Viele Frauen im Kunstbetrieb lassen sich auch deshalb auf schlechte Bezahlungen ein – und ich beziehe mich hier auf meine privaten Erhebungen –, weil sie sich mit ihrer Arbeit identifizieren möchten und kreativ sein wollen.

Wenn Identifikation und Selbstverwirklichung angestrebt sind, dann gibt es keinen Platz für Erfahrungen und Personen, die diese Bedürfnisse stören, die die Unmöglichkeit von Identifikation und Selbstverwirklichung aufzeigen.

Der Gedanke ist verbreitet und wurde auch in dem Paper zu diesem Kongreß formuliert, daß symbolische Präsenz mit Ausgrenzung im realen Leben einhergehen könne. Sollen wir uns mit dieser Ausgrenzung, mit diesem Versagen identifizieren? Eine vermutete Gegenläufigkeit übersieht auch die reale Macht von Symbolik. Schon die Art und Weise, wie in Deutschland das »Asylantenproblem« von den Medien erzeugt worden ist, zeigt die reale Macht des Symbolischen. Man muß die Formen, mit denen Frauen im Symbolischen auftauchen, mit davon nicht abzutrennenden ökonomischen und sozialen Realitäten verknüpfen.

Ich halte es auch für falsch, die Präsenz von etwas auf der symbolischen Ebene als Kompensation für eine erlittene Diskriminierung zu begreifen. Man sollte sich eher um realexistierende Hindernisse und Widerstände für Frauen kümmern, die Zusammenhänge sehen, die zwischen dem Karlsruher Urteil, der Ausmerzung sämtlicher progressiver Errungenschaften des DDR-Sozialismus und der Änderung des Asylrechts bestehen.

Das Urteil in Karlsruhe schaffte die in der DDR seit 1972 bestehende, bedingungslose Fristenregelung ab. Für die Frauen der DDR wird es jetzt eine Zwangsberatung geben, die sich laut Gesetzestext von dem Bemühen leiten zu lassen hat, »die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen«. Friedrich Karl Fromme, Erzreaktionär der *FAZ*, geht noch weiter und fordert (*FAZ* 16.6.93), daß die Beratungen fortgesetzt werden müssen, »wenn die Berater den Eindruck haben, die Frau sei noch weiteren Argumenten zugänglich.« Da gibt es einen Zusammenhang zwischen der gesamtdeuschen Ankurbelung der Familie durch Kriminalisierung der Abtreibung (sie ist rechtswidrig, aber straffrei) und der in den Medien betriebenen verständnisvollen Erklärung rassistischer, neonazistischer Übergriffe mit den »kaputten Familien«, aus denen die »desorientierten«, meist

alkoholisiert und deshalb zu entschuldigenden Täter angeblich stammen. Während die deutsche Famlie per § 218 wieder flott gemacht wird, müssen die von Rudolf Augstein befürchteten ausländischen »Großfamilien« damit rechnen, daß Frauen und Kinder – immer ist es die Reproduktionsinstanz, die angegriffen wird – verbrannt werden. Die Änderung des Asylrechts ist eine ideale Ergänzung zum Paragraph 218: Der als deutsch verstandene Nachwuchs wird gefördert, die als fremd gebranntmarkten Personen müssen draußen bleiben.

Es gab in der *Süddeutschen Zeitung* einen Artikel von Cora Stephan, der symptomatisch war für die Art und Weise, wie bei uns das Thema »Frauen in Ostdeutschland« abgehandelt wird. Stephan geht mit vielen anderen davon aus, daß die einst emanzipierten Frauen Ostdeutschlands jetzt geschlossen an den Kochtopf und zu ihren Familien (deren Existenzen werden einfach vorausgesetzt) zurückgekehrt seien, weil man ihnen ihre Arbeitsplätze und ihre Kinderkrippen genommen hätte. Als ob jede Frau eine Küche oder eine Familie im Hintergrund habe. Jede Gelegenheit wird genutzt, um das, was Judith Butler das »heterosexuelle Zwangsregime« nennt, zu bestätigen. Ein Ostberliner Galerist erklärte mir die Abwesenheit von Künstlerinnen in seinem Programm damit, daß die Künstlerinnen in Ostdeutschland die Kunst aufgegeben und zur Hausarbeit zurückgekehrt seien. Frau-Sein heißt aus dieser Perspektive, eine natürliche Verbindung zur häuslichen Sphäre zu haben. Es gibt dann noch kompliziertere Modelle auf der gleichen Basis, die doppelbelastete Karrierefrau, die ihr Kinderproblem lösen muß oder die alleinstehende kinderlose Frau, die auch in bezug auf die Norm der Familienmutter definiert wird. Lesbische Frauen kommen in diesen Darstellungen nie vor. Von einer klassischen Frauenbiographie wird ausgegangen, die, wie eine Studie von Monika Wohlraab-Saar bewies, längst nicht mehr als Folie dienen kann. Die von Wohlraab-Sahr befragten Frauen eignen sich deshalb gut zur Teilzeitarbeit, weil sie ihr Leben mangels fester Folie oft grundsätzlich in Frage stellen und keine langfristigen Bindungen, weder beruflich noch privat, eingehen möchten. Natürlich wurden die Ergebnisse dieser Studie in der *FAZ* als tragisch gelesen, als ein weiteres Anzeichen für den Untergang des Abendlandes. Diese Studie betraf westdeutsche Frauen, die Teilzeitarbeit machen. Ich möchte die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen in Ostdeutschland nicht leugnen, es ist auch richtig, daß es die Frauen bei Entlassungen immer als erstes trifft. Nur dienen die pauschalisierenden Darstellungen in Westdeutschland über ostdeutsche, an Heim und Herd zurückkehrende, arbeitslose Frauen dem Bild der Frau als Reproduktionsinstanz. Es sah aus der Sicht der Westpresse auch so aus, als hätte es in Ostdeutschland kaum Reaktionen auf das Urteil von Karlsruhe gegeben. Während die Änderung des Asylrechts hier 10 000 Leute in Bonn mobilisieren konnte, waren die gleichen Gruppen, trotz

der offensichtlichen Verknüpfungen, nach dem Urteil von Karlsruhe nicht auf der Straße. Es wäre interessant zu fragen, warum der Tag X so erfolgreich mobilisieren konnte, aber nichts Vergleichbares meines Wissens für Karlsruhe vorgesehen war. Eine Verschärfung des Paragraphen 218 kann in den 90ern nicht mehr mobilisieren, gegen den Rassismus haben aber verschiedene Gruppierungen erfolgreich den deutschen Bundestag blockiert und Abgeordneten den Weg zum Parlament versperrt. Sind die Verknüpfungen zwischen Rassismus und Sexismus nicht offensichtlich genug, oder gibt es eine Hierarchie zwischen den Themen, so daß eine Änderung der Verfassung als wesentlicher empfunden wird? Oder fühlen sich Antirassisten für einen Protest gegen die Änderung des Paragraphen 218 nicht zuständig, weil dieser Protest (auf der Ebene: Benachteiligung von armen Frauen) in den Medien artikuliert wurde, und der Paragraph 218 weiterhin als ein die Frauen betreffender Paragraph gilt?

Wohlfahrtsausschuß Hamburg

Etwas Besseres als die Nation

Zur Begründung der Tour

Warum wir nicht umhin können, uns in unserer freien Zeit mit deprimierenden Themen zu beschäftigen und warum Deutschland daran schuld ist. Thesen und Schlußfolgerungen zum deutschen Rassismus und Großmachtwahn. Zur Information an alle, die erwägen, sich an unserer Aktion im Juni 1993 zu beteiligen.

• Deutschland im Frühjahr 1993: Je näher wir hinschauen, desto fremder schaut es zurück. So bleibt uns nichts anderes übrig, als die Anschauung in Kritik zu überführen. Du empörst Dich über Pogrome gegen »Fremde«, willst etwas dagegen tun und stehst plötzlich vor einem Berg von Fragen. Du willst KONKRET mit anderen handeln und stellst plötzlich fest, daß Du dazu auch ABSTRAKT werden, Begriffe entwickeln und sie diskutieren mußt. Du möchtest dem mit einem Baseballschläger bewaffneten Nazi entgegentreten und merkst, daß er im Feuilleton Deiner Zeitung und auf dem Buchmarkt Verbündete hat, die offene oder verschlüsselte Rechtfertigungen formulieren, die von vielen gelesen werden und die Du widerlegen mußt. Morgens in den Nachrichten hörst Du, daß der Bundesinnenminister von den west- und osteuropäischen Staaten eine »abgestimmte und umfassende Abwehrstrategie gegen die Einreise von Flüchtlingen« fordert. In der Bäckerei empört sich eine Kundin über die »Untätigkeit der Politiker in der Asylfrage«. Mittags liest Du in der Zeitung: »In der Asylfrage hat sich die SPD der Haltung der Koalition angenähert« und »Skins greifen in Halle Privatwohnungen von Vietnamesen mit Brandflaschen an«. Abends gehts Du in den Undergroundclub der kosmopolitischen Avantgarde, wo die DJs die neuesten Rap-Platten spielen. Jemand trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift »The Bass, the treble, don't make a rebel«. Dir wird klar: Betroffenheit ist keine ausreichende Grundlage für den Widerstand gegen deutschen Vernichtungswillen und deutschen Opportunismus.

Rassismus empört da am meisten, wo er direkt von Personen geäußert oder direkt an Personen vollstreckt wird. Dadurch entsteht der Eindruck, mit der Bekämfpung der Rassisten alleine ließe sich der Rassismus bekämpfen. Doch die Vorstellung »Nazis raus = Rassismus raus« funktioniert nicht. Glaubt man, Rassismus existiere nur »durch« einzelne Rassisten, bleiben die rassistischen Reproduktionsstrukturen der Moderne außerhalb des Denkens. Betroffenheit führt

unter Umständen dazu, das »gute Deutschland« gegen seine schlechte Wirklichkeit verteidigen zu wollen oder Flüchtlinge nur als einheitliche Opfergruppe zu sehen. All das trifft Dich, vor dem Hintergrund einer Trennung der Sphäre der politisch-staatlichen Herrschaft von der ökonomischen Sphäre, in der Du individuell Deiner Reproduktion nachgehst, als Privatperson, der es prinzipiell freigestellt ist, sich politisch zu betätigen oder politisches Handeln an dafür bezahlte Profis zu delegieren. Du mußt Dich also entscheiden. Dabei hilft vielleicht die Erkenntnis nach, daß der faschistische Terror nicht zuletzt auch gegen jenen selbstgeschaffenen sozialen Raum jenseits der »Politik« gerichtet ist, in dem sich auch die Leute mit dem linksalternativen/kosmopolitischen/subkulturellen Habitus des coolen »Nicht-Dabeiseins« (gedacht als Gegensatz zum staatstragenden Dabeisein) bisher einigermaßen gemütlich eingerichtet haben. Wo die Nazis den öffentlichen Raum punktuell kontrollieren und auch Privatwohnungen von Migranten und Antifaschisten angreifen, zwingen sie ihre Gegner dazu, sich unsichtbar zu machen und machen aus jenen, die nur ihre Ruhe haben wollen, Mitläufer.

• Der Hamburger Wohlfahrtsausschuß konstituierte sich in den Tagen nach den rassistischen Pogromen in Rostock-Lichtenhagen, also in einer Zeit, als eine kaum verhüllte große Koalition aus Parlament, Naziterror, Normalbürgern, Polizei und Medien in einem zynischen Zusammenspiel gemeinsam mit der »Lösung der Asylantenfrage« beschäftigt waren. Nach der Phase der Lichterketten ist die Situation zwar eine andere, aber keineswegs eine bessere: Die Ziele dieser Koalition sind so gut wie erreicht, die politische Mitte ist deutlich nach rechts gerutscht, wie sich nicht zuletzt an der Gesellschaftsfähigkeit der Forderung nach dem Einsatz deutscher Soldaten im Ausland bis hinein in alternative Kreise zeigt.

Der Wohlfahrtsausschuß konstituierte sich als ad hoc-Gruppe von Musikern, DJs, Künstlern, Autoren und Journalisten, um den faschistischen Angriffen auf Migranten, Schwule, Behinderte, Linke und auf subkulturelle Zusammenhänge zu entgegnen. Dazu sollten Versuche gemacht werden, den öffentlichen Raum (verstanden als konkrete Orte wie auch als umkämpfte »ideologische« Räume) gegen rechte Angriffe zu verteidigen. Ausgehend von der Tatasche, daß sich die faschistischen Aktivitäten nach der sogenannten Wiedervereinigung bewußt auf das Gebiet der ehemaligen DDR konzentrierten, planen wir eine demonstrative antifaschistische und antigroßdeutsche Veranstaltungsreihe (Flugblattaktionen, Diskussionsveranstaltungen und Konzerte mit Rock- und Rap-Gruppen) in den Städten Rostock, Leipzig und Dresden. Dabei geht es nicht darum, die deutsche Einheit von links zu vervollständigen. Wir gehen nicht in den Osten, um dort »westliche Standards« zu etablieren. Wir wollen die dortige Linke nicht unter-

stützen, weil sie DEUTSCHE Linke sind, sondern weil der Fall des antiwestdeutschen Schutzwalles und die Beseitigung des »verordneten Antifaschismus« der DDR den Nazis in dieser Gegend einen Bewegungsraum eröffnet hat, von dem aus sie Linke dort und hier bedrohen.

Während der rechte Mob Flüchtlinge verfolgt, arbeitet das Parlament fieberhaft daran, den so Bedrängten auf andere Weise beizukommen. (Erinnert sei an dieser Stelle an die von verschiedenen Initiativen geplante Bundestagsblockade am Tag X, dem Tag der Verabschiedung der neuen Asylrechtsgesetzgebung.)

Was Regierung und Opposition schon während des Höhepunktes der Mordwelle vorbereiteten und seither »Asylrechtskompromiß« genannt wird, hat diesen Wortlaut: »Artikel 16, Absatz 2: Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Mitgliedsstaat der EG oder einem Drittstaat einreist, in dem die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention sichergestellt ist«. Damit gibt es auf dem Landweg keine Möglichkeit mehr, in die BRD zu kommen. Verfolgte haben nur eine Chance, wenn sie über gültige Papiere verfügen und im Gefängnisreisebüro des sie verfolgenden Staates einen Direktflug in die BRD buchen können. Die BRD sucht seither vor allem die östlichen Staaten zur Mittäterschaft zu pressen. Sie sollen als vorgeschobene Mauer den nach Deutschland strebenden Wanderarbeitern und Flüchtlingen jene Reisefreiheit verwehren, in deren Namen man vor wenigen Jahren die DDR aufrollte.

Wir lehnen jede Politik ab, die weniger fordert als offene Grenzen.

• Der Hamburger Wohlfahrtsausschuß will nicht eine musikalische Variante der Lichterketten auf den Weg bringen. Wir gehen davon aus, daß die Rechte nicht nur durch systematischen Terror Straßen, Plätze und Kneipen erobern und dominieren möchte, daß sie nicht nur mit Baseballschlägern und Brandbomben agiert, sondern auch bemüht ist, den »ideologischen Raum« zu besetzen.

Dagegen wäre eine inhaltlich falsch oder schwach begründete, rein erfahrungs- und praxisorientierte Gegenaktion wirkungslos und fatal. Antifaschistische Kräfte kommen um die Anstrengung des Begriffs ebensowenig herum wie um militante Aktionen. Es geht zwar darum, möglichst viele Kräfte zusammenzufassen, allerdings nicht um den Preis einer affirmativ-beschränkten Kritik, die von den Strukturen der Gesellschaft nichts wissen will, die das faschistische Treiben und die Medienkampagne gegen die »Asylantenflut« hervorgebracht hat.

Der Blick auf Rostock oder Mölln wird leicht zum selbstbestätigenden Blick auf einen Rassismus, der scheinbar leicht zu identifizieren ist. Würden wir uns ausschließlich auf diesen Rassismus konzentrieren, so könnten wir in eine Situation kommen, in der wir einen Kampf für andere führen. Zum Beispiel einen

Kampf für die Wiederherstellung einer Normalität, die längst eine andere geworden ist, weil es nach der einschüchternden Wirkung der Pogrome schon als Erfolg gilt, wenn »Fremde« nicht oder nur selten totgeschlagen werden. Oder wir würden einen Kampf für die Wiederherstellung des »deutschen Ansehens« in der Welt führen und uns damit selbst schwächen, denn der skeptische Blick der Welt bewegt momentan oft mehr, als wir als unbedeutende gesellschaftliche Minderheit bewegen können. Es geht uns auch nicht darum, dahingehend auf die Politik einzuwirken, daß diese einen moderateren Ton im politischen Tagesgeschäft finde, damit sensible Bürger, die mit den brutalen Methoden der Nazis nicht einverstanden sind, eine »saubere«, rechtsstaatliche Abschiebung von Flüchtlingen aber begrüßen würden, besser schlafen können. Wir müssen also von der strukturell rassistischen Konkurrenzgesellschaft im allgemeinen und von dem nationalistischen Schub im besonderen, den die völkisch begründete »Wiedervereinigung« ausgelöst hat, reden.

• Die individuellen und institutionalisierten Ebenen des RASSISMUS stützen sich gegenseitig. Wir wissen, daß der Rassismus, mit dem wir es zu tun haben, weder eine anthropologische Konstante ist, noch mit den vormodernen Rassismen des Mittelalters gleichsetzbar ist, sondern aus dem Lebensalltag einer am Weltmarkt teilnehmenden Exportnation mit einer faschistischen Vorgeschichte heraus entsteht. Wie in jeder Gesellschaft, in der auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ökonomie ein permanenter Verdrängungswettbewerb alle Lebensbereiche prägt, werden auch in Deutschland täglich Menschen auf (gemessen an den gültigen Standards) wirkliche oder vermeintliche »Schwächen« abgeklopft – mit dem Ziel, sie als unterlegene Konkurrenten auszusortieren. Aber nur im Falle Deutschlands erinnert ein Begriff wie »Aussortierung« unvermeidlich an dessen brutalste Konsequenz, an den faschistischen Massenmord an Menschen, die man als »Minderwertige« einstufte. Nur Deutschland, das diese »Vorgeschichte« lieber verdrängen möchte, kann innerhalb weniger Wochen vom konsenstriefenden Musterstaat zum Pogromstaat werden. Und – nach vollbrachter Tat – auch umgekehrt.

Weil es menschliche Rassen nicht gibt, sprechen wir von dem Phänomen eines »Rassismus ohne Rassen«. »Rassen« oder untergeordnete »Kasten« werden sozial konstruiert und durch die rassistische Praxis schließlich zur geschichtsmächtigen Realität. Im Prozeß der »Rassifizierung« wird wirklichen oder vermeintlichen Unterschieden zwischen den Menschen Bedeutung zugeschrieben, werden diese Unterschiede absichtlich herausgestellt, negativ bewertet und zu Kriterien von Ausgrenzung gemacht, um soziale Macht über andere zu gewinnen.

Für die Täter ist ihr Rassismus zugleich eine Form ideologischer Selbstvergesellschaftung. Er bietet ihnen die Möglichkeit, sich in Herrschaftsstrukturen einzuordnen, sich in die staatliche und gesellschaftliche Ordnung einzufügen. Indem sie andere ausgrenzen, erleben sich Menschen, die sonst schlucken, was ihnen vorgesetzt wird, als aktiv handelnde Leute, die eine gewisse Kontrolle über ihre Lebensbedingungen haben. Rassismus ist scheinrational und zugleich funktional für die Stabilisierung der »Identität«, wenn er es einer Person ermöglicht, die praktizierte Unterwerfung unter gegebene Strukturen und Bedingungen zu leugnen. Rational-materialistisch ist Rassismus insofern, als die damit verbundene Hoffnung auf bevorzugte Teilhabe am nationalen Reichtum berechtigt ist: Der deutsche Paß auf der einen Seite und die Ausländergesetze auf der anderen Seite entscheiden ja tatsächlich über Lebenschancen. Das Blüm-Ministerium hat erst im März 1993 an die Arbeitsämter die verbindliche Richtlinie ausgegeben, daß Personen mit einem deutschen Paß bevorzugt zu vermitteln sind.

• Die konkrete Stoßrichtung des alltäglichen Untertanen-Rassismus wird jedoch unübersehbar von »oben« beeinflußt. Die Ausdehnung der BRD durch Einkassierung der DDR wurde im Namen der grundgesetzlichen Definition eines vorgeblich blutsverwandten deutschen Volkstums vollzogen. Nachdem die BRD im Zuge der »Wiedervereinigung des deutschen Volkes« auch ihre vollständige staatliche Souveränität von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zurückerhielt, nahmen in der Folge auch großmachtchauvinistische Töne deutlich zu. Deutschland wurde nicht nur weltweit zum Vorbild für nationalistische Bewegungen, sondern rückte in seiner Außenpolitik gegenüber Jugoslawien auch das »ethnische Prinzip« in den Vordergrund, indem es sich in der EG für eine Anerkennungspolitik nach »ethnischen« Kriterien stark machte und weiterhin macht.

Die Asylantenhetze wie auch die gesamte Ausländergesetzgebung ist die Anwendung dieses Prinzips auf die Innenpolitik. Auf diese Weise wurde von oben ein Klima der Akzeptanz und der klammheimlichen Sympathie gegenüber den faschistischen Assassinen geschaffen, die erst durch die Angst vor einem Exporteinbruch relativiert wurde. Landesweite Pogrome und »Asyldebatte« sind auch als Teil des Prozesses einer Homogenisierung von DDR und BRD zu einem einheitlichen »Volk« zu verstehen. Dabei geht es zugleich um die Durchsetzung HIERARCHISCHER Ideale, die als rechtes Gegenkonzept zum ausgelaugten humanistischen Raster an Boden gewinnen. Die bürgerlichen Ideale von Freiheit, Brüderlichkeit und Chancengleichheit sind zwar auf dem Boden dieser Gesellschaft entstanden, aber sie können in ihr nur als Ideal, niemals als Wirklichkeit

existieren. Der vergebliche Kampf um die Schließung der Lücke zwischen Ideal und Wirklichkeit ist in normalen Zeiten Sache der Liberalen. Sie propagieren die Chancengleichheit beim Start in den Konkurrenzkampf. Am Ende sind jedoch alle wieder unvermeidlich ungleich. In Situationen verschärfter Konkurrenzkämpfe wird das Ideal der Chancengleichheit von rechts »ethnisiert«, d.h. die Chancengleichheit soll nur unter »leistungsstarken« deutschen Blutsbrüdern gelten, nicht jedoch für Personen, die das Kollektiv am gemeinsamen Fortkommen hindern (z.B. Behinderte) und nicht für »Fremde«. Statt um die Wette sollen alle wirklichen Volksgenossen synchron laufen, also im nationalen Gleichschritt, jedoch alle auf dem ihnen zugewiesenen Platz.

Weil der Weltmarkt in »Nationalstaaten« segmentiert ist, findet die Konkurrenz zwischen den Individuuen zunächst im Rahmen von »Nationen« statt. Die »Nation« ist für das einzelne Markt-Subjekt Jagdrevier und »Community« zugleich. An ihr Schicksal ist es gekettet, auf sie muß es sich beziehen, in ihrem Rahmen sammelt es seine fundamentalen Erfahrungen im Überlebenskampf und bildet dabei seine »Identität« heraus. Ihr muß es im Konfliktfall dienen und von ihr erwartet es auch Schutz: »Deutschland den Deutschen!« meint dabei nicht unbedingt »Ausländer raus!«, sondern zunächst nur »Deutsche zuerst!«. Weil Deutscher zu sein innerhalb des nationalen Rahmens im Verteilungskampf einen greifbaren Vorteil gegenüber »Fremden« verschafft, wird es auch in Zeiten flauer Konjunkturen zusehends attraktiver, sich öffentlich zu seiner »Ethnie« zu bekennen. Die »Nation« macht aus ihren Bürgern auch insofern (potentielle) Rassisten, als sie die Fiktion eines einheitlichen Staatsvolkes (»Wir sind ein Volk«) mit gemeinsamer Abstammungsgeschichte und »Identität« hervorbringt und bestrebt ist, die Tatsachen, die dieser Fiktion entgegenstehen, in einem historischen Prozeß der Homogenisierung (Sprachnormierung, einheitliche Gesetze und Normen, abgeschlossenes Terrain sozialer Kämpfe etc.) ihrer Staatsbürger wahrzumachen. Am Ende soll die Behauptung stehen, Staatsgrenze und »ethnische« Grenze seien exakt deckungsgleich und beim Staatsvolk handele es sich nicht um eine imaginäre Gemeinschaft atomisierter Menschen, sondern um eine Abstammungsgemeinschaft.

• Unsere Essentials: Die Inhalte unserer Flugblätter, Transparente, Aufrufe und Redebeiträge werden auf jeden Fall nicht hinter folgende Positionen zurückgehen:

– Offene Grenzen und uneingeschränkte Hilfe für Flüchtlinge.
– Keine friedliche Koexistenz mit Nazis. Jede Kritik an den Überfällen der Nazis ist falsch, solange sie mit der Sorge um Deutschland und nicht mit dem Schaden der Opfer begründet wird.

– Der Rassismus, mit dem wir es zu tun haben, ist ein spezifischer. Er wird von einer Gesellschaft hervorgebracht, deren wirtschaftliche Dynamik auf Konkurrenz, hierarchischer Sozialstruktur, politischer Herrschaftsmacht und ökonomischer Macht über andere Menschen beruht.
– Der aktuelle faschistische Schub folgte dem Anschluß der DDR an die BRD, der mit biologistisch-völkischen Argumenten betrieben wurde. Er wird durch die Folgen der Zerschlagung der Volkswirtschaft der DDR und den damit einhergehenden Legimitationsbedürfnissen durch eine anhaltende Suche nach einer »deutschen Identität« genährt. Nie wieder Volk!
– Die Erlangung der vollständigen staatlichen Souveränität Deutschlands (in den Grenzen von 1990) wird als nachträglicher Triumph über die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges empfunden, der auch dazu berechtigt, die Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus zu relativieren. Deutschlands neue großmachtpolitischen Ambitionen (u.a. deutsche Soldaten weltweit einsetzen zu wollen) geben deutschnationalen bis faschistischen Positionen Auftrieb.

Anmerkung

Dieser Flugblatt-Text ist eine der unzähligen Fassungen von Wohlfahrtsausschuß-Papieren zu »Etwas Besseres als die Nation«. Es gab vor und während der Tour davon kürzere und längere Varianten, deren Kernaussagen und Stil dem hier abgedruckten jeweils gleichen.

Projektgruppe »Druck«/Leipzig

Wir vermissen Lösungsansätze ...

Kritikpapier an »Etwas Besseres als die Nation«, vorgetragen im Leipziger Conne Island, Juni 1993

Bei den Worten »Etwas Besseres als die Nation« stellt sich natürlich die Frage: Was? Als wir Euer Papier in die Hände bekamen, waren wir schon gespannt, was da auf uns zukommen würde. Um es gleich vorweg zu nehmen, wir vermissen darin Lösungsansätze. Hier der eigene Versuch aus der Sicht von hier lebenden Menschen. Auch wir betrachten die gegenwärtigen Entwicklungen mit Sorge, verfügen aber allzuoft kaum über Mittel und Konzepte, dem etwas entgegenzusetzen. Der gegenwärtige Rassismus und die faschistischen Tendenzen scheinen nach Meinung der Medien und prinzipiell auch in Euren Papieren mit der Wiedervereinigung und dem neuerwachenden Nationalgeist zusammenzuhängen. Es erscheint oft so, als springe der Funke von faschistischem Gedankengut, Ausländerfeindlichkeit und rechter Gewalt von Ost nach West über. Nicht erst bei der ausschließlich westdeutschen Anschlagswelle nach Solingen stellt sich die Frage: Ist das wirklich so? Hören wir »Wessis« über den Osten sprechen, ist es, als glauben die, daß hier schon der absolute Terror auf den Straßen herrscht. Auch wenn hier wirklich nicht die tollste Atmosphäre herrscht, handelt es sich doch einfach um Leute und ihre Ausdrucksweisen, die hier schon immer leben, unsere Eltern, ArbeitskollegInnen, HausnachbarInnen usw. Viele von den sogenannten aktiven Faschisten kennt mensch noch aus der Schule oder dem Buddelkasten. Die Frage ist doch: 1. Woher kommen diese Vorstellungen im Westen und 2. wieso sind die Leute hier anders drauf? Die Politik, die Medien und andere Einrichtungen versuchen ihrerseits, die Problemkinder Ostgebiete zu befrieden, zu reparieren oder sich mehr um diese zu kümmern. Diese »Reaktionen« finden fast ausschließlich von West nach Ost statt, also im Sinne der alten Bundesrepublik. Das gilt teilweise auch für links- und linksradikale Strömungen. Natürlich sind die realen Probleme der Menschen äußerlich gleich, sieht ein Ost-Punk nicht anders aus als einer aus dem Westen, ist ein Ostantifaschist genauso gegen Faschismus wie ein Westdeutscher. Aber trotz dem unterscheiden sie sich grundsätzlich in ihrer Vergangenheit. Sie sind unter anderen Verhältnissen aufgewachsen, haben auf unterschiedlichen Wegen zu ihren Überzeugungen gefunden und lebten jahrelang unter verschiedenartigen gesellschaftlichen Verhältnissen. Nach der Vereinigung – und das ist erst drei Jahre her!! – wurden wir hier automatisch BRD-Bürger, BRD-Linke, mit »deren« Geschichte, Rechten und Pflichten und allem, was dazugehört. Es wurde uns keine »Lehrzeit« eingeräumt – nein, wir steckten sofort in allem voll drin, mit aller Verantwortung ... Aber die DDR-Menschen kannten die BRD vor '89 nur durch das West-(Werbe-)Fernsehen und nur durch die DDR-Propaganda. Am Arbeitsplatz, in allen Lebensbereichen (um die sich früher der DDR-Staat mehr oder weniger kümmerte) und für uns, als linke Gruppen, bestand schlagartig ein enormer

Leistungsdruck, und um in dem zu bestehen, verhalten und verhielten sich Menschen so, wie sie es kennen aus Fernsehen und DDR-Schulwissen. Und dieses Schulwissen hatte ja prinzipiell nicht Unrecht – hat aber natürlich aus Propagandagründen nur die schwärzesten Seiten vermittelt. In diese Schubladen flüchten sich viele »Ost«menschen, denn auch im Westen wird ja in Schubladen gedacht: »die Ostler« sozusagen ... Als Menschen mit ihren persönlichen Problemen werden sie hier nicht mehr gehört, weder auf Arbeit, dem Wohnungsamt noch in den Parlamenten. Als Rassisten oder rechtsextreme Gewalttäter finden sie Gehör, denn sie passen in die Denkschablonen »der da oben«. Die eigentliche Gefahr besteht hier sicher im Potential der Kids und Jugendlichen, die die Grenze zwischen Aufmüpfigkeit und normalem Leben in einer Gesellschaft sicher gar nicht mehr finden können und zu überzeugten Rassisten, Faschisten und sogar Mördern werden können. Eine Aufarbeitung der DDR-Zeit, ihrer Ideologie, ihren guten und schlechten Seiten hat nie für ALLE stattgefunden, und die Öffentlichkeit weicht dem konsequent aus. In der Idealisierung der DDR-Geschichte oder ihrer Ablehnung bilden sich wegen der ungenügenden Analysen extreme Haltungen heraus, die von der Öffentlichkeit dann oft als altkommunistisch oder antikommunistisch (= faschistisch) verstanden werden. Die BRD hat sich durch den Zusammenschluß mit der DDR nicht prinzipiell gleichberechtigt zu beiden Seiten verändert. Die BRD-Linke muß, will sie sich als »eine« Linke verstehen, eine andere werden! Wie wenige »Wessis« kennen schon die Geschichte der DDR, wie sie wirklich war, nicht nur aus Büchern? Genauso irrsinnig wäre es jetzt anzunehmen, daß die Ostlinken automatisch wie Westler werden. Gerade durch die Ostverhältnisse vor '89 gab es hier ganz eigene Formen der Aktivitäten und des Verständnisses, über die wir uns aber sicher erst noch richtig klar werden müssen. Genauso ist zu vermuten, daß eine Ost-Faschoorganisation ganz anders einzuschätzen ist, als eine, die in den BRD-Verhältnissen gewachsen ist. Das heißt aber nicht, daß sie für uns nicht genauso gefährlich ist ... Die Gegenaktionen und deren Wirkungen könnten sich schon grundlegend unterscheiden, von denen in den alten Bundesländern. Viele Kids hier leiden absolut an einem Defizit an Kulturangeboten, Fun, Zukunftsvisionen oder dem Gebrauchtwerden und wir können dem zu wenig durch eigene niveauvolle Sachen Abhilfe verschaffen. Unsere eigenen Utopien, Lebenseinstellungen und die politischen Ansichten sind für viele Außenstehende kaum nachvollziehbar. Die Angebote der Gesellschaft leisten demgegenüber rassistischen und faschistischen Entwicklungen ja bekanntlich gerade Vorschub. Durch unser eigenes Verhalten, unsere eigenen Schwächen passen wir hier oft noch zu gut ins Klischee der Öffentlichkeit, und dem sind die Kids ja ausgeliefert. Wenn unsere Initiati-

ven und Projekte direkt ins öffentliche Leben eingreifen und Positives bewirken, dann könnten gerade hier im Osten ziemlich starke linke Aktivitäten entstehen, denn die linken Utopien stecken noch in vielen Leuten.

»Aktion Vaterlandsverrat«

Bomber-Harris

Weshalb das wahrhaft Menschliche manchmal ein tödliches Antlitz trägt*

Zu keinem Zeitpunkt war die Zustimmung zum Nationalsozialismus größer als zu dem, als die Wehrmacht Europa mit einem Vernichtungskrieg überzog. Auch die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung konnte die Begeisterung der meisten Deutschen für ihr Vaterland nicht bremsen. Die Masse der Deutschen hielt brav zum Führer und zwar bis zum bitteren Ende im Mai 1945. Derweil die Deutschen also weder fähig noch willens waren, den Nationalsozialismus zu stoppen, mußten von den Alliierten alle Mittel aufgeboten werden, um dies zu tun. Wer ein verbrecherisches Regime in Wort und Tat unterstützt, sollte sich nicht wundern, wenn ihm oder ihr das Haus zerbombt wird!

Heute schickt sich die deutsche »Volksgemeinschaft« an, brav zuzusehen, wie Menschen aus anderen Ländern von deutschen Jungmännern dem Feuertod zugeführt werden. Die Masse der Deutschen scheint wieder nicht bereit, selbst das geringfügigste Zivilisationselement, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, zu garantieren. Der derzeitige Naziterror, von Staat und Bevölkerung unbehindert und teilweise begrüßt, hat seit der widerlichen Vereinigung über 50 Menschen das Leben gekostet. Das einzige, was dieser Gesellschaft dazu einfällt, ist, den jugendlichen Mördern ein neues Jugendzentrum zu bauen und sie zum Urlaub in die Türkei zu verschicken. Wer ganz bestimmte Menschen ermordet, ist in diesem Staat anscheinend kein Verbrecher, sondern ein bemitleidenswertes Opfer. Der geringste Ansatz der Opfer, sich vor dem deutschen Terror zu schützen, wird mit Polizeigewalt beantwortet, womit diese überdies beweist, daß sie fähig wäre, die jugendlichen Täter zu stoppen. Langsam aber sicher wird rassistische Gewalt zum »Normal«zustand. Es stellt sich die Frage, ob die Zivilisation in »Deutschland« wieder von außen gerettet werden muß.

Bomber-Harris says: I would do it again. We say: Do it, now!

Anmerkung:

Auszug jener heftig umstrittenen Stellen eines Flugblattes, welches eine während der Tour mitreisende westdeutsche Antifa-Gruppe in Dresden verteilen wollte. Zur Verteilung kam es dann nicht.

Für die Entwicklung von antinationalen Strategien ist es vor diesem Hintergrund notwendig, die völkische Konsensbildung auf allen Ebenen anzugreifen, die aktive ›Volkskörperbildung‹ der ›Bewegung für ein besseres Deutschland‹ (Lichterketten, Multikultifeste u sw.) zu stören. Auch die Konstruktion einer eigenen Kulturidentität der ›ewig Beschissenen‹ dient über die Herstellung eines ›Wir-Gefühls‹ der VerliererInnen dem völkischen Konsens. Die Diskussionsveranstaltung in Leipzig ist ein bezeichnendes Beispiel, das verdeutlicht, wie die immer wieder hervorgekehrte ›Betroffenheitsdiskussion‹ darauf abzielt, eine Auseinandersetzung über politische Strategien zu verhindern. Indem die eigene konstruierte Kulturidentität in den Vordergrund geschoben wird und sich die übrige Diskussionsrunde darauf einläßt, wird lediglich um ein Verstehen und eine Akzeptanz der eigenen Betroffenheit geworben. Das in dieser Hinsicht aufschlußreiche Heul- und Flennpapier der Gruppe ›Druck‹ aus Leipzig führt uns dies anschaulich vor. Nachdem in dem Papier festgestellt wurde, daß die ›Ossis‹ eine andere Geschichte als die BRD gehabt hatten und nach der Bejammerung der nicht gleichberechtigt verlaufenen Wiedervereinigung sich jetzt erst mal ihrer selbst bewußt werden müßten, wird geschlußfolgert, daß es zu vermuten sei, »daß eine Ostfaschoorganisation ganz anders einzuschätzen ist als eine, die in den BRD-Verhältnissen gewachsen ist. Das heißt aber nicht, daß sie für uns nicht genauso gefährlich ist ... Die Gegenaktionen und deren Wirkungen könnten sich schon grundlegend unterscheiden von denen in den alten Bundesländern«. Was unter Gegenaktionen und Wirkungen zu verstehen ist, wird in dem Papier anschließend als ein Neuaufguß sozialarbeiterischer, täterInnenentlastender Konzepte beschrieben, mit Kulturangeboten, Fun und Zukunftsvisionen und Gebrauchtwerden (!) ... Vergessen wir in dieser Aufzählung der ›Druck‹-Menschen die Forderung nach gemeinschaftlichen Buddelkisten für Antifas und Faschos, um sozusagen die alten gemeinsamen Kinderpsychosen mit einer Sandtherapie zu beheben. Unsere Kritik richtet sich an dieser Stelle an alle, die sich auf das ›Druck‹-Papier eingelassen und trotz der Einforderung einer theoretischen Diskussion zum Thema »Nation und Nationalismus« die Betroffenheitsschiene mitgetragen haben. Mit dem Argument, nicht als ›Besserwessis‹ dastehen zu wollen (als ob es eine einheitliche Position der aus dem Westen Angereisten gäbe!), wurde eine kontroverse Auseinandersetzung umgangen und stattdessen Verständnis für die besondere Situation der Ex-DDRlerInnen eingefordert. Dieses war ein Versuch zur Herstellung eines ›Wir‹-Gefühls einer deutschen Linken. (...)

»Die süßen Dogmatikerinnen«

Provokation der Normalität oder Produktion deutscher linker Identität

Aus einer Kritik an der Tour und an der Leipziger Gruppe »Druck«*

* Der komplette Text ist in der Hamburger Zeitschrift 17°C veröffentlicht worden.

Hanna Kahina

Autonome Flüchtlingshilfe

Der Osten schlägt zurück

Wie ich in Auswertung der Ost-Tour des Wohlfahrtsausschusses unter »Epilog« aus der *taz* am 25. Juli entnehmen konnte, sollten die »Ostler ... nicht jammern, sondern härter denken.« In diesem Sinne formuliere ich jetzt einige Gedanken zu der legendären Ost-West-Debatte im Conne Island und zum Diskussionspapier, das seitens der Wohlfahrtsleute unter die Menschen gestreut wurde.

Zunächst zum Papier, das irreführenderweise mit »Etwas Besseres als die Nation« überschrieben ist. In Auswertung auch der Diskussion hätte die ganze Veranstaltung »Besser als andere Menschen« heißen sollen. Nach drei Jahren Deutschland samt seiner Linken sollte ich mich eigentlich an Argumentationsmuster, wie sie auch hier wieder gebraucht wurden, gewöhnt haben. Dennoch ist es erstaunlich, wie es mit Hilfe antinationalistisch-nationalistischer Polemik gelingt, sich selbst ins Äußere einer Gesellschaft, in der die »individuelle Reproduktion vom Erfolg der ›eigenen‹ Nation auf dem Weltmarkt« abhängt, zu jonglieren. Von »allen Poren des Bewußtseins«, in die das Nationale dringe, wird zwar geschrieben, aber der Rest des Papiers verdeutlicht, daß die VerfasserInnen sich aus »allen Poren« wie selbstverständlich ausgrenzen. Denn sonst wäre ja die absolute Kritik und Anklage gegen diesen Staat und seine Politik einigermaßen absurd. Vielleicht hab ich es in den drei Jahren nur nicht mitbekommen, und in den politischen und kulturellen Zusammenhängen, in denen ich auch die VerfasserInnen vermute, ist mensch sich lang im Klaren über die eigenen Privilegien, die dieser BRD-Imperialismus bietet oder die mensch sich von ihm nehmen kann; über die Nischen, in die wir uns zurückziehen können und aus denen heraus manche/r noch bereit ist, zu handeln; über das eigene Partizipieren an ökonomischen Strukturen und Kapital, die hierzulande noch mit individueller Reproduktion funktionieren, in anderen Regionen der Welt aber durch das Eindringen zu Überausbeutung geführt haben und führen. Letztlich ist es auch ein Privileg, mit einem grünen Paß durch die Welt zu reisen. (Vielleicht nicht grad auf der Achille Lauro!) Welche/r den grünen Paß als unerträgliche Bürde empfindet, sollte ihn abgeben und sich einreihen in das »Heer« von staatenlosen PalästinenserInnen, KurdInnen, AlbanerInnen und sonstigen, denen bislang jegliche Staatsbürgerschaft verwehrt oder die einfach irgendwo ausgebürgert wurden. Natürlich, es »kann aber nicht die Aufgabe von Antirassisten sein, die Verfolgten ... in die Falle zu locken.« Nein, die »Verfolgten« sollten mit Landfluchtproblemen, Pauperismus, Bürgerkriegen, Giftgasangriffen und Folter allein und vor Ort fertig werden. Und die, die nun schon mal hier sind und hier leben wollen, sollten sich zurückschicken lassen, um nicht sinnlos zu sterben wie in Solingen und Mölln. – Ihr macht es Euch verdammt einfach! Und daß es wieder einmal nur um linke Eiferer geht, die über die repressive herrschende Politik in diesem Land

ihre eigene Reinheit und ihren Protest gegen eben diese Politik und gesellschaftlich normierte Verhaltensmuster definieren, offenbart sich letztlich auch an der Stelle im Papier, in der Somalia und Jugoslawien wie allzu oft nur unter dem Stichwort Bundeswehreinsätze rangieren. Und die Unfähigkeit, über die Grenzen Deutschlands hinweg bzw. hinüber zu sehen, geht einher mit dem permanenten Bemühen, Deutschland als das repressivste, vom Nationalismus am meisten durchdrungene System auf der politischen Weltkarte zu hüten. Aber nicht etwa in bezug auf Dritte, die in deutschem Giftgas ersticken, in deutsche Landminen treten, unter deutschen Terms of Trade hungern, sondern verdammt ich- bzw. wir-bezogen, und zwar, wenn es uns selbst ins Gesicht schlagen kann. Übrigens denke ich, daß der inflationäre Gebrauch von slova (russ: Wörter, Vokabeln) wie nationalistisch und völkisch von einiger Hilflosigkeit zeugt.

Zur Diskussion: Die Diskussion war eine weitere der nationalen Linken. Auf Peinlichkeiten wie Rufe, 90 % der BRD plattzumachen (im Kontext als elitär und faschistisch zu bewerten) oder die überzeugte Äußerung des »Diskussionsleiters«, es gäbe außer Deutschland kein Land auf der Welt, wo aus Gründen sozialen Abstiegs und Armut Pogrome an (ethnischen, nationalen, religiösen) Minderheiten begangen würden (was von mangelnder Sachkenntnis zeugt), will ich gar nicht weiter eingehen. Während die meisten Ostlinken unter einem Gefühl, angegriffen zu werden, eng zusammenrückten – selbst wenn der/die VorrednerIn noch so viel Unsinn erzählt hatte –, identifizierten sich in der Tendenz die anwesenden Westlinken in ihren retchichs (russ: Reden) mit der Siegerseite der sogenannten Wiedervereinigung, indem sie in gewohntem Kulturimperialismus 40 Jahre DDR und drei Jahre danach plump oder großzügig ignorierten. Viele meinten, die vermeintlich andere Seite mit soliden Werturteilen, theoretischen Konstrukten und Lösungsansätzen erpressen zu können. Und das mit dem schlagenden Argument, daß nun auch die Ostlinken in dieser Bundesrepublik lebten und sich an veränderte Kampfbedingungen zu gewöhnen hätten, einschließlich der westdeutschen Geschichte, die wir ja nun endlich mal gefressen haben müßten. Ihr solltet nicht vergessen: es gibt wieder ein großes Deutschland letztlich auch deshalb, weil die im Gegensatz zur »desolaten Ostlinken« stabilere (?) Westlinke jahrzehntelang einigermaßen erfolglos (was ihr angeblich nichts ausmache) vor sich hin gekämpft oder zumindest existiert hat. Von den Ereignissen im Herbst '89 war sie schließlich völlig überrollt. Und weil ihr nicht zugeben wollt, daß auch ihr verloren habt, sucht ihr nach welchen, über die ihr doch noch siegen könnt. Wir haben schon viel zu viel von Euch und Eurer Art zu kämpfen übernommen. Ist ja auch naheliegend bei den gesellschaftlichen Strukturen, die über uns hergefallen sind, letztlich auch, weil unsere

NachbarInnen es so wollten. Aber wenn uns in der Gesamtheit eine Ossi-Wärme-Hippie-Kultur oder was auch immer vorgeworfen wird, dann haben wir uns entweder nicht genügend verständlich gemacht oder Ihr seid so verbohrt, daß Ihr uns nicht verstehen wollt. Viele von uns, die nicht zu denen gehörten, die die DDR als repressiv empfunden hatten und deshalb gegen sie in Aktion getreten waren, viele von uns haben erst '89 begriffen, worin sie da etwas viel Vertrauen gehabt hatten. Übrigens sind auch DDR-Oppositionelle der BRD-Propaganda auf den Leim gegangen und schütteln darüber heute den Kopf. Viele von uns hinterfragen wahrscheinlich mehr als Ihr totalitäre, absolutheitsbeanspruchende, elitäre Ideologien und Politik. Das ist manchmal nicht sehr konstruktiv und nimmt Aktionismus den Wind aus den Segeln. Eure Diskussion war elitär! Mindestens. Wenn das Bedürfnis nach Kennenlernen oft betont wird, so liegt es nicht daran, daß wir übermäßig an Kollektivmangel leiden. Vielmehr ist es das Bedürfnis zu wissen, ob diese oder jener nur davon redet, Werte vermitteln zu wollen, oder ob danach auch selbst versucht wird zu leben. »Ich bin Antifaschist, und zwar nicht nur Donnerstag und Samstag, sondern ich bin es immer«, schrie da etwas unbeherrscht ein Mann in den Raum. Antifaschismus schließt den Kampf gegen alle patriarchalen Herrschaftsformen ein, aber gerade auf Antifademos, wo ja letztlich »mannhaft« gekämpft wird, hören wir Frauen die machohaftesten, frauenfeindlichsten Sprüche. Sich antifaschistisch nennende Männer habe ich oft um ihrer eigenen Ehre willen in Aktion tretend erlebt. Wer mit einigermaßen Selbstbewußtsein und Absolutheit Sätze wie oben in die Diskussion knallt, den will ich kennenlernen, bevor ich irgendwas mit ihm zusammen mache. Aber auch Eure Diskussionskultur, unter der eine wichtige Frage, nämlich die, ob es uns denn wirklich nichts ausmache, daß wir kaum etwas erreichen (in Erinnerung an einen Satz von der Ditfurth, mit der ich nach Kennenlernen der privaten Frau auch nichts machen mag), schroff abgeblockt wird. Immerhin war es eine grundlegende Frage, nämlich, ob wir nur noch Nein zu diesem Staat sagen, um uns selbst zu befriedigen und rein zu halten, oder ob wir in Auseinandersetzung mit Menschen, die scheinbar angepaßter oder eben anders sind als wir, etwas in diesem Land und dieser Welt verändern wollen. Ich denke zum letzteren gehört mehr Mut als zu elitären Abgrenzungsversuchen.

Im übrigen sind wir dabei, unsere Trägheit zu überwinden und planen eine Westtour. Es ist schon richtig, daß seit '89 sich hier ein reger Tummelplatz für FaschistInnen und Leuten, die damit sympathisieren, entwickelt hat. Aber auch westlich der Ostzone werden aus der Mitte einer Bevölkerung, die schon seit Jahrzehnten mit MigrantInnen zusammenlebt, Morde an AusländerInnen begangen: in Hünxe, in Mölln, in Solingen, in Berlin-Kreuzberg.

Projektgruppe »Druck«/Leipzig

Differenzen positiv bewerten

Ein abschließender Versuch »grundlegende Mißverständnisse soweit als möglich auszuräumen«.

Die Diskussion im Rahmen der »Etwas Besseres als die Nation«-Tour in Leipzig orientierte sich kaum an den vorher erarbeiteten Diskussionspapieren, sondern ging mehr in die Richtung einer Positionsbestimmung der »Leipziger Linken«. Da wir mit unserem Diskussionsbeitrag an dieser Programmänderung nicht ganz unschuldig sind, ist es uns wichtig, diese zu begründen und grundlegende Mißverständnisse soweit als möglich auszuräumen. Es kann hierbei nicht darum gehen, einen Ost-West-Konflikt herbeizureden oder gar, wie Günther Jacob fälschlicherweise annahm, »die ›Einheit‹ auf der Ebene der Linken nachzuholen«. Aber das Proletariat kennt kein Vaterland, weshalb wir Euer Angebot zur Zusammenarbeit, und als solches haben wir die Tour verstanden, gern annehmen wollen. Zusammenarbeiten setzt allerdings Verstehen voraus, und dieses Verstehen aufgrund einer größtenteils gleichen Sprache anzunehmen, ist voreilig. So haben die bisherigen Erfahrungen der »gemeinsamen« Infoladentreffen gezeigt, daß der Stärkere (gemeint sind die »Westinfoläden«, die aufgrund der historischen Gegebenheiten strukturell überlegen waren und sind) seine Interessen einfach durchsetzte und Diskussionen mit dem gesamten theoretischen Vorlauf, der existiert, führten. Ergebnis ist, daß zur Zeit getrennte Infoladentreffen abgehalten werden. Dies erscheint uns symptomatisch für den Zustand der Linken (West). Beleg für diese Annahme sind uns Buchtitel wie »Vom Autonomen zum Antiimp« oder das verstärkte Auftreten von getrenntgeschlechtlichen Gruppen, aber auch Aussagen wie: »Militante Antifaarbeit ist wichtig, aber ich mache das sowieso nicht«. Woher kommt diese Zersplitterung? Wir glauben, daß eine der Hauptursachen das Festhalten an dem Dogma von der Gleichheit aller Menschen ist. Unter diesem Dogma, so vermuten wir, läßt sich auch Eure Forderung »Nie wieder Volk!« einordnen, falls sie, und das war der Tenor der Diskussion in Leipzig, meint, es sei egal, wo ein Mensch aufgewachsen ist und unter welchen Bedingungen seine Erziehung stattfand. Natürlich ist es Schwachsinn, eine Definition (= Abgrenzung) eines Individuums nach geographischen Gesichtspunkten vorzunehmen, es ist aber zumindest unehrlich, zu behaupten, eine Definition fände nicht statt. Ein Individuum konstituiert sich durch die Abgrenzung von anderen Individuen, und seine Konstitution als gesellschaftliches kann nur durch die Bestimmung seines Platzes in bezug auf andere erfolgen. Würde jetzt die These vertreten, daß diese Definition als gesellschaftliches Individuum unabhängig vom kulturellen Gesamtzusammenhang, in dem sie stattfindet, abläuft, so müßten wir Euch fragen, ob Ihr nicht der Meinung seid, daß der Faschismus in Deutschland eine besonders gute Brutstätte hatte und hat. Woran liegt es, daß den Menschen in diesem Land der Faschismus so leicht ins Blut geht? Zum anderen halten wir es schlechterdings für unmöglich, daß Ihr

mit dem Ansatz »Ich bin wie ein Türke«, ein »Türke ist wie ich«, positive Erfahrungen gemacht habt. Vorausgesetzt natürlich, ihr definiert »Türken« nicht nach ihrer Ahnenreihe oder dem Paß, sondern nach der Kultur, der sie sich zugehörig fühlen. Dieser Ansatz hat nämlich zwangsläufig entweder zur Folge, daß der kulturelle Kontext des »Türken« ausgeblendet wird oder aber, daß Ihr Euren eigenen Background verleugnet. Im ersten Fall erschlagt ihr, im zweiten könnt ihr nichts geben, weil ihr nichts habt. Fazit für uns ist, daß es Differenzen nicht nur gibt, sondern daß ihre Feststellung und Beachtung wichtig ist. Andernfalls halten wir die Zersplitterung einer linken Bewegung für unumgänglich, da Konflikte nicht ausgehalten werden können, sondern durch Spaltung beseitigt werden müssen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Diskussion im Conne Island verstanden wissen. Die Einteilung in Ost und West ist dabei natürlich viel zu grob, um ein spezielles Individuum charakterisieren zu können, jedoch gibt es grundlegende Differenzen, und die galt es zu erarbeiten. Das größte dabei aufgetretene Mißverständnis hängt wohl mit dem Begriff »Volk« zusammen. Wie von Euch richtig dargestellt, gab es im Osten nach 1945 eine beängstigende Kontinuität in der Sprache. Auch wenn Victor Klemperers »LTI« bei Reclam verlegt wurde und große Beachtung fand, kann von Aufarbeitung kaum gesprochen werden. Allerdings trat bei dem Begriff »Volk« ein Bedeutungswandel ein. Durch die ständige Kombination mit »werktätig« assoziierte der DDR-Mensch mit »Volk« die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Menschen. Daß es sich um Menschen der DDR handelte, wurde ebenfalls mit kleinlicher Permanenz betont. Der Grund hierfür lag im Bestreben der damals Herrschenden, ein neues DDR-Nationalgefühl zu schaffen. Bei der Frage, inwieweit das gelang, scheiden sich bei uns allerdings die Geister. Klar ist aber, daß die Parole »Wir sind das Volk« in obiger Assoziation als »Wir sind die, die arbeiten (und in deren Namen ihr zu herrschen vorgebt)« zu verstehen war. Beim CDU-Werbegag »Wir sind ein Volk« wird uns bis heute vor allem deshalb schlecht, weil er Symbol für das Kippen einer Bewegung der Massen ist. Das heute in Zeiten der Rezession die damals konstruierte Community enger zusammenrückt und »Ballast« abwirft, indem sie sich schärfer definiert und »artfremdes« vom »heimischen Futterplatz« verdrängt, erscheint nur logisch. Andere Mißverständnisse könnten unsere Forderungen nach nachvollziehbaren, linken Handelns verursachen. Diese zielen nicht auf einen Populismus, zugunsten dessen inhaltliche Positionen aufgegeben werden. Wohin derartige Realpolitik führt, ist uns durchaus bewußt, zumal den GRÜNEN in der Bundesrepublik und dem Neuen Forum/Bündnis 90 bei uns die Früchte einer solchen Entwicklung als trauriges Vorbild dienen. Es kann aber nicht unser Ziel sein, ein Nischendasein in der Gesellschaft

zu führen, indem wir konstante Freiräume ausfüllen, ohne deren Grenzen anzutasten. Vielmehr glauben wir, um dem Faschismus in diesem Land mehr als einen mehr oder minder gut organisierten Aktionismus entgegen setzen zu können, lebenswerte Alternative schaffen zu müssen, die jedem Menschen einen persönlichen Gegenentwurf ermöglichen. Dafür sind abgehobene Diskussionspapers extrem ungeeignet, da diese Menschen, die nicht ein gewisses Mindestmaß an linkem Politikverständnis verinnerlicht haben, von vornherein ausschließen. So würden wir dieses Papier zum Beispiel keinesfalls ohne ausführlichen Kommentar in einer unserer Publikationen veröffentlichen. Viel wichtiger als »papierlinke« Standards sind für uns praktische Lebensentwürfe, die unserer Utopie von einem freien und selbstbestimmten Leben nahkommen. Daß dafür ein enger Zusammenhang kultureller, theoretischer und praktischer Arbeit notwendig ist, erscheint uns klar zu sein. Daß wir, sollen diese Lebensentwürfe dauerhaft umgesetzt werden, eine Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Situation benötigen, kann wohl auch nicht in Zweifel gezogen werden. Da wir der Idee einer revolutionären Elite sehr skeptisch gegenüberstehen, ist es essentiell, daß wir für breite Bevölkerungsschichten transparent und zumindest potentiell offen bleiben. Reine Opposition erfüllt zwar dieses Kriterium, ist aber weder befriedigend noch eine Alternative zur faschistischen Bewegung, die ganz konkrete Bedürfnisse der Menschen für ihre Ziele instrumentalisiert und so mehr bietet als eine permanente Dagegen-Haltung. Insgesamt bewerten wir die Tour positiv (jedenfalls was Leipzig betrifft), auch wenn die Besetzung des öffentlichen Raumes mit z.T. sehr guten Plakaten für uns keinerlei neue Freiräume brachte. Jedoch habt Ihr mit Eurer Aktion uns gezwungen, einige theoretische Gedanken zu unserer Arbeit nachzuholen, die sonst vielleicht ausgeblieben wären. Die spärlichen Reaktionen dürft Ihr nicht zu negativ bewerten, da die Leute in Leipzig viel Zeit und Kraft auf die Schaffung und Verteidigung von Strukturen verwenden müssen, die für Euch natürlich sind. Leute, die nicht an der Schaffung von Strukturen beteiligt sind, waren in Leipzig bei der Diskussion kaum anwesend , so daß von dieser Seite sowieso nichts zu erwarten war.

Günther Jacob

Ich-Identität und nationale Identität

Ein theoretischer Nachtrag

»Die militärische Option ist wieder Teil deutscher Politik.« (Die Woche)

»Gestern noch in der Bhagwan-Disko, heute schon in der Todeszone. Olaf, 25, gehört zu den ersten deutschen Soldaten im Blutland Jugoslawien. Prinz-Frontbesuch.« (Prinz 10/92)

»Bonn zaudert noch: Rückzug oder offener Kampf?« (Hamburger Morgenpost)

»Der Rückzug wäre eine Katastrophe für die Moral der Soldaten« (Klaus Kinkel)

»Heldentod eines Bundeswehrsoldaten in Somalia – mit aktuellen Fernsehspielen bringt die ARD Schwung ins Programm.« (Der Spiegel über den WDR-Film »Auch Engel können sterben«)

»Deutscher in Somalia gelyncht« (Hamburger Abendblatt)

»Es ist passiert: Der erste deutsche Soldat, gefallen für UNO und Vaterland im fernen Somalia, heimgekehrt im Zinksarg, wurde am ... (Datum bitte selbst ausfüllen und dann ein angemessenes Fest organisieren) mit militärischen Ehren beigesetzt.« (dpa)

Liegt es nicht doch an den Afrikanern selbst, wenn sie – so viele Jahre, nachdem Sklavenjagd und Kolonialisierung große Teile Afrikas entvölkert und zerstört hatten – immer noch auf keinen grünen Zweig gekommen sind? Hatten sie denn bisher nicht genügend Zeit, um den Abstand zu Europa zu verkleinern? »Somalia hungert« und Deutschland, das zuvor schon in Somalia und etlichen anderen afrikanischen Staaten mit Waffen, Polizeiausbildung und Geheimdienstaufbau geholfen hat, hilft nun »humanitär«[1] und in selbstloser Risikobereitschaft mit Soldaten aus. Welch ein Bild: Ein deutscher Bundeswehrmachtssoldat im Tropenhut und mit dem Gewehr unter dem Arm inspiziert in Belet Huen die Elendsquartiere. Das »euroamerikanische« Überlegenheitssgefühl und die dazugehörigen »nationalen Identitäten« speisen sich immer noch gerne aus dem Anblick eines hungernden und leidenden Afrikas und so soll es dann eben passieren, daß aus dem durchschaubaren Wunsch nach »humanitärer Nothilfe« ein richtiger Krieg wird, weil sich eine westliche Armee ja nicht einfach von »afrikanischen Banden« am Helfen hindern lassen kann. Kein Wort darüber, wie die

Konkurrenzgesetze dafür sorgen, daß die ökonomisch und militärisch führenden Nationen ihren Vorsprung weiter ausbauen können. Kein Wort darüber, daß das unkritische Einverständnis mit den hier alleine gültigen Kriterien von Funktionalität und Effektivität die Fortsetzung eines alten Krieges mit modernen Mitteln ist. Ein Krieg, der dafür sorgt, daß in den peripheren Zonen des Weltmarktes alles so drunter und drüber geht, daß sich schließlich hervorragende Übungsfelder für die bewaffnete Hilfe auftun – auch in Fällen, in denen nicht einmal das übliche (und meist leicht zu beschaffende) offizielle »Hilfeersuchen« vorliegt.

Die Überlegenheitsgefühle, die da – im Kontext ganz handfester Großmachtinteressen – zur gewalttätigen Praxis drängen, sind gute 500 Jahre alt. Damals wurde nicht nur Amerika »entdeckt«, sondern auch die sogenannte Reconquista »erfolgreich« beendet – mit der Vertreibung von Moslems, spanischen Juden und schließlich auch der zum Christentum konvertierten Juden und Moslems. Nach dem bis dahin vorherrschenden Weltbild konnten Andersgläubige und »Heiden« durch eine Taufe auf die »richtige Seite« wechseln. Nach der Doktrin der Reconquista hingegen war das Blut von Moslems und Juden »vergiftet« und ihre religiöse Orientierung somit vererblich. Hier liegen die Anfänge des modernen »ethnisch« begründeten »euroamerikanischen« Rassismus, der schon bald den Massenmord an den native americans und dann die neuzeitliche Sklaverei legitimieren sollte. Dieser Rassismus wurde zum festen Bestandteil aller mit der Expansion Europas einhergehenden »kulturell-zivilisatorischen« Überlegenheits- und Identitätsvorstellungen.

Während sich die Existenz der verschiedenen Gestalten des Rassismus (der »wissenschaftlich« vorgetragene Begriff »Rasse« entstand erst im 17. Jahrhundert) heute bis zu 3 500 Jahre zurückverfolgen und belegen läßt, ist die moderne »Nation« ein Kind des Kapitalismus.

Die »Nation«, so wie wir sie kennen, ist nur wenige hundert Jahre alt. Ihren endgültigen Siegeszug um die Welt trat sie sogar erst nach dem Zweiten Weltkrieg an. Die traditionalen, vorbürgerlichen Gesellschaften z.B. in Mitteleuropa waren Personenverbände ohne »ethnische« Homogenisierung. Die mittelalterlichen politischen Ordnungen lassen sich noch nicht als Staaten im neuzeitlichen Sinne mit allgemeinem Zuständigkeitsanspruch auf ein bestimmtes Gebiet auffassen. Die mittelalterliche Ständepyramide kannte noch nicht einmal ein gesamtgesellschaftliches Gewaltmonopol. Die Menschen waren nicht unmittelbar von einem Staat abhängig, sondern lebten in persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen z.B. von Grundbesitzern, die oft auch ihre Richter waren. Erst der fürstliche Absolutismus mit seinen Abgabemonopolen, zentralen Bürokratien und dem ansatzweisen Gewaltmonopol arbeitete dem Nationalstaat und der Zivilgesellschaft zu.

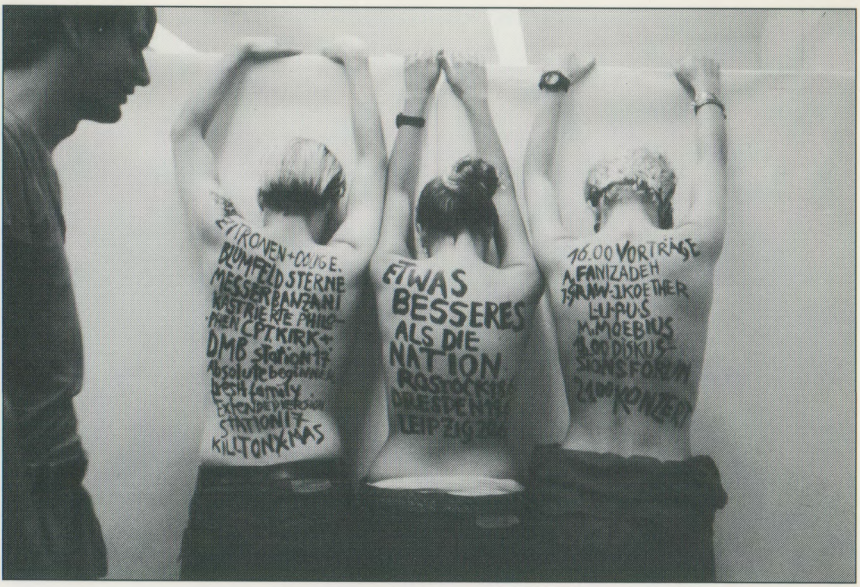
Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sich in nahezu ganz Europa (unter anderem als Fortschreibung eines »sprachlichen« Volksnationalismus) der staatsoffizielle, auf die Wahrung imperialer Interessen gerichtete Nationalismus herausgebildet. Nationalismus ist seither der Versuch, einem von oben gestifteten politischen Gemeinwesen zur »Identität« zu verhelfen. Dieser Nationalismus ist an die Trennung von Herrschaftsmacht (Staat) und Ausbeutungsmacht (Kapital) gebunden. Sein Schmiermittel ist die Konkurrenz aller gegen alle, die zur Anrufung des von der bürgerlichen Gesellschaft getrennten Staates führt.

Im Rahmen des »Nationalstaates« sammelt das bürgerliche Individuum seine fundamentalen Erfahrungen im Überlebenskampf und bildet dabei seine »Identität« heraus, also jenes seltsame Ideal, von dem auch im Zusammenhang mit der »Nation« (»Die Identität der Deutschen«) täglich die Rede ist. Die Suche nach der individuellen Identität und die nach der nationalen Identität fügen sich dabei mehr oder weniger eng zusammen.

Beim Streben nach Identität kommt es vor allem auf das Streben an. Das sicherste Identitäts-Ticket ist letztlich der Paß.

Heute werden alle auf die Suche nach sich selbst geschickt. Der Zauber ist ungebrochen, der seit der Aufklärung von dem Wort »Identität« ausgeht. Hier klingt ein Versprechen auf eine heile Welt an: Für den Fall, daß man seine Identität denn finden sollte, wird man endgültig mit sich im reinen sein. Dabei fällt auf, daß diese Identität erstmals mit dem »Außen« nicht viel zu tun haben soll. Sie ist eine Angelegenheit, die sich tief im Inneren der Person abspielen soll, in ihrem »Kern« bzw. »Zentrum«. Das liegt daran, daß das bürgerliche Individuum durch die Abtrennung von seiner Gesellschaftlichkeit (die trägt es lediglich als Geld in seiner Hosentasche mit sich) zunächst nur sich selbst als Subjekt begreift, alle anderen hingegen als Material seiner egoistischen Bestrebungen. Das bürgerliche Individuum lebt zwar in der Gesellschaft, aber es wirtschaftet darin auf eigene Rechnung, haust darin wie ein NOMADE. Die Gesellschaft erscheint ihm trotz aller unvermeidlichen »Interaktion« mit anderen Menschen äußerlich, denn diese Gesellschaft plant ihre Produktion und Konsumtion nicht selbstbewußt. Das Gesamtergebnis ist von niemandem willentlich angestrebt, und es hält deshalb manche Überraschung bereit.

Das bürgerliche Individuum fühlt sich ALLEIN im größten Gedränge, und es wünscht, sich in seinem Inneren auch allein auf der Welt zu sein, weil es dann die lästige Konkurrenz los wäre. Die für das kapitalistische System konstitutive Konkurrenz weckt beim bürgerlichen Individuum den Wunsch, die Konkurrenten zu überleben, ihnen ihre Handlungsmöglichkeiten zu nehmen. Die Konkurrenzhandlung, das belegt etwa die Sprache der Wirtschaftspresse, ist letztlich die



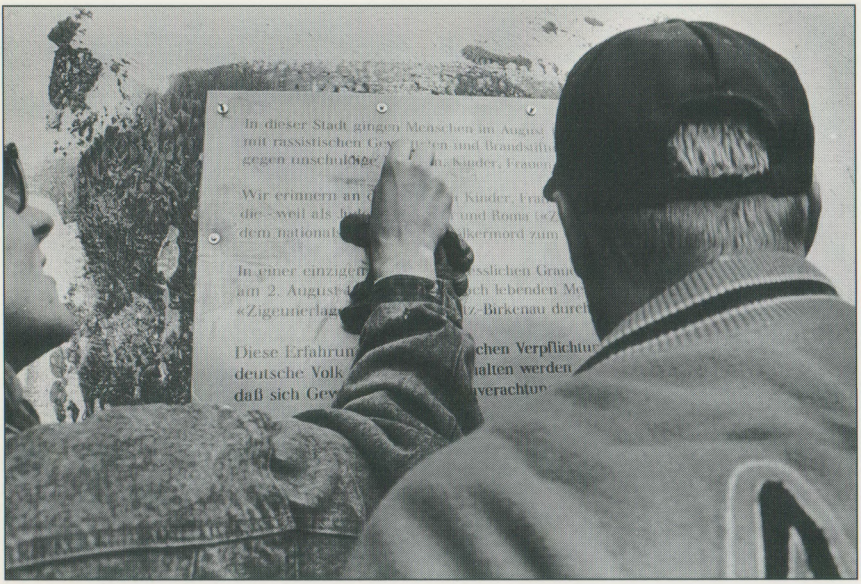
Fotos: Marily Stroux

Konzert in Dresden 21.6.93

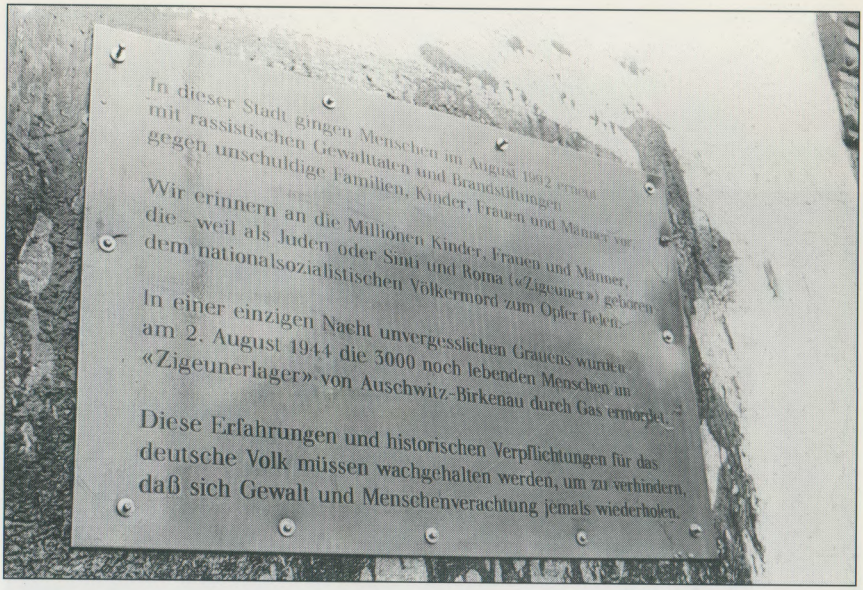
Diskussion im Conne Island in Leipzig 22.6.93

Dresden 21.6.93

Conne Island,
Leipzig 22.6.93

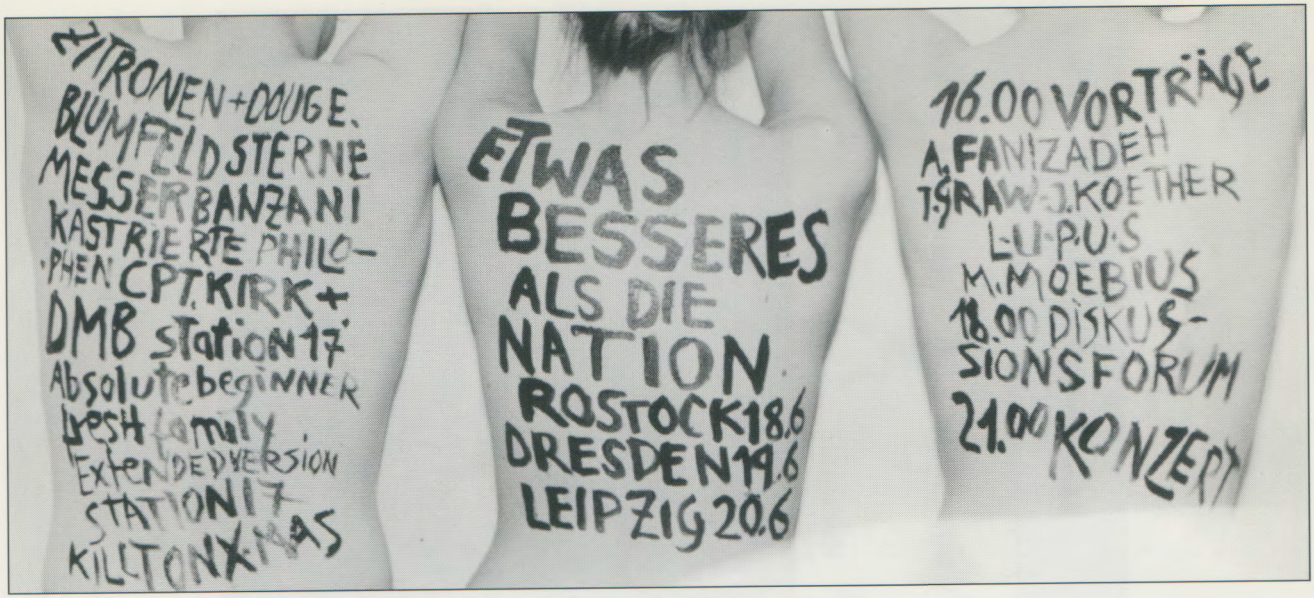


Aktion in Rostock am 20.6.93.
Anbringung einer zuvor schon einmal nach den Rostocker Pogromen von französischen Juden angebrachten und wieder entfernten Mahntafel.
Wenig später war die Tafel schon wieder entfernt.


In dieser Stadt gingen Menschen im August 1942 erneut
mit rassistischen Gewalttaten und Brandstiftungen
gegen unschuldige Familien, Kinder, Frauen und Männer vor.
Wir erinnern an die Millionen Kinder, Frauen und Männer,
die – weil als Juden oder Sinti und Roma («Zigeuner») geboren –
dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer fielen.
In einer einzigen Nacht unvergesslichen Grauens wurden
am 2. August 1944 die 3000 noch lebenden Menschen im
«Zigeunerlager» von Auschwitz-Birkenau durch Gas ermordet.
Diese Erfahrungen und historischen Verpflichtungen für das
deutsche Volk müssen wachgehalten werden, um zu verhindern,
daß sich Gewalt und Menschenverachtung jemals wiederholen.

»Räume besetzen«
Plakataktion in der Leipziger Innenstadt, 22.6.93

Krieg
Imperial
Imperial
Krieg
Krieg
Imperial


ZITRONEN+DOUGE.
BLUMFELDSTERNE
MESSERBANZANI
KASTRIERTE PHILO-
PHEN CPT.KIRK+
DMB STATION17
ABSOLUTE BEGINNER
FRESH FAMILY
EXTENDED VERSION
STATION17
KILLTONX
ETWAS
BESSERES
ALS DIE
NATION.
ROSTOCK 18.6
DRESDEN 19.6
LEIPZIG 20.6
16.00 VORTRÄGE
A.FANIZADEH
T.GRAW-J.KOETHER
L-U-P-U-S
M.MOEBIUS
18.00 DISKUS-
SIONSFORUM
21.00 KONZERT

symbolische Realisierung eines Tötungswunsches. Strukturell besteht zwischen der ökonomischen »Ausschaltung« eines Konkurrenten und seiner Tötung kein Unterschied. Der bürgerliche Staat kennt diesen Tötungswunsch und verpflichtet die Individuen im Interesse eines geregelten Geschäftsablaufes auf einheitliche Konkurrenzregeln. Er zwingt sie, sich trotz unterschiedlicher Vorrausetzungen (Lohnarbeiter, Kapitalist etc.) an die von ihm aufgestellten Spielregeln zu halten. Indem er sie in dieser Hinsicht gleichstellt, verewigt er die Unterschiede zwischen ihnen.

Der Wunsch des zur Konkurrenz gezwungenen bürgerlichen Individuums, allein auf der Welt zu sein, wird schließlich zum Wunsch, daß Deutschland alleine auf der Welt sein sollte – ohne die lästige Konkurrenz anderer Souveräne. Die Nation ist das erste abgesteckte Jagdrevier des vom Kapitalismus widersprüchlich freigesetzten Individuums. Damit, daß in diesem Revier auch noch andere jagen, die derselben Staatsmacht unterworfen sind, hat es sich notgedrungen abgefunden. Es mag es aber überhaupt nicht gerne, wenn hier Unbefugte = Fremde jagen. Dann kehrt sich seine grundsätzliche und im Prinzip tödliche Aversion gegen lästige Konkurrenten, um so heftiger gegen jene, die nach seiner Auffassung ohne Legitimation mitbieten. Wenigstens die sollen dann ausgegrenzt (und dem geheimen Wunsch nach: ausgelöscht) werden, um eigene soziale und materielle Vorteile zu erlangen und sich darüber besser behaupten zu können. Das war schon vor den Mordanschlägen auf »Asylanten« und »Gastarbeiter« so. Vor allem die Ausländergesetze garantieren dem staatlich anerkannten »Deutschen« gesetzliche Privilegien in seinem Jagdrevier. Darauf basiert sein Herr-im-Hause-Standpunkt und sein Wille zur Selbstethnisierung.

Die Frage nach der eigenen Identität ist ihrem Ursprung nach idealistisch. Man fragt nicht: Was ist die Person A für die Person B?, sondern: Was ist dies für eine Person? Das gesellschaftliche Sein-Für-Eines wird zurückgenommen in den einzelnen Menschen selbst, letztlich in eine »in ihm steckende Naturanlage«. Identität ist somit eine Kategorie des Stillstandes, eine gewollte Anpassungsleistung und »die falsche Versöhnung mit der unversöhnten Welt« (Adorno). Sie hat mit dem Tod zu tun, denn das LEBENDE Ich bewegt sich notwendig mit jeder Handlung und jedem Gedanken von seinem Ausgangspunkt weg. Der Denkgegenstand »Identität« ist hingegen jeder konkreten Bestimmtheit entkleidet. Mit der Suche nach ihrer Identität bezieht sich die suchende Person auf ein abstraktes System der Moral, in dem die Verpflichtung des Verhaltens (die bürgerliche Soziologie spricht von »Rollen«) nicht durchsichtig aus den Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens hergeleitet ist. In der Nachfolge von Freud und Erikson wird der Anspruch auf Identität als das Ensemble der Fähigkeiten begriffen, auf verschiedene Anforderungen der Gesellschaft mit anpassungsfähi-

ger Konsistenz einzugehen. Die Freiheit des Willens bestätigt sich somit in der Fähigkeit, eigenen Vorteil unter Beachtung des Vorgegebenen zu suchen – das meint z.B. die »Erziehung zur Mündigkeit« in der bürgerlichen Pädagogik.

Das erlebte Bewußtsein von persönlicher Identität läuft letztlich auf eine Selbsttäuschung hinaus, und in der Realität zeigt sich dann auch, daß eine Ich-Identität gar nicht dauerhaft erlebt wird, es sei denn als anhaltende »Identitätskrise«. (Weshalb etwa der Psychoanalytiker Jacques Lacan zu Bezeichnung des nach Identität suchenden Subjekts gelegentlich ein durchgestrichenes S benutzt, eine Art Dollarzeichen: $). Die Idee der Identität hat ihr gesellschaftliches Ausgangsmodell – die heutige Realität ist natürlicher komplexer – zunächst im Tauschprinzip, das nichtidentische Einzelwesen und Leistungen grundsätzlich kommensurabel macht.

In der mittelalterlichen Ständegesellschaft entschied die Geburt in einen bestimmten Stand über die Art der Arbeit, die in einen kollektiven Lebenszusammenhang integriert war und keine abgetrennte, dem Individuum frei verfügbare Freizeit bot. Die Ständeordnungen regelten konkrete Details der Lebensführung bis hin zur Festschreibung der Bekleidung; sofern Eheschließung überhaupt zugestanden war, folgte sie an ökokomischen Zwängen orientierten Entscheidungen; die religiöse Orientierung wurde durch den Fürsten bestimmt. Die starke Kontinuität der Lebensführung ergab sich auch aus dem geringen sozialen Wandel und der damit einhergehenden geringen geographischen und sozialen Mobilität. Erst im Zuge der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft fallen immer neue Entscheidungen in den Kompetenzbereich des Indiviuums: Berufswahl, Religionswahl, Partnerwahl, Wahl des Wohnortes, Gestaltung der freien Zeit, politische Orientierung etc. Dieser Entscheidungsspielraum der Individuen (der u.a. durch Rassismus wieder eingeschränkt wird, etwa wenn »rassifizierte« Gruppen wie »Stände« behandelt werden, indem ihnen der Zugang zu bestimmten Sektoren des Arbeitsmarktes verlegt oder ihnen die freie Partnerwahl unmöglich gemacht wird) hat sich mit jedem »Modernisierungsschub« ausgedehnt, und dies nicht nur als Möglichkeit, sondern zugleich auch als (struktureller) ZWANG zur wiederholten Revision einmal festgelegter Orientierungen.

Während also in den vorkapitalistischen warenproduzierenden Gesellschaften alle einfach waren, was sie sein sollten, geht es heute um eine Anpassungsleistung an etwas, was gar nicht feststeht, an etwas, was sich ständig ändert: an die Dynamik des High Tech-Kapitalismus. Das Problem des bürgerlichen Individuums besteht heute darin, daß es die grundsätzlich bestehende und auch bejahte Anpassungsforderung nicht abschließend erfüllen KANN, weil ihm die Entwicklung immer davonläuft.

Andererseits ist es in strukturell rassistischen Gesellschaften ein Privileg, wenn von einem Individuum die Herausbildung einer Identität überhaupt erwartet wird: Ausgegrenzte, »rassifizierte« Personen werden dazu nicht aufgefordert, sie werden vielmehr auf eine konstruierte »ethnische Identität« festgelegt.

Im dynamischen Kapitalismus werden durch Investitionen und Innovationen permanent alle sozialen Bezugsgrößen umgewälzt – durch Veränderung der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, durch Veränderung der Stadt/Land-Beziehung etc. Dabei werden immer auch Begriffe neu definiert, Symbole umcodiert, neue Stile kreiert. Die Identitätssuche findet also in einem INHOMOGENEN SOZIALEN RAUM statt, und sie findet unter der Bedingung permanenter VERÄNDERUNG der Rahmenbedingungen, der anderen Individuen und der nach Identität suchenden Person selbst statt.

Weil die normativen Erwartungen der Umwelt nicht stabil sind und weder der Wille zur Anpassung noch der Wunsch nach Unterscheidung einen festen Haltepunkt finden, muß das moderne Individuum auf seiner Suche nach der Identitätsbalance diese anstrengenden Widersprüche lebenslang aushalten. Daß darüber nicht wenige Menschen ernsthaft krank oder gar schizophren werden, hindert bürgerliche Soziologen aber nicht daran, in Abgrenzung vom psychologischen Identitätsbegriff und ohne jeden kritischen Unterton die heute »offene Identität« pragmatisch als »situationsbedingt« und als »flexiblen und dynamischen Prozeß« zu beschreiben. Die Ursache dieser »Dynamik« ist schon nicht mehr ihr Thema.

Weil die Identität im »Wirtschaftleben«, obgleich viele Menschen nicht mehr lebenslang an einen »Beruf« gekettet sind, immer noch relativ eindeutig (Schlosser, Lehrer) ausfällt, im Nichtarbeitsbereich hingegen relativ beliebig ist, sind in letzterem bestimmte Kompensationsleistungen üblich, z.B. ein rigoroses »Haben-Wollen« oder subkulturelle Inszenierungen von Quasi-Lösungen und imaginären »Befreiungsakten«. Das bürgerliche Individuum spaltet sich in ein »uneigentliches Selbst«, das sich den externen Zwängen anpaßt, und ein »eigentliches Selbst«, das im Nichtarbeitsbereich seine Identität (über Lebenstile, soziales Geschlecht, »Ethnie« und andere soziale bzw. kulturelle Symbole) selbst definieren möchte und dabei angesichts der Fragmentierung tradierter Sozialmilieus und dem unübersichtlichen Angebot der globalisierten »postmodernen Konsumkultur« auf erhebliche Schwierigkeiten stößt.

Die massenhafte Beschäftigung mit der eigenen Befindlichkeit und mit der Identitätssuche ist ein Phänomen des modernen Kapitalismus – vor allem in dessen Metropolen –, ein Ausdruck der Freisetzung der Marktsubjekte. Diese permanente und notwendig permanent scheiternde Suche nach Identität führt letztlich zu dem, was Marx »zivilisatorische Leistungen« nennt: Die immer wie-

der enttäuschende und ergebnislose Identitätssuche ist ein Stachel, der die Individuen vorantreibt, der die notwendige gesellschaftliche »Grundnervosität« schafft und damit die Menschen der Dynamik und dem Rhythmus des Kapitalismus anpaßt. Eine Anpassung, die oftmals nicht danach ausschaut, denn zu ihr gehört auch, weil ein High-Tech-Kapitalismus auf innovative Kreativität angewiesen ist, die Herausbildung einer gewissen Autonomie bzw. »Charakterstärke« gegenüber den vielen Fremderwartungen. Dieser Stachel wirkt nach innen und außen »zivilisierend«: außen in einer immer breiteren politisch-sozialen Koordinierung, innen als eine sich steigernde Selbstbeherrschung und Innensteuerung der atomisierten und trotzdem immer dichter vernetzten, immer mehr voneinander abhängigen Individuen. Die hauptsächlichen Integrationsinstanzen sind dabei Markt und Staat: Sie steuern die Disziplinierung durch stummen Zwang, durch die zwingende Rationalität der Märkte, die ZEIT-ÖKONIMIE der kapitalistischen Wirtschaft, die gesetzlichen Bestimmungen und die sozialen Normen. Vor allem die allgegenwärtige, Körper und Seele erfassende Disziplinierung durch Zeitdruck und Effizienzanforderungen erzeugt dabei eine Tendenz zur Verrohung, wie sie sich zum Beispiel in instrumentalistischen Umgangsformen und entsprechender Gleichgültigkeit gegenüber anderen offenbart. Die Ausdifferenzierung von Gefühlen und ihre Abstumpfung liegen in dieser Gesellschaft dicht beieinander. Unter anderem darauf beruht auch Adornos These, wonach in der Zivilisation die »Barberei« schlummert. Bei der Entstehung von rassistischen Gefühlen und Haltungen spielt die Wiederkehr des im Prozeß des Selbstzwanges Verdrängten eine zentrale Rolle.

»Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen«

Auf dem Weltmarkt sind die bürgerlichen Staaten so etwas wie Communities, die gegeneinander konkurrieren, aber auch miteinander auskommen müssen, weil sie sich gegenseitig benutzen wollen. Der Weltzusammenhang einer »Nation« wird von der Staatsmacht hergestellt, um das Geschäft ihrer Bürger von den Schranken ihres Herrschaftsbereiches zu befreien. Dabei stößt sie auf die Schranke, die die Existenz auswärtiger Souveräne darstellt. Mit ihnen muß sie sich irgendwie ins Einvernehmen setzen. Es ist ein Geschäft gegenseitiger Erpressung mit diplomatischen Tricks und ökonomischen Mitteln, mit militärischer Drohung und manchmal auch mit richtigem Krieg.

Innerhalb der einzelnen Staaten findet historisch und aktuell ein Prozeß der Homogenisierung statt, in dessen Verlauf diese imaginäre Gemeinschaft »Nation« sozial konstruiert wird, etwa durch den einheitlichen Namen (»Deutsche/r«), die relativ stabilen staatlichen (Ab-)Grenz(ung)en, die relative Kontinuität eines Staates (und damit einhergehend: das kollektive Gedächtnis als Re-

sultat der Verflechtung der individuellen Existenz in das Geflecht einer kollektiven Geschichte), die Sprachnormierung zur angeblichen »Muttersprache«, das einheitliche Recht, das die Spuren der internen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dieser Nation trägt (als abgeschlossenes Terrain sozialer Kämpfe), die einheitlichen Zahlungsmittel, die hierarchische soziale und politische Ordnung, vom Regierungsapparat über die Armee und Verwaltung bis zu den sozialen Normen und Codes.

Wir können zur Zeit verfolgen, wie an DDR- und BRD-Untertanen, die 40 Jahre lang unterschiedlichen Staatsmächten unterworfen waren, die soziale Konstruktion eines »Volkes« vollzogen wird. Dieses »Volk« lernt sich nun in seinem als »wiedervereinigte Nation« erscheinenden vergrößerten Staat zu erkennen, ihm Loyalität entgegenzubringen und dabei eine großdeutsche »kollektive Identität« herauszubilden, deren Zentralelement das Anderssein bzw. das Verschiedensein von anderen ist. »Für die vergrößerte Bundesrepublik Deutschland stellt sich nun angesichts der Vereinigung mit neuer Intensität die Frage nach der Identität der Deutschen. Besonders seit dem Umbruch in der DDR wird die Frage nach der zukünftigen Ausprägung eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins reflektiert. Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehören wir? Diese Fragen wurden seit Beginn der achtziger Jahre in der Bundesrepublik diskutiert und erhalten durch die friedliche Revolution in Ostdeutschland neue Schubkraft«. (Weidenfeld/Korte). Die Konstruktion kann nicht funktionieren ohne eine rückwirkend ausgesponnene kollektive Geschichte: »Deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten bezüglich Geschichte und Tradition wurden deutlicher betont. In dem Maße, wie die deutsch-deutsche Ebene an Zuspruch gewann«, wurde auch »der aufgesetzte Amerikanismus der Nachkriegszeit (...) kritisch gesehen« (ebd). Am Ende – in diesem Fall schon am Anfang – steht die Behauptung, daß »Nationalstaat« und »Ethnie« sich decken, wobei vor allem in Deutschland, aber nicht nur dort, der Begriff »Volk« in der Regel »Ethnie« oder »Rasse« meint. Im Alltagsbewußtsein ist die Vorstellung, man müsse die persönliche und nationale Identität vor »Überflutung, Durchmischung und Durchrassung« bewahren, populärer denn je.[2]

Diese immaginäre Gemeinschaft bietet ihren Mitgliedern, sobald sie sich unterworfen haben, eine gewisse Verbindlichkeit und Stetigkeit, ein gewisses, als Mischung aus Konsens und Zwang verfertigtes Schutzversprechen. In diesem Rahmen werden die Staatsbürger als handelnde Subjekte angesprochen, lernen sie sich als Subjekte wechselseitig anzuerkennen und in normierter Weise miteinander umzugehen (was ihnen schwerfällt, denn im Tausch instrumentalisieren sie sich wechselseitig als Mittel von Bedürfnissen). Das Individuelle wird auf diese Weise in das staatlich organisierte Kollektive integriert und dabei das her-

ausgebildet, was die bürgerliche Psychologie dann als »Gruppenidentität« bezeichnet.

Aber der bestimmte bürgerliche Staat, in den das Individuum wie in einen Stand hineingeboren wird und mit dem es sich wie »schicksalhaft« verbunden fühlt – in dieser Welt sind ja mit der durch den Zufall der Geburt erlangten Staatsbürgerschaft schon wichtige Entscheidungen über die weiteren Lebensbedingungen gefallen –, bietet sein Schutzversprechen NICHT UMSONST Zunächst verwickelt er seine Bürger in sein Geflecht. Die gesamte weltmarktvermittelte Reproduktion des Bürgers ist, sobald Lohnarbeit die vorherrschende Erwerbsquelle ist, vollkommen vom Funktionieren »seines« Staates abhängig. So wie sich der Lohnarbeiter unter den gegebenen Bedingungen wünschen muß, daß sein Kapitalist gute Geschäfte mit ihm und anderen macht, damit er auch morgen noch Lohnarbeiter sein kann, so muß sich der Bürger wünschen, daß »sein« Staat international durchsetzungsfähig ist und auf »Weltniveau« bleibt.

Damit ist er aber auch in der PFLICHT, wenn diese Mächte einmal keinen Erfolg haben. Dann erweist sich die zunächst hergestellte und dann auch subjektiv gewollte Teilhabe an diesem Zusammenhang als gefährliche und letztlich tödliche FALLE. Der Untertan muß für die Pleiten seiner Herren und seiner »Nation« aufkommen und im Krieg muß er auch seinen Kopf für sie hinhalten. Die persönliche Identität, die er zum Beispiel aus seinem Deutschsein zieht, wird jetzt prekär. Sie wird radikal auf die Probe gestellt: Er muß auch den TOD wollen, wenn er Deutscher sein will, und so steht es ja auch auf dem 1936 errichteten Kriegsdenkmal am Hamburger Dammtorbahnhof: »Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen«.[3]

Eine Konsequenz, über die die »wiedervereinigte Nation« am Beispiel Somalia gerade laut nachdenkt und deren Botschaft inzwischen auch im letzten Winkel der BRD angekommen sein dürfte. Auch wenn die Bundeswehrmacht wieder aus Somalia abgezogen werden sollte, so wäre doch ein zentrales Ziel erreicht worden: Der Anspruch des Staates auf das Leben seiner Untertanen ist nun wieder offen ausgesprochen.

Diese real abgeforderte und auf der subjektiven Ebene mythisch irrational-rational präsente Todesbereitschaft ist konstitutiv für das Gelingen einer ambitionierten imperialistischen »Nation«. Sie spielt im Leben der Bürger eine nicht zu unterschätzende Rolle, wie auch umgekehrt hier der Grund liegt, warum Staaten sich selten für Doppelstaatsbürgerschaften erwärmen bzw. deren Zahl möglichst gering halten: Wer hier als »Gastarbeiter« oder als Mensch mit einem zweiten Paß lebt, gilt aus staatlicher Sicht nicht ohne Grund als unsicherer (und von den Staatsbürgern insgeheim beneideter) Kandidat, denn er kann sich, wenn ihm der Boden hier zu heiß wird, mit seinem Paß schließlich einfach aus dem

Staub machen. Weil er nicht gezwungen ist, für diesen Staat zu STERBEN, fehlt ihm, was einen Staatsbürger erst perfekt macht.[4]

Entsprechend grausam ergeht es jenen, die trotz ihres ausländischen Passes im Konfliktfall nicht rechtzeitig entkommen und dann in der Falle sitzen: In beiden Weltkriegen wurden ausländische Arbeiter an der Rückkehr gehindert und als Zivilarbeiter »dienstverpflichtet«. Andere wurden als Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge festgehalten. Von den 7,7 Millionen »Fremdarbeitern« und Kriegsgefangenen, die die Faschisten in Deutschland in 20 000 »Ausländerlagern« festhielten, stammte jeder dritte aus der Sowjetunion, jeder fünfte aus Polen und jeder sechste aus Frankreich; die restlichen zwei Millionen kamen aus weiteren neunzehn Ländern. Im Arbeitsamtsbereich Stuttgart beispielsweise betrug 1944 der Anteil der bei Daimler-Benz beschäftigten »ausländischen Beschäftigten«, von denen etliche sogar über (unter Druck abgeschlossene) Arbeitsverträge verfügten, 15 Prozent – ohne statistische Berücksichtigung von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Vor diesem Erfahrungshintergrund läßt sich dann auch eine Beobachtung des Ausländerbeauftragten des Berliner Senats einordnen. Der Mann, der schon in den 70er Jahren gezielt für Einbürgerungen warb – die Frontstadt mußte aufgefüllt werden – bedauert die geringe Resonanz auf seine Angebote: »Die Türken haben wenig Neigung, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Jene, die sie erlangen wollten, sind durch die Ereignisse von Mölln und Solingen verunsichert worden.« (*FAZ* 5.6.93)[5]

Der bürgerliche Staat, und selbst ein Staat wie Kanada beweist das, kann nicht unbedroht existieren, wenn es ihm nicht gelingt, sein Staatsvolk in irgendeiner Weise zu homogenisieren. Ein Zugang zu diesem Volkskörper von außen wird in der Regel nur in der Form der Integration bzw. Assimilation erlaubt und das meistens nur in geringem und genau kontrolliertem Umfang. Auch der in dieser Hinsicht liberale, nach dem Territorialprinzip verfahrende »Nationalstaat« (Staatsbürger ist, wer auf dem Territorium geboren ist) dringt auf diese Homogenisierung bzw. auf die Förderung eines nationalen, scheinbar »natürlichen« und somit zumindestens diffus »ethnisch« verstandenen Identitätsgefühls. So ist es dann auch nicht verwunderlich, daß für die Erlangen der Staatsbürgerschaft in der Mehrheit der westlichen Staaten (übrigens auch in Frankreich) die ABSTAMMUNG von mindestens einem zur jeweiligen »Nation« zählenden Elternteil die Regel ist. Bei den großen Ausnahmen, zu denen vor allem die USA zu zählen sind, weil jede in den USA geborene Person die amerikanische Staatsangehörigkeit erwerben kann, selbst die Kinder von »illegal immigrants«, wird die Loyalität auf andere Weise hergestellt: Ausländer, die eingebürgert werden wollen, dürfen ihren bisherigen Paß behalten, müssen aber einen TREUEEID gegenüber den USA leisten.

Weil es dem bürgerlichen Staat darum gehen muß, daß ihm sein Untertanenmaterial auch in zugespitzten Situationen fraglos zur Verfügung steht, ist er auch stets bestrebt, die regionalen, lokalen, »ethnischen«, kulturellen, religiösen etc. Besonderheiten tendenziell einzuebnen oder wenigstens zur Mentalität oder Folklore zu neutralisieren, um sie so benutzen zu können.

Die Geschichte der »bio-politischen« Homogenisierung ist eine Geschichte von Mord, Sklaverei, Plünderung, Eroberung und Kolonialisierung, von blutigen Eingrenzungen und Ausgrenzungen. Ein bedeutendes Symbol dieser Geschichte ist der Paß. Was es vereinzelt schon in alten Reichen gab, wird im bürgerlichen Staat erst zur Norm: Er gibt an seine Untertanen Personalpapiere aus, die ihre Zugehörigkeit festschreiben und zugleich die Fremden exakt definieren.

Das Modell »Nationalstaat« und damit auch die Frage nach der individuellen und kollektiven Identität ist heute einer der erfolgreichsten Exportartikel des Westens. Er ist das Vorbild aller »nationalstaatlichen« Neuschöpfungen im Osten und er hat diese Entwicklung auch aktiv gefördert. Dabei hat Deutschland durch die Eingliederung der DDR unter der Losung »Wir sind ein Volk« weltweit als Stichwortgeber für das »ethnische« Prinzip gewirkt.

Anmerkungen:

1 Der Bundeswehrmachteinsatz in Somalia ist nicht der erste in Afrika. Seit den 60er Jahren »hilft« die BRD afrikanischen Regimes bei der Organisation der staatlichen Repressionen und dreht auch an den regionalen militärischen Kräfteverhältnissen. Sie wartet Polizei- und Militärfahrzeuge, baut Funk- und Fernschreiberverbindung zwischen den Provinzpolizeiapparaten und den Hauptstädten auf, baut Schuh- und Uniformfabriken und sogar – etwa in Nigeria – Munitions- und Waffenfabriken. Am 11.2.85 gab die *FAZ* folgenden Überblick: »Seit mehr als 20 Jahren leistet die Bundesrepublik Ausrüstungshilfe für Somalia. Es war gelungen, diese Zusammenarbeit über die Revolution von 1969 und über das Jahr 1971, als der Marxismus-Leninismus zur Staatsideolgie erklärt wurde, hinwegzuretten. Die Ausrüstungshilfe, von der SPD in Ausstattungshilfe umbenannt, ist von allen Bundesregierungen fortgesetzt worden. Im Jahr 1962, im gleichen Jahr, in dem die Bundeswehr in Nigeria mit dem Aufbau einer Luftwaffe, in Guinea-Conakry mit dem Pionier-Einsatz und auch in anderen afrikanischen Staaten mit der Zusammenarbeit begann, wurden die ersten Bundeswehrlastwagen an die somalische Polizei geliefert. Die Soldaten treten dabei in zivil aussehender Tropenkleidung ohne Rangabzeichen auf.« In einem *FAZ*-Bericht vom 7. Juni 1987 heißt es: »Deutschland weitet seine Militärhilfe in Afrika auf neue Staaten aus. Begonnen hatte sie 1961, öffentlich bekannt wurde sie aber erst 1965, als die Bundeswehr in Lagos die ersten Flugzeuge für die nigerianische Luftwaffe montierte. Zu den Ländern, die in diesem Jahr erstmals eine Beratergruppe der Bundeswehr erhalten, gehört das mittelafrikanische Sambia. Andere Länder sind Angola, Benin, Botswana, Namibia, Tansania, Senegal, Niger, Burkina, Kongo und die kapverdischen Inseln. Tunesien erhält Polizeihilfe. Allgemeine Kriterien, nach denen bestimmte afrikanische Staaten ausgewählt werden, sind nicht leicht zu erkennen. Guinea-Conakry erhielt unter seinem extrem menschenverachtenden Präsidenten Touré ebenso Hilfe wie Algerien und Kongo in ihrer marxistischen und

antiwestlichen Phase. Ruanda erhält trotz Bürgerkrieg Militärhilfe. Im Falle der Hilfe für Sambia scheint es sich ebenso um eine Belohnung zu handeln wie bei der Einstellung der Hilfe für Kenia um eine politische Maßregelung.« Konkrete Erfahrungen mit eigenen Einsätzen in Afrika sammelte die BRD-Luftwaffe u.a. 1973 und 1985, als sie sich an den »Hunger-Luftbrücken« in der Sahel-Zone und nach Äthiopien beteiligte.
Zu den Zeiten, als die weltpolitischen Kräfteverhältnisse die Bundeswehrmacht noch nötigten, ihre Aktivitäten nicht allzusehr an die große Glocke zu hängen, und als an eine bewaffnete Miltäraktion noch nicht zu denken war, wurde die subversive Tätigkeit in Afrika besonders penetrant von »humanitären« Kampagnen begleitet. Erinnert sei etwa an den bundesweiten »Tag für Afrika« am 23. Januar 1985. Damals widmeten die Rundfunkanstalten landesweit ihre Programme dem Thema »Hunger in Afrika«, mahnten Kirchenglocken zum Spenden und forderte die Bundeswehr ihre Soldaten in einem Tagesbefehl dazu auf, Geld für die »Hungerhilfe« zu sammeln. Als das »Selbstbewußtsein« der Truppe dann nach der »Wiedervereinigung« und im Zuge der Diskussion über »out of area«-Einsätze offensiver wurde, konnten auch Meldungen wie diese nicht überraschen: »Soldaten der Bundeswehr, die nach Dienstschluß in der Skinhead-Szene aktiv waren, haben in diesem Jahr vermutlich drei Menschen umgebracht. Bundeswehrangehörige waren an 24 rechtsextremen Zwischenfällen in West- und Ostdeutschland beteiligt.« (*dpa*, 12. 11.1992)

2 Daß »die Natur ihre Huld (sic!) innerhalb der Rassen (!) wie auch zwischen ihnen (!) nicht so gleichmäßig verteilt hat wie eine Firma ihre Postwurfsendung« durfte – in »kapitalismuskritischer Absicht« – auch Christoph Türcke in *konkret* 8/93 verbreiten. »Menschenrassen«, so der inzwischen in Leipzig für die Einheit des deutschen Universitätswesens wirkende Professor, »sind keine Erfindung des Rassismus, sondern ein Produkt der Naturgeschichte«. Türcke bedauert, nicht »GENAU« (!!!) angeben zu können, wie sich z.B. »schwarze« Haut (zu dieser von Hautfarben ausgehenden »Rassen«typologie, vgl. Hund, »Die Farbe der Schwarzen«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/93) auf »Temperament, Neigung, Begabung, Charakter« auswirkt. Gerade solche »Problemstellungen« zählen zu den typischen rassistischen Erfindungen.

3 Zur Ausdehnung des Todesriskos auf die gesamte Bevölkerung durch die Nazis vgl. Michel Foucault »Leben machen und sterben lassen: Die Geburt des Rassismus« in *diskus* 2/1992. Vgl. auch Benedict Anderson, der seine Erörterung der kulturellen Wurzeln des Nationalismus in »Die Erfindung der Nation« mit dem Tod und seiner Symbolisierung in den Ehrenmäler der Unbekannten Soldaten beginnen läßt. Zum Kriegsdenkmal am Hamburger Dammtorbahnhof vgl. die 1979 im Tutor Verlag erschienene Broschüre »Ein Kriegsdenkmal in Hamburg«. Einen Bezug zu dem 1992 auf der »Documenta IX« ausgestellten »Block« des Künstlers Gerhard Merz stellt Roberto Ohrt in der Kölner Zeitschrift *Texte zur Kunst* (9/1993) her.

4 Wenn »Grünalternative« diesen Zusammenhang bestreiten, dann sprechen sie nur aus, daß sie vom Charakter des bürgerlichen Staates einfach nichts wissen wollen. So heißt es z.B. in einer Beilage der *taz* zum »Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft«: »Die Argumentation, wonach niemand ›zwei Vaterländer lieben‹ kann, geht von einem Obrigkeitsstaat aus, dem seine Untertanen, notfalls unter Einsatz ihres Lebens, zu dienen haben. Diese Vorstellung aus dem 19. Jahrhundert hat mit einer modernen Republik, wie sie auch die BRD sein will, nichts zu tun.« Das schreibt eine Zeitung, die die Soldaten dieser »modernen Republik« nach Bosnien und Somalia schicken will!

5 Während des Golfkrieges wurden in England »Araber« zum Sicherheitsrisiko erklärt. 35 Iraker wurden unter Militärbewachung im Armee-Camp Rollestone festgehalten und wei-

tere 50 Iraker und Palästinenser wurden in englische Gefängnisse gesteckt. Unter ihnen befand sich u.a. der seit 20 Jahren in England lebende palästinensische Schriftsteller Abbas Cheblak.
In der Bundestagsdebatte über die doppelte Staatsbürgerschaft am 29. April 1993 forderte ein CDU-Abgeordneter mit dem typisch deutschen Namen Marschewski: »Jedes Volk ist eine Schicksalsgemeinschaft, in die man nicht nach Belieben eintreten und aus der man NICHT NACH BELIEBEN AUSTRETEN KANN.« Auch die SPD, die einen Gesetzentwurf zur »Erleichterung der Einbürgerung und Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit« vorlegte, sprach von einer »gleichberechtigten Teilhabe des ENDGÜLTIG eingewanderten ausländischen Bevölkerungsteils«. Ausdrücklich um »Integration«, und d.h. um LOYALITÄT, geht es auch in dem Aufruf zum »Referendum doppelte Staatsbürgerschaft«.

Plakatankündigung des Kongresses »Zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels«, Köln 25.–27. Juni 1993

Erster Kongress zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels.
Freitag 25. bis Sonntag 27. Juni 1993, Rhenania, 5000 Köln Bayenwerft 28 (Yachthafen)
Freitag 21 Uhr: Cologne City Rockers (D), Zero Boys (USA). Ab 23 Uhr: Dockbents.
Samstag 17 Uhr: Vorstellung der Wohlfahrts-Ausschüsse: Es sprechen je ein Vertreter der Wohlfahrts-Ausschüsse Frankfurt, Düsseldorf, Köln, Hamburg. Moderation: Paschutan Buzari.
Samstag 21 Uhr: 5 Stücke mit den Goldenen Zitronen, 5 Stücke mit den Three Normal Beatles und 5 Madonna-Stücke, gesungen u. gespielt von einer Super Session mit Jochen Distelmeyer, Rocko Schamoni, Claudia Gonzalez, Schorsch Kamerun und Walding. Anschliessend: Cosmic Orgasm.
Sonntag um 11 Uhr: Perspektiven linker Theorie: Klaus Schönberger, Marbach; Geert Lovink, Amsterdam; L.U.P.U.S. Gruppe, Frankfurt; Isabelle Graw, Köln; Sabine Grimm, Frankfurt. Moderation: Diedrich Diederichsen. 17 Uhr: Waffen gegen rechtes Denken: Margaret und Siegfried Jäger, Duisburg; Alex Demirovic, Frankfurt; Jost Müller, Frankfurt; Lex Wouterloot, Amsterdam. Moderation: Mark Terkessidis. Um 21 Uhr: Alloy (USA), My-Lai (D)

Wohlfahrts-Ausschuss (Köln)

Materialien zur Abwehr des gegen-revolutionären Übels

Texte vom Kongreß des Kölner Wohlfahrtsausschuß (Sommer 1993) und von der Veranstaltung »Rechtes Denken Im Print« des Frankfurter Wohlfahrtsausschusses (während der Buchmesse im Herbst 1993)

Mark Terkessidis

Die Geschichte zurückerobern

Der Wohlfahrtsausschuß Köln setzt sich aus Leuten zusammen, die direkt oder indirekt mit den Zeitschriften *Texte zur Kunst*, *Spex* und *Stadt Revue* zu tun haben. Zwischen diesen Zeitungen verliefen bis zu den Ereignissen von Rostock und den darauf folgenden Reaktionen der Medien Grenzen, die bis dahin durch viele Formationen der »Linken« verliefen: grob gesagt, die zwischen »Politik« und »Kultur«. Von der einen Seite wurde unterstellt, man sei in seinem Politikverständnis zu traditionell, man sehe die politischen Dimensionen von Popkultur und Kunst nicht; von der anderen Seite wurde behauptet, das habe mit tatsächlicher politischer Arbeit nichts zu tun, man betreibe hinterm Schreibtisch intellektuelles Salongewäsch.

Nach Rostock wurde eine vorher eher über persönliche Kontakte funktionierende Annäherung intensiviert. Einerseits gab es eine Notwendigkeit, eben traditionelle Modelle wiederaufzunehmen, weil die gesamtgesellschaftliche politische Lage sich verschärfte. Andererseits wurde klar, daß viel von der neuen Qualität des Rechtsrucks sich auf kulturellem Gebiet und in den Medien vorbereitete oder aktuell vollzog. Beispiele sind der sogenannte Historikerstreit oder Nazi-Rock und Böhse Onkelz.

Ein anderer Grund für die Annäherung zwischen der traditionelleren Linken und der Subkultur liegt darin, daß die Linke während der achtziger Jahre zunehmend selbst eine Subkultur wurde. Ich meine nicht autonome Kultur in besetzten Häusern, wo das auf der Hand liegt und auch der Zusammenhang mit musikalischer Dissidenz (Hardcore und seit einiger Zeit auch HipHop) klar ist, sondern alle anderen Bereiche linker Politik und Interpretationen, die sich alle als Links-von-irgendwas und jenseits von Parteien begreifen und in kleinen Gruppen organisiert sind und oft auch Zeitungen machen. Gut beobachten konnte man das Subkultur-Werden auch an der alten Linken, beispielsweise an *Konkret*, einer Zeitung, die sich trotz aller Radikalität mit ihrem Deutungskosmos nahezu unwahrgenommen parallel zur Gesellschaft befindet. Leider wird das Problem, wie vom *Konkret*-Kongreß berichtet wurde, dort nicht wahrgenommen, was dann zu jener Verhärtung führt, daß eben auch nur das rein darf in den Kosmos, was die eigene Deutung bekräftigt.

Jedenfalls kann man durchaus davon ausgehen, daß man sich gemeinsam im »Underground« befindet, der wiederum in sich vollkommen zersplittert ist. Zusätzlich ist man dort mit seinen Interpretationen, egal wie radikal sie auch sein mögen, vollkommen »autonom«, d.h., wenn man sich nicht gewalttätig artikuliert, hat man zum Mainstream-Diskurs keinen Zugang mehr.

Als wir darüber nachdachten, was der Wohlfahrtsausschuß nun eigentlich machen sollte und wir die Idee für diesen Kongreß hatten, kamen auch Einwände, mit dieser Form würden wir eine Art »Zu-den-Bekehrten-Predigen« betreiben. In Anbetracht der oben geschilderten Situation und eben auch ohne konzeptuelle Politisierungsmodelle scheint uns aber gerade das am dringendsten geboten, um unter denen, die zumindest einen links-dissidenten Minimalkonsens haben, einen Austausch herzustellen und sich gegenseitig über seine politischen Erfahrungen im weitesten Sinne zu informieren. Was bisher fehlt, ist ein gemeinsamer theoretischer Bezugsrahmen. Dessen Herstellung ist heute schwieriger geworden, weil sich die Menge an Fronten vergrößert hat und sich daher Reduktionismus verbietet: Zu ihm gehören nicht nur der Komplex Kapitalismus oder die, wie es scheint, um ihre Position als Hauptwiderspruch rangelnden Komplexe Rassismus und Nationalismus, sondern selbstverständlich auch Geschlechterverhältnisse, die Kämpfe der Minderheiten und in der Psychiatrie usw. Dieser Rahmen ist aber umso nötiger, wenn es eben um Politisierungsmodelle geht. Denn Aktionen, vornehmlich gegen Rechts oder anhand von bereits vorgegebenen Issues oder Ereignissen, ergeben sich zumeist außengeleitet fast von selbst. Sie sind dann zum größten Teil defensiv, und auch die jetzt hier versammelte »Koalition«, darüber ist man sich klar, enstand ja aus der totalen Defensive, in die man nach der Wiedervereinigung und spätestens nach den Ereignissen von Hoyerswerda und Rostock geraten ist und aus der man versuchen muß, sich wieder zu befreien.

Medien

Diese Defensive kam auch dadurch zustande, daß eine andere Subkultur, nämlich die Rechte, plötzlich durch Ereignisse massiv in der Lage war, mit Hilfe des Mainstream-Diskurses das Feld umzusemantisieren und auf sich zu konzentrieren.

Während nämlich bei der Linken insgesamt die Einstellung vorherrschte, die Gesellschaft sei fähig, jede noch so radikale Kommunikation auszuhalten, wurde die Lage von rechts mit gleichen Voraussetzungen anderes erfaßt. Dort sah man, daß in der »pluralistischen Gesellschaft« der einzige Konsens im kapitalistischen Tauschgesetz bestand, der hielt, solange Wohlstand gewährleistet schien. Der Staat wurde weitgehend entpolitisiert und übernahm Verwaltungsaufgaben. Alain de Benoist, Vordenker der französischen »Nouvelle Droite«,

schrieb 1984, daß »Staatsformen, sofern pluralistischen der Ort eines schwachen Konsens sind, der die Einmischung der intellektuellen in die politischen Kämpfe begünstigt.« (*Aus rechter Sicht*, Bd. 2, S. 387) Sie verfolgte also eine metapolitische Strategie und arbeitete an der Erringung »kultureller Hegemonie«, geistiger Führung (nach Gramsci), also – wie sie es versteht – der (unbemerkten) Infiltrierung ihrer Interpretationen in den Mainstream-Diskurs (Medien, Erziehung, Volksbildung etc.). Und dabei wartete sie auf die Krise. Michael Kühnen sagte beispielsweise: »Und da sehe ich heute meine Aufgabe darin, nichts anderes zu erreichen, als daß jeder, der sich halbwegs für Politik interessiert, weiß, daß es diese Alternative gibt. Dann, wenn diese Krisensituation kommt, werden sie sich daran erinnern« (zitiert nach Michael Schmidt, »Heute gehört uns die Straße«, S. 39). Durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme und die danach endlose mediale Einsargung der Linken allerdings wurde diese rechte Alternative praktisch zur einzigen gemacht. An dem Punkt ging die bürgerliche Siegesfeier über den Niedergang des Sozialismus kontinuierlich in etwas anderes über. Denn die besonders in den achtziger Jahren vollendete Konstruktion des Subjekts-als-Konsument (als Verschiebung vom Subjekt-als-Bürger) funktionierte wegen der Rezession nicht mehr, und in die Lücke (die eigentlich schon immer klaffte, bedenkt man die Masse anthropologischer Sinnsuchen während der Achtziger) drängten rechte Vorstellungen von der Bestimmung des Menschen. Man erlebt jetzt aus vielen Gründen ein Revival traditioneller Werte in gänzlich unbearbeiteter Form, so als seien sie nie weggewesen: Familie, Autorität, Bindung, starker Staat, Reinheit des Volkes usw.

Besonders hart gearbeitet an der Kombination von Krise und der Aufrichtung rechter Alternativen (z.B. Botho Strauß) hat sicher der *Spiegel*. Beispielsweise hat keine Zeitschrift so eindeutig an der Konstruktion des entsubjektivierten, nur als »Flut«, »Masse«, »Schwemme« und »Überbevölkerung« etc. auftretenden Asylanten gearbeitet und damit den Erfolg der Republikaner mitermöglicht. Denn man weiß ja aus den Erkenntnissen der englischen Linken, die sich, wie besonders Stuart Hall, bereits seit längerem mit der Konstruktion von »Rasse« in den Medien beschäftigte, daß die primäre Definition eines Themas eine enorme Glaubwürdigkeit und Autorität gewinnt und anschließend kaum noch zu verschieben ist. Hier wird, und das haben auch Siegfried Jägers Interviews, nachzulesen in »BrandSätze«, rassistisches Alltagsbewußtsein entscheidend mitgeprägt. Dazu schreibt Stuart Hall: »Wir müssen Wege und Mittel finden, und zwar dringend, mit deren Hilfe wir ein antirassistisches Alltagsbewußtsein konstruieren können – in Ergänzung der ebenso dringenden und notwendigen politischen Aufgabe, den offen organisierten Rassisten und ultrarechten Organisationen den Weg zur Macht zur verbauen.« (Ausgewählte Schriften, S.150)

Überhaupt liegen immer noch zu wenig Analysen über das Zusammenspiel von Wirtschaft, Staat, Gesellschaft und Medien vor. Man muß immer von einer strukturellen, aktualhistorischen »Handlungseinheit« ausgehen, an der verschiedene Kräfte beteiligt sind und die keinesfalls auf einen Verursacher zurückzuführen ist. Der englische Ex-Schatzkanzler Norman Lamont kritisierte bei einer Rede im Unterhaus an der Regierung Major, »daß die Regierung zu sehr auf die Meinungsumfragen und Parteimanager hört.« Dies führe zu kurzfristigen Entscheidungen, zu einem Reagieren auf Ereignisse und nicht zu dessen Formung: »Wir hinterlassen den Eindruck, im Amt zu sein, aber nicht an der Macht.« (*Die Welt*, 11.6.1993) Das läßt sich durchaus auf Deutschland übertragen. Abgesehen davon, daß auch diese Äußerung wieder den (rechten) Ruf nach einem starken Staat impliziert, wird klar, daß die Regierung in der momentanen »Handlungseinheit« keineswegs die dominante Rolle innehat. Die Macht ist nicht der Staat. Anhand von solchen Feststellungen muß man sich auch Eingriffsmöglichkeiten überlegen.

Mittlerweile hat sich eine rechte Medienkonstellation deutlich herausgeschält, nämlich die zwischen *FAZ* und *Spiegel*. Man kann da auch nochmal gut beobachten, wie dort die Rekrutierung junger Autoren funktioniert. Der ultrarechte Autor Karlheinz Weißmann beispielsweise schrieb zunächst für rechtsintellektuelle Undergroundzeitschriften, dann machte er Bücher beim Ullstein-Verlag (die Volker Rühe empfiehlt), um schließlich bei der *FAZ* unterzukommen. Hier verlaufen »Karrieren« beim Diskurszutritt, die in dieser Qualität bei den Linken deutlich nicht mehr funktionieren. Man kann das auch auf einem anderen Feld beschreiben: der Doyen der deutschen Rechtsintellektuellen, Armin Mohler, arbeitet für Franz Schönhuber am Parteiprogramm der Republikaner mit. Man sieht also, daß die Rechte eine immense strategische Kohärenz im Diskurs aufweist, und die Aufsplitterung in verschiedene Gruppen und Zeitschriften erscheint fast als eine Art Arbeitsteilung (es handelt sich bei dieser Feststellung um ihre diskursive Erscheinung, was nicht heißt, daß die Rechte eine große Einigkeit aufweist). Man muß sich dieses vorzügliche Zusammenspiel nochmal vor Augen halten, um zu sehen, wie vollständig die Ausgrenzung der radikalen Linken mittlerweile ist. Denn die »Linken«, die noch Zutritt zum Mainstream haben, gebärden sich eigentlich auch nur noch wie gemäßigte Rechte.

Nach den Ereignissen von Solingen hat sich die Lage noch einmal verändert. Keineswegs lautet der »Konsens« nach Solingen, wie des öfteren aus linken Kreisen behauptet wurde, jetzt »doppelte Staatsbürgerschaft«, wie er nach Rostock »Abschaffung des Asylrechts« gelautet hat. Es scheint eher so, als seien sich *FAZ*, *Spiegel* und die Bundesregierung einig in der Gegnerschaft zu dieser Forderung (ohnehin machte sie den Eindruck eines kurzen Feuers, sie hatte

auch im Gegensatz zu der Forderung nach Abschaffung des Asylrechts keinerlei semantischen Vorlauf oder andere aktuelle begriffliche Stützen im Gesamtdiskurs). Worauf ich hinweisen will, ist, daß ich denke, daß die jetzt unter den Linken ausgebrochene Diskussion um das Issue »doppelte Staatsbürgerschaft« auch im Sinn der Politikfähigkeit die Diskursformation, unter der ein Issue auftritt, miteinbeziehen muß.

In Deutschland existiert seit der Nachkriegszeit eine äußerst statische Konstruktion der Mitte, die deutlicher als in anderen Ländern anti-hegemoniale Positionen als extrem und daher unzulässig qualifiziert (siehe Jürgen Link: »Schönhuber in der Nationalelf ...«). Die Rechten haben es, unterstützt durch die gesellschaftliche Entwicklung, im kulturellen und politischen Bereich geschafft, durch taktische Formulierungsabwägung ihre Positionen aus dieser Extremismus-Zuordnung herauszuhalten (natürlich gehören rechte Positionen auch schon traditionell zu bürgerlichen Daseinsformen und linke nicht). Um also auf die Politikfähigkeit einer radikalen Linken zu kommen, halte ich Jürgen Links Vorschläge für bedenkenswert, der im letzten *KultuRRevolution* in seinem »Miniresistenz-Baukasten« schrieb: »Grundbedingung jeder politischen Handlungsfähigkeit ist heutzutage eine diskursive Form, die die mediale Verbreitung erlaubt. Dazu gehören u.a. insbesondere ein angemessener kollektivsymbolischer Mantel und eine diskurstaktische Aufbereitung.« Im Prinzip muß man sich also die jeweiligen Diskursformationen ansehen wie eine Fußballmannschaft die Videos ihrer vergangenen Spiele oder ihrer zukünftigen Gegner. Was nicht heißen soll, daß man an die Simulierbarkeit eines objektiven Diskurses glauben sollte, das würde historische oder psychische Dimensionen sträflich vernachlässigen.

Geschichte

Ein Feld, das eine gewisse Zeit mal völlig der Linken gehörte, scheint heute völlig verloren: das der Geschichte. Der Linken gehörte sozusagen die Definitionsmacht über das Gewordensein der Verhältnisse und die zukünftige Zeit. Dieses Verständnis kam bereits Anfang der achtziger Jahre abhanden, als der Fortschrittsgedanke problematisch wurde. Die Kritik am bürgerlich-kapitalistischen Fortschritt durch die Grünen schlug dabei auf die Linke zurück, indem dieser Fortschritt letztlich mit dem Fortschritt, den die Linke wollte, identifiziert wurde. Auf diesem Ermöglichungsgrund drängen seitdem rechte Geschichtsinterpretationen zurück ins öffentliche Bewußtsein. Massiv eben mit der als »Historikerstreit« bekannt gewordenen Geschichtsklitterungs-Offensive der *FAZ*, die letztlich, wie Schönberger/Köstler dargelegt haben, mit Enzensbergers Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Adolf Hitler von einem Ex-Linken ihre endgültige Lösung erhalten hat.

Geschichte kommt heute nur noch einerseits als postmodernes Zitieren oder andererseits – was davon nicht sehr weit entfernt ist – als erhaltendes »Zurück-zu« vor. Beides wird heute vornehmlich reaktionär eingesetzt. Zusätzlich wurde die Deutung aller historischen Ereignisse der letzten Jahre der bürgerlichen Geschichtsschreibung überlassen.

Man muß sich also sozusagen die Geschichte zurückerobern. Daraus ergeben sich drei Aufgaben: 1.) Man muß ein neues Geschichtsverständnis entwickeln, um auf eigene Deutungen der offiziellen Geschichte und der Genese von Verhältnissen zurückgreifen zu können. 2.) Man muß die eigene, linke Geschichte und damit seine Beziehung zur eigenen Tradition klären, und damit auch, mit wem man noch Koalitionen eingehen kann. 3.) Man sollte die eigenen Begriffe nochmal historisieren, also die Frage stellen, wo kommem unsere Selbstverständlichkeiten her. Welche sind gültig und welche nicht mehr? Damit kann man sich dann auch nochmal abgrenzen gegen die ziemlich verbreitete und reaktionär wirkende Behauptung, man könne rechts und links nicht mehr unterscheiden. Weiterhin würde das von vorneherein verhindern, daß Linke (in diesem Fall alte Linke) Rassismus nicht als solchen erkennen können, wie geschehen beim *Konkret*-Kongreß anläßlich eines Vortrags von Christoph Türcke.

Moral

Eine andere Frage, die man sich nochmal stellen sollte, ist die nach der Struktur des eigenen Kampfes. Seit geraumer Zeit wird ja der Abstand zwischen dem eigenen, immer mehr als privat empfundenen Leben und der Solidarität mit den Opfern unterdrückerischer Zustände mit abstraktem Mitleid und vor allen Dingen mit Moral überbrückt.

Das steht im Prinzip immer noch in der Ordnung Kader-mit-höherem-Bewußtsein, nur daß man aufgegeben hat, daß einem noch einer folgt. Ich hab im Buch »Geschichte, Rassismus und das Boot« der autonomen l.u.p.u.s.-Gruppe, wo dieser Widerspruch ebenfalls beschrieben wird, folgende Stelle gefunden: »Eingesponnen in den Kontext der Notwendigkeit, den Verhältnissen entgegentreten zu müssen, wird stillschweigend übergangen, daß es mitunter einen großen Abstand gibt zwischen den aus den Analysen abgeleiteten richtigen Strategien und der Phantasie der wilden Gestalten. Das reicht hin bis zum völligen Widerspruch, dem Erleben eigener Befreiungssehnsüchte – auf linke Wertmaßstäbe bezogen – als moralisch fragwürdige. Was nicht heißen soll, daß jedes Nachgehen und Nachgeben einer Sehnsucht Befreiung bedeutet.« Genau diese Kluft hat sehr viel rechte Vorstöße erlaubt, denn man kann überall in letzter Zeit beobachten, wie mit Freude »linke Tabus« gebrochen werden, wie der Moralismus der »edlen Seelen« (*Merkur*) angegriffen wird, wie sehr das Nazi-Sein mit

dem befreienden Rauslassen von Instinkten gekoppelt wird, wie oft man den Satz »Das muß man doch mal wieder sagen können ...« hört usw.

Die l.u.p.u.s.-Gruppe hat daher eine Neubestimmung des Emanzipationsbegriffes gefordert, eine der zentralsten Begriffe der Linken. Schließlich hat die Linke Emanzipation nicht mehr für sich gepachtet und muß ihre Vorstellung von Emanzipation abgrenzen. Diese Neubestimmung (im Sinne der obigen Ausführungen über Geschichte) ist auch deswegen nötig, weil auch der Begriff des Opfers, mit dem man sich erstmal solidarisiert, ebenfalls problematisch erscheint.

In *Wildcat* Nr. 60 war ein Flugblatt aus Mannheim anläßlich der damaligen Ereignisse in Schönau abgedruckt. Es trug die Überschrift »Rebellion ist gerechtfertigt. Aber so gehts nicht.«, und darin stand auch: »Es ist vollkommen klar, daß die Unterbringung von über 200 Menschen auf engstem Raum, darüber hinaus noch aus unterschiedlichen Kulturkreisen, zu Spannungen führt. Es ist nachvollziehbar, wenn es zu Problemen zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung kommt. Sei es durch Anmache, Lärmbelästigung etc. Aber das entschuldigt gar nichts.« Neben diesem offensichtlichen Fragwürdigwerden derer, die man bisher als Opfer und Ziel seines Kampfes betrachtet hatte, konnte man in den Achtziger, allgemein beobachten, daß sich immer mehr Gruppen und einzelne zu Opfern erklärten, sich viktimisierten. Das steht durchaus in einer linken Tradition und kam in der »Selbsterfahrungslinken« zu sich. Das führte schließlich dazu, daß auch der weiße, heterosexuelle, männliche Täter sich als Opfer irgendeiner Instanz (im Falle des Falles Familie) verstand. Diese weißen, männlichen Täter standen dann auch zu Dutzenden vor den Fernsehkameras, gerade zurückgekehrt von Angriffen auf Flüchtlingsheime, und erklärten sich zu Opfern der Plattenbauweise, der Arbeitslosigkeit und fehlender Diskotheken. Der Druck hätte mal raus gemußt. Danach folgten endlose Analysen der deutschen Jugend. Sie sind Opfer von Gewaltdarstellungen in den Medien. Die »80 Millionen Hooligans« sind auch 80 Millionen sensible Opfer. 80 Millionen Opfer des antifaschistischen Nachkriegskonsenses. 80 Millionen ohne nationale Identität. Die Bundeswehr ist ein Opfer, hilfloser Spielball der Bonner Politik. Im Prinzip ist das ganze deutsche Volk ein Opfer. Und genau dieses Ergebnis wollten die Rechten schon immer durchsetzen.

Dagegen werden die tatsächlichen Opfer je nach Bedarf anonymisiert oder zu verantwortlichen Subjekten ihrer Situation erklärt. Derweil stellt die UNO mit ihrem Somaliaeinsatz praktisch fest, daß man die Schwarzen seit ihrer Befreiung nun lange genug alleine hat machen lassen und sie schließlich bewiesen haben, daß sie nicht alleine können. Die »humanitäre Aktion« der rassistischen Internationale stoppt den Flüchtlingsstrom vor Ort und führt die völlig ausge-

bluteten Gebiete zurück in die Ordnung europäischer Rationalität. Schließlich ist Afrika, ein ganzer Kontinent, noch nicht mal mehr Peripherie. Afrikas Anteil am Weltbruttosozialprodukt beträgt 4%, der Anteil am Welthandel nur 2,4%. Und je mehr die Peripherie sich in den westlichen Industrienationen selbst herausbildet, im reichen Deutschland »Verteilungskämpfe« stattfinden, im Vergleich immer noch recht wohlhabende deutsche Trabantenstädte zu »Slums« werden und dergleichen, desto mehr wird auch das Elend in Afrika einfach nicht mehr existieren. Tut uns leid, selbst die Vokabeln zur Beschreibung von Elend gehören allein uns.

Schluß

Als wir die Osttour in Rostock begannen und man dort auf eine Atmosphäre dumpfer Gleichgültigkeit stieß, keine Faschos kamen und auch keine Bullen, entstand vorübergehend ein lähmender Eindruck von Leere. Ich bin der Meinung, daß es gerade diese Leere ist, in der sich die Rest-Linke momentan befindet. Obwohl das bereits seit Jahren hier und dort kritisiert wurde, gründet sich linke Politik, jetzt besonders wegen des reaktionären Vorstoßes in allen Bereichen, völlig auf Anti-Positionen: Anti-Kapitalismus, Anti-Imperialismus, Anti-Nationalismus, Anti-Rassismus und Anti-Sexismus. Die RAF hat in ihrem Weiterstadt-Papier eine wichtige Forderung ihres vorigen Papiers wiederholt: »entweder schafft die linke – und damit meinen wir alle, die auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann – einen neuen aufbruch, der seine wirkung in die gesellschaft hat, oder der ›aufbruch‹ bleibt auf der rechten, faschistischen Seite.« Einmal hat die RAF hier eine interessante, weil eminent offene Definition von Links-Sein gegeben. Wahrscheinlich kann man sie aber vorerst enger gar nicht fassen, denn u.U. gibt es keinen größeren Konsens als den von der Suche nach dem »menschenwürdigen Leben«. Andererseits, wenn es sich um unsere »Politikfähigkeit« dreht, welches Angebot können wir Leuten machen, um sie für eine »soziale Gegenmacht von unten« zu mobilisieren? Haben wir denn selbst beispielsweise eine Vorstellung davon, wie ein korrektes Leben geht? An diesem korrekten Leben, an »Würde« haben aber offenbar nicht nur wir Interesse, wie man an Phänomenen sehen kann, die von höherer linker Warte aus immer gern verächtlich kritisiert werden: massenweises Abfallsammeln, Spenden, die überall aus dem Boden schießenden kleinen antirassistsichen Aktionen in Stadtteilen, die Plakate gegen Ausländerfeindlichkeit und zum Teil auch die Lichterketten. Jetzt kann man den Vorwurf erheben, man dürfe sich nicht auf die liberale Logik von Verbesserungsvorschlägen einlassen. Aber wer und wofür soll einem einer helfen, das gegenrevolutionäre Übel abzuwehren, das teilweise ja als solches überhaupt nicht

erkannt wird. Die positiven Begriffe und Handlungsfähigkeit bereitstellenden Ideologien gehören den anderen: Staat, Nation, Ausländer raus usw.

Das allerwichtigste momentan ist die Klärung von Inhalten. Das geht in zwei Richtungen. Einerseits muß nach innen die Aversion gegen das lebensfremde »Theoriegewichse« bekämpft werden, andererseits muß man gleichzeitig seine Erkenntnisse so gestalten, daß man sie offensiv unter die Leute bringen kann.

Isabelle Graw

Für Theorie

In dieser Sektion sollte es – ganz großspurig – um »Perspektiven linker Theorie« gehen. Ich möchte lieber einen Schritt zurücktreten und fragen, welche Formen Theorie annehmen kann und inwieweit jede organisatorische Maßnahme von Theorie durchdrungen ist. Theorien (wie z.B. feministische Studien) durchdenken die Fragen, die in der Praxis (z. B. Frauenbewegung) gestellt oder von ihr aufgegriffen werden.

Schon in einem früheren Text »Alte und Neue Geschlechter« in »Texte zur Kunst« hatte ich versucht, darüber nachzudenken, wie sich eine Beschäftigung mit feministischer Theorie niederschlagen kann. Was bedeutet die These von der gesellschaftlichen Konstruktion von Geschlecht? Sie macht den Bezugspunkt »Frau« für Theorie und Praxis problematisch. »Frau« heißt zu verschiedenen Zeiten etwas anderes und schließt nicht alle Frauen ein. Auch »Weiblichkeit« kann dann nicht mehr selbstverständlich gebraucht und Frauen zugeschrieben werden. Die Frage verschiebt sich von »was ist eine Frau?« zu »wie werden Frauen gemacht?«

Wird die Funktion von Geschlecht als eine »soziale Konstruktion« erkannt und die Letztbegründung durch das biologische Geschlecht verworfen, dann gibt es aber noch lange keinen Grund, von Befreiung zu reden. Verschiedene Instanzen (Familie, Erziehung, Tradition, Repräsentation) haben dafür gesorgt, daß sich weibliches oder auch männliches Geschlecht im weiblichen oder männlichen Selbstverständnis festsetzen. Vielleicht wäre es sinnvoll, sich weniger mit der Semantik von »Geschlecht« zu befassen, als die verschiedenen Momente zu beschreiben, wo Geschlecht zu einer REALITÄT wird oder reale Effekte nach sich zieht.

Es ist aber auch problematisch, die Formierung von Geschlecht als einen rein externen Vorgang zu beschreiben. Für Geschlecht sind nicht ausschließlich Strukturen verantwortlich zu machen, denn diese fangen Vorstellungen oder Angewohnheiten von Personen auch auf. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Definition von FRAU durch einen Gesetzestext kann nicht nur funktionalistisch auf eine strukturelle Notwendigkeit reduziert werden.

Beispiel: Die Neuregelung des Paragraphen 218 durch das Bundesverfassungsgericht bedeutet zwar eine Entmündigung und Kriminalisierung der Frau,

die abtreiben will, und dieses Gesetz verfolgt auch bevölkerungspolitische Ziele. Daneben beruft es sich aber auf eine psychische Disposition der schwangeren Frau. Dieses Psychische wird in der Beratung aufgegriffen und zugleich lanciert. Das Gesetz legitimiert sich, weil es sich auf die biologistische Vorstellung vom psychischen Zustand der schwangeren Frau stützen kann. Es ist ja gesellschaftlicher Konsens, daß sich die schwangere Frau in einer hormonell bedingten Hochstimmung befindet.

Das Verhältnis zwischen Text und Realität ist kompliziert. Es gibt die Möglichkeit, einen Diskurs für die Schaffung von Realitäten verantwortlich zu machen. Die Macht des Symbolischen hat sich ja bei der Lancierung des sog. Asylproblems sehr deutlich gezeigt. Aber woraus nährt sich ein Diskurs? Aus diffusen Meinungen, Bedenken und Protesten, die kodiert werden und Diskurstatsachen schaffen bzw. eine Wirklichkeit hervorbringen.

Die Macht dieser Wirklichkeit besteht darin, daß sie sich auf die in ihr kodierten Stimmungen als Fakten oder objektive Anlässe beruft. Medientheoretiker haben für solche Beschwörungen des objektiven Anlasses zwar nur ein Lächeln übrig. Das hindert die Fraktion der Realisten aber nicht daran, sie als schlagkräftiges Argument zu benutzen.

Es ist kein Problem für den Presseratssprecher Heinrich Werner, in einem Spiegelgespräch den Medienrassismus zu leugnen und immer wieder an eine vermeintliche Realität zu erinnern. Medien würden doch keine Themen erfinden. Und die Probleme seien nicht herbeigeredet worden – sie seien da! Diesem Mann kann man die Macht der Diskurse nicht beweisen. Medientheorie prallt an der Wucht der von ihm als evident empfundenen Wirklichkeit ab.

Sein hartnäckiges Beharren auf objektive Gegebenheiten ist das genaue Gegenteil von Theorie. Ganz grob würde ich Theorie als den Versuch kennzeichnen, Bedeutung nicht im Gegenstand zu suchen, sondern die Formen seiner Produktion und Rezeption als ausschlaggebend zu betrachten. Für Theorie ist jede Wirklichkeit auch immer Effekt des Diskurses. Ist eine Diskurstatsache einmal geschaffen, dann hat sie spürbare, reale Auswirkungen.

Theorien werden oft in Kategorien der Logik gerechtfertigt oder kritisiert. Feministische Theoretikerinnen reagieren gerade im anglo-amerikanischen Raum rituell und rhetorisch aufeinander. Ich halte es für besser, zu überprüfen, ob ein theoretischer Ansatz in einer spezifischen Situation, zu einer bestimmten Zeit angemessen ist. Theoretische Überlegungen lassen sich oft als »Dilemmata« in Positionen wiederfinden. So z.B. in den Meinungen über Identität. Es gibt gute, theoretische Gründe für und gegen eine Annahme von Identität.

Identität kann sowohl eine Waffe als auch ein gefährliches Spielzeug sein. Es

kommt darauf an, ob sie zur Stärkung einer schwachen Position benutzt wird oder ob mit dem Nachdenken über Identität (wie in Deutschland) die Ausgrenzung der anderen sich legitimiert. Feministische Theoretikerinnen beschäftigen sich noch mit einer anderen Frage, nämlich der, »wann Befreiungsidentitäten zu Unterdrückungsidentitäten werden«(Helma Lutz). Besteht man im Schreiben oder in einer Gruppe auf der Identität Frau, dann läuft man Gefahr, auf diese festgelegt zu werden.

Als ich auf der Osttour, die der Hamburger Wohlfahrtsausschuß im Juni 1993 organisierte, versuchte, das Dilemma zu skizzieren, einerseits nicht auf Frau reduziert werden zu wollen, andererseits aber als Frau primär identifiziert zu werden, als ich sagte, daß es Situationen gäbe, wo als Frau geltende Personen diesen Namen annehmen, um handlungsfähig zu werden, bekam ich hinterher den Vorwurf zu hören, daß ich mir den Schuh »Frau« angezogen hätte, mich in die Frauenecke hätte drängen lassen. Was beweist, daß sexuelle Identitäten sehr konsistent sind, auch wenn ihr Träger sie aufzubrechen versucht. Eine Frau, die ihre Subsumption unter den Begriff Frau problematisiert, muß damit rechnen, auf Frau zurückgeworfen zu werden. Ihre Aufbrechung der Identität Frau kann aber auch von jenen als Verrat empfunden werden, die sich mit dieser Identität identifizieren. Wenn z. B. die als Frau Definierte sich nicht permanent als Frau versteht, kann ihr von anderen Frauen vorgeworfen werden, daß sie das Selbstverständnis der Frau attackiert habe und mit Theorie die Möglichkeit von Politik zersetzt habe.

Das ist ein interessanter Punkt.

Theorie und Politik werden gerne einander entgegengesetzt, als zwei Formen, deren Imperative (Imperativ der Kohärenz versus Imperativ der Intervention) grundverschieden seien. Der Theoretiker ist laut Duden jemand, der sich theoretisch mit wissenschaftlichen Problemen auseinandersetzt, jemand, der sich nur gedanklich mit etwas beschäftigt, aber von der Praxis nichts versteht. Ist Theorie wirklich etwas ganz anderes als Politik? Jede Theorie ist in einem politischen, von Machtkämpfen durchzogenen Raum entstanden.

Wer sich mit Theorie beschäftigt, sagt oft, daß gerade in der Praxisferne von Theorie ihr Vorteil läge, man komme zu Ergebnissen, die unter Zeitdruck nicht hätten entstehen können. Kategorien wie Pragmatik oder Effizienz würden ausgeblendet. Und es ist einem theoretischen Interesse an dem Symbolischen zu verdanken, daß politische Aktionen nicht nur buchhalterisch nach dem, was sie eingebracht haben, bemessen werden. Ein symbolischer Widerstand kann mit realen Blockaden arbeiten und Veränderungen nach sich ziehen, die nicht unbedingt meßbar sind. Judith Butler sagt in dem Vorwort zu dem von ihr mitherausgegebenen Buch »Feminists theorize the Political«, daß Theorie schon deshalb

brauchbar sei, weil sie Analysen, Kritiken und politische Interventionen möglich mache. Ist Theorie – sagen wir, die Kritik am Subjekt – wirklich brauchbar? Wie können Aktivitäten aussehen, denen eine Kritik an dem Prinzip von Identität, eine psychonanalytische Kritik des Subjekts vorausgeht?

Hier wären wir bei dem klassischen Widerspruch zwischen der Kritik am Subjekt und politischen Interventionen, die Subjekte benötigen. Dieser Widerspruch beherrscht augenblicklich viele feministische Debatten. Ich meine aber, daß eine Kritik an der Vorstellung von Individuen, die ihren freien Willen in die Tat umsetzen, nicht bedeutet, daß es keine Personen mehr gibt, die handeln können. Ihr Selbstverständnis wird nur ein anderes sein (gespaltene Aktivisten). Sie werden eine andere, weniger eindeutige Auffassung von Wirklichkeit und einen zweideutigen Umgang mit Sprache haben. Hinter die theoretischen Zweifel an Eindeutigkeit, Vermittlung, Ursache und Wirkung und Subjekt kann nicht deshalb zurückgegangen werden, weil ein politischer Aufruf geschrieben werden muß. Was nicht heißt, daß man nicht dem politischen Aufruf zuliebe bestimmte Zweifel zurücknimmt und apodiktisch behauptet. Diskursanalyse läßt sich nicht unmittelbar in politische Handlungen überführen. Aber Diskursanalyse ist die Voraussetzung dafür, daß bestimmte Entwicklungen als hegemoniale Diskurse beobachet und analysiert werden können.

Wir haben uns in letzter Zeit oft gefragt, wie sich die Politisierung von Leuten, die im kulturellen Bereich arbeiten, erklären läßt. Politisierung heißt nicht, daß zur Tat geschritten wird. Eher werden Möglichkeiten der Reaktion und der Intervention in Erwägung gezogen. Die sich häufenden rassistischen Morde (Rostock, Mölln, Solingen ...) zusammen mit den herrschenden rassistischen Diskursen, ergaben eine Situation, in der anders als bisher vorgegangen werden mußte. Theorien bestimmten dabei den Raum für das, was als möglich oder unmöglich gedacht werden konnte. Zum Beispiel gab es Debatten darüber, ob das französische Modell des universellen Intellektuellen, der sich zuständig erklärt und sich zu politischen Fragen äußert, aktiviert werden sollte. Sartre wurde wiedergelesen, Tom Holert und ich machten ein Interview mit dem Sartre-Spezialisten Walter van Rossum. Befinden wir uns in einer Situation, die es rechtfertigt, daß Intellektuelle ihre Sicht der Dinge in Form eines allgemeinen Appells artikulieren? Wie können skeptische Poststrukturalisten eine allgemeine Verantwortung und eine Entschiedenheit an den Tag legen, wenn sie doch gerade noch das Konzept des frei entscheidenden Individuums kritisiert hatten? Es müßte doch möglich zu sein, über politische Ereignisse zu schreiben, ohne jeden Anspruch auf Wahrheit. Foucault sah den Intellektuellen als Spezialisten und wies die Anmaßungen, die mit der Rolle des Generalisten einhergehen, zurück. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, sich zu äußern und zu allgemeinen Themen Stel-

lung zu beziehen, ohne dabei eine intellektuelle Führungsrolle zu beanspruchen, ohne sich dem Leitartikelstyl von Habermas' Wortmeldungen anzunähern?

Das Wort »Theorie« kann großes Mißtrauen und viel Begehren erzeugen. Im Kunstbereich sah es in letzter Zeit so aus, als wäre Theorie eine bedingungslos gutzuheißende Ware, die man haben möchte. Es kam vor, daß sich Galeristen oder Kunstkritiker etwas Theoretisches oder »mehr Inhaltliches« wünschten. Weil es grundsätzlich und speziell seit der Rezession schwer ist, den Wert der Kunst plausibel zu machen, nimmt man gerne den Mehrwert der Theorie hinzu. Von künstlerischen Arbeiten bzw. ihren Fürsprechern wird gefordert, daß man sich theoretisch mit ihnen auseinandersetzen müsse. Galeristen informieren ihre Sammler über die theoretischen Interessen der Künstler. Viele Künstler liefern Theorie in Form von Texten. Immer mehr Galeristen und Kunstvereinsdirektoren veranstalten Vorträge, zu denen Theoretiker eingeladen werden.

Parallel zu diesem Theorieboom, der die letzten zwei Jahre des Kunstbetriebs kennzeichnete und jetzt wohl im Auslaufen begriffen ist, verschärften sich das Mißtrauen und die Ressentiments GEGEN Theorie. Theorie würde vom Eigentlichen – der Kunst – ablenken und jedes Phänomen in eine theoretische Formulierung pressen. Kunstkritikern, die sich mit Pierre Bourdieu oder Jacques Derrida einer Arbeit nähern, wird vorgeworfen, daß sie künstlerische Arbeiten für ihre theoretischen Projektionen mißbrauchen.

Nur kurz zu diesen Vorwürfen: Es gibt kein reines Wesen der Kunst. Aber es ist auch richtig, daß die Ebene der (sinnlichen und kognitiven) Wahrnehmung in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Kaum ein Kunstkritiker nannte die wahrgenommenen Eigenschaften, die ihn zu bestimmten theoretischen Schlüssen führten. Selten wurde z.B. der Aspekt in einer Arbeit genannt, der zu der Behauptung führt, daß sie Ideologiekritik betreibt.

Wer einer künstlerischen Arbeit politische Absichten unterstellt, sollte darüber schreiben, wie sich diese Absichten in der Arbeit artikulieren.

Politik wird im Kunstbereich ähnlich wie Theorie diskutiert. Theorie und Politik gelten als »andere« Bereiche, durch deren Inkorporierung eine künstlerische Arbeit »politisch« oder »theoretisch« wird. Ein paar Beispiele: Es galt in den 70ern und auch Ende der 80er als politisch, Kritik an den korrupten Verhältnissen des Kunstbetriebs oder an der Warenförmigkeit von Kunst oder an den Institutionen zu formulieren. Dann erkannte man, daß es einen äußeren, nicht verstrickten kritischen Standpunkt nicht geben kann. Künstler begannen, sich selbst und die kritisierte Institution zusammenzudenken. Das Aufzeigen von institutionellem Begehren und der eigenen Position konnte als politisch gelten. Künstler analysierten die Geschichte des Ausstellungsortes und die ihm einge-

schriebenen Wünsche und Projektionen. Waren Symptome erkannt und ausgestellt, dann steckte schon in dieser Analyse der Symptome eine politische Dimension.

Wer sich jetzt vielleicht fragt, ob eine Analyse schon politisch sein kann, wird im selben Kunstbetrieb auch immer noch mit dem ganz naiven Verständnis von politischer Kunst konfrontiert, die entweder durch die Behandlung politischer Themen oder Motive schon politisch sein will oder aber eine politische Wirkung voraussetzt und sich um »Interaktion« mit dem Rezipienten oder Teilen der Bevölkerung bemüht. Trotz aller Einwände, die ich gegen diese Verständnisse von politischer Kunst im Kunstbetrieb habe, möchte ich mich doch von dem traditionellen Einwand gegen jeden politischen Anspruch distanziert haben. Damit keine Mißverständnisse entstehen. Dieser Einwand formuliert sich ungefähr so: Wie kann dieser Künstler politisch oder radikal sein, wenn doch seine Lebensbedingungen so bürgerlich und gesättigt sind? Ich halte es für problematisch, politische oder künstlerische Radikalität an den Lebensbedingungen zu überprüfen. Jean Paul Sartre galt bestimmt auch deshalb als moralisch integer, weil er sein Geld verschenkte und in einfachen Verhältnissen lebte. Er ließ sich auf die Komplikationen eines Widerspruchs »zwischen politischem Anspruch und den mehr oder weniger institutionellen Rahmenbedingungen, unter denen man den Rest seines Daseins fristet« (Diedrich Diederichsen in einem Schreiben an diese Sektion), nicht ein und verweigerte Preise und Posten.

Hängt die Glaubwürdigkeit einer Theorie wirklich davon ab, ob sie von ihrem Verfechter gelebt wird? Kann man von jemandem, der sich mit Populärkultur oder ethnischen Minderheiten beschäftigt, erwarten, daß er ein Leben führt wie ein marginalisierter Bohemien? Es könnte für seine Texte von Vorteil sein, wenn sie Gelebtes enthalten oder aus einem Engagement resultieren, das auf erlebter, aber vermittelter Begeisterung fußt. »Wirkliche« Erfahrung kann aber nicht die Bedingung sein, die den Zugang zu einer Sache erlaubt. Eine authentische Erfahrung ist immer auch die der anderen und enthält vorher Gewußtes. Sensitive Erlebnisse sind von ihrer kognitiven Formulierung nicht abzutrennen. Ist in Theorie ein Erlebnisbericht enthalten, dann muß das nicht unbedingt mehr Erkenntnisgewinn bedeuten, als die Konstruktion eines imaginären Gedankengebäudes mit Mutmaßungen und Hypothesen. Oft sind es jene Theorien, die sehr nach Praxis klingen, denen jede Praxis fehlt. Diskrepanz zwischen Lebens- und Arbeitshypothesen können einen Zwischenraum bilden, in dem mehr entsteht als die Übertragung eines Anliegens. Die Forderung nach einer konsequenten Umsetzung der theoretischen Formulierung ist immer eine moralische. »Konsequenz« und »konsequent-sein« werden ja als a priori gutzuheißende Eigenschaften angesehen. Ich bin mir da nicht so sicher. Wer sich um

Konsequenz bemüht und diese bei anderen einfordert, geht von einem 1:1 Verhältnis zwischen Theorie und Praxis aus. Die Rhetorik der Konsequenz vergißt auch gerne ihren rhetorischen Charakter. Außerdem lassen sich Konsequenzen oder Inkonsequenzen auch aus Texten ablesen, die es nicht auf Konsequenz oder Transparenz abgesehen haben. Gertrude Stein verweist zum Beispiel gerne auf das, was ihre Hausmädchen und Köchinnen gesagt haben, ohne ihre eigene Machtposition und elitäre Lebensweise dabei zu reflektieren. Bei vielen amerikanischen Theoretikern – nehmen wir Fredric Jameson oder den marxistischen Kunsthistoriker T. J. Clark – spürt man, daß Zeit vorhanden und eine institutionelle Absicherung gewährleistet waren. Dagegen ist in den Texten von illegitimen, also durch Institutionen nicht abgesicherten Intellektuellen der materielle und auch der Zeitdruck größer. Die Argumente werden schneller herausgeschossen – es gilt, eventuellen Einwänden von Akademikern zuvorzukommen und die Thesen müssen gut abgestützt sein, weil keine Institution, keine Berufsbezeichnung, kein Doktortitel sie zu halten vermag.

Ihre prekäre Lebenssituation muß sich aber nicht unbedingt auf ihre Schreibweise übertragen. An Guy Debord oder André Breton kann man sehen, daß freie Künstler-Theoretiker oft erst recht mit festen Überzeugungen und einem geschlossenen Weltbild arbeiten. Genauso kann es passieren, daß sich ein Theoretiker nach seiner Anerkennung durch Verlage und Institutionen und Medien für weniger akademische Schreibtechniken zu interessieren beginnt. Die Kunsthistorikerin Rosalind Krauss hat sich erst dann für mehrlagige Stimmen und selbstreflexiven Zweifel entschlossen, als sie sich eine Position als Kunsthistorikerin bereits erkämpft hatte. Es gibt also kein 1:1-Verhältnis zwischen Lebens- und Schreibformen. Verbindungen dürfen aber auch gezogen werden, nur sind Entsprechungen oder Widersprüche nicht als harte Fakten zu betrachten.

Ich glaube z.B., daß es eine Verbindung gibt zwischen dem Import angelsächsicher, konstruktivistischer Theorien (durch den Suhrkamp Verlag in der Reihe »gender studies« oder den Fischer Verlag mit der Reihe »Zeitschriften«) und der ausgebliebenen großangelegten Mobilisierung von Frauen- und anderen Bewegungen nach dem Urteil von Karlsruhe. (Betrifft nicht nur Frauen!)

Damit soll kein Verhältnis von Ursache und Wirkung zwischen Theorie und Praxis aufgemacht oder ein »Schuldiger« gesucht werden. Eine Theorie, die das Geschlecht als »soziale Konstruktion« begreift, lähmt nicht notwendig feministische Initiativen. Dennoch lassen sich »gegenläufige« Entwicklungen (sagen wir, zwischen institutioneller und sozialer Praxis) beobachten.

In den USA stellen Theoretiker für die Schwulenbewegung oft das Umgekehrte fest: auf der einen Seite die Etablierung des Konstruktionsgedankens im akademischen Bereich und auf der anderen Seite die »gay politics«, die immer

essentialistischer werden. Die Theorie hat auf die Praxis nicht unmittelbar eingewirkt, die Praxis hat Theorie nicht zu übertragen versucht und vielleicht gar nicht zur Kentnis genommen.

Was heißt es für die feministische Praxis, wenn in vielen feministischen Texten Geschlecht durchgehend auf der Ebene des Diskursiven angesiedelt wird? Es könnte der Eindruck entstehen, daß es keinen Grund gibt, über diese Erkenntnis hinauszugehen. Die Herausgeberin des Bandes »Dekonstruktiver Feminismus«, Barbara Vinken, betont in ihrer Einleitung fast schon verzweifelt, daß die politischen Ziele des Feminismus nicht deshalb überholt seien, weil die gesellschaftliche Konstruktion von Geschlecht durchschaut ist. Nur fragt keine Autorin in dem Band, was mit einer Durchschauung des Geschlechts als gesellschaftliche Konstruktion politisch anzufangen ist. Eher festigt sich der Irrglaube, daß ein Wissen um die Diskursivität von Geschlecht schon befreiend ist. Viele Texte operieren ausschließlich auf der Ebene des Symbolischen, was schon ihre Überschriften suggerieren: »Das feministische Bündnis mit der Dekonstruktion« oder »Verschiebung und der Diskurs der Frau«. Trägt der Band »Dekonstruktiver Feminismus«, der bei Suhrkamp herauskam, zu einer Stimmung bei, in der eine außerparlamentarische Opposition z.B. gegen den geänderten Paragraphen 218 sich nicht bilden kann? Ich halte es für falsch, davon auszugehen, daß eine Bewegung wie die Frauenbewegung, die auf Identitäten basiert, eine Literatur (oder Theorie) braucht, die persönlich und selbsterfahrungsorientiert ist. Ich glaube auch nicht, daß die Annahme eines weiblichen Geschlechts samt Stimme einer Mobilisierung förderlicher gewesen wäre. Auch die essentialistische Vorstellung von einem spezifisch Weiblichen, von einer natürlichen Andersartigkeit fördert ein genießerisches Verharren in dieser Besonderheit. Ein Potential für Mobilisierung liegt weder in der Vorstellung von einer essentiellen Weiblichkeit noch in der Zurückweisung dieser Festlegung. Immer geraten die realexistierenden Zwänge, die »institutionell regulierten Praktiken« aus dem Blickfeld, die für die Materialisierung von »Geschlecht« oder »Frau« verantwortlich sind. Schon in der Schule ist die heterosexuelle Ausrichtung die natürliche und die normale. Die Naturalisierung des als eigen empfundenen Geschlechts geht schon innerhalb der Familie so selbstverständlich vonstatten, daß auch ein späteres Wissen um soziale Konstruktionen am Kern des eigenen geschlechtlichen Selbstverständnisses kaum zu rütteln vermag. Die Idee der »sozialen Konstruktion« reagiert zwar auf Biologismen, vernachlässigt aber die Realität von Geschlecht und enthält viele blinde Flecken.

Judith Butler ging auf diese blinden Flecke in einem Vortrag, den sie in Frankfurt hielt (April 1993), ein: Wer das Wort Konstruktion benutze, dem würde oft vorgeworfen, über die Materialität des Körpers oder des Sexus hinwegge-

gangen zu sein. Es ginge der konstruktivistischen Sicht aber nicht darum, die Realität Geschlecht zu leugnen, sondern jede Begründung mit Biologie zu verwerfen.

Es gäbe kein Geschlecht VOR seiner sozialen Formierung – Geschlecht gibt es nur als bereits genormte Figur. Wer von Konstruktion spricht, will nicht Materialitäten leugnen, weiß aber, daß jedes Zugeständnis an eine Materialität (z.B. Hormone) diese auch konsolidiert.

Dieselbe Barbara Vinken, die den Band »Dekonstruktiver Feminismus« herausgebracht hatte, schrieb nach diesem Vortrag von Butler einen Artikel in der Frankfurter Rundschau. Dieser Artikel geht über die Nachbesserungen des Vortrags hinweg und ist symptomatisch für einen enthusiastischen deutschen Theorieimport, bei dem der Schwerpunkt auf die lebenspraktischen Anwendungsmöglichkeiten gelegt wird. »Frei nach Butler« glaubt Vinken sagen zu können, daß sich Frau ebensogut zum Mann machen könne, daß die Übernahme anderer sexueller Identitäten als »subversive Aktion« begriffen werden kann, mit der sich die Konstruiertheit von Geschlechtern zeigen läßt.

Fraglich ist nicht nur die positive Bewertung von »subversiver Aktion«. Politisches Handeln wird hier als individuelles Ausprobieren sexueller Identitäten verstanden, unter völliger Mißachtung der Hindernisse, die sich einem dabei in den Weg stellen könnten. Niemand hat die Möglichkeit, sich seine sexuelle Identität frei auszuwählen, jeder und jede ist von vorgegebenen, leicht abänderbaren Definitionen umgeben, deren Annahme oder Verweigerung immer auch institutionellen und familiären Zwängen unterworfen ist, die über die Bandbreite des Möglichen entscheiden. Wenn man sich wie Vinken und viele andere AnhängerInnen der symbolischen Sphäre mit realexistierenden Grenzen und gesellschaftlichen Widerständen gar nicht befaßt, dann entsteht ein theoretisches Klima, in dem der Gedanke an eine mögliche Formen der Mobilisierung fern liegt, ein theoriebedingtes Klima, in dem andere Definitionen von »Militanz« oder »außerparlamentarischer Opposition« weder vorgeschlagen noch gelebt werden können.

Sabine Grimm

Sexismus ohne Sex?

Während der Komplex Rassismus/Nationalismus ausgiebig diskutiert wird, sieht es hinsichtlich des Sexismus eher dürftig aus. Ich halte es für eine Reduktion und Bornierung linker Theorie, wenn alles sich nur noch um den neuen »Hauptwiderspruch« dreht, als ob sämtliche sozialen Machtverhältnisse sich hieraus ableiten und erklären ließen. Umgekehrt ist davon auszugehen, daß auch die Analyse und Kritik des Rassismus ihren Gegenstand nicht trifft, wenn sie nicht den Zusammenhang und die Verknüpfungen mit anderen sozialen Verhältnissen berücksichtigt.

Mir geht es jetzt nicht darum, Feminismus gegen linke Theorie auszuspielen. Ich halte diese Separierung für fatal, sie stützt letztlich eine Arbeitsteilung, derzufolge Frauen sich mit sog. Frauenthemen beschäftigen und linke Männer weiterhin das Thema Sexismus ignorieren oder delegieren können. Die Realität dieser Arbeitsteilung ist auch auf diesem Kongreß wieder offensichtlich. Dabei muß man jedoch gleichzeitig klar sehen, daß Frauen, genauer: »deutsche« Frauen, prinzipiell Zugang haben zu diesen Zusammenhängen und die Linie der Ausgrenzung an anderer Stelle verläuft. Während es genug Frauen gibt, die hier für sich sprechen (könnten), ist die Situation derjenigen, die rassistisch diskriminiert oder gar verfolgt werden, was die Frage ihrer Repräsentation anbetrifft, strukturell anders. Die antirassistische Linke spricht hier gewissermaßen in Stellvertretung, was sich auch bei diesem Kongreß wieder an der Zusammensetzung des Podiums zeigt. In den USA oder in England wäre ein solcher Kongreß undenkbar. Das liegt sicher auch an der unterschiedlichen Situation von »AusländerInnen« in der BRD, wo es eine Organisierung nur in Ansätzen gibt, dennoch hätte man sich darum bemühen können. Ich will damit nicht die rassistisch Verfolgten wiederum auf ihre Opferrolle festlegen. Ich denke nur, daß man diesen strukturellen Ausschluß sehen muß, wenn man selbst unablässig davon redet, die rassistische Gemeinschaft aufbrechen zu wollen.

Ich möchte im folgenden auf drei Punkte eingehen:

1) werde ich versuchen, sehr verkürzt nachzuzeichnen, wie in der derzeitigen Rassismus-Debatte »Geschlecht« und Sexismus theoretisch gefaßt werden,

2) einige Überlegungen zum Verhältnis von Rassismus und Sexismus anstellen und

3) fragen, inwiefern analog zur These vom »Rassismus ohne Rassen« (Balibar) auch von einem »Sexismus ohne Sex« die Rede sein kann.

Die Kategorie »Geschlecht« in der Rassismustheorie: Zwischen Ideologiekritik und Essentialismus

Bei genauerer Betrachtung scheint das Problem vieler linker Theorien fast weniger darin zu bestehen, daß das Thema Sexismus hier selten auftaucht, sondern wie es behandelt wird. Im wesentlichen gibt es zwei Varianten der Thematisierung, die in der aktuellen Rassismus-Diskussion immer wieder begegnen. Beide treten in der Regel vermischt auf, ich unterscheide sie hier nur idealtypisch:

1. die ideologiekritische Analogisierung:

Irgendwie funktioniert Sexismus wie Rassismus, quasi als Sonderform oder als Nebenwiderspruch. Man könnte diese Variante auch als Entlarvungsdiskurs bezeichnen. Er kritisiert die Stereotypen von »Rasse« und »Geschlecht« aus aufklärerisch-universalistischer Perspektive und wittert überall dort, wo von Besonderheit, Verschiedenheit oder – noch schlimmer – Differenz die Rede ist, Rassismus und Sexismus. Die in diesem Zusammenhang auftauchenden Formeln von der »Naturalisierung sozialer Verhältnisse« oder der »sozialen Konstruktion« werden dabei meist im Sinne von Schein oder falschem Bewußtsein eingesetzt – ich gehe später auf dieses (bewußtseinsphilosophische) Mißverständnis ideologie- und diskurstheoretischer Ansätze noch genauer ein.

Der Entlarvungsdiskurs hat innerhalb der Linken zu einer Form von pauschaler Kritik geführt, die keinen Unterschied mehr macht zwischen Multikulturalismus und Ethnopluralismus[1] und ebenso nicht mehr differenziert zwischen feministischen Theorien über sexuelle Differenz und konservativen bzw. rechten Geschlechterideologien (so z.B. der von *konkret* geplante Titel einer Feminismus-Sektion: »Die deutsche Frauenbewegung – ein etwas anderer BDM?«).

2. die essentialistische Unterscheidung, die innerhalb der Linken eher dominiert: Wird auf einer allgemeineren Ebene von der Analogie ausgegangen, tauchen, sobald man sich dem Phänomen »Geschlecht« nähert, essentialistische Argumentationen auf, nach dem Muster: »Rassen« gibt es nicht, »Geschlechter« schon, was sich bereits darin ausdrückt, daß man von Rasse nur in Anführungszeichen redet, die Kategorie Geschlecht dagegen selbstverständlich zu sein scheint.

Ich gebe zwei Beispiele, beide von Theoretikern, die ansonsten ideologie- bzw. diskurstheoretisch argumentieren, sobald es um »Geschlecht« geht, jedoch auf Natur, Biologie und ähnliches rekurrieren. Das erste findet sich in einem Text von Wolfgang Fritz Haug (Argument-Mitherausgeber), in dem er über An-

ti-Rassismus nachdenkt und dabei auch ein paar grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Rassismus und Sexismus anstellt: »Das Komplementär-Verhältnis der beiden Geschlechter findet bei den unterschiedlichen Phänotypen von Menschen, die der Rassismus zu ›Rassen‹ totalisiert, keine Entsprechung ..., weil ... die beiden Geschlechter gerade in ihrer ›Differenz‹ unmittelbar aufeinander verwiesen sind, was als ›natürliches Gattungsverhältnis‹ etwas anderes ist als ein bloßer Unterschied und insofern mit dem Verhältnis unterschiedlicher ›Rassen‹ nicht verglichen werden kann ...« (Haug: 1992,38). Das »natürliche Gattungsverhältnis« bezieht sich auf Marx, den Haug im Anhang ausführlich zitiert: »Das unmittelbare, natürliche, notwendige Verhältnis des Menschen zum Menschen ist das Verhältnis des Mannes zum Weibe.« Während also für Haug »Rassen« erst durch den Rassismus konstruiert werden, entspringt der Sexismus umgekehrt einer »unmittelbar« gegebenen Grundlage: der auch für ihn »natürlichen« und »notwendigen« Heterosexualität. Dabei ist Haug sicher nur einer von vielen ehemaligen Marxisten, die zwar ausgiebig den Ökonomismus der Marxschen Theorie kritisieren, deren naturalistische Vorstellung von Materialismus aber noch immer in dieser Tradition steht. Besonders deutlich wirkt dieses Erbe des Marxismus dort nach, wo es um die Frage des Geschlechterverhältnisses geht. Und das betrifft nicht nur alte Neue Linke wie Haug, sondern auch »neue« Neue Linke.

Ein anderes Beispiel: Robert Miles, ein britischer Rassismus-Theoretiker, sieht die Verknüpfung von Rassismus und Sexismus darin, daß »die biologische Reproduktion ja die entscheidende Grundlage für die Reproduktion der ›Rasse‹ abgibt« (Miles:1991,365). Miles argumentiert ansonsten mit der Unterscheidung von sex und gender (biologisches/soziales Geschlecht), was ihn aber – bezeichnenderweise – nicht davon abhält, den Begriff der Reproduktion, wie auch Haug, an das »biologische Geschlecht«(sex) zu knüpfen. Beide reißen damit die generative Reproduktion aus ihrem sozialen Zusammenhang und stellen sie in den Horizont einer imaginären Natur, statt sie als soziale Praxis zu begreifen. Die Annahme einer jeden Gesellschaft vorgängigen »natürlichen« Reproduktion macht zugleich die Zurückweisung eines der Kategorie »Rasse« entsprechenden Substrats fragwürdig, denn: wenn sich (nationale) Gemeinschaften über die »Biologie« reproduzieren, dann fragt sich doch, welcher Art das hier Reproduzierte sein soll, wenn nicht »biologisch«.

Der Mythos der Genealogie

Meine These ist, daß, wenn die Kategorien »Geschlecht« und »Reproduktion« in der linken Theoriebildung weiterhin in dieser Weise essentialistisch fundiert werden, dies auch die Kritik von Rassismus und Nationalismus an einem zentra-

len Punkt verstellt, den ich mit dem Begriff der Bevölkerungspolitik im folgenden nur andeuten möchte.

Der symbolische Kern der Idee der »Rasse«, der es ermöglicht, die Individuen zu einem homogenen »Volk« zusammenzuschließen, ist das Schema der Genealogie, d.h. die Vorstellung, daß die Verkettung der Individuen dazu führt, daß jede Generation der anderen eine biologische oder geistige Substanz übermittelt – biologisch oder geistig, weil die essentialistische Vorstellung eines gemeinsamen »Ursprungs« sowohl biologistisch als auch kulturalistisch artikuliert sein kann (wie z.B. im Topos der »deutschen Kulturnation«). Die Grundlagen, über die dieses Schema auf die imaginäre Gemeinschaft des »Volkes« projiziert werden kann, sind zum einen das System der Heterosexualität, d.h. die Normierung des sexuellen und generativen Verhaltens der Menschen im Sinne einer Verschmelzung von Sexualität und Fortpflanzung sowie jener Prozeß der Durchsetzung einer bestimmten Form des Zusammenlebens, den Balibar als »Nationalisierung der Familie« bezeichnet hat – also die Durchsetzung der bürgerlichen Kleinfamilie, deren Zerfall derzeit von Konservativen bis hin zu Linksliberalen wie Leggewie beklagt wird. Hier liegt ein historischer Nexus von Rassismus und Sexismus und zugleich ein Grund dafür, warum es kaum rassistische Diskurse gibt, die nicht sexuell überdeterminiert wären, warum die ideologische Konstruktion der »rassischen« Differenzen über Metaphorisierungen der »sexuellen Differenz« erfolgt.

Der Rassismus ist in dieser Hinsicht als Produktionsweise zu begreifen, als Form der Herstellung von Homogenität – und die für das Geschlechterverhältnis zentralen Fragen der Reproduktion, der »Familie« und der »Mutterschaft« erhalten hier entscheidende Bedeutung. (Gerade dieser Zusammenhang wird aber von den meisten Rassismus-Theorien entweder weitgehend ignoriert oder gar affirmiert. Eine einsame Ausnahme stellen Balibars Überlegungen zum Konnex Rassismus/Sexismus dar, auf die ich mich hier u.a. stütze.) Daß es kaum rassistische Diskurse gibt, die nicht in irgendeiner Weise von sexualisierenden Metaphern durchzogen sind, heißt jedoch nicht, daß beide Phänomene einfach zu analogisieren oder aufeinander abzubilden wären. Im Gegenteil: Um die Produktion und Reproduktion der nationalen Gemeinschaft sozial und nicht essentialistisch bestimmen zu können, ist es vielmehr nötig, Rassismus und Sexismus zu unterscheiden. Erst dann läßt sich ihr Zusammenwirken und ihre gegenseitige Verstärkung beschreiben.

Ein grundlegender Unterschied besteht darin, daß als dominantes Prinzip des Sexismus zunächst der Einschluß der Frauen, ihre Unterordnung innerhalb der rassisch und national gekennzeichneten Gemeinschaften bestimmt werden kann, während das dominante Prinzip des Rassismus die Ausgrenzung ist. For-

men des Einschlusses der »Anderen« – wie Assimilation und Minorisierung – sind Effekte dieses Ausschlusses von der Gemeinschaft, Effekte der Spaltung des »Eigenen« vom »Fremden«; wie andererseits Formen des Ausschlusses von Frauen (historisch vom Wahlrecht oder in Form ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt etc.) Effekte ihrer Unterordnung im Einschluß sind (s.d. Eichhorn 1992). In diesem Kontext stellt nun die Bevölkerungspolitik ein Dispositiv dar, über das die sexistische Einschließung und die rassistische Ausgrenzung gleichermaßen reguliert werden.

In der Bevölkerungspolitik der BRD, wie sie sich etwa in der Neuregelung des Paragraphen 218 darstellt, in deren Zentrum der »Schutz des Lebens« steht, ist die Artikulation einer rassischen/nationalen Gemeinschaft implizit immer vorhanden. Zuweilen wird sie auch explizit, etwa wenn rechtspopulistische PolitikerInnen den Rückgang der »deutschen Geburtenrate« beklagen oder wenn Fromme in der *FAZ* den »volkserzieherischen« Charakter des Karlsruher Urteils betont.

Mit dem Begriff der Bevölkerungspolitik meine ich aber nicht nur den § 218, sondern prinzipiell alle Praktiken und Diskurse, die auf die soziale Reproduktion der nationalen Gemeinschaft zielen, also z.B. auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach dem Muster »Deutsche zuerst«. Dabei stellt allerdings die Normierung des generativen und sexuellen Verhaltens der Individuen eine zentrale Ebene dar. Zum Dispositiv der Bevölkerungspolitik gehören nicht nur die staatlichen Einrichtungen des Standesamtes und des Erbrechts, die demographischen Techniken zur Geburtenkontrolle und zur Messung der Bevölkerung (also auch jene Statistiken, die die sogenannte »Überfremdung« der Deutschen so anschaulich illustrieren), gesundheitspolitische und medizinische Maßnahmen etc., dazu gehört auch die scheinbar private Ebene der sexuellen Praxen und des Heiratsverhaltens der Individuen. Die Normierung erfolgt nicht nur von »oben«, vielmehr basiert sie größtenteils auf der Grundlage der freiwilligen Unterwerfung der Individuen unter die nationale Gemeinschaft – wie z.B. dann, wenn eine Frau ihrer Tochter nahelegt, sich nicht mit einem Türken einzulassen.

Um die Vorstellung einer ursprünglichen Gemeinschaft der Deutschen anzugreifen, ist es nötig, den Begriff der Reproduktion nicht selbst essentialistisch aufzuladen – wie es etwa geschieht, wenn kritisiert wird, daß der Rassismus in der BRD auf eine »Reinhaltung der Deutschen« ziele, als hätte es etwas »Reines« je gegeben. Das »reine Deutsche« muß vielmehr immer erst hergestellt werden, und hier spielt der Sexismus, die Unterordnung der Frauen innerhalb ihres Einschlußes in die nationale Gemeinschaft, eine zentrale Rolle – weshalb übrigens das Motto »Etwas Besseres als die Nation« auch als Minimalforderung für Feministinnen gelten kann.

Rassismus ohne Rassen – Sexismus ohne Sex?

Zum letzten Punkt. Ich habe mich gefragt, wieso viele vom »Rassismus ohne Rassen« reden, es aber vermutlich auf größeren Widerstand stoßen würde, von einem »Sexismus ohne Sex« zu reden. Mir fiel in diesem Zusammenhang eine Formulierung in einem Papier des Hamburger Wohlfahrtsausschusses auf, die mir die Verfahrenheit der Kontroverse um Essentialismus oder Konstruktivismus schlagartig zu beleuchten schien, als ich versuchte, den Begriff »Rasse« einmal probehalber durch »Geschlecht« zu ersetzen. Die Formulierung lautet: »Weil es menschliche Rassen nicht gibt, sprechen wir von einem Rassismus ohne Rassen. Rassen werden sozial konstruiert ...« – die andere Version würde lauten: »Weil es menschliche Geschlechter nicht gibt, sprechen wir von einem Sexismus ohne Sex. Geschlechter werden sozial konstruiert ...« Meine Vermutung ist, daß diese Formulierung für viele, die der ersten Version (»Menschliche Rassen gibt es nicht«) uneingeschränkt zustimmen würden, unglaubwürdig klingt (abgesehen davon, daß sich »sex« nicht übersetzen läßt). Warum?

Weil es gerade diese Evidenz der Kategorie Geschlecht ist, über die der Sexismus funktioniert. Mit Evidenz meine ich die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der Individuen als Frauen oder Männer identifiziert werden und sich selbst identifizieren, ein Vorgang, der im Gegenteil hochgradig voraussetzungsreich und – eben – »sozial konstruiert« ist, so daß diese Evidenz nicht als Grundlage, sondern vielmehr als Effekt der Bedeutungskonstitution von »Geschlecht« zu verstehen ist. Als Effekt auch der zu ihrer Reproduktion immer wieder notwendigen Anerkennung der bestehenden Geschlechterverhältnisse.

Und diese Evidenz gilt ebenso für die Kategorie der »Rasse« – der aufklärerische Hinweis darauf, daß die Wissenschaft die Vorstellung von biologischen Rassen widerlegt hat, hat noch keinen Rassisten davon abgehalten, genau zu wissen, wen er angreift. Und für die Individuen, die als »Rasse« identifiziert werden und sich zum Teil selbst identifizieren, ist es ziemlich egal, ob die Biologie oder der Diskurs, Natur oder Kultur als Erklärungen dafür herangezogen werden, daß sie ausgegrenzt, stigmatisiert oder verbrannt werden. Die scheinbar »objektive« (natur)wissenschaftliche Widerlegung aber hatten die Autoren im Kopf, als sie den Satz formulierten: Menschliche Rassen gibt es nicht. Und dies scheint mir auch ein Grund dafür, daß viele Linke selbstverständlich »Rasse« für »fiktiv« halten,[2] bei »Geschlecht« jedoch argumentieren, daß es sich hier doch zweifellos um einen »grundlegenderen Unterschied« oder eine nicht zu leugnende »Tatsache«, kurz: um eine »Realität« handle. Meine Vermutung ist, daß, wenn die Formulierung »Rassismus ohne Rassen« in dieser ideologiekritischen Weise eingesetzt wird, also im Sinne von »Wie uns die Wissenschaft gesagt hat,

gibt es menschliche Rassen nicht«, im Hintergrund immer noch eine naturalistische Vorstellung von Materialismus steht, die Materialität nicht über die soziale Praxis, sondern als Gegebensein denkt und letztlich dem hegemonialen biologischen Diskurs verhaftet bleibt. Und diese Vorstellung tritt vorzugsweise dann zutage, wenn es um »Geschlecht« geht.

So wird zwar einerseits viel von Diskurstheorie bzw. -analyse und von der performativen Funktion diskursiver Praktiken geredet, dennoch existieren auf der anderen Seite weiterhin naturalistische Vorstellungen von Materialität. Ich denke, daß dies nur dann möglich ist, wenn man die diskurs- oder ideologietheoretischen Ansätze bewußtseinsphilosophisch mißversteht und den in diesem Kontext verwendeten Begriff der ideologischen Konstruktion mit »falschem Bewußtsein« übersetzt. Das hiermit verbundene dichotome Modell von Basis und Überbau, von »harten Fakten« und »ideologischem Schein« (Sein vs Bewußtsein, Realität vs. Fiktion etc.) versuchen diese Ansätze gerade zu verlassen, indem sie Sprache selbst als soziales Verhältnis fassen, das Realität nicht einfach »abbildet«, sondern selbst konstituiert. »Rasse« und »Geschlecht« sind in diesem Sinne real, gerade weil sie ideologisch konstruiert sind. Ich verstehe Ideologie hier als »imaginäres Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen« (Althusser). Dieses »imaginäre Verhältnis« ist nicht einfach eine innerliche Vorstellung, vielmehr ist es eingelassen in institutionell regulierte Praktiken, die die diskursiven Konstruktionen von »Geschlecht« und »Rasse« materialisieren – wobei Materialität nicht als Essenz, sondern als soziale Praxis und als Herrschaftsverhältnis, mithin als »Materialität der Zeichen« (Volosinov) zu verstehen ist. Ideologie und Praxis sind dabei nicht zu trennen, sie bilden einen unauflösbaren Zusammenhang.

In diesem Sinne davon auszugehen, daß die Kategorie Geschlecht von ihrer diskursiven Konstruktion nicht zu trennen ist, heißt nicht, zu behaupten, daß Diskurse die Wirklichkeit hervorbringen. Es bedeutet nicht, die »Materialität des Körpers« zu verleugnen – ein Vorwurf, der vor allem in der feministischen Diskussion den sog. Konstruktivistinnen oft gemacht wird (s.d. Butler 1993). Es heißt lediglich, davon auszugehen, daß »Geschlecht« von Anfang an eine normative Kategorie, ein »regulatives Ideal« (Foucault) ist, und die Vorstellung, man könnte eine »wertfreie Geschlechtsnatur« fixieren, die erst nachträglich kulturell überformt wird, verkennt, daß damit immer eine bestimmte soziale Formierung von Materialität, eine bestimmte Normierung der Körper festgeschrieben wird (z.B. Heterosexualität). Aus dieser Perspektive erscheint auch die Trennung von sex und gender, von »biologischem« und »sozialem Geschlecht« unzureichend, denn: Wo ist die Grenze zu ziehen? Ist die Dichotomie von Natur und Kultur nicht gerade die flexible Matrix, über die der Sexismus (wie auch

der Rassismus) funktioniert – nicht nur, indem Natur als unveränderliches Gegebensein und Kultur als veränderliches Gewordensein konstruiert wird, sondern auch, indem umgekehrt Kultur wiederum »naturalisiert«, d.h. als Unveränderliches fixiert werden kann?

Wenn man Balibars These vom »Rassismus ohne Rassen« so versteht, wie er sie einsetzt, nämlich als rhetorischen Hinweis auf eine Verschiebung der dominanten rassistischen Artikulationsweisen hin zu einem kulturalistischen Neorassismus, ließe sich die Analogie (Sexismus ohne Sex) in verschiedener Hinsicht weitertreiben:

So wäre zum einen, vergleichbar dem in der aktuellen Rassismustheorie diskutierten Substitutionsverhältnis der Kategorien »Rasse« und »Kultur«, ebenso von einem gegenseitigen Determinierungsverhältnis der Begriffe sex und gender auszugehen. Auch hier könnte man von einer »Ambivalenz des Sexismus« reden, wie Balibar sie für den Rassismus feststellt: einem ständigen Changieren zwischen biologistischen und kulturalistischen Artikulationen von »Geschlecht«. Ebensowenig wie rassistische Aussagen explizit von »Rasse« reden müssen, müssen sexistische vom »biologischen Geschlecht« reden.

Meiner Ansicht nach ist zweitens auch hinsichtlich des Sexismus eine Verschiebung der dominanten Artikulationsweisen zu beobachten: ähnlich wie beim Neorassismus sind in die aktuellen Formen des Sexismus feministische Argumentationen eingegangen, gibt es Retorsionseffekte und eine Verschiebung hin zu kulturalistischen Artikulationen. Vorherrschendes Thema ist nicht mehr die Inferiorität der Frau, sondern ihre Andersartigkeit. Der sexistische Universalismus, der Mensch sagt und Mann meint, tritt zurück hinter dem sexistischen Partikularismus, der die Unterschiede betont.[3] Insofern könnte man auch von einem Neosexismus reden – der aus Feminismus und Antifeminismus gelernt hat – und dessen zentrales Thema nicht mehr die Überlegenheit des Mannes ist, sondern der sich darauf »beschränkt«, die »Schädlichkeit jeder Grenzverwischung« und die Komplementarität und Unvereinbarkeit der Geschlechter zu behaupten.

Die gegenwärtige Situation erscheint paradox: Einerseits sind viele feministische Themen in den gesellschaftlichen Konsens eingegangen, und selbst die CSU kann es sich heute nicht mehr erlauben, das »Frauenthema« auszulassen, andererseits lassen sich verschiedene Entwicklungen der letzten Jahre, wie die ideologische Refamiliarisierung oder die Entscheidungen zum § 218, nur als »backlash« begreifen. Ideologisch funktioniert dieser sexistische Gegenschlag jedoch nicht einfach nur über antifeministische Argumentationen, vielmehr finden sich darin auch Versatzstücke aus feministischen Diskussionen, vor allem solche, die die »Geschlechterdifferenz« betonen. Wenn meine These vom Neosexismus, der selbst universalismuskritisch argumentiert, zutrifft, stellt sich

u.a. die Frage, inwiefern der Differenz-Feminismus der 80er Jahre an der Verschiebung der Artikulationsweisen beteiligt war, indem er die andere »weibliche« Moral, Sprache, Sexualität etc. beschwor und dabei gängige Weiblichkeitsstereotypen affirmierte. Das soll nicht heißen: der Feminismus ist an allem schuld – das liefe auf eine Verkennung der Machtverhältnisse hinaus. Allerdings ist nun, im Unterschied zur Situation Ende der 60er Jahre, von einer qualitativ anderen Stufe feministischer Theorie und Praxis auszugehen: ihrer gegen Ende der 70er Jahre einsetzenden und während der 80er Jahre vorangetriebenen Institutionalisierung, Akademisierung und Etatisierung. Gleichzeitig wurde nicht erst mit dem Ausbleiben einer radikalen Kritik am Karlsruher Urteil deutlich, daß es eine Frauenbewegung nicht mehr gibt. Feministinnen, die an der Kritik des Geschlechterverhältnisses festhalten, sehen sich nun nicht mehr allein vor die Aufgabe gestellt, (Neo-)Sexismus und Antifeminismus anzugreifen, zugleich sind sie zur Kritik dessen gezwungen, was derzeit unter den Etiketten »Feminismus« und »Frauenpolitik« läuft.

Anmerkungen:

1 Gegen den »multikulturellen Rassismus« führten die »Ökolinken« (Ditfurth u.a.) in Frankfurt ihren Wahlkampf gegen Rot-Grün und erklärten dabei Daniel Cohn-Bendit zum Hauptfeind. Gleichsetzungen von Cohn-Bendit und Alain de Benoist sind hier üblich. Es wird nicht mehr analysiert, in welcher Weise jeweils »Differenz« artikuliert ist (multikulturalistisch als »Recht auf Differenz« oder ethnopluralistisch als »Pflicht zur Differenz«?), sondern draufgehauen, sobald bestimmte Begriffe auftauchen.

2 Obwohl es auch hinsichtlich der Kategorie »Rasse« essentialistische Positionen gibt, wie nicht erst Christoph Türcke auf dem Konkret-Kongreß offenbarte, indem er den Rassebegriff affirmativ einsetzte und eine, scheinbar durch ihre kapitalismuskritische Pointe für viele akzeptable »Rassenlehre« vortrug. In diesem Kontext sei auch auf die »rousseauistische« Traditionslinie der Linken verwiesen, d.h. auf jene Zivilisationskritik, die sich in ihrer Bezugnahme auf »Natur« nicht selten als Exotismus gegenüber den »Anderen« (wie auch gegenüber der »Frau«) äußert, insofern mit ihrer größeren Nähe zur Natur, mit ihrer geringeren »Entfremdung« etc. argumentiert wird. Das Genre der Zivilisationskritik funktioniert nicht zufällig oft als bevorzugtes Feld für Positionswechsel von links nach rechts.

3 Ein eindrucksvolles Beispiel für diese Verschiebung und den Einsatz feministischer Argumentationen bietet die gerade erschienene »Schering-Frauenstudie«, durchgeführt vom Allensbacher Institut für Demoskopie. Die »Frauen in Deutschland« sind der Untersuchung zufolge recht zufrieden mit ihrer Situation. In der Einführung wird dies folgendermaßen erklärt: »Der Erfolg der Emanzipationsbewegung wurde oft einseitig danach bemessen, wieweit es Frauen gelungen war, mit Männern gleichzuziehen, gemessen an der Repräsentanz in verantwortlichen Positionen, in Ausbildungsgängen und Berufen, in den Interessensgebieten und Einstellungen. Unterschiede zwischen Männern und Frauen, z.B. in den Interessensgebieten und bei der Berufswahl, wurden entsprechend meist als zäh weiter bestehende Defizite interpretiert ... Erst allmählich wurde bewußt, daß diese Sichtweise männliche Einstellungen, Interessen und Lebensmuster zum entscheidenden Maßstab für

die Situation und Einstellungen von Frauen macht. Diese Erkenntnis und die Beobachtung, daß sich gerade bei den Interessensgebieten und den Verhaltensmustern Unterschiede zwischen Männern und Frauen trotz einer Angleichung der Sozialisationsbedingungen erstaunlich stabil hielten, veränderten die Perspektive und förderten eine neue Offenheit für die Fragen, wieweit es spezifisch männliche und weibliche Begabungen und Verhaltensmuster gibt ... Die Frauen selbst haben den Eindruck einer tiefgreifenden, umfassenden Verschiedenheit von Männern und Frauen – in den Interessen und Begabungen, besonders aber in wesentlichen Charaktereigenschaften und im Sozialverhalten –, ohne diese Verschiedenheit einseitig negativ zu werten. Zur Zeit wächst ein unvoreingenommenes Interesse für diese Unterschiede und generell für die Lebenssituation und das Selbstverständnis von Frauen ...« (S. 9f).

Literatur:

Althusser, Louis: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg/West-Berlin 1977.

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg 1990.

Balibar, Etienne: Der Rassismus – auch noch ein Unversalismus. In: Bielefeld, Uli (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt ...?. Hamburg 1991.

Butler, Judith: Bodies that matter. Manuskript, Vortrag im Institut für Sozialforschung, Frankfurt 1993.

Demirović, Alex: Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus. Das Objekt »Rassismus« in Ideologiekritik und Ideologietheorie. In: Redaktion diskus (Hg.): Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland. Berlin 1992.

Eichhorn, Cornelia: »Frauen sind die Neger aller Völker«. Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus. In: Redaktion diskus (Hg.): Die freundliche Zivilgesellschaft.

Haug, Wolfgang Fritz: Zur Dialektik des Anti-Rassismus. In:Das Argument 191/1992, S. 27–52.

Institut für Demoskopie Allensbach (Hg.): Frauen in Deutschland. Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen. Die Schering-Frauenstudie '93. Köln 1993.

Alex Demirović

Fordistischer Nachkriegskonsens, Krise und Neorassismus

Ich möchte mit der Bemerkung beginnen, daß in der momentanen politischen Diskussion der Begriff Rassismus ziemlich schnell zu einem Schlagwort wird, mit dem sehr viele widersprüchliche Probleme zusammengefaßt werden. Bei dieser sehr verbreiteten und Allerweltsverwendung von Rassismus zur Bekämpfung von allen möglichen Leuten, die dann als Rassisten bezeichnet werden, besteht die Gefahr, daß der Zusammenhang zu einer kritischen Gesellschaftstheorie verloren geht. Mit Gesellschaftstheorie meine ich vor allem Prozesse sozialer Machtbildung und politische Herrschaftausübung, von denen rassistische Formierungsprozesse einen Aspekt darstellen. Nicht alle gesellschaftlichen Widersprüche gehen auf in Rassismus. Die entscheidenden gesellschaftstheoretischen Fragen zielen darauf, welche Dynamik dazu führt, daß sich eine Vielzahl gesellschaftlicher Widersprüche im Rassismus verdichten und auf ihn stützen können, und wie sich der Rassismus wieder desartikulieren läßt.

Ein solcher gesellschaftstheoretischer Ansatz muß vor allem eine Antwort darauf geben, warum und wie es gerade in den letzten Monaten zu Ausbrüchen rassistischer Gewalt kommen konnte. Handelt es sich dabei um ein ganz neuartiges Phänomen, oder läßt es sich als ein Element der historischen Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft erklären? Ich meine, daß genau das letztere der Fall ist. Es wird sehr verbreitet in den Medien, aber auch in manchen linken Diskussionen so getan, als seien die rassistischen Pogrome etwas ganz Überraschendes und Neuartiges. Obwohl sie das natürlich sind, da das Ausmaß und die Intensität rechter Gewalt ohne Zweifel zugenommen hat, hat die rechte Gewaltbereitschaft und die rechte militante Szene eine lange Tradition, die häufig zu wenig beachtet wird. Ich meine damit nicht nur die seit den 50er Jahren periodisch auftretenden Aktivitätswellen der Neonaziszene, sondern auch und vor allem die Einstellungen und Haltungen in der Bevölkerung. Aus einer Vielzahl soziologischer Untersuchungen seit dem Kriegsende ergibt sich, daß in der westdeutschen Bevölkerung kontinuierlich über alle Perioden der Bundesrepublik hinweg autoritärstaatliche, nationalistische, antisemitische und rassistische Einstellungen verbreitet waren.

Je nach Art und Phase der Untersuchung schwankt der Anteil derjenigen, die sich entsprechend äußerten, zwischen 12 bis 25 Prozent. Natürlich ist nicht jeder Nationalist sofort auch für einen autoritären Führerstaat, ein Antisemit oder ein Rassist, doch finden sich hier enge Zusammenhänge, die es erlauben, von einem rechtsextremen Einstellungssyndrom in der Bevölkerung zu sprechen. So kam bspw. eine von Sinus 1979/80 im Auftrag des Bundeskanzleramtes durchgeführte Studie über Rechtsextremismus bei den Deutschen zu dem Ergebnis, daß 13 Prozent der Befragten (ca. 7 000) über ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild verfügten. Wie stark auch immer die einzelnen Elemente dieses Weltbildes gewesen sind, bedeutsam erscheint mir, daß es praktisch während der gesamten Geschichte der Bundesrepublik einen stabilen Sockel von rechtsextrem eingestellten Personen gab. Doch diese Einstellungen wurden nur von einer sehr kleinen Minderheit öffentlich vertreten und in praktische politische Aktivitäten umgesetzt. Weitgehend wurden sie in die »Kommunikationslatenz« abgedrängt. Denn gerade, weil diese Personen sehr macht- und staatsorientiert sind, sind sie aus Konformismus an die bestehende gesellschaftliche Macht, die eine demokratisch-rechtsstaatliche Form hat und von der Gleichheit aller Individuen ausgeht, bereit, sich ihren Spielregeln zu unterwerfen. Die Dethematisierung und Verdrängung der rechtsextremen Einstellungen in eine kollektive Nicht-Öffentlichkeit gab denjenigen, die diese Einstellung teilten, das Gefühl, zu einer verfolgten Minderheit zu gehören, die die eigentlichen Interessen des Volkes vertritt und deswegen auch demokratischer ist als diejenigen, die Demokratie für sich in Anspruch nehmen. Sie dürften ihre Meinung nicht öffentlich sagen und würden, obwohl und gerade weil sie Deutsche wären, von der Regierung verfolgt, einer Satrapenregierung, die aus Opportunismus gegenüber den Siegermächten ihr Land und die eigentlichen Patrioten verriet und bekämpfte. Die Deutschen würden wegen der Verbrechen während des Nationalsozialismus bestraft und kriminalisiert und dürften nicht – wie andere Nationen – stolz auf ihr Land und ihre Tradition sein. Mit dem Gefühl verletzten Nationalstolzes verbindet sich die Forderung, endlich einen Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen (seit den 60er Jahren lag der Anteil derer, die dies bejahten, über 50 Prozent der Befragten), die deutsche Geschichte zu entkriminalisieren, die staatlichen Grenzen zu revidieren und sich aus der Westbindung zu lösen. Der neonazistische Geschichtsrevisionismus geht noch etwas weiter und bestreitet, daß es die geplante Massenvernichtung von Menschen durch den NS überhaupt gegeben habe. Die Kriminalisierung Deutschlands sei ein Willkürakt der Siegermächte und ungerechtfertigt, so glauben diese Kräfte, weil das Deutsche Reich eine Art Stellvertreterkrieg für den Westen und die Verteidigung der abendländischen Kultur und Freiheit gegen den Angriff des Bolschewismus und

die asiatische Despotie geführt habe. Diese Überlegung mündete in den Antikommunismus als entscheidendes Element einer Konsensformel, die einen stabilen rechtskonservativen Block von christlichen Demokraten und nationalistischen Kräften ermöglichte und vor allem letztere über viele Jahre auf die Einbindung in die westliche Verteidigungsallianz verpflichtete.

Ziel nationalistischer Konservativer und Vertreter der Neuen Rechten war und ist es, diese als Zensur empfundene Kommunikationslatenz, den Zwang zur Anpassung an demokratischeund egalitäre Spielregeln, die geringe öffentliche Akzeptabilität des Nationalismus, also die tragenden Elemente des von Rechten als Oktroi der Alliierten und ihrer Bonner Statthalter empfundenen Nachkriegskonsenses zu zerstören. Ein viele Jahre und Jahrzehnte vertretenes Ziel, wird schließlich von der Neuen Rechten ab den 70er Jahren eine kulturrevolutionäre Strategie verfolgt, den Nachkriegskonsens nicht länger allein durch die Hauruck-Methoden der militanten und nostalgischen Neonazi-Szene zu beseitigen, sondern ihn systematisch zu belagern – mit dem Ziel, die Sache der konservativen Revolution besser zu verwirklichen als dies die Nationalsozialisten taten.

Diese Strategie einer kulturrevolutionären konservativen Revolution gilt es ernst zu nehmen. Ich betone das gegen die sehr beliebten Erklärungen, die besagen, es gebe gegenwärtig so viele Rechte und so viele Gewalthandlungen als Ergebnis einer sozialökonomischen Krise. Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und andere soziale Notlagen seien Folgen dieser Krise und viele davon Betroffene würden sich deswegen nach rechts orientieren. Dies ist nicht sonderlich einleuchtend, weil damit noch nicht erklärt ist, warum die Betroffenen ihre Situation nach rechts hin deuten und nicht nach links. Es handelt sich bei diesem Argument einfach um die Umkehrung eines klassischen Arguments der Linken, wonach die Verelendung der Menschen diese quasi automatisch gegen die herrschende Gesellschaft radikalisieren und revolutionär machen würde. Gegen die These also, daß die rechten Einstellungen und Aktivitäten eine bloße Reaktion auf die gegenwärtige sozialökonomische Krise oder die deutsche Vereinigung seien, vertrete ich die Ansicht, daß das gegenwärtig verstärkte Auftreten, die stärkere Mobilisierung von rechten Gruppen und die zunehmende Verbreitung rechtsextremen und rassistischen Denkens in der Gesellschaft Aspekte einer langanhaltenden Krise und Transformation der gesamten Form kapitalistischer Vergesellschaftung der Nachkriegszeit, der fordistischen Regulation, sind. Die Rechte befindet sich ebensowenig wie alle anderen gesellschaftlichen Akteure auf der Zuschauerbank. Die Krise ist auch ein Ergebnis des Belagerungskampfes der Rechten und Neuen Rechten; sie spielen in diesem Krisen- und Transformationsprozeß eine aktive Rolle und prägen das Kräfteverhältnis, indem sie dafür eintraten und eintreten, daß sich Teile der Bevölkerung aus dem Nachkriegskon-

sens herauslösen und dieser sich allmählich auflöst, so daß die Rechte endlich offen auftreten und sich organisieren kann, vor allem aber, daß sich ein neuer Herrschaftsblock und gesellschaftlicher Konsens bildet, der eine neorassistische Form annimmt. Dies möchte ich kurz erläutern.

Ich gehe davon aus, daß der deutsche Nachkriegskonsens entscheidend von der Tatsache geprägt war, daß es diesen relativ stabilen Sockel von 15 bis 20 Prozent rechtsextrem Eingestellten gab. Sie waren in den nationalistisch-konservativ-christlichen Block eingebunden und trugen ihren Teil zu einer Form von struktureller Hegemonie gegenüber den Linken bei. Trotz seines hohen Anteils an weder demokratisch noch rechtsstaatlich orientierten Kräften hielt dieser Block über mehrere Jahrzehnte. Für diese Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie war das ideologische Element des Antikommunismus entscheidend, der jede radikaldemokratische oder sozialistische Politik marginalisierte. Darüberhinaus bestand der Konsens aus einer Reihe von ökonomischen und politischen Elementen. Politisch gelang es mittels der Herausbildung von großen, divergierende politisch-ideologische Richtungen übergreifenden Volksparteien, den größten Anteil rechtsextrem eingestellter Bevölkerungsgruppen zu binden oder zu passivieren. So konnte vor allem die CDU/CSU die extrem nationalistisch und deutsch-national orientierten Vertriebenenverbände mit einer antikommunistischen Rhetorik und einer Reihe von staatlichen Maßnahmen (Lastenausgleich) eingliedern, die ihnen die Vorteile der Zustimmung zur formalen Demokratie und die Aussichtslosigkeit anderer politischer Organisationsformen vor Augen führte.

Diese Einbindung hatte seinerseits als Grundlage den politischen und sozialen Prozeß bestimmenden fordistisch-wohlfahrtstaatlichen Klassenkompromiß, der die Gesellschaft der Bundesrepublik bis weit in die 80er Jahre kennzeichnete. Dies meint, daß es bei hohen Wachstumsraten des Volksvermögens möglich war, auch die lohnabhängig Beschäftigten an diesem Wachstum zu beteiligen, selbst wenn ihr Anteil an diesem Vermögen gleich blieb oder sogar kleiner wurde. Diese Beteiligung fand statt mittels der Steigerung der Reallöhne, durch eine Reihe von betrieblichen Sonderleistungen und durch indirekte Löhne (Vermögensbildung) und staatliche Transferleistungen. Dieser Kompromiß hatte nicht nur für die in Normalarbeitsverhältnissen Beschäftigten widersprüchliche Folgen (Überstunden, Schwarzarbeit, hochstandardisierte Tätigkeiten, Konsumorientierung, starres Zeitkorsett der Lebensplanung), sondern war immer selektiv. So basierte er auf der Geringschätzung der Frauenerwerbsarbeit; ebenso bedurfte er eines immer größeren Anteils unterbezahlter, rassifizierter Arbeitsmigranten, auf die körperlich schwere und geringgeschätzte Arbeiten abge-

wälzt werden konnten. Nicht nur wurden damit formelle und informelle Hierarchien von höherwertigen deutschen und minderwertigen ausländischen Arbeitskräften geschaffen; darüberhinaus wurden die Arbeitsmigranten kaum oder gar nicht an dem wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiß mit seinen sozialstaatlichen und politischen Rechten beteiligt.

Von der Krise des fordistischen Klassenkompromisses zu sprechen bedeutet, daß beide, der wohlfahrtsstaatlich-politische und der ökonomische Mechanismus der kompromißhaften Blockbildung zwischen bürgerlicher und Arbeiterklasse seit den 70er, vor allem aber seit den 80er Jahren in die Krise geraten sind. Aufgrund geringerer Wachstumsraten wäre die weitere Beteiligung am Wachstum nur noch durch eine Veränderung der Anteile der Unternehmer und Lohnabhängigen am Gesamtprodukt zuungunsten des Bürgertums möglich gewesen. In dieser Situation konnten die Unternehmen mit Abwanderung drohen. Dieser strategische Vorteil war aber selbst schon Ergebnis nachhaltiger Veränderungen. Die Unternehmen konnten ihre Produktivität nicht mehr in der gleichen Weise in der Form gleichförmiger, halbautomatisierter Produktion von hochstandardisierten Produkten steigern, denn die Weltmarktbedingungen hatten sich für die deutsche Industrie erheblich geändert; viele der von ihr angebotenen Produkte konnten in Billiglohnländern sehr viel günstiger hergestellt werden. Dies ließ es erforderlich werden, mit der linearen Wachstumslogik des bisherigen Klassenkompromisses und seinem Regelungswerk Stück für Stück zu brechen. Dieser Prozeß dauert immer noch an. Die Unternehmen müssen flexibilisiert und spezialisiert werden, um konkurrenzfähig zu bleiben; von den Arbeitskräften sind weniger einfache und standardisierte Arbeitsroutinen gefordert, sondern hochentwickeltes spezialisiertes Produktionswissen. Mit dem Einsatz neuer, informationsgesteuerter, vollautomatisierter Produktionsmethoden werden Teile der Beschäftigten frei gesetzt. Diese können nun selbst im Fall eines neuen Wirtschaftswachstums nicht mehr erwarten, wieder beschäftigt zu werden und rutschen in die Langzeitarbeitslosigkeit. Zwangsläufig muß dies die Sozialversicherungsnetze belasten, zu deren Logik bislang jedenfalls ja gehört, daß sie nur einzelne und auch diese nur vorübergehend auffangen. Das an die formelle und normale Lohnarbeit gebundene Versicherungsprinzip bricht aber zusammen, wenn ein hoher Anteil der Beschäftigten gleichzeitig und auf Dauer Transferzahlungen in Anspruch nimmt. Dies macht weitere staatliche Zuschüsse notwendig in einer Zeit, in der das Steueraufkommen selbst wiederum aufgrund der ökonomischen Krise und politisch gewollt geringer wird oder anderweitig eingesetzt wird. Es entsteht die sog. Zweidrittelgesellschaft, also die dauerhafte Ausgliederung vieler Individuen aus dem gesellschaftlichen Reproduktionszyklus und eine massive Verarmung – immerhin leben gegenwärtig etwa 10 Pro-

zent der westdeutschen Bevölkerung unter und an der Grenze des Existenzminimums, also im Zustand absoluter Verelendung.

Auch die Volksparteien geraten in die Krise – ein Phänomen, das gegenwärtig als Parteien- und Politikverdrossenheit diskutiert wird. Sie sind nicht mehr, wie in den fünfziger und sechziger Jahren, in der Lage, eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen sozialen Interessen zu artikulieren und zu organisieren, sondern geraten in strategische Dilemmata aufgrund der kaum mehr zu vereinbarenden Zielsetzungen ihrer unterschiedlichen Fraktionen, Klientelen und sozialen Gruppen, die ihre Basis bilden. So entstand für die SPD das Problem, zwischen traditionell orientierten, gewerkschaftsnahen Arbeitermilieus und denjenigen zu vermitteln, die in neu entstehenden Dienstleistungsbereichen tätig sind, von den industriellen Veränderungen also profitieren, sich kaum mehr fest an eine bestimmte Partei und noch weniger an eine Gewerkschaft binden, eher individualistisch-erfolgsorientiert sind und ein urbanes und erlebnishaftes Lebensgefühl teilen. Für die CDU/CSU läßt sich beobachten, daß sie zwischen sozialchristlich-modernistischen, deutsch-nationalen und neoliberalen Politiken vermitteln muß. Insbesondere die Entstehung der »Republikaner« in den frühen 80er Jahren weist darauf hin, daß die CDU/CSU ihre Führung innerhalb des nationalen Lagers zunehmend verliert und sich hier molekular eine neue rechte Kraft im partiellen Bündnis mit Neonazis und Neuen Rechten formiert. Neu daran ist eben, daß sich eine rechte Partei nicht allein als Sammelbecken rechtsextremer Kleingruppen formiert, sondern sich aus der CDU aufgrund deren innerer Dynamik abspaltet und deswegen von dieser wahrscheinlich auch kaum wieder absorbiert werden kann.

Diese krisenhafte Situation wird von den rechten Gruppierungen, die als Neue Rechte mit kulturrevolutionären Zielsetzungen auftreten, sehr wohl gesehen, thematisiert und auch politisch besetzt. So ist zu vermuten, daß die Rede von der Politik- und Parteienverdrossenheit bereits ein reaktionärer und auch neu-rechter Topos ist. Denn es wird dabei populistisch unterschieden zwischen einer Bevölkerung unten und – wie das Neubauer von der »Deutschen Liga« in der rechten Zeitschrift *Nation und Europa* formuliert hat – einer politischen Klasse oben, den Bonner Bonzen, die einen regelrechten Klassenkampf und Klassenkrieg gegen die eigene Bevölkerung führt. Die Neue Rechte gibt vor, sie könne mittels Bevölkerungspolitik, also durch die Verfügung über die Bevölkerungszusammensetzung, das Problem der sozialen Krise in der Griff bekommen (vgl. den Beitrag von Sabine Grimm). In die gegenwärtige Krise greift die Neue Rechte ein und versucht, sie als eine – in ihren Worten – »ethnische« Krisenlage zu artikulieren. Sie verknüpft Wohnungsnot, Mangel an Arbeitsplätzen, Kriminalität

mit neorassistischen Argumentationsfiguren, wenn sie behauptet, diese Phänomene seien das zwangsläufige Ergebnis davon, daß es zu viele Fremde in Deutschland gäbe. Sie nimmt damit ohnehin schon verbreitete nationalistische und rassistische Alltagserklärungen auf, radikalisiert diese und – da sie ja organisch aus dieser Gesellschaft hervorgeht – verstärkt und erweitert sich selbst durch diese Radikalisierung und Abspaltung aus dem sozialen Konsens. Ihre Definitionsversuche der Krise scheinen teilweise schon erfolgreich. In den Gewerkschaften lassen sich Tendenzen zu einer nationalistischen Arbeitsmarktpolitik beobachten; und aus gelegentlichen Zeitungsmeldungen und anderen Anhaltspunkten ergibt sich, daß trotz der generellen Export- und Weltmarktorientierung der deutschen Wirtschaft im Unternehmerlager ebenfalls die Sympathien und die Unterstützungsbereitschaft für eine nationalistische und rechtsextremistische Politik wachsen.

Die Neue Rechte mobilisiert in der gegenwärtigen Krise das vorhandene Potential von rechtsextrem und rassistisch Eingestellten; diejenigen also, die aufgrund von Konformismus geschwiegen haben; diejenigen, auch Jüngere, die in dieser Form des gesellschaftsoffiziell nicht Erlaubten eine Form von Protest und gesellschaftlichem Widerspruch entdecken (daß die Italiener, die Franzosen stolz auf ihr Land sein dürfen, aber die Deutschen nicht etc.) und die nun das Lebensgefühl des Nonkonformismus für sich beanspruchen. Die Auflösung des fordistischen Konsenses wird von der Neuen Rechten, die sich als ein Moment der Abspaltung schon seit den 70er Jahren allmählich formierte, noch forciert, um in der Krise »Zensur« und »Einschränkungen« zu beseitigen und zu versuchen, einen neuen Herrschaftsblock, einen neuen, rassistischen Konsens zwischen oben und unten, zwischen Führern und Geführten herzustellen, das vorhandene Potential zu mobilisieren und zu organisieren, die Einstellungen zu verbreitern und neue Aktive zu rekrutieren.

In diesem Prozeß ändert sich auch das Identitätsmuster der neurechten Aktivisten. In der Tradition der Kritischen Theorie wurde häufig davon ausgegangen, daß rechtsextrem Eingestellte ein Weltbild haben, das sich aus einem quasi unveränderlichen autoritären Charakter ergibt. Aus Konformismus gegenüber der offiziellen Ideologie der Gesellschaft und ihrer Macht äußere sich diese Einstellung aber nicht manifest, sondern trete nur verquer in der Form von Ressentiments und Vorurteilen gegenüber Minderheiten zutage. Die Gruppen, auf die sich die Ressentiments richteten, seien beliebig austauschbar.

Im Fall der jüngeren Gewalttäter wiederum wird gegenwärtig häufig betont, daß diese keine Nazis mit entsprechender Einstellung seien. Vielmehr sei ihre Gewalt als eine Form von jugendlichem Protestverhalten zu werten, wie es mit der Halbstarkenbewegung der 50er Jahre, den Jugendprotesten der 60er Jahre

und den neuen sozialen Protestbewegungen und autonomen Gruppen in den Jahren danach immer wieder aufgetreten sei – oder es sei einfach eine Form von Anomie, also das Ergebnis einer moralischen Enthemmung aufgrund von Werteverfall. Beide Annahmen erweisen sich gegenüber der historischen Entwicklung möglicherweise als unzulänglich: weder ist es eine feste Identität, noch völlige Beliebigkeit. Um dies zu erläutern, gehe ich von der Annahme aus (vgl. den Beitrag von Isabelle Graw), daß die Identität von Personen keine Essenz ist. So ist die geschlechtliche oder ethnisch-rassische Identität kein Substrat, das sich als solches, meist heißt das: biologisch, definieren ließe. Es handelt sich vielmehr um symbolische Konstruktionen. In politischen und kulturellen Prozessen werden sprachliche und bildhafte Sinnelemente erzeugt, die die Identifizierung eines Körpers, eines Körperteils, einer Bewegung, einer Äußerung ernötigen, ermöglichen und organisieren. Körper, Geschlecht gibt es nicht an sich; wir wissen von ihnen nur in der Form von Zeichenpraktiken und semiologischen Codes, die auf die Materialität des Körpers weisen, die sich in sie einschreiben und die ihn uns in verschiedenen Bedeutungen erschließen. Doch diese Zeichencodes, der von ihnen produzierte Sinn, ist selbst ein Mechanismus von Herrschaft und ein Feld diskursiver Auseinandersetzung. Dabei geht es darum, wie das Verhältnis zur Materialität des Körpers organisiert ist, wie er wahrgenommen, bewegt und eingesetzt wird, welchen Habitus er annimmt. Anders gesagt, dem Körper in seiner Gesamtheit einen bestimmten Sinn zu geben und ihn als kollektiven Körper des Geschlechts oder der Rasse wahrzunehmen, ist eine Form von kulturell-symbolischer Herrschaft. Und diese Herrschaft hat ihre Wirkung auch auf diejenigen, deren Identität sich in diesem Sinngeflecht als beherrschte Identität allererst herausbildet, auf diejenigen, die sich als ethnisch oder rassisch Andersartige wahrgenommen fühlen und sich in rassistische institutionelle Praktiken gezwungen sehen.

Es handelt sich um eine spezifische Form von sozialem Herrschaftsverhältnis; sie findet nicht ideell statt. Der durch Zeichenpraktiken erzeugte Sinn hat eine andere Materialität als Steine oder Holz, doch mitunter ist er viel härter und stabiler als die sog. materiellen Gegenstände. Die rassisch/rassistische Bedeutung von Körpermerkmalen läßt sich nicht dadurch abschütteln, daß man/frau es sich vornimmt, andere nicht in dieser Weise wahrzunehmen und zu fühlen. Gleichwohl steht diese Bedeutung auch nicht ein für allemal fest; vielmehr muß sie permanent neu erzeugt werden. Und dies geschieht in einer Vielzahl von kulturellen Praktiken, der Wahrnehmung der Andersheit ebensogut wie der der Gleichartigkeit, mit Metaphern wie der des vollen Bootes oder Lexikonbildern, die angeblich vorhandene physiognomische Differenzen als rassisch-ethnische Differenzen zur Evidenz bringen wollen.

Identität wird in diesen Prozessen diskursiver Auseinandersetzungen um die Bedeutung der Zeichen ständig verändert; sie ist fließend und organisiert sich ständig neu. Der traditionelle Rassismus war der Versuch, diesen Fluß der Bedeutungspraxis stillzustellen, indem harte Identitäten markiert wurden. In der NS-Ideologie waren dies einerseits die arische Rasse, die als treu, idealistisch, aufopferungsbereit, kulturschöpferisch – andererseits die jüdische Gegenrasse, die als heimtückisch, hinterlistig, betrügerisch, eigennützig, materialistisch, kulturlos und letztlich identitätslos codiert wurde. Gegenüber diesen Identitätsphantasmen wurde antiautoritär und antirassistisch – z.B. von der Kritischen Theorie – immer wieder unterstrichen, daß die Individuen sich nicht ängstlich verhärten und einen starren Charakter ausbilden, sondern weich und offen sein sollten, bereit, ihre Unsicherheit und ihren Wunsch nach Nähe und Wärme zu äußern und zu leben.

Doch beides, die Identifizierung des Anderen wie auch die Identität der Neuen Rechten hat sich geändert. Die Neue Rechte wendet sich ausdrücklich gegen den Rassismus und gegen die Annahme einer biologischen Substanz. Sie geht – wie im Fall Benoists – von einer historischen und kulturellen, also veränderlichen Identität der Völker und Individuen aus. Allerdings manifestiert sie sich in den Körpern und kann deswegen zum Gegenstand einer bevölkerungspolitischen Regierungskunst der Aufzucht, der Zuchtwahl und des Schutzes des Genpools werden. Die Apartheid und Segregation ethnisch differierender Völker wird von der Neuen Rechten gerade wegen dieser fließenden Identitäten gefordert. Denn ihr Schreckensphantasma ist die Bedrohung der eigenen Kultur durch Individuen, die eine andere Kultur haben. In der Nazi-Ideologie galten die Juden als gefährliche Rasse, weil sie als identitätslos angesehen wurden; in der neorassistischen Ideologie werden Völker und Ethnien identifiziert und für gefährlich gehalten, weil sie eine Identität haben und den um ihre Identität gebrachten Europäern die Möglichkeit einer kulturellen Renaissance versperren könnten. Identität gilt der Neuen Rechten als ein Ziel, das erkämpft werden muß. Sie sprechen im Namen einer biologisch-kulturellen Zukunft, die sie politisch erst herstellen wollen. Sie wollen den Fluß der völkischen (und, in sie eingeschlossen), der individuellen Identitätsbildung nicht beenden, doch soll er nicht länger allein dem Sinnprozeß diskursiver Praktiken überlassen bleiben, sondern durch biologisch-genetische Zuchtprogramme wissenschaftlich und staatlich gestaltet und beschleunigt werden.

Komplementär dazu hat die Neue Rechte auch das Verhältnis zur eigenen Identität verändert. Diejenigen, wie sich viele Linke angewöhnt haben, als Rassisten zu bezeichnen, denen sie also eine bestimmte und feste Identität unterstellen, haben eine solche nicht, weil auch der Rassismus seine Gestalt geändert hat

und nicht als Substanz verstanden werden sollte, die ein Individuum ein für allemal prägt und ihm einen starren Charakter gibt. Die Neue Rechte, so meine Vermutung, verfolgt nicht mehr länger die traditionelle faschistische Identitätspolitik: so und so sei ein Deutscher, so und so sei ein Rechter. Sie verfolgt nicht mehr umstandslos die Vorstellung einer wesentlichen Bestimmung dessen, was ein Rechter ist. Deutlich wird dies ein weiteres Mal bei Benoist, einem der führenden Ideologen der Neuen Rechten, der schreibt, daß es keine rechten und linken Ideen gebe, sondern nur unterschiedliche Formen, eine linke und eine rechte Form, sich diese Ideen anzueignen. Einem solchen von der Neuen Rechten ausgearbeiteten, in der Rechten allerdings keineswegs durchweg akzeptierten Niveau strategischer Überlegungen zur Identität wird eine antirassistische Gegenstrategie nicht gerecht, die meint, die Rechten und Neonazis immer und immer wieder als Rassisten identifizieren und klassifizieren zu müssen. Der Sache nach richtig, halte ich es angesichts dieser Entwicklung der neurechten Ideologie für angemessener, diskursanalytisch vorzugehen und zu analysieren, wie die Neue Rechte in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krise sich freisetzende ideologische Elemente, »Ideen«, Sinneinheiten verknüpft und auf diese Weise dazu beiträgt, völlig neue Sinnhorizonte und Lebensperspektiven für die Individuen zu konstruieren. Politisch heißt dies, die Individuen dann nicht mehr charakterologisch als autoritäre, faschistische oder rassistische Charaktere zu kennzeichnen, sondern von sehr flexiblen, fließenden Identitätsmerkmalen auszugehen, die sich nur gelegentlich verhärten werden, aber vor allem sich in den Diskursen der Gesellschaft fortbewegen, sie durchkreuzen, in bestimmten Formen verknüpfen und sie in bestimmte Richtungen anreichern und beschleunigen. Darin, d.h. vor allem in seiner Alltäglichkeit und in seinem gleichzeitig erhobenen Anspruch auf Nonkonformismus, liegt die neuartige Gefährlichkeit des Neorassismus, darin liegen aber auch die Widersprüche, auf die sich eine Gegenstrategie beziehen kann. Denn viele Elemente des neorassistischen Diskurses lassen es zu, sie erneut in demokratischen und linken Diskursen zu artikulieren. Dazu gehören die Elemente der Kritik am sozialen Unrecht und an Ungerechtigkeiten des Wohlfahrtsstaats, dazu gehört die Kritik an der Politik und Herrschaftswirkungen parlamentarischer Demokratien. Wie diese Elemente von der Linken neu artikuliert werden können, bei welchen Ideologemen das völlig aussichtslos ist, ist noch wenig diskutiert. Doch ist dazu unter anderem notwendig, daß sie ihre etwas trotzige negative Deutschtümelei und ihren Antipopulismus aufgibt und sich einmal wieder der konkreten Gesellschaft, ihren Widersprüchen und vielfältigen Formen der Herrschaft zuwendet.

Jost Müller

Rechtes Denken und linke Intellektuelle

Wer einen Blick in die bundesdeutsche Lokalgeschichte der linken Intellektuellen wirft, kann in Zweifel darüber geraten, ob den eigenen Augen noch zu trauen sei. Fünf Jahre versetze man sich zurück und schlage das Frankfurter Metropolen-Magazin *Pflasterstrand* auf, Nummer 279/280, Seite 28, wo zu lesen steht: »Ich vermag mir eine erstrebenswerte Gesellschaft ohne politische, kulturelle und auch soziale Gegensätze nicht mehr vorzustellen. Es käme vielmehr gerade auf die Kultivierung dieser Gegensätzlichkeiten an. Das bedeutet zum Beispiel politisch, sich intelligente Gegner zu wünschen – bis hin zu den Faschisten.«[1]

Der Autor ist kein Kabarettist, keiner von jener Sorte der Frankfurter Altspontis, die bei dem Gedanken an faschistische Intellektuelle in undogmatische Reminiszenzen an ihre Carl Schmitt-, Ernst Jünger- oder Martin Heidegger-Lektüren verfallen. Gerd Koenen war 1973 Mitbegründer des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und dann Redakteur der »Kommunistischen Volkszeitung«, die ihren Leserinnen und Lesern solche intellektuelle Sperenzien mit der pflichtmäßigen Lektüre von Marx, Lenin, Stalin und Mao auszutreiben versuchte und ihnen die harte Realität ökonomischer Fakten auf der Weltkarte der proletarischen Revolution präsentierte. Nach der Verabschiedung von ML-dogmatischem »Kommunismus und Klassenkampf« in den achtziger Jahren und mit dem Plädoyer für eine sorgsame Hege und Pflege der kulturellen und sozialen Gegensätze wollte der 68er-Intellektuelle – wie zum Beweis seines Damaskuserlebnisses – dem neuen politischen Bekenntnis das I-Tüpfelchen aufsetzen. Undogmatisch, wie er nunmehr geworden war, scheint Koenen der Hautgout rechten Denkens so penetrant in der Nase gekitzelt zu haben, daß er den Wunsch nach einem kultivierten Gespräch mit einem intelligenten Faschisten öffentlich ausplaudern mußte.

Das lokale Beispiel sollte nicht überbewertet werden; interessant ist allein, was es signalisiert. Es zeigt die Selbstüberschätzung eines linken Intellektuellen, der sich dem Kult der Querdenkerei verschrieben hat, ohne die eigenen Voraussetzungen, geschweige denn den Zustand der eigenen Überlegungen zu reflektieren. Statt dessen teilt er mit, was er sich nicht mehr vorstellen kann, ganz so, als wäre es von öffentlichem Belang, die erste Sitzung einer Selbsterfahrungsgruppe für 68er-Intellektuelle zu dokumentieren.

Das Desaster setzt da ein, wo sich intellektueller Narzißmus mit geschwätziger Criss-Cross-Plauderei, Arroganz mit Ignoranz paart. Denn es war schiere Dummheit, die »Waffen der Kritik« (Marx) zu strecken, die kritische Analyse der sozialen und politischen Verhältnisse gegen deren Rechtfertigung und Kultivierung einzutauschen und dabei auch noch die ideologischen Konsequenzen der konservativen Wende in den achtziger Jahren zu mißachten. Im Windschatten des erstarkenden Konservativismus, der Debatten um die »deutsche Identität«, des Historikerstreits und einer Carl Schmitt-Renaissance in der BRD – bereits Jahre vor dem Anschluß der DDR – haben sogenannte neurechte Intellektuelle ihre politisch-diskursiven Strategien entwickeln können. Nationalismus, Geschichtsrevisionismus und Antiliberalismus bilden das Terrain rechten Denkens, auf dem diese Intellektuellen nach dem Vorbild der Weimarer Rechten konservative und faschistische Elemente erneut zu verklammern versuchen. Linke Intellektuelle sollten diese Strategien offen legen, statt mit ihrer vermeintlichen Intelligenz zu prahlen. Bei dieser Tätigkeit besteht nämlich weder Anlaß, rechtes Denken in seinen Wirkungen zu bagatellisieren, noch es zu dramatisieren.

Rechtes Denken als semantisches Verwirrspiel

In der Auseinandersetzung mit rechten Intellektuellen sollte man nicht dem Irrtum erliegen, rechtes Denken müsse aus einem bestimmten System kohärenter Begriffe oder substantieller Ideen bestehen. »Echter Konservatismus«, so heißt es etwa in der konservativ-faschistischen Monatszeitschrift *Die Tat* vom Januar 1933, bedeute »kein Programm, sondern eine Haltung: die konkrete, nicht analytische Haltung gegenüber dem Leben überhaupt, die staatsmännische nicht parteiliche Haltung gegenüber Staat und Politik; es ist der rechte Flügel aller Parteien, den es zu aktivieren gilt.«[2] An dieser Strategie orientiert sich die sogenannte »Neue Rechte« auch heute noch. Sie versucht, die politische Bedeutung von nationalistischen Sozialdemokraten, der Haider-Anhänger in der FDP und des Deutschland-Forums in der CDU/CSU hervorzuheben und dem eigenen Denken eine über die durch kleine Gruppen und Intellektuellenzirkel charakterisierten christlich-konservativen, nationalkonservativen und nationalrevolutionären Traditionslinien hinausgehende »gesellschaftliche Brisanz«[3] zuzuschreiben. Die Strategie der neurechten Intellektuellen zielt auf das ideologische Vorfeld politischer Parteien, wobei die Parteien jenem Vorfeld »als parlamentarischer Arm unterzuordnen« seien.[4]

Bereits Ende der siebziger Jahren hatte Alain de Benoist, führender Protagonist der »Neuen Rechten« in Frankreich, den postmodern klingenden Begriff »Metapolitik« lanciert, um diese Strategie indirekter politischer Einflußnahme

zu bezeichnen. In der modernen Gesellschaft, so die zugrundeliegende These, sei »keine Übernahme der politischen Macht möglich ohne vorhergehende Übernahme der kulturellen Macht«. Daher hätten die rechten Intellektuellen eine »langwierige bodenbereitende ideologische Arbeit« in Angriff zu nehmen, durch die die »Neue Rechte« es schaffen müsse, »gleichzeitig die Rechte und die Linke zu sein«.[5] Es geht der »Neuen Rechten« folglich darum, einen konservativ-faschistischen Konsens innerhalb der Gesellschaft zu etablieren, der es ihr erlauben würde, eine nationalistische Linke zu konstruieren und das Terrain ideologischer Auseinandersetzungen auf das des rechten Denkens zu verschieben. Sie will so die Definitionsmacht darüber erlangen, was als rechts und was als links zu gelten hat.

Diese »Metapolitik«, die »ideologische Arbeit« der neurechten Intellektuellen bewirkt ein semantisches Verwirrspiel, das unter den Bedingungen der hegemonialen Instabilität der bürgerlichen Gesellschaft eine ideologische Krise befördert, wie Jean Pierre Faye in seiner Studie »Totalitäre Sprachen« bezogen auf die konservativen und faschistischen Intellektuellen in der Weimarer Republik und den historischen Faschisierungsprozeß verdeutlicht hat.[6] Der Hinweis auf Fayes Studie ist weniger abwegig, als es auf den ersten Blick aufgrund der jeweils unterschiedlichen historischen Konjunkturen und spezifischen sozialen Konstellationen erscheinen mag. Wie bereits angedeutet, verfolgt die »Neue Rechte« eine Strategie, die sich aus den entsprechenden Intellektuellenzirkeln der Weimarer Republik herleitet, und sie versucht zudem unter der Metapher »Konservative Revolution«, zentrale Ideologeme und vorkonstruierte Aussagen aus diesem Kontext zu aktualisieren.

Dies gilt etwa für den traditionellen »Kampf gegen den Liberalismus« der Weimarer Rechten. Insbesondere mit Bezug auf Carl Schmitt wird der »Liberalismus als konsequentes, umfassendes, metaphysisches System«[7] dämonisiert. Der so verallgemeinerte und enthistorisierte Begriff des Liberalismus läßt die soziale und ökonomische Struktur, die kapitalistische Konkurrenz, das Kommando des Kapitals über die sich betätigende Arbeitskraft und die historische Ablösung der Manufaktur durch die große Industrie nicht mehr erkennen; er bringt mit einem Wort die Gesellschaftsform zum Verschwinden, der die liberale Ideologie ihre Entstehung verdankte. Das semantische Verwirrspiel um den zum »Hauptfeind« stilisierten Liberalismus dient folglich dazu, den Begriff aus seinen sozialen Bezügen zu lösen, um ihn in jeden erdenklichen politischen Kontext stellen zu können.[8] Seine Verschiebung auf die politische Metaphysik ermöglicht es der »Neuen Rechten«, ihm alles zu subsumieren, was sie in ihrem »ideenpolitischen Kampf« als konformistisch zu denunzieren beabsichtigt: Feminismus und »Wodka-Cola-Kultur«, »Alternativ-Bourgeoisie« und Fernse-

hen, Marxismus und Fast food, Dadaismus und Abtreibung, überhaupt die ganze »permissive Gesellschaft des Westens« samt des ihr angeblich so willfährigen, schwachen Staats.

Das kapitalistische Wirtschaftssubjekt seinerseits mochte sich – gleichgültig im übrigen, ob es dem Liberalismus anhing oder nicht – der liberalen Freiheitsrechte in seinem Wirkungskreis gerne bedienen. Es war aber meist ebenso bereit, für Protektionismus statt Freihandel, für Arbeitshäuser statt Arbeitsmarkt, für Diktatur statt Demokratie, für Zensur und Koalitionsverbot statt Presse- und Organisationsfreiheit, für Nationalismus statt Kosmopolitismus einzutreten, sobald sich jemand anschickte, an der bürgerlichen Macht partizipieren, sie beschneiden oder gar umstürzen zu wollen. Auch heute widerstreiten sich die neoliberalistische Offensive und der Ausbau des repressiven Staatsapparats nicht, sondern ergänzen sich eher in der Tendenz zu einem autoritären Etatismus. Und darin, wie auch in der Funktion, den sie konstituierenden Herrschaftsprozeß zu verdecken, sind sich Liberalismus und neurechter Antiliberalismus weit näher, als ihre Protagonisten in aller Regel wahrhaben wollen. Linke Intellektuelle demgegenüber zielten in ihrer Kritik am Liberalismus bisher auf das in Krisensituationen durch seine sozialen Grenzen bestimmte Umschlagen in solche autoritären Lösungsstrategien.[9]

Gegenwärtig warten die Intellektuellen der »Neuen Rechten« nur darauf, daß die veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals eine gewaltsame Anpassung des politischen Systems nach sich ziehen könnten, in der die von ihnen bevorzugten autoritär-staatlichen Maßnahmen zur Geltung gebracht werden. Allerdings geschieht dieses Warten nicht heimlich und schweigend, sondern öffentlich und beredt, wie die Parolen von den »Plebisziten als Weg aus dem Parteienstaat« und die Forderungen nach einer »Entflechtung von Exekutive und Legislative« zur »Rekonstruktion des Staates« zeigen. Sie entsprechen dem faschistischen Verständnis politischer Konsensbildung, daß nämlich, wie Vilfredo Pareto und Robert Michels, zwei Ahnherren faschistischer Soziologie, meinten, »zum Regieren *Zustimmung* der Mehrheit, nicht *Mitwirkung* der Mehrheit«, ein »oft nur schweigender, oft aber auch sehr lauter und greifbarer, wenn auch statistisch nicht faßbarer Konsens« nötig sei, Konsensbildung also in Form der Akklamation statt der parlamentarischen Wahl oder gar der selbsttätigen Organisierung.[10]

Die diskursive Strategie der Entwendung, Umdeutung und Aneignung bestimmter Begriffe, um sie negativ oder positiv zu gewichten, kann an einer Reihe von Texten der neurechten Intellektuellen beobachtet werden. Ich beschränke mich hier auf einige Hinweise, um diese Strategie zu verdeutlichen. So bezeichnet etwa der von Antonio Gramsci zur Unterscheidung zwischen der Revo-

lution in Rußland und ihrem Scheitern in Deutschland und in Italien nach dem ersten Weltkrieg konzipierte Begriff der »kulturellen Hegemonie« der Bourgeoisie in den westlichen kapitalistischen Staaten im Diskurs der »Neuen Rechten« nicht mehr als eine »Befehls- und Ausgabestelle für die Werte und Ideen«, deren »direktiver und suggestiver Charakter nicht als solcher erkennbar« werde.[11] Diese Reduktion des Hegemonie-Konzeptes auf die Vorstellung einer kulturellen Macht- und Schaltzentrale verwischt gerade den von Gramsci aufgezeigten Unterschied zwischen dem autokratischen Staat mit schwach entwickelter bürgerlicher Gesellschaft und dem kapitalistischen Staat, der durch eine Reihe hegemonialer Apparate und Organisationen innerhalb einer ausdifferenzierten bürgerlichen Zivilgesellschaft gestützt und reproduziert wird.

Das Verwirrspiel hat einen doppelten Sinn. Zum einen baut die »Neue Rechte« die vermeintliche »kulturelle Hegemonie« der linken Intellektuellen nach 1968 zu einem Popanz auf, um den Eindruck zu erwecken, er halte alle Fäden kultureller Macht in der Hand und sie selbst sei die einzig reale Gegenmacht. Zum anderen suchen die neurechten Intellektuellen sich unter Berufung auf Gramsci als innovative Gesellschaftstheoretiker auszuweisen, meinen aber doch nur die dezisionistische Staatslehre von Carl Schmitt, der im Januar 1933 den faschistischen »stato totalitario« für seine Kontrolle lobte, die er über Rundfunk und Film als den »neuen Machtmitteln« der »Massenbeeinflußung« und »Massensuggestion« ausübte, um die »staatsfeindlichen Kräfte« auszuschalten.[12]

Das Verwirrspiel ist komplett, wenn die neurechten Intellektuellen zugleich der »kultureller Erneuerung« und der »Wahrung kultureller Einheit«, der »Potentialität einer kulturellen Revolution« und der Wiederherstellung von »Aristokratien des Geistes« das Wort reden.[13] Solche gegensätzlichen Redeweisen sind im Diskurs der »Neuen Rechten« möglich, weil es ihr nicht um eine konsistente Theorie der Gesellschaft geht, sondern um jene eingangs zitierte »nicht analytische Haltung gegenüber dem Leben überhaupt«, um Magie und Mythos.

Magisches Sprechen und Mythos der Nation

In der Bundesrepublik ist Botho Strauß zu einem intellektuellen Katalysator der Verschmelzung von Konservativismus und Faschismus geworden. Dem bundesdeutschen Feuilleton galt er in den vergangenen zwei Jahrzehnten als der wichtigste Dramatiker deutscher Zunge, weil er in verzwickten Figurenkonstellationen und szenischen Stationen die degoutanten Gebärden jener sozialen Schicht nachzustellen verstand, in der sich aufsteigendes Kleinbürgertum und absteigende Bourgeoisie vermählen. Also jener sozialen Schicht, in der sich auch morbide Theaterkritiker und alerte Theaterbesucherinnen treffen, um krampfhaft an ei-

ner abgewirtschafteten Institution bürgerlichen Lebens festzuhalten. Strauß selbst hat sie aufgewertet, das hat seinen Erfolg ausgemacht. Er konnte seinem Publikum weismachen, daß es sich ebenso wichtig zu nehmen habe wie die bürgerliche Klasse im zurückliegenden Fin de siécle. So ist er zum Seismographen eines bundesdeutschen Bildungskleinbürgertums geworden, dem in aller Regel auch die Zöglinge der »Neuen Rechten« entsprungen sind, die ihn mit Vorliebe zitieren.

Schon 1981 ist es Strauß gelungen, das intellektuelle Selbstverständnis seines Klientels auf die einfältige, aber einprägsame Formel zu bringen: »Ohne Dialektik denken wir auf Anhieb dümmer; aber es muß sein: ohne sie!«[14] Sein *Spiegel*-Essay vom Februar 1993 darf als Beleg dafür gelten, daß sich der Autor selbst beim Wort genommen hat. »Rechts sein«, so verkündet Strauß hier, bedeute einen »Akt der Auflehnung: gegen die Totalherrschaft der Gegenwart, die dem Individuum jede *Anwesenheit* von unaufgeklärter Vergangenheit, von geschichtlichem Gewordensein, von mythischer Zeit rauben und ausmerzen will.« Links dagegen nenne man sich, »weil man, voller Aufklärungshochmut, seine Politik auf den Beweis der Machtlosigkeit von magischen Ordnungsvorstellungen begründet«.[15] Vermutlich hat die Rede von den magischen Ordnungsvorstellungen dem Autor die ungrammatische Form aufgezwungen. Daß die Linke ihre Politik mit einem Beweis begründet, kann der rechte Dichter nicht sagen, weil es in seinen Ohren wie eine Legitimation klänge, daß die Linke ihre Politik auf einen Beweis gründet, ist ihm andererseits zu profan und unbedeutend, während die Vorsilbe »be-«, deren Grundbedeutung »mit etwas versehen« lautet, hier nur das Wort des Dichters mit der nötigen Tiefgründigkeit versehen soll. Der Bruch, den der Lapsus produziert, zeigt, wie magisches Sprechen funktioniert: »Bestandsstücke der empirischen Sprache werden in ihrer Starrheit manipuliert, als wären sie solche einer wahren und geoffenbarten«.[16]

Botho Strauß versammelt in seinem Essay alle Elemente der konservativen Zivilisationskritik, die in Deutschland traditionell zur undialektischen Dichotomisierung von Kultur und Zivilisation, von Mythos und Aufklärung, von Seele und Technik gerinnt. Er ist ein elitärer Traditionalist, sein Verhältnis zur Politik aber bleibt kontemplativ. Wenn er vom »Akt der Auflehnung« spricht, so meint er nicht politische Aktivität, sondern diese »Auflehnung« bewegt sich noch ganz im Rahmen der magischen Sprachvorstellung. »Nur Sprache selbst«, notiert er in der Aphorismensammlung »Beginnlosigkeit« von 1992, »kann auf sinnliche, partikuläre, nicht-historische Weise Vergangenheit, Zeitenstaub enthalten, Sprache, die ihrer Herkunft nach eine aus Werken gebrochene Sprache ist, also eine aus erhöhtem Bewußtsein hervorgegangene, die neues erhöhtes Bewußtsein schafft. Dies macht vielleicht den tieferen Sinn von Muttersprache aus. In einer

fremden trägt einen die Eigenerinnerung der Sprache nicht.«[17] Strauß liefert der »Neuen Rechten« damit eine Aussagenkette, die sie in den Diskurs über die mythische Konstruktion der Geschichte (Sprache als »sinnliche, partikuläre, nicht-historische Weise« der Gegenwart von Vergangenheit), über den Elitismus (Sprache als »eine aus Werken gebrochene« und als »eine aus erhöhtem Bewußtsein hervorgegangene«) und über den ethnopluralistischen Nationalismus und differentiellen Rassismus (Sprache als »Eigenerinnerung«, als Differenz von »Muttersprache« und »fremder« Sprache) einfließen läßt.

Den neurechten Intellektuellen allerdings genügt diese elitäre Selbstversicherung einer sprachlich-kulturellen Identität nicht; das magische Sprechen soll umschlagen in die faschistische Tat.[18] Dies unterscheidet die konservativ-faschistischen Intellektuellen von den konservativen: sie teilen die Einschätzung des Verfalls der Kultur, als deren Indiz eine in ihren mythischen Beständen bedrohte Sprache angesehen wird, aber sie drängen darauf, den Mythos als Mittel der Politik zu restituieren.

Sie verstehen den Mythos nicht als residuale Form, sondern mit Georges Sorel, dem Essayisten des revolutionären Syndikalismus in der französischen Dritten Republik, als »Mittel einer Wirkung auf die *Gegenwart*«; der Mythos ist nach Sorel eine »Ordnung von Bildern«, ein »Gesamtbild«, das der Mobilisierung und Formierung der Massen dient.[19] Während sich für den revolutionären Syndikalisten der Mythos auf die Idee vom Generalstreik als der Entscheidungsschlacht im »sozialen Krieg« konzentriert, erfährt er in der faschistischen Rezeption eine Verschiebung auf die Nation. Wichtiger als Sorels Interpretation des Mythos ist daher für die »Neue Rechte« deren Kommentierung durch Carl Schmitt geworden. Schmitt schreibt 1923 mit Blick vor allem auf die italienischen Faschisten: »Sprache, Tradition, Bewußtsein gemeinsamer Kultur, Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft, eine Empfindlichkeit für das Verschiedensein an sich – alles das bewegt sich heute eher in der Richtung zu nationalen als zu Klassengegensätzen«.[20]

Diese Fassung des »nationalen Mythos« suchen die neurechten Intellektuellen zu aktualisieren, um Konservativismus und Faschismus zu verklammern. In mythischen Erzählungen, die etwa als »unsystematische Betrachtungen über einen Nationalcharakter« präsentiert werden, knüpfen sie an die konservative Geschichtsschreibung an, um von den »zahllosen Anfängen«, welche die Bildung der deutschen Nation seit Otto dem Großen 962 angeblich gemacht habe, auf den »Rückruf in die Geschichte«, auf den Neuanfang zu kommen, der nun bevorstehe.[21] Zu diesem Zweck propagieren sie den rassistischen »Kulturkrieg« für die Herstellung einer »volklichen Homogenität« im Innern und die Auflösung der sogenannten Westbindung nach außen. Dabei gehen nicht alle konser-

Träger sie waren oder sind. Die spezifischen Intellektuellen verfolgen eine Strategie der Partikularisierung, die es ihnen erlaubt, bestimmte Positionen zu besetzen, um von dort Machtwirkungen zu entfalten, die die herrschende Verbindung von Macht und Wahrheit transformieren sollen. Aber auch sie können diese Machtwirkungen nur im Rückbezug auf soziale Kämpfe entfalten, nämlich auf die lokalen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Institutionen, die sie als Techniker des Wissens bestimmen. Daher sieht Foucault nicht zuletzt die Universitäten und die Schulen der siebziger Jahre als »bevorzugte Kreuzungspunkte«, durch die sich »Querverbindungen von Wissen zu Wissen, von einem Ort der Politisierung zum anderen herstellen« lassen, während mit dem Niedergang des großen Schriftstellers, mit dem »Verschwinden des Autors« auch die »Schwelle der *Schrift* als sakralisierendes Kennzeichen des Intellektuellen« verschwinde.[24]

Beide Modelle stehen nicht nur für gegensätzliche Strategien der kritischen Intellektuellen, sondern sie verweisen zugleich auf einen grundsätzlichen Funktionswandel, der sich nicht allein in der Entgegensetzung von Schriftsteller und Universitätsprofessor erschöpft. Der Anspruch auf eine durch die Arbeiterklasse verbürgte Universalität der Intellektuellen wurde in den siebziger Jahren durch einen intellektuellen Partikularismus abgelöst, der sich auf die sogenannten neuen sozialen Bewegungen, vor allem auf die Ökologiebewegung und die Frauenbewegung, bezog. Für kritische Intellektuelle rückten soziale Machtverhältnisse, deren Zentrum nicht die soziale Klasse bildet, somit überhaupt erst in den Blick. Die hochfliegenden Erwartungen an die Universalität des sozialen Kampfs waren zerstoben, wovon im übrigen die gegenwärtigen Debatten über Rassismus und Sexismus noch theoretisch profitieren. Der spezialistische Praktizismus, der dann nicht selten auch von linken Intellektuellen vertreten wurde, bewirkte allerdings keineswegs, daß die Trennung zwischen den sozialen Bewegungen mit ihren kollektiven Wissensformen und den Experten oder Expertinnen, die das Monopol auf das institutionalisierte und verschriftlichte Wissen haben und die Regeln seiner Distribution beherrschen, beseitigt wurde. Spätestens in den achtziger Jahren zerschellte Foucaults Hoffnung auf einen »Aufstand der unterworfenen Wissensarten« an der »Usurpation der kollektiven Intellektualität durch professionelle Intellektuelle«,[25] die den Weg zur selektiven Verstaatlichung dieser Wissensarten geebnet haben.

Das Desaster zahlreicher 68er-Intellektueller, aus dem ich einleitend ein lokales Beispiel zitiert habe, findet in diesem Funktionswandel der kritischen Intellektuellen eher eine Begründung als in gängigen Verratsthesen. Sofern sie nämlich diesen Wandel mitvollzogen haben, bleiben sie einer schematischen Entgegensetzung von Universalität und Partikularität verhaftet. Weder das Mo-

dell des universellen noch das des spezifischen Intellektuellen ist jedoch der gegenwärtigen Situation angemessen.

Angesichts der Parzellierung der Tätigkeitsbereiche kritischer Intellektueller, der Zergliederung in politische und kulturelle Szenen und Subszenen kann es aktuell nur darum gehen, die partikularen Strategien, die dieser Situation entspringen, mit einer universalen Strategie zu verbinden, die keine Rückversicherung in einem mystifizierten historischen Subjekt mehr besitzt. Eine solche Strategie gegen Rassismus und Nationalismus zu entwickeln, kann folglich nicht bedeuten, sich in den bewußtseinsphilosophischen Horizont der universellen Intellektuellen zu stellen. Noch zielt sie auf eine Konkurrenz um Machtpositionen für Staatsfunktionäre, wie sie sich aus dem abgezirkelten Bereich der eigenen Tätigkeit ergeben könnte. Linke Intellektuelle können sich weder in sogenannte geistige Auseinandersetzungen und Debatten mit der »Neuen Rechten« ziehen lassen, noch in den Streit um die Modalitäten herrschender Politik eintreten. Das heißt auch, kritische Intellektuelle müssen, wie Walter Benjamin forderte, »arbeiten unter der Kontrolle der Öffentlichkeit, nicht führen«.[26]

Hierzu gehört es, daß linke Intellektuelle auf dem durchschnittenen Terrain ihrer Tätigkeit polarisierend wirken, indem sie ihr »spezielles Wissen« gegen das rechte Denken wenden, um so das semantische Verwirrspiel als faschistische Diskursstrategie transparent zu machen, dem magischen Sprechen ein Ende zu setzen und die mythischen Erzählungen zu zerstören. Es geht also darum, die partikularen Strategien politisch in Funktion zu setzen, um zu verdeutlichen, wie die Kette der Handlungen, die Brandstiftungen und Morde, die Restriktionen der Administration mit der Serie von Aussagen der rechten Intellektuellen zusammentrifft, welche einen rassistischen »Kulturkrieg« heraufbeschwören wollen. Dabei aber hilft kein philosophischer Universalismus, sondern die Universalität der Aktion. Der Kampf gegen rechtes Denken wird nicht in erster Linie auf philosophischem Terrain ausgetragen, sondern indem die Kette der Handlungen und staatlichen Maßnahmen unterbrochen wird, die die Ausbreitung von Rassismus und Nationalismus befördert.

Anmerkungen

1 Gerd Koenen: Die totalitäre Versuchung. Resumée einer revolutionären Dienstreise, die 1968 begann und endlich ziviles Gelände erreicht hat. In: *Pflasterstrand.* Metropolen-Magazin, Nr. 279/280, 23.1.-5.3. 1988, S. 26ff.

2 Anonymus: Die Erneuerung der konservativen Welt. In: *Die Tat.* Unabhängige Monatsschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit. 24. Jg. 1933, Heft 10, S. 908.

3 Vgl. Roland Bubik: Der Standort des Jungen Konservatismus. In: *Junge Freiheit.* Deutsche Zeitung für Politik und Kultur. 7. Jg. 1992, Nr. 12-1 (Dez./Jan.), (= JF, 12-1/92-93, S. 13).

4 Dieter Stein: Niederwerfung der Konservativen. In: JF, 4/92, S. 2

5 Alain de Benoist: Aus rechter Sicht. Bd.1, Tübingen 1983, S. 29; ders.: Aus rechter Sicht: Bd. 2, Tübingen 1984, S. 385; ders.; Kulturrevolution von rechts. Krefeld 1985, S. 46; und auch: *Junges Forum*, Nr. 1–2/1984, das unter dem Titel »Metapolitik – Was ist das?« u.a. die Beiträge »Was ist die Neue Rechte« von Alain de Benoist und »Das Metapolitische Konzept des Alain de Benoist« von Piet Tommissen enthält.

6 Jean Pierre Faye: Totalitäre Sprachen. Kritik der narrativen Vernunft. Kritik der narrativen Ökonomie. 2 Bde. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977; ders.: Theorie der Erzählung. Einführung in die »totalitären Sprachen«. Frankfurt/M. 1977; zum Begriff »Faschisierungsprozeß« vgl. Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. München 1973. Insbesondere unter theoretischen und methodischen Gesichtspunkten sind diese zugegebenermaßen nicht leicht lesbaren Bücher der beiden Autoren aufschlußreich, zumal wenn sie einander ergänzend gelesen werden.

7 Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 6. Aufl., Nachdr. der 2. Auflage von 1926, Berlin 1986, S. 45.

8 Dies hat Hans Zehrer der »Neuen Rechten« bereits in seinem *Tat*-Artikel unter dem Titel »Rechts oder Links?« vom Oktober 1931 vorgemacht. Zehrer verzeichnet die »liberalistische Revolution von 1918«, den Bolschewismus als »Liberalismus mit marxistischen Vorzeichen« und warnt vor dem »liberalen Konservatismus« und vor der NSDAP, die sich »zu liberalisieren« beginne. Zehrers fixe Idee war der Liberalismus als totalitäres System, das seine Gegner assimiliert, indem es alles »liberalisiert«. Vgl. Hans Zehrer: Rechts oder Links? In: *Die Tat*. Monatsschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit. 23. Jg. 1931, Heft 7, S. 505ff.

9 Vgl. etwa Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. In: *Zeitschrift für Sozialforschung*. 3.Jg. 1934, Heft 2, S.161ff. (Reprint: München 1980)

10 Siehe Robert Michels: Der Aufstieg des Faschismus in Italien (1924); ders.: Grundsätzliches zum Problem der Demokratie (1928), beide in: ders.: Masse, Führer, Intellektuelle. Politisch-soziologische Aufsätze 1906-1933. Hrsg. v. Joachim Milles, Frankfurt/M., New York 1987, S. 265-297, hier: S. 283, und S. 182-187, hier: S. 185. Zur Aktualisierung im Diskurs der »Neuen Rechten« vgl. etwa Klaus Kunze: Plebiszite als Weg aus dem Parteienstaat. In: JF, 10/92, S. 23 und Rolf Schlierer: Staat und Parteien müssen getrennt werden. In: JF, 4/93, S. 11.

11 Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts, a.a.O., S. 46 u. 50. Benoists Texte werden häufig ohne Hinweis auf den Autor zitiert, als handele es sich um Aussagen von Gramsci; vgl. etwa Andreas Molau: Kampf um einen neuen Kulturbegriff. In: JF, 9/92, S. 11. Hier findet sich als Konklusion folgendes Konglomerat: »Für die Bedeutung eines neuen ›Kulturkampfes‹ ist nicht zuletzt der italienische Kommunist Antonio Gramsci heranzuziehen, der im Gegensatz zu Marx der Ansicht war, daß sich der Staat nicht bloß auf den politischen Apparat reduzieren lasse. Eine Schlüsselposition käme der Kultur zu, die dem Staat eine ideologische Hegemonie sichere, aus der wiederum eine spontane Zustimmung der Mehrheit zu einer bestimmten Auffassung der Dinge resultiere. Dies würde eine bestimmte Werteskala konstituieren. Die Kultur soll demnach gleichsam Befehls- und Ausgabestelle für Ideen und Werte sein.« Hier purzeln die Bestimmungen munter durcheinander; da der »neue Rechte« keinen Begriff von Gesellschaft, schon gar nicht von herrschender Klasse, hat, verschiebt sich Gramscis Begriff der »kulturellen Hegemonie« kurzer Hand auf den

Staat. Bereits 1980 hat Lothar Baier festgestellt: »Wenn Benoist immer wieder hervorhebt, daß die Theorie der ›kulturellen Macht‹ von Antonio Gramsci entwickelt wurde, verrät er weniger über die wahre Herkunft der ›neuen rechten‹ Strategie, als daß er zu erkennen gibt, wie sie funktioniert. Und sie funktioniert so gut, daß die ›Neue Rechte‹ gleich doppelt gewinnt: Sich auf den Kommunisten Gramsci berufen, heißt sich selber von jedem ideologischen Verdacht befreien und gleichzeitig Gramsci ins Zwielicht bringen (›weil er der Rechten Munition liefert‹).« (Lothar Baier: Eine Kultur für den totalen Staat. Frankreichs »Neue Rechte« (II). In: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik. 35. Jg. 1980, Heft 9, S. 42.) Zur Gramsci-Rezeption der »Neuen Rechten« in Frankreich vgl. auch Alex Demirović: Kulturelle Hegemonie von rechts. Antonio Gramsci – gesehen von der nouvelle droite. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. 37.Jg. 1990, S. 352ff.

12 Carl Schmitt: Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland (Januar 1933). In: ders.: Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles 1923-1939. Unveränd. Nachdruck der 1. Aufl. von 1940, Berlin 1988, S. 185-190, hier: S. 186.

13 Vgl. die »Kulturdebatte« in der Zeitung *Junge Freiheit*: JF, 9/92, S. 11; 10/92, S. 24; 12-1/1992-93, S.13; 3/1993, S. 12 u. 13.

14 Botho Strauß: Paare, Passanten (1981). München 1984, S. 115.

15 Botho Strauß: Anschwellender Bocksgesang. In: *Der Spiegel* 6/93, S. 204.

16 Theodor W. Adorno: Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie. Frankfurt/M. 1964, S. 10.

17 Botho Strauß: Beginnlosigkeit. Reflexionen über Fleck und Linie. München 1992, S. 78.

18 Siehe Angelika Willig: Das Geräusch des Toastkauens. Botho Strauß: »Beginnlosigkeit«. In: JF, 10/92, S. 15 u. 16. Dort heißt es bezogen auf den Faschismus als Konstruktion aus Mythos und Technik: »Es ist kein Ereignis, keine Ankunft, keine Wende und auch kein ›mystischer Augenblick‹, sondern eine Tat. Davor scheut jemand wie Strauß noch zurück. Er sieht ein, daß es einen neuen Einsatz gilt, und verlangt dafür die alten Sicherheiten.« Vgl. auch Holger Tegtmeyer: Die alte Schlachtordnung. Botho Strauß und das Wehgeschrei der Feuilletons. In: JF, 4/93, S. 12.

19 Georges Sorel: Über die Gewalt. Frankfurt/M. 1981, S. 143 u. 145.

20 Carl Schmitt: Die politische Theorie des Mythos (1923). In: ders.: Positionen und Begriffe, a.a.O., S. 9-18, hier: S. 16f.; ders.: Die geistesgeschichtliche Lage, a.a.O., S. 88.

21 Vgl. Karlheinz Weißmann: Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Berlin, Frankfurt/M. 1992, S. 138ff. Zur Kritik der Konstruktion des Nationalen vgl. Ludi Lodovico: Wem das Posthorn bläst – zur Konstruktion und Konjunktur des Nationalen. In: *Prokla* 87 (Juni 1992), S. 189ff.

22 Günter Maschke: Sterbender Konservativismus und Wiedergeburt der Nation. In: Der Pfahl. Jahrbuch aus dem Niemandsland zwischen Kunst und Wissenschaft I. München 1987, S. 359-371, hier: S. 371.
Zum »Kulturkrieg« heißt es etwa in »Es entsteht eine neue Kultur« von Stefan Ulbrich (JF, 10/92, S.24), daß Kultur »vor allem eine geregelte Form des zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Krieges« sei. Ulbrich will in Jüngerscher Kriegerpose die multikulturelle Gesellschaft überstehen: »Der kriegerischen Haltung der Neuen Rechten kommt die Herausforderung der multikulturellen Gesellschaft daher gerade recht.« Stefan Ulbrich: Verdammt viele Thesen ... Warum Multikulturalismus ein Konzept der Neuen Rechten ist. In: ders. (Hrsg.): Multikultopia. Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft. Vilsbiburg 1991,

S. 299-346, hier: S. 342f. Vgl. auch das »Kulturkrieg«-Konzept bei Pierre Krebs und dem Kasseler »Thule-Seminar«; so bereits Pierre Krebs: Die europäische Wiedergeburt. Aufruf zur Selbstbesinnung. Tübingen 1982.

23 Zitate alle aus: Jean-Paul Sartre: Plädoyer für die Intellektuellen (1965). In: ders.: Mai ‹68 und die Folgen. Reden, Interviews, Aufsätze 2. Reinbek 1975, S. 9–64.

24 Zitate alle aus: Michel Foucault: Wahrheit und Macht (1977). In: Ders.: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin 1978, S. 21-54, insb. S. 44ff. Vgl. auch ders.: Historisches Wissen der Kämpfe und Macht (1976). In: ebd., S. 55ff.

25 Alex Demirović: Führung und Rekrutierung. Die Geburt des Intellektuellen und die Organisation der Kultur. In: Walter Prigge (Hg.): Städtische Intellektuelle. Urbane Milieus im 20. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1992, S. 47-77, hier: S. 66.

26 Als 1930 Bertolt Brecht und Walter Benjamin ein Zeitungsprojekt unter dem Titel »Krise und Kritik« entwarfen, gerieten sie in Streit über die Funktion der Intellektuellen, an die diese Zeitschrift sich richten sollte. Brecht forderte, so heißt es im Protokoll der Diskussion: »Man braucht eine Führerstellung, wenn man Funktion ausüben will.« Benjamin lehnte das hingegen ab: »Kein Intellektueller darf heute aufs Katheder steigen und Anspruch erheben, sondern muß arbeiten unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit, nicht führen.« Zit. nach Erdmut Wizisla: »Krise und Kritik« (1930/31). Walter Benjamin und das Zeitschriftenprojekt. In: Michael Opitz/ders. (Hg.): Aber ein Sturm weht vom Paradiese her. Texte zu Walter Benjamin. Leipzig 1992, S. 270-302, hier: S. 286.

Cornelia Eichhorn

»Lebensschützer« im Sortiment

Ich werde im folgenden einige Ergebnisse einer Recherche vorstellen, die im Frankfurter Wohlfahrtsausschuß zu den Massenpublikationen zur Abtreibungsfrage gemacht wurde. Es ging bei dieser Recherche vor allem darum, die Präsenz organisierter Abtreibungsgegner in diesen Publikationen aufzudecken und auf den Einfluß hinzuweisen, den die »Lebensschützer« seit den 80er Jahren auf die gesamtgesellschaftliche Diskussion über den § 218 gewonnen haben.

»Lebensschutz«, mit diesem normativen und äußerst suggestiven Begriff kämpfen organisierte Abtreibungsgegner seit Jahren für einen rigiden staatlichen Zugriff auf die Leibesfrucht.[1] Im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Verschärfung des § 218 taucht der Begriff »Lebensschutz« in allen rechtsextremen Parteiorganisationen auf; die organisatorischen und personellen Verbindungen der organisierten Abtreibungsgegner zu diesen Organisationen sind hinreichend belegt und auch die rassistischen und nationalistischen Dimensionen des »Lebensschutz«-Begriffs wurden mehrfach analysiert. Dennoch wird »Lebensschutz« gegenwärtig kaum mehr mit rechtsextremen Positionen assoziiert. Spätestens seit der mit dem Einigungsvertrag staatlich verordneten Debatte um den § 218 ist »Lebensschutz« vielmehr zum beherrschenden Axiom geworden, dem sich selbst Fürsprecherinnen und Fürsprecher einer Liberalisierung des Abtreibungsverbotes unterwerfen.

Die im Einigungsvertrag vorgeschriebene gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs hat in zweierlei Hinsicht die Diskussion über Abtreibung von vornherein verengt. Vorgegeben wurden erstens der staatliche Regelungsanspruch und zweitens das Ziel dieser geforderten staatlichen Regelung, nämlich »den Schutz des vorgeburtlichen Lebens besser zu gewährleisten«. Letzteres markiert nicht nur einen Perspektivwechsel von der schwangeren Frau auf die Leibesfrucht, sondern schreibt auch fest, daß es bei einem Schwangerschaftsabbruch um eine Entscheidung über Leben und Tod gehe. Der so abgesteckte Rahmen deckt sich weitgehend mit dem Terrain, auf dem diverse Lebensschützergruppen seit Anfang der 80er Jahre ihren Feldzug gegen die, wie sie es nennen, »Abtreibungsgesellschaft« führen.

Die verordnete Debatte hat eine relativ große Anzahl von Publikationen befördert. So sind zwischen 1990 und Sommer 1993 weit über 30 Bücher zum

Thema Schwangerschaftsabbruch erschienen,[2] davon etwa ein Drittel in den größeren Verlagen. Zu nennen sind hier die Verlage Herder, dtv, Brockhaus, Beck, BasteiLübbe, Ullstein, Rowohlt, Knaur, Fischer, Suhrkamp. Diese Publikationen haben wir uns etwas genauer angesehen. Zunächst ist festzustellen, daß nur die Veröffentlichungen bei dtv, Rowohlt und Fischer[3] sozusagen jenseits des durch den Einigungsvertrag definierten Rahmens angesiedelt sind. Es handelt sich dabei um Erfahrungsberichte und Stellungnahmen von Frauen, die als Gegengewicht zu dem Perspektivwechsel von der Schwangeren auf ihre Leibesfrucht und der Fixierung auf eine staatliche Regelung zu verstehen sind. Eine gesonderte Stellung nehmen außerdem die beiden bei Suhrkamp erschienenen Bücher zum Thema ein, darauf werde ich später zurückkommen. Alle anderen Publikationen bewegen sich nicht nur innerhalb des abgesteckten Rahmens, sondern in ihnen kommen Vertreter verschiedener Lebensschutzorganisationen zu Wort oder werden zumindest als Autoritäten zitiert.[4]

Die Präsenz der Lebensschützer in den bei Brockhaus, Ullstein, Knaur, Beck, Herder und BasteiLübbe erschienenen Büchern zur Abtreibung ist kein vereinzeltes Phänomen, nach dem man lange suchen müßte, im Gegenteil läßt sich eher von einer Dominanz sprechen. Deutlich wird dies vor allem in bezug auf die in diesen Sortimentpublikationen vorherrschenden Argumentationsmuster.

Eine »moderne« Argumentationsgrundlage[5] für Lebensschützer ist 1991 bei dem in der Grauzone zwischen Rechtskonservatismus und Faschismus angesiedelten Krefelder Sinus-Verlag erschienen. Diese Argumentationshilfe – sie heißt »Abtreibung in der Diskussion. Fünfzig Behauptungen und ihre Widerlegung« – wurde herausgegeben von fünf maßgeblichen Lebensschutzorganisationen: Aktion Lebensrecht für Alle e.V. (ALfA), Christdemokraten für das Leben e.V.(CDL), Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V. (JVL), Liberaler Gesprächskreis Lebensrecht (LGL) und PRO VITA – Freikirchliche Initiative[6] für das Leben. Die meisten der dort aufgeführten Argumente wie auch die dort vorgeschlagenen Sprachregelungen für Abtreibungsgegner finden sich in den untersuchten Sortimentpublikationen wieder.

Die Argumentationen der Lebensschützer drehen sich zumeist um maximal vier Elemente: 1. die Leibesfrucht, die in ihrer Sprachregelung immer das »ungeborene Kind« oder einfach »das Kind« heißt, und als deren selbsternannte Anwälte sie sich verstehen. 2. der Staat, der verpflichtet sei, die Leibesfrucht durch das Strafrecht zu schützen, dieser Aufgabe aber nur unzureichend nachkomme. Neben diesen beiden Elementen, die immer auftauchen, kommt gelegentlich noch als 3. Element die schwangere Frau hinzu, die nach der Sprachregelung der Lebensschützer »Mutter« zu nennen ist. Je nach Kontext ist sie Op-

fer, das heißt zur Abtreibung verführt, oder Täterin, die aus egoistischen Motiven die ihr zugedachte Mutterrolle zurückweist. Und schließlich als 4. Element das sogenannte soziale Umfeld, das – ähnlich wie die Schwangere – flexibel einsetzbar ist. Entweder als »gutes Umfeld«, das der Frau mit Rat und Tat zur Seite steht, oder – und dies bevorzugt – als »schlechtes«, das die Frau zur Abtreibung drängt.

Anhand der ersten drei Elemente möchte ich kurz die personelle und organisatorische Präsenz der Lebensschützer in den Sortimentpublikationen aufzeigen.

Wie bereits die Sprachregelung »ungeborenes Kind« deutlich macht, ist die Behauptung, das befruchtete Ei sei ein Mensch, das A und O der Argumentation. Neben der In-vitro-Fertilisation, die von den Lebensschützern als empirischer Beweis für diese These dargestellt wird, stößt man immer wieder auf den Namen Erich Blechschmidt. Blechschmidt begann seine Karriere als Embryologe bereits 1932. 1942 wurde er Leiter des Anatomischen Instituts der Universität Göttingen. Aus dieser Zeit stammen seine ersten Embryonen-Modelle. Woher er das Material für seine Forschungen hatte, ist ungeklärt. Heute ist Blechschmidt Mitglied in mehreren Lebensschutzorganisationen und damit beschäftigt, Auskunft über das wahre Geschehen im Uterus zu geben.[7] In dem Sammelband von BasteiLübbe »Auf Leben und Tod« ist er selbst mit einem Beitrag vertreten, in der Abtreibungspublikation aus dem Brockhaus-Verlag wird Blechschmidt als Spezialist zitiert, ebenso in der 1991 bei Droste erschienen Dissertation des Historikers Michael Gante »218 in der Diskussion. Meinungs- und Willensbildung 1945-1976«. Seine dort dargestellte Version der Geschichte des § 218 wird seither immer wieder herangezogen, er selbst kommt gleich in zwei Sammelbänden mit einer Kurzfassung davon zu Wort, nämlich in der Beck'schen Reihe »Geschichte der Abtreibung« und bei Herder »Herausforderung Schwangerschaftsabbruch«.

Durch die Beschränkung der Debatte auf eine staatliche Regelung ergibt sich eine starke Fixierung auf den juristischen Diskurs. Hier haben die Lebensschützer mit ihrer 1984 gegründeten Organisation »Juristenvereinigung Lebensrecht« schon seit längerem erheblichen Einfluß. Dieser reicht, wie spätestens seit der Klage gegen die neue § 218-Reform bekannt ist, bis ins Bundesverfassungsgericht.[8] In der »Juristenvereinigung Lebensrecht« sind nicht nur Juristen organisiert, sondern auch viele Ärzte, wie etwa der bereits erwähnte Erich Blechschmidt. In den hier untersuchten Veröffentlichungen sind es vor allem zwei Autoren, deren Texte immer wieder zitiert werden, wenn es darum geht, eine Strafrechtsverschärfung zu fordern oder die Verfassungswidrigkeit der geltenden Abtreibungsbestimmungen zu behaupten.

– Herbert Tröndle, Gründungsmitglied jener »Juristenvereinigung Lebensrecht«, Mitautor und Herausgeber des meist benutzten Strafrechtkommentars und Autor der Zeitschrift *Mut*, die sich in den achtziger Jahren vom rechtsextremistischen Jugendmagazin zur rechtskonservativen Hochglanzbroschüre gemausert hat.

– Josef Isensee, ebenfalls Mitglied der »Juristenvereinigung Lebensrecht« und Autor in der Zeitschrift *Criticón*, dem Zweimonatsblatt für nationalkonservative und faschistische Intellektuelle. In bezug auf die Krankenkassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen nach sozialer Indikation hat er das eingängige und vielzitierte Schlagwort »der Staat tötet« geprägt.[9]

Interessant ist auch die Publikationsentwicklung der juristischen Lebensschützer. Zumeist werden ihre Traktate zunächst in den internen Zirkularien der »Juristenvereinigung Lebensrecht« publiziert, wandern dann in die juristischen Fachzeitschriften, um schließlich in die Sammelbände der Massenverlage zu gelangen.

Frauen sind bei den Lebensschützern – wen wundert's – unterrepräsentiert. Dies ändert sich allerdings schlagartig, wenn sie sich der dritten Komponente ihrer Argumentation, nämlich der Schwangeren zuwenden. Hier haben die Lebensschützer in den vergangenen Jahren eine neue Mitstreiterin gewonnen, deren Name wie kein anderer in den diversen Publikationen hochgehalten wird. Die Rede ist von der Schriftstellerin Karin Struck, die in den 90er Jahren ihre Veröffentlichungen auf das Thema Abtreibung konzentriert hat. Zu nennen sind hier vor allem der 1991 bei List erschienene Abtreibungsroman »Blaubarts Schatten« und das 1992 bei Ullstein herausgekommene Buch »Ich sehe mein Kind im Traum. Plädoyer gegen die Abtreibung«. Vorarbeiten zu diesem Plädoyer hatte sie zuvor schon in der Zeitschrift *Mut* publiziert, des weiteren war sie Unterstützerin und Mittelpunkt der 1992 in der neu-rechten Zeitschrift *Junge Freiheit* gestarteten Kampagne gegen die Abtreibung. Im bereits mehrfach erwähnten Herder-Sammelband zum Schwangerschaftsabbruch ist sie mit einem »Aufruf« unter dem Titel »Ich will nicht länger schweigen« vertreten. Sie wird in den rechten Gazetten *(Mut, Junge Freiheit, Nation und Europa)* ebenso als Kronzeugin und Gallionsfigur der Lebensschützer gefeiert wie in den untersuchten Publikationen der Massenverlage.

Ich glaube, diese Beispiele genügen, um nicht nur die zirkuläre Bezugnahme der Lebensschützer auf ihresgleichen, sondern auch ihre fast durchgängige Präsenz in den Publikationen der Massenverlage deutlich zu machen. Wichtig für die Wirksamkeit der Lebensschützer ist auch ihre Argumentationsstrategie, die darin besteht, ihre Postulate zur Abtreibung mit anderen Diskussionen zu verknüpfen und dort entwickelte, gesellschaftlich konsensfähige Aussagen auf die

Frage des Schwangerschaftsabbruchs zu übertragen. Ich möchte hier kurz einige Aspekte dieser Strategie ansprechen:

Eine der auffälligsten Erscheinungen in den Beiträgen der Lebensschützer sind die immer wiederkehrenden »Wer-der«- oder »Wenn-dann«-Konstruktionen, mit denen sie Dinge, die zumindest in keinem direkten Zusammenhang stehen, in eine scheinbar logische Verbindung bringen.

– Regelmäßig wird beispielsweise auf Fragen des Umweltschutzes und des Tierschutzes verwiesen, um dann die Inkonsequenz und Unredlichkeit all jener zu behaupten, die sich in diesen Bereichen engagieren, gleichzeitig aber der Abtreibungsfrage keine Aufmerksamkeit schenken oder gar für eine Liberalisierung des § 218 eintreten. Diese rhetorischen Figuren nehmen zum Teil recht absurde Züge an, so schreibt etwa Karin Struck: »Welche Logik, man versuche sie zu begreifen: Tiere und Pflanzen, Meer, Luft und Wasser sollen geschützt werden, aber das Ungeborene nicht? Nur weil es uns nicht verpestet? Nur weil es nicht so schreit, so schreien kann, daß wir es hören?«[10]

– Ähnliches ist auch in bezug auf die Gen- und Reproduktionstechnologien zu beobachten. Hier wird auf die vor allem von feministischen Gruppen geforderte Beendigung der Embryonenforschung verwiesen und das Abtreibungsverbot als konsequente Fortführung dieser Forderung dargestellt.

– In den gleichen Zusammenhang gehört die fast durchgängig auftretende Verknüpfung von Abtreibung und Euthanasie. Die platte Formel der Lebensschützer lautet, »wer abtreibt, tötet auch Kranke und Alte«. Bestätigt sehen sie sich dabei durch eine Riege von Moralphilosophen, die seit Ende der 80er Jahre mit einer quasi spiegelbildlichen Argumentation in die Öffentlichkeit getreten ist und eine Debatte über Eugenik und sogenannte Sterbehilfe initiiert hat. Zu nennen ist hier vor allem Peter Singer, dessen Name wohl den meisten bekannt sein wird. In beiden Lagern, das heißt bei den Lebensschützern wie bei Singer und den Seinen, werden Abtreibung und Euthanasie nicht nur verglichen, sondern gleichgestellt, wird das eine zur Rechtfertigung respektive zur Verurteilung des anderen herangezogen. Allein im Suhrkamp-Verlag – und dies begründet die eingangs angesprochene Sonderstellung – sind in den letzten Jahren zwei Bücher erschienen, die diese Gleichsetzung betreiben: Der Sammelband »Um Leben und Tod. Moralische Probleme bei Abtreibung, künstlicher Befruchtung, Euthanasie und Selbstmord«, herausgegeben von Anton Leist (1990), und das Buch »Abtreibung im säkularen Staat. Argumente gegen den § 218« von Norbert Hoerster (1991). Die Voraussetzung für eine solche Verknüpfung ist immer die – unzulässige – Trennung der Leibesfrucht von der Schwangeren. Sie erst ermöglicht es den Lebensschützern, den von ihnen geforderten staatlichen Zugriff auf die Leibesfrucht zu legitimieren.

Abschließend möchte ich noch einen weiteren Aspekt ansprechen, der die Verbindung zwischen den Postulaten der Lebensschützer und rechtsextremen Positionen besonders deutlich zeigt. Er betrifft die explizite und implizite Feinderklärung der Lebensschützer gegenüber dem Feminismus. In ihrer Darstellung ist es der Feminismus, der die Frauen ihrem Wesen – nämlich der Mutterschaft – entfremdet und sie zur Abtreibung treibt. So schreibt zum Beispiel Robert Spaemann, katholischer Philosoph und gern gesehener Gast bei Veranstaltungen verschiedener Lebensschutzorganisationen, im Sammelband »Auf Leben und Tod«: »Es sollte nicht vergessen werden, daß am Anfang der Debatte die brutale Parole stand ›mein Bauch gehört mir‹. Und vergessen werden sollte nicht, daß jene Damen, die zum erpresserischen Mittel der kollektiven Selbstanzeige griffen, zum Establishment und durchaus nicht zu jenen hilfsbedürftigen Schwachen gehörten, von denen auf einmal nur noch die Rede ist«. Zwar erklärt er nicht, was an der bekannten Parole brutal ist, noch was eine Selbstanzeige mit Erpressung zu tun hat, klar ist aber die Zielrichtung einer solchen Aussage: es geht um die Diskreditierung der Emanzipation, die – so Spaemann – »häufig nur eine anderes Wort für Hedonismus« sei.[11] Kronzeugin Karin Struck bezeichnet den Feminismus gar als »stalinistisch-marxistische Bewegung«, »die Leichen von Kindern auf ihrem Weg zurückläßt«.[12] Daß es gerade Stalin war, der 1936 ein Abtreibungsverbot erließ, das bis ins Detail den Forderungen der Lebensschützer entspricht, kann schon einmal vergessen werden, wenn es darum geht, deutlich zu machen, wo der Feind steht. Karin Struck ist es auch, die, in Analogie zum bereits zitierten Schlagwort »der Staat tötet«, die neue Parole »der Feminismus tötet« ausgegeben hat.[13] Der Feminismus als neue Gefahr, die den Marxismus ablöst, ist in der Neuen Rechten fast zu einem festen Topos geworden. Ein Blick in Zeitschriften wie die *Junge Freiheit*, wo antifeministische Ausfälle in keiner Ausgabe fehlen, zeigt dies, dort hat beispielsweise auch Ullstein-Cheflektor Rainer Zitelmann in einem Interview vom Feminismus als einer »erheblichen Gefahr« gesprochen.[14]

Von den hier genauer behandelten Sortimentpublikationen zur Abtreibungsfrage sind vier Sammelbände. Alle vier beanspruchen, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog über die Abtreibung zu leisten.

Zu diesem »Dialog« gehört für die Herausgeber der Sammelbände bei Knaur, BasteiLübbe und Beck'sche Reihe ausdrücklich, daß die Autoren und Autorinnen unterschiedlichen Parteien angehören beziehungsweise – wie es in der Beck'schen Reihe heißt – von »unterschiedlicher politischer Couleur« sind. Dabei ist es ziemlich unwichtig, ob – wie bei Herder und BasteiLübbe – nur Autoren zu Wort kommen, die eine Strafrechtsverschärfung fordern, oder – wie bei Knaur – Lebensschützer und Lebensschützerinnen neben Verfechterinnen für eine Li-

beralisierung des § 218 abgedruckt werden, so daß Jutta Ditfurt mit einer Polemik gegen die kirchliche Sexualmoral neben Julia Schätzle, Vertreterin der »Christdemokraten für das Leben« (CDL) steht, für die Abtreibung eine »völlig widernatürliche Handlung« ist, durch die jede Frau »psychisch in eine Kollision mit ihrer weiblichen Identität« gerate.[15] Wie der vorgebliche Dialog im Einzelnen auch aussieht, er hat dazu beigetragen, daß sich die Lebensschützer heute einem breiten Publikum präsentieren können und Teile ihrer Argumentation gar die gesellschaftliche Diskussion über Abtreibung bestimmen. Darüber hinaus hat er den Lebensschützern eine öffentliche Anerkennung verschafft, die die Verbindung ihrer Argumentation zu rechtskonservativen und faschistischen Vorstellungen über Staat, Familie und die Rolle der Frau vergessen macht und dazu führt, daß unter dem suggestiven Begriff »Lebensschutz« breitenwirksam die Festlegung der Frauen auf Mutterschaft betrieben, essentialistische Bestimmungen über das »Wesens der Frau« und antifeministische Hetze transportiert werden.

Anmerkungen

1 Ich verwende die Metapher »Leibesfrucht« trotz der organizistischen Assoziationen, die sie hervorruft, da sie auf die Verbindung zum Körper der Schwangeren anspielt und die von den Lebensschützern betriebene Entgegensetzung von Embryo und schwangerer Frau unterläuft. Organisierte Abtreibungsgegner lehnen die Verwendung des Wortes »Leibesfrucht« übrigens explizit ab.

2 Nicht berücksichtigt wurden rein kirchliche Publikationen und schwer zugängliche Schriften der Lebensschützerorganisationen.

3 Es handelt sich hierbei um folgende Publikationen:
– Meyer, Elsbeth; Paczensky, Susanne v.; Sadrozinski, Renate: »Das hätte nicht noch mal passieren dürfen!« Wiederholte Schwangerschaftsabbrüche und was dahintersteckt, Frankfurt 1990; Fischer Taschenbuch Verlag, Reihe: Die Frau in der Gesellschaft.
– Grafenhorst, Gabriele M.: Abtreibung. Erfahrungsberichte zu einem Tabu, München 1992 (© 1990 Verlag Neues Leben GmbH, Berlin) Deutscher Taschenbuch Verlag.
– Paczensky, Susanne v.; Sadrozinski, Renate (Hg.): 218 – Zu Lasten der Frauen, Reinbeck 1990 (10–12.Tausend, aktualisiert und erweitert/ Originalausgabe 1988), rororo Frauen aktuell.

4 Die Darstellung stützt sich vor allem auf:
– Johannes Reiter; Rolf Keller (Hg.): Herausforderung Schwangerschaftsabbruch. Fakten, Argumente, Orientierungen, Freiburg 1992; Herderbücherei.
– Robert Jütte (Hg.): Geschichte der Abtreibung. Von der Antike bis zur Gegenwart, München 1993; Beck'sche Reihe.
– Andrea Hauner; Elke Reichard, (Hg.): 218. Zur aktuellen Situation, München 1992; Knaur.
– Paul Hoffacker; Benedikt Steinschulte; Paul-Johannes Fietz; Martin Brinsa (Hg.): Auf Leben und Tod. Abtreibung in der Diskussion. 5.,stark erweiterte und aktualisierte Auflage, Bergisch Gladbach 1991; Bastei Lübbe.

– Karin Struck: Ich sehe mein Kind im Traum. Plädoyer gegen die Abtreibung, Berlin/Frankfurt 1992; Ullstein.
– Ulrich Eibach: Abtreibung – Lebensrecht contra Selbstbestimmung? Ethische Überlegungen zur aktuellen Diskussion, Wuppertal, Zürich 1991.
– Dietmar Mieth, Irene Mieth: Schwangerschaftsabbruch. Die Herausforderung und die Alternativen, Freiburg,Basel, Wien 1991; Herder-Spektrum.

5 Rainer Beckmann u.a.: Abtreibung in der Diskussion. Fünfzig Behauptungen und ihre Widerlegung, Krefeld 1991.

6 zu den verschiedenen Lebensschützerorganisationen vgl. das 1991 im Konkret Literatur Verlag erschienene Buch »Vorsicht ›Lebensschützer‹. Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner«. Dieses Buch scheint bei den Lebensschützern einigen Wirbel ausgelöst zu haben. Jedenfalls sah sich Christa Meves, Mitherausgeberin des *Rheinischen Merkur*, Kuratoriumsmitglied des Vereins »Konservative Kultur und Bildung« und seit Jahren in Sachen Lebensschutz unterwegs, veranlaßt, im *Münchner Merkur* die Falschmeldung zu verbreiten, das Buch sei eine Machenschaft der Stasi. Eine Meldung, die von der neu-rechten Monatszeitschrift *Junge Freiheit* sogleich unter der Überschrift »Abtreibungslobby von der Stasi gelenkt« aufgenommen wurde.

7 Vgl. »Vorsicht ›Lebensschützer‹«, a.a.O. insb. S. 118ff. u. 126ff.

8 Bundesverfassungsrichter Böckenförde (SPD), Mitglied des zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts, der die § 218-Reform unlängst zu Fall brachte, war zumindest bis 1990 Mitglied bei der JVL; auch der vom Gericht bestellte Gutachter Rolf Stürmer gehört der JVL an.

9 Vgl.: *Mut* 297/1992, S. 52ff; *Criticón* 134/1992, S. 273; Hoffacker et. al. (Hg.): Auf Leben und Tod, a.a.O., S.175ff.

10 in: Johannes Reiter; Rolf Keller (Hg.): Herausforderung Schwangerschaftsabbruch a.a.O., S. 274.

11 Vgl.: Hoffacker et. al. (Hg.): Auf Leben und Tod a.a.O., S. 115f. Vergleichsweise verhalten spricht der bereits genannte Historiker Michael Gante von den »größtenteils linksextremen Emanzipationsgruppen«, die in der Bundesrepublik für die »weitreichende Lockerung der Abtreibung« verantwortlich seien; vgl. Robert Jütte (Hg.): Geschichte der Abtreibung, a.a.O., S. 186, und Johannes Reiter; Rolf Keller (Hg.): Herausforderung Schwangerschaftsabbruch, a.a.O., S. 153.

12 Karin Struck: Ich sehe mein Kind im Traum, a.a.O., S. 17 und 41.

13 ebenda S. 159.

14 »Aber im Moment halte ich sowohl den Faschismus als auch den Marxismus für keine ernstzunehmenden Gefahren. Leider sind die Menschen immer nur auf die Gefahren von gestern fixiert. Ich glaube aber beispielsweise, daß im radikalen Feminismus, der auch einen ›neuen Menschen‹ will und einen radikalen Egalitarismus predigt, eine erhebliche Gefahr steckt. Auch das erkennen die Konservativen nicht, sie machen sich statt dessen darüber lustig.« *Junge Freiheit* 78/1993, S. 3.

15 in: Andrea Hauner; Elke Reichard (Hg.): 218. Zur aktuellen Situation, a.a.O. Abgeschrieben hat Schätzle das bei Maria Simon, Psychologin und Mitautorin des erwähnten im Sinus-Verlag erschienenen Argumentationsleitfadens der Lebensschützer, die in dem Sammelband »Auf Leben und Tod« genau das gleiche erzählt, vgl.: Hoffacker et. al. (Hg.): Auf Leben und Tod, a.a.O., S. 98.

Udo Sierck

Rechtes Denken im Print

»Euthanasie« ist wieder hoffähig

Im Sommer 1989 kam es in Marburg und Dortmund zu vehementen Protesten gegen geplante öffentliche Auftritte des »Euthanasie«-Propagandisten Peter Singer. Kurz danach war sein Buch »Praktische Ethik« vergriffen. Außer der Behindertenbewegung hatte kaum wer bemerkt, daß der Reclam-Verlag die Tötungsphantasien des australischen Philosophen als gelbes Bändchen schon fünf Jahre im Programm hatte.

Peter Singers Wirkung ist nicht zu unterschätzen, aber er ist gegenwärtig längst nicht mehr das eigentliche Problem. Er diente als TabuBrecher, weil er in bezug auf bürokratisch organisierten Behindertenmord aus dem historisch gesehen unverdächtigen Australien in die BRD eingeflogen wurde. Wie weggeblasen ist seither die deutsche Zurückhaltung beim Thema der Legalisierung der aktiven Sterbehilfe. Das schlechte Gewissen in Deutschland, resultierend aus der Tatsache, daß bei den »Euthanasie«-Aktionen im NS-Regime Behörden, Fürsorge, Ärzteschaft mit den Angehörigen an einem Strang ziehen konnten, gehört auch in manchen renommierten großen Verlagen der Vergangenheit an. Im Gefolge der Popularisierung der tödlichen Ethik eines Peter Singer und unter der Berufung auf Demokratie und Liberalität werden im wissenschaftlichen Rahmen neue Qualitätskriterien für menschliches Leben erörtert und festgesetzt.

Im Suhrkamp Verlag publiziert Anton Leist, ein Philosoph, der sich in schriftlichen Beiträgen für die Tötungsdiskussion stark macht. Auch zu den Möglichkeiten und Konsequenzen der vorgeburtlichen Untersuchungen sowie den Befürchtungen von behinderten Frauen und Männern äußert Leist Bedrohliches:

»Vielleicht führt das Bestreben, möglichst gesunde Kinder zu haben, zugleich zur verbreiteten Intoleranz gegenüber lebenden Behinderten. Andererseits werden durch die pränatale Diagnose in Zukunft weniger Behinderte leben, gegen die sich eine Intoleranz richten kann. Es scheint vorzuziehen, auf diese Weise, wenn möglich, der Intoleranz einfach ihren Anlaß zu entziehen.«[1]

Am 31. Oktober 1991 findet vor dem Literaturhaus Hamburg eine Demonstration statt. Den vom Stuttgarter Klett-Cotta Verlag zum vierten Mal vergebenen Jean-Améry-Preis für Essayistik erhält der langjährige *Zeit*-Mitarbeiter Reinhard Merkel. Die Preis-Jury lobt ihn als mutigen Publizisten und hebt sein

aufklärerisches Engagement hervor, ausdrücklich prämiert die Jury Merkels »schmerzhaften Eingriff in die Euthanasie-Debatte«. Tatsächlich war es Merkel, der in einer Artikelserie der *Zeit*-Leserschaft nahebrachte, daß »unwertes« Leben existiere. Eine Behauptung, der Merkel konsequenterweise die Frage nach dem Wann und Wie des schnellen und schmerzlosen Tötens folgen läßt. Unter anderem in einem Buch, das ebenfalls bei Suhrkamp erschienen ist.[2]

Am 6.Juni 1990 erscheint in der *taz* ein Debattenbeitrag vom Philosophie-Professor Ernst Tugendhat. Anlaß ist der Versuch von Behindertengruppen, ein Seminar zu den »Euthanasie«-Thesen Singers am Philosophischen Institut der FU Berlin nachhaltig zu stören. Tugendhat schreibt: »Die Tötung scheint in vielen Fällen das einzige zu sein, was im Interesse des Kindes ist, aber der Arzt darf das nicht tun, weil unsere Rechtssprechung, die sich auf ganz bestimmte und heute keineswegs mehr selbstverständliche ethische Vorstellungen stützt, das verbietet. ... Daß diese Fragen den Ausgangspunkt der Euthanasie-Diskussion in den philosophischen Lehrveranstaltungen darstellen, zeigt, warum obiger Vergleich eines solchen Seminars mit einem über die Nürnberger Rassegesetze eben doch abwegig ist. Denn: Ihre Diskussion ist zwar – beim jetzigen Status quo – im negativen Interesse der Behinderten, sie ist aber zugleich im positiven Interesse aller.«

Heute stehen nicht nur die *Zeit* und die *taz* für die ›Euthanasie‹-Debatte. Auch die *FR* oder *Die Woche* öffnen ihre Seiten für die Erörterung der Frage, ob und welche behinderten Neugeborenen getötet werden dürfen.

Auch der Rowohlt-Verlag hat die Zeichen der Zeit und die Marktlücke für Theorien der Selektion erkannt. Auf der Frankfurter Buchmesse 1992 wird der Rowohltstand von Protestierenden für wenige Stunden blockiert. Bekanntgeworden war der Plan des Verlages, das Buch von Peter Singer und seiner Kollegin Helga Kuhse mit dem Titel »Should the baby live?« deutschsprachig zu publizieren. Rowohlt reagierte hektisch mit einer aggressiven Erklärung, die mit dem Satz endet: »Der Vorwurf des Faschismus fällt auf jene zurück, die sich mit radikalen Aktionen jeglicher Diskussion verweigern und allen Argumenten verschließen.«

Im Januar 1993 ist zu vernehmen, daß Rowohlt die Veröffentlichung des Singer/Kuhse-Buches verschiebt, weil der Verlag nicht im Zusammenhang mit den aktuell sich häufenden rechtsradikalen Angriffen auf behinderte Menschen gesehen werden möchte. Im Frühjahr dieses Jahres gibt der Publikumsverlag den Verzicht auf die Publikation »aus privaten Gründen« bekannt. Diese Entscheidung zeigt, daß von außen erzeugter öffentlicher Druck nicht vergeblich ist, wenn es – wie in diesem Fall – gleichzeitig einen verlagsinternen Widerstand gegen ein Buchprojekt gibt.

Inzwischen ist das bei Rowohlt gekippte Buch in einem kleinen philosophischen Verlag erschienen. Die »Euthanasie«-Diskussion steht aber im Zusammenhang des schrittweisen Umbaus der sozialen Sicherungssysteme, und zwar weg von der ohnehin mehr beschworenen als existierenden Solidargemeinschaft und hin in die Richtung der individuellen Verantwortung für Behinderung und Krankheiten.

Der Gesundheitsökonom und Sozialstatistiker Walter Krämer kritisiert schon länger die Kostenlawine im Gesundheitswesen in zahlreichen Aufsätzen, die im *Spiegel*, in der *Zeit* oder in der *FAZ* erscheinen. Nach ihm ist Sparen und Rationieren im Gesundheitswesen weder zynisch noch inhuman; Voraussetzung sei allerdings, daß über Leben und Tod, über Schmerz und Leid nicht individuell und personenbezogen, sondern allein statistisch und abstrakt verhandelt wird. Krämers Methode ist die Relativierung menschlichen Lebens durch Zahlenspiele. In dieser Logik beklagt sich Krämer, Professsor an der Universität Dortmund, weiter in einem Buch des Frankfurter S.Fischer Verlages:

»Wenn heute der Bedarf an Krankengymnastik und allen möglichen Heil- und Hilfsmitteln drastisch steigt, so auch wegen der wachsenden Zahl von Risikokindern, die aufgrund der verbesserten pränatalen Medizin geboren werden ..., aber oft behandlungsbedürftig sind vom Anfang bis zum Ende ihrer Existenz. Wenn heute Behinderte und Unfallopfer immer häufiger im Straßenbild zu sehen sind, so auch deshalb, weil die Medizin den früher geraden Weg zum Friedhof umgeleitet hat. Wenn heute immer mehr Alzheimer-Kranke – rund fünf Prozent aller Menschen über 65 – mit dieser früher unbekannten geistigen Verfallserscheinung leben müssen, so vor allem deshalb, weil sie nicht schon vorher an etwas anderem gestorben sind ... Die moderne Medizin gleicht damit einer Feuerwehr, die einen Brand zu löschen versucht, indem sie Benzin hineinschüttet. ... Die wenigsten Kranken und die gesündeste Bevölkerung findet man dort, wo man erfolgreiche Heilbehandlung überhaupt nicht kennt und alle Kranken unbehandelt sterben läßt.«[3]

Immer stärker setzt sich die Mentalität durch, daß Krankheit oder soziale Ausgrenzung individuelle Lebensschicksale seien, die selbst zu verantworten und allein zu tragen sind. Das frostige, von Konkurrenz und Leistungsbereitschaft geprägte gesellschaftliche Klima bildet die Nahrung für die Wiederauferstehung der sozialdarwinistischen Idee vom »Recht des Stärkeren«, der wie in der Natur den Existenzkampf überlebt. Mit der Renaissance der biologistischen Erklärung für gesellschaftliche Phänomene geht der Ruf nach praktischen Umsetzungsmodellen einher.

Die sich schleichend vollziehende Perspektive der rücksichtslosen Aufteilung in »wertvolle« und weniger »wertvolle« Menschen gewinnt an Konturen, deren

Umrisse mit den anstehenden politischen Konstellationen und Auseinandersetzungen an Schärfe gewinnen. Für den Transport rassistisch und eugenisch geprägter Denkmuster wird die neue Rechte dankbar sein, menschenfeindliche Strukturen und Ideale schaffen derzeit andere.

Anmerkungen:

1 zit.in: NDR-Hamburg Welle, Im Gespräch, 16.4.91.

2 R.Hegselmann/R.Merkel: Zur Debatte über Euthanasie, Frankfurt/M. 1991.

3 W.Krämer: Die Krankheit des Gesundheitswesens, Frankfurt/M. 1989, S. 24ff.

Literatur:

T. Bruns / U. Penselin / U. Sierck: Tödliche Ethik. Beiträge gegen Eugenik und »Euthanasie«, 2. Aufl., Hamburg 1993.

Diedrich Diederichsen

Gefühlte Paprika

Die politische Subjektivität der Boheme

I. Das aufgeschobene Leben

1. Spät im Kapitalismus

Es wird immer später in der Republik. In den mittleren 80ern waren in Köln nur wenige Kneipen zu finden, in denen man nach ein Uhr nachts noch viele Leute treffen konnte. Heute füllen sich die entsprechenden Bars überhaupt erst gegen 2 Uhr 30. In Hamburg, wo man immer schon etwas länger aufblieb, geht heute früh nach Hause, wer es vor 6 Uhr schafft, den Wodka stehen zu lassen oder vom Dancefloor aufzubrechen. Noch eine Pizza? Jetzt habe ich Hunger.

Gleichzeitig verfügen die Betreffenden über weniger Geld, weniger Zukunft und weniger Chancen, das in endlosen Kneipengesprächen möglicherweise angehäufte kulturelle Kapital gewinnbringend anzulegen. Stattdessen hört man die jungen Leute, meistens Männer, wieder viel von Politik reden. Nicht gerade der heißeste Gegenstand in den 80ern. Das Mißverhältnis zwischen eingenommenem und für Alkohol ausgegebenem Geld ist nichts Neues, es gehört traditionell zur Krise, wie wir aus englischen Bergarbeitersiedlungen wissen (der Wirt ist als einziger nicht von der Krise betroffen und gibt daher schon gern mal einen aus). In einem Lebensmittelgeschäft in Hamburg-Wilhelmsburg ist im gleichen Zeitraum der Umsatz um 6 000 Mark zurückgegangen, in dem der Verkauf von hartem Alkohol die Spitze der ganzen Hansestadt erreicht hat. Wer heute vom Elend im Studentenmilieu redet, muß zunächst über materielles Elend reden. Die Magie ungedeckter EC-Karten, über die jeder verfügt, ist an die Stelle des Schwarzfahrens getreten, wenn es darum geht, sich vor anderen mit der eigenen Illegalität/Schlampigkeit zu brüsten. Schwarzfahren war eine Option, ein Spaß oder Protest, die ungedeckten EC-Karten sind bitterer Ernst. Aber man schämt sich seiner Armut nicht, das Elend der Krise verhilft zu Legitimierungen, die das inhaltliche Elend im Boheme-Milieu zu einem Pariser Lebenslauf des 19. Jahrhunderts zurechtromantisieren. Das uninspirierende Nichtweiterwissen oder Endlosverfeinern der späten 80er Jahre erscheint von heute aus als Epoche luxuriöser Dekadenz. Und umgekehrt heute: nichts zu essen, aber das Leben hat wieder einen (politischen) Sinn.

2. Messungen und Methoden

Von wem rede ich hier, von welchem Zeitraum und woher weiß ich das? Natürlich von mir und den meinen. Das heißt: von Leuten, die wie ich zwischen den mittleren 70ern und heute, als Studenten, Kulturarbeiter, Aktivisten die Schnittstellen von (Gegen)Politik und (Gegen)Kultur gekreuzt haben. Auch wenn ich glaube, daß mir wesentliche Entwicklungen nicht entgangen sind, ist es natürlich klar, daß das nicht stimmt. Meine Methode ist, das Verhalten, die Praxis und das Selbstbild der Beteiligten zu Modellen zu verkürzen und zu fragen, was mit diesen Modellen heute anzufangen ist. Die Analyse von Gruppen im kulturellen Bereich unterliegt besonderen Schwierigkeiten: Zum einen steht die geringe Anzahl der Beteiligten meist in keinem Verhältnis zu relativ großen Wirkungen ihrer Behauptungen, zum anderen steht die Anzahl und der Reichtum der Auskünfte, die von solchen Gruppen gegeben werden, in keinem Verhältnis zu deren soziologischer Aussagekraft. Mit anderen Worten: wer über die schreibt, die Romane schreiben, kommt oft nicht darum herum, selber Romane zu schreiben. Wer sich die falsche Alternative Objektivismus oder Subjektivismus nicht stellt, erfährt aber etwas über das Leben in den Städten, das nur eine Frage beantworten will: Was an diesem Leben ermöglicht, bedingt und legitimiert politisches Handeln?

3. Die Kneipe und die Stadt

Die Bilder- und Ideenwelt der Boheme hat sich im Laufe der 70er und endgültig in den 80ern in die Stadt und die Kneipe verlagert. Das war zwar schon traditionell ihr Einzugsgebiet, aber keineswegs in der unmittelbaren Vergangenheit. In den 70ern waren Kneipen kaum Orte kontinuierlicher Entwicklung. Auch die Konzertkneipe, in der regelmäßig bis täglich tourende Bands auftreten, die Independent-Szene existierten nicht. Die Kunstwelt war, vom Einzugsgebiet der Düsseldorfer Akademie abgesehen, eine Option für extrem wenige Bohemiens. Ästhetisches Material für neueste Gedanken lieferte bezeichnenderweise das Kino, ein relativ unkommunikativer Ort.

Um Hamburg gab es aber z.B. einen Gürtel von Land-WGs, politischen, religiösen und sonstigen; auch in der Stadt sorgten bestimmte wichtige WGs für Kontinuität und Bezug, auch diese lagen eher in Suburbs als in der Innenstadt. Die Umorientierung in die innere Stadt, die dort stattfindenden Häuserkämpfe kamen in den 80ern (sieht man von wenigen Vorläufern ab, zeitgleich mit den neuen ökonomischen Chancen in der Kultur, zeitgleich mit Punk/New Wave und sogenannten Neuen Wilden auf. Die »Übernahme« bestimmter Stadtteile durch eine sowohl politische wie (alternativ-)konsumistische Szene mit dem dazugehörigen Ghetto-Lebensgefühl, der Idee, ein Viertel zu verteidigen als Folie

aller späteren, nicht stellvertreter-politischen Denkmodelle konsolidierte sich ebenfalls in den frühen 80ern (kurz danach zerfielen die Szenen in »politische« und »hedonistische« oder »ästhetische«, ohne allerdings im eigenen Selbstverständnis die jeweils andere Option aufzugeben: in Kreuzberg, Karoviertel, Schanzenviertel blieb man auch weiterhin Nachbar).

Anders als bei der vorangegangenen WG-, landkommunen- und universitätsbestimmten Szene waren die neuen Formen ungeregelter, lockerer, die Grenzen fließender. Sie hatten etwas von Befreiung, aber auch von Goldgräberstimmung. Sitten und Gebräuche waren nicht mehr das, was man heute p.c. nennt (»Es war p.c., nicht p.c. zu sein«, habe ich mal anderswo über diese Zeit geschrieben), unberechenbarer, experimenteller. Gleichzeitig waren all die neuen Räume viel stärker von auch kommerziellen und anderweitig fremdbestimmten Strukturen abhängig. Neue Typen wurden wichtig: einerseits Krieger, Warrior, Großstadtindianer, andererseits Gurus und Wortführer. Beim Umschlag zwischen '77 und '78[1] fielen Konventionen und Verbote wie: niemals ein Gespräch zu dominieren, endlose Umarmungen zur Begrüßung, der »liebe Blick«, das inflationierte »Du«, grenzenloses Verständnis und Gesprächsbereitschaft. Diese Umgangsformen waren plötzlich ebenso als terroristisch wie als verlogen entlarvt worden, sie sollten durch neue ersetzt werden. Aber wie immer, wenn etwas falsches Altes fällt, tritt an dessen Stelle nicht nur das gute Neue, sondern auch das noch schlechtere Nochältere. In mancher Hinsicht gewannen Männer verlorenes Terrain zurück, fanden sich Frauen selbstverständlich in Positionen wieder, die schon überwunden schienen. Der Goldgräber wollte sich nicht mehr an Vereinbarungen halten, die der sogenannte Softie oder »Neue Sozialisationstyp« unterschrieben hatte: Girls, die nicht als die schöne Nessie Bardame spielen wollten, hatten es plötzlich schwer. Das Feiern neuer (gerne auch instabiler) Identitäten und (durchaus auch berechtigte) Distanzierung von den alten Linken hatte sehr schnell auch diese noch älteren Verhältnisse wieder in Kraft gesetzt. Mannesstolz und Besitzdenken sind nun einmal Attribute des Gurus wie des Warriors.

Andererseits traten die Slits, Raincoats, Kleenex, Au-Pairs, Lizzy Mercier Descloux auf den Plan und der von Jungs mitgegröhlte feministische Punk-Hit hieß »Hau ab, du stinkst« (von Hans-a-Plast). Die Punk-Ästhetik war die erste offen anti-sexistische Szene-Ästhetik, sie schrieb neue Identitäten nicht fest, bezweifelte die Gegebenheit des Körperlichen und der Geschlechteridentität und wußte: »I am a cliche« (X-Ray-Spex-Sängerin Poly Styrene). Und im künstlerisch-musikalischen Bereich hatten neue Frauen einen Einfluß, den sie szene-sozial zu verlieren drohten.

4. Das Dreieck des jungen Mannes

Traditionell hat, seit ich denken kann, der junge Mann, und von jungen Männern ist hier zunächst die Rede, weil sie aus den Kämpfen der Früh-80er-Boheme sowohl als Sieger hervorgingen als auch den Anschluß an ältere (hauptsächlich urbane), männlich-dominierte Boheme-Modelle herstellten, drei Möglichkeiten, sich der Welt überzustülpen, Geld zu verdienen oder Kontaktanzeigen auf der Suche nach Job und Partnerinnen aufzugeben: die Universität, die Partei und die Poesie.[2] Das hat u.a. auch damit zu tun, daß man ihm irgendwann mal erzählt hat, wenn er es nicht selbst noch gespürt hat, daß diese drei Dinge 1968 verschmolzen gewesen sein sollen: nichts hat etwas anderes ausgeschlossen, nichts etwas anderes aufgeschoben. Nach der Explosion auseinandergesprengt und aufgeteilt, waren nur die Reste des Stoffs des Aufstands zu finden, und wenn möglich sollten sie wieder zusammengefügt werden. Zum anderen hatte die Hitze und Geschwindigkeit der Situationen zwischen '78 und '82 mit einer Öffnung der Boheme zu tun, die nun (begrenzt) proletarische Jugendliche zuließ (ein nicht unwichtiger Teil der Punk-Rocker). In dem Maße, in dem man sie zuließ und von ihnen lernte (u.a. auch »Männlichkeit«), grenzte man sich instinktiv von ihnen, die diese Möglichkeiten kaum hatten, ab und investierte in eine dieser traditionellen drei Möglichkeiten. In den 70er Jahren kann ich mich erinnern, die Lebensentwürfe zwischen den drei Polen oft gewechselt zu haben. Das kann damit zu tun haben, daß ich noch jünger war, oder aber damit, daß es leichter ging (wofür einiges spricht: geringere Konkurrenz, unklarere Definitionen etc.).

Die Universität, im folgenden Akademie genannt, steht in den Großstädten herum und verwaltet und produziert Wissen, legitimes Wissen. Niemand stört sich heute mehr daran. Den Eingeschriebenen ist es seit Jahren nicht mehr gelungen, stetige Verschlechterungen von Studienbedingungen und zunehmende Unmöglichkeit von Kritik und Opposition auch nur annähernd so wirksam und glamourös dem Rest der Welt mitzuteilen wie in Zeiten, als die Lage noch wesentlich günstiger war. Gerade in dieser Unfähigkeit besteht ja auch die Unerträglichkeit der Lage. Aber sie hat noch einen anderen Grund: die Universität hat Konkurrenz bekommen. Ihr offizielles (legitimes) Wissen, das ich im folgenden »Philosophie« nenne, wurde durch ein inoffizielles (illegitimes) Wissen herausgefordert, das ich »Theorie« nenne. Das hängt auch damit zusammen, daß sich die gegenkulturellen Debatten seit Verhängung von Regelstudienzeiten, im Zuge also der Niederlage aller universitären Politik der 70er, in die Kneipen verlagert haben. Die Zeit spielte dabei die entscheidende Rolle: das Immer-länger-geöffnet-Haben, Aufbleiben ging mit den immer kürzeren Studienzeiten einher. Das Versprechen des Studiums, möglichst lange keiner geregelten Tätigkeit

nachgehen zu müssen, wurde nicht mehr eingelöst. Der bildungspolitische Imperativ lautet nicht erst seit der Rezession, aber seitdem nochmal verschärft: Ausbildungszeiten kürzen. Das Versprechen auf Aufschub realisierte sich nur noch täglich in der Kneipe (»Bitte nicht nach Hause schicken!«, Bildtitel Kippenberger). Die herrliche Zeit des schier endlosen, der Selbstverwirklichung gewidmeten Lebenszeitraums Studium ließ sich nur noch alkoholisiert, nicht minder herrlich, bei verlängerten Öffnungszeiten realisieren. Und über Recht- oder Unrechthaben entschied nicht mehr die geregelte Kompetenz der akademischen oder parteipolitischen Diskussion, sondern die poetische Kompetenz des Charismatikers.

Die Partei und die Parteichen (von den Jusos bis zur K-Gruppe, vom Stadtteilzentrum bis zur Politsekte) waren eine andere Chance. Hier verbreitete und produzierte man nicht legitimes Wissen, sondern legitimes Handeln. Sowohl Partei im weitesten Sinne als auch Akademie im weitesten Sinne wurden eine Weile brisant durch die Tatsache, daß sie die radikalste Opposition beherbergten und auch die darum entstandenen Lebensformen. Doch die Partei züchtete das Komplement zur »Verlogenheit« oder »Naivität« des Hippie: die rigide Entschiedenheit, den patriarchalen Führer (der natürlich nicht das Charisma des neuen Warriors oder Szene-Gurus haben konnte, weil er offiziell das Kollektiv vertreten mußte: also lügen). Seit den 80er Jahren spätestens gab es andere Chancen, die die Parteipolitik dazu noch skurril und weltfremd erscheinen ließen und die man nicht allein mit dem bösen, moralistischen Wort der Karriere entkräften kann: es gab nicht nur neue Individualismen. Auch der relevante (sichtbare, attraktive, beachtete) politische Widerstand wurde nun mehr von »Bewegungen« inszeniert (von »Züri brennt« bis »London Calling«), die anderen Gesetzen gehorchten. Die Chance der Relevanz ließ, neben anderen Versprechungen, manche gerne das aufgeben, was ihnen die Geschütztheit der Partei gegeben hatte. Was war eine ferne Revolution gegen ein nahes Brokdorf?

Der dritte Weg war die Poesie. Das Bekenntnis zu ihr beinhaltete in der Regel den bewußten Verzicht auf die unerträgliche Verantwortlichkeit, die mit Partei und Akademie verbunden waren. Wer sich für die Poesie entschied, verstand die Kontaktanzeige nur als erotische, nicht mehr als Stellengesuch. Wer für die Poesie optierte, wählte den radikalen Individualismus. Er mußte ohne die vermittelnde Distanz des Gedankens, der Rede oder des Programms klar machen, hier und jetzt, was er meint. Das wiederum beeindruckte tendenziell auch die Leute an der Akademie oder in der Partei; erstere hatten immer genau das denken wollen, was der Poet zu leben schien: Unmittelbarkeit, Leben ohne Aufschub; letztere erkannten in seinem Leben die erzwungene Distanzlosigkeit aus dem Leben der Unterdrückten wieder (die damals noch den Ehrentitel »politi-

sche Subjekte« trugen). Artaud, Rimbaud und Lautréamont wurden im gleichen Zeitraum Vorbilder für Patti Smith und ihre Fans wie sie Gegenstand akademischer Untersuchungen und neuer Editionen wurden.

Dem Poeten begegnete, und das war im Gegensatz zu dem, was mancher Marxist behauptet, nicht immer so, in den frühen 80er Jahren nun ein ungeahntes Verständnis seitens der kulturellen Kreditinstitute. Gerade er durfte plötzlich verzinsen, was bei Akademien und Parteien unsichere Papiere geworden waren: Opposition, Illegitimität, Dissidenz. Er durfte Filme drehen, Platten aufnehmen, »Projekte« realisieren, einflußreich schwafeln und in Werbeagenturen rasend schnell ohne jede Schulbildung viel Geld verdienen.

5. Aufgeschobenes Leben

In der ansonsten unerträglichen Robert-de-Niro-als-Heinz-Rühmann-rettet-gefallene-Uma-Thurman-vor-Martin-Kippenberger-als-Bill-Murray-Schnulze »Mad Dog and Glory« geht es um drei Figuren, die alle erzählen, daß sie in Wirklichkeit gerne etwas anderes wären, nämlich Künstler. Die beiden Männer haben sich den Traum abgeschminkt, sie sind Polizisten bzw. Gangster geworden, die Frau hat den Traum verwirklichen und sich als Kellnerin finanzieren wollen, was sie dann geblieben ist. Sie sagt, durch den Mund von Uma Thurman: »Leben ist das, wo man hängen geblieben ist, während man auf die Erfüllung seiner Träume gewartet hat.« Der Poet lernte das während der 80er Jahre ebenso wie die anderen Typen, die wir kennengelernt haben. Dabei gibt es zwei Arten von Aufschub, die auf einem anderen Niveau und unbemerkt wieder einführten, was '68 abgeschafft werden sollte: die Trennung von Bewußtseinsform und Leben. Der erste Typ ist der, den auch Bourdieu als charakteristisch für die neuen Mittelklassen, die städtischen neuen Berufe beschreibt: Ich arbeite zwar als Werbetexter, aber eigentlich bin ich Dichter. Die Chance, Geld zu verdienen, weit über das hinaus, was das Bildungskapital erhoffen ließ, die Liebe der Industrie und gar der Institutionen zu den Illegitimen und den Poeten kaufte diese aus ihrer (teilweise) selbstgewählten Unmittelbarkeit[3] »frei«. Das dort erworbene und während der 80er Jahre so begehrte »Querdenkertum«, die »Unangepaßtheit« mußte so aber verlorengehen, die stammten ja aus den Bergwerken der sogenannten Authentizität. So mußten im Laufe des Jahrzehnts viele zurückkehren. Andere zahlten die üblichen Preise: Drogen, AIDS, Auszehrung. Selten war zu klären, ob die einzelnen vom System ausgequetscht und ausgespuckt wurden, weil unfähig, den begehrten Rohstoff länger zu liefern, oder freiwillig zurückgekehrt sind. In den 80er Jahren lernte auch der Poet die Karriereleiter als Maß kennen.

Der andere Aufschub ist schwerer zu beschreiben: es war die Verlängerung

der Jugend. Die immer länger geöffneten Kneipen boten weit mehr Raum und Zeit als je irgendwelche Universitäten, um das Leben ohne sogenannte feste Bindungen zu verbringen, die Schattenökonomie der Indie-Pop- und Kunst-Szene, die Möglichkeiten für die oft gut ausgebildeten Kleinbürgerkinder, sich den Traum zu erfüllen, weder als Kellner arbeiten, noch Gangster werden zu müssen, waren gewachsen. Die drüber gestülpte, parasitär an der großstädtischen Szene saugende Werbe- und Lifestyle-Industrie schoß immer wieder von außen Beträge zu, die oft so etwas wie »Luxus« oder »Lebensart« in das System injizierten, so daß es ganz so aussah wie bei Henri Murgers »Schönes de la vie boheme« – auf Zeiten der ausschließlichen Ernährung durch Bier folgten solche des gehobenen Geschmacks.

Während also im ersten Typus des Aufschubs der Ernst des Lebens als Geldverdienerei, Kreditaufnehmen, Existenzgründen längst unbemerkt begonnen hat, träumt der Betreffende eigentlich ein anderer zu sein und verschiebt die Realisierung auf später. Mit dem Gedanken an Aufschub, an ein späteres »eigentliches« (und unmittelbares) Leben bewahrt er sein Gesicht im »vorläufigen« falschen Leben, bewahrt ein intaktes Selbstbild. Der andere Aufschub erwirbt gerade Unmittelbarkeit, Radikalität oder Authentizität oder das, was die Betreffenden dafür halten, indem er die Einbindung, Integration, das geregelte Geldverdienen aufschiebt. Da der Aufschiebende in dieser Zeit auch leben muß, geht er immer, bewußt oder nicht, einen ganz spezifischen Kompromiß ein. Dieser Kompromiß ist der blinde Fleck, der so funktioniert wie die Selbsttäuschung im ersten Aufschubtypus. Die beiden stützen auch einander, weil in der »Ökonomie der Chance« in den frühen 80ern die Wechsel zwischen beiden Aufschubmodellen häufig waren: der jeweilige Wechsel (oder der Verzicht darauf) konnte dann als Kritik des blinden Flecks des jeweils anderen Typus legitimiert werden. Daß die einen »nur labern«, legitimierte Aktionismus, daß die anderen nur »blind aktiv sind«, legitimierte Theorismus. Der jeweils andere hatte eine Lebenslüge zu verbergen. Oder: er hatte ein Symptom.

6. Verfestigung der Aufschubverhältnisse und Entstehung ihrer spezifischen Bewußtseinsform: Selberdenkertum

In dem Maße, in dem die relevanten und gefragten Beiträge zum Diskurs nicht mehr von der Akademie kamen und Parteien aller Art von der Szene (der Bürger folgte ihr auch in diesem Punkt später) nur noch Verdrossenheit entgegengebracht wurde, in dem also illegitimes Denken (Theorie, Popmusik, bildende Kunst) und illegitimes Handeln (Autonome, Spontaneisten) ihre Hochkonjunktur erlebten, entstand eine eigene Bewußtseinsform, das Selberdenkertum: ein dem Selbstwiderspruch nicht abgeneigtes, anti-kanonisches, eklektizisti-

sches, »rhizomatisches« Reden und Denken, das nicht nur, wie es von sich selbst sagte, einen notwendigen Paradigmenwechsel vollzog (von dem monokausalen, akademischen, totalitären Meisterdenkertum zu einem angemessenen »wilden« Denken), sondern eben auch die Entsprechung einer halb begrüßten, halb gefürchteten und aufgezwungenen ökonomischen Unsicherheit und »unordentlichen« Lebensplanung war. Das Selberdenken ist die Fortsetzung der Poesie mit anderen Mitteln, bzw. die Fortsetzung der Poesie im Zeitalter ihres Erfolges über Partei und Akademie. Der Begriff umfaßt alles, was vom schreibenden Künstler, über Stadtzeitschriften- und Zeitgeistblätter-Kolumnisten, »französisch« geprägten Theoretiker außerhalb und am Rande der Unis, Designphilosophen bis zum Autor dieser Zeilen in den 80er Jahren unter Bedingungen Gehör gefunden hat, die der wesentlich rigidere und reguliertere Kultur- und Wissenschaftsbetrieb der 70er ihnen verweigert hätte. Die in Parteien und Akademien produzierten Wissens- und Lebensformen wurden dagegen während der 80er aus dem öffentlichen Blick gedrängt. Der so aufgewertete, aber immer noch »unordentlich« wechselhaft lebende Poet, der sich aber immer noch, oft ohne das zu wissen, bei Akademie und Partei bedient, entwickelt irgendwann im Laufe der 80er, irgendwo zwischen dem Umschlag von Holger Hiller zu Kolossale Jugend und von Kolossale Jugend zu Blumfeld und Cpt. Kirk &, ein selbstgemachtes Denken, das er dank seiner neuen Position nicht mehr nur individualistisch codiert, sondern in Ansätzen wieder universalisiert: die Poesie will plötzlich mehr erklären und zelebrieren als individuelle Zustände, sie sieht Gemeinsamkeiten (ohne sofort den poetischen Anspruch und den dazugehörigen Style/Habitus aufzugeben). Da beginnt die neue, sich auch wieder »politisch« gerierende Orientierung der jungen Männer in den großen Städten (und nun gibt es auch wieder eine Begrifflichkeit oder gar Bewußtsein davon, daß und warum ihnen Frauen als Mitstreiterinnen verloren gegangen sind). Exakt an dem Punkt, wo sich die zugestandene Aufschiebung des Ernstes des Lebens (ewige Studentenzeit, erträgliche Einnahmen in den Schattenökonomien der Indie-Szene und der Kunstwelt) in einen erzwungenen Aufschub (Arbeitslosigkeit, Rezession auch im Kulturbereich, Steigerung des Anteils auch der Beschäftigten, die nicht mehr dauerhafte Jobs haben, sondern sich von Job zu Job hangeln, wodurch Leute unfreiwillig bohemisiert werden, aber oft die betreffenden Verhaltensweisen und Denkgewohnheiten entwickeln) verwandelt, wird aus der fröhlichen Dissidenz des theoretisierenden Selberdenkers politischer Ernst.

7. *Frauen und Schwule*

Der Hedonismus, der auf der Schwelle vom Poeten zum Selberdenker in den 80er Jahren zelebriert wurde, verdankt sich ganz stark dem neuen Begriff von

Politik, Vertretung, Widerstand, der durch Minderheitenkulturen, Feminismus und Schwulenbewegung vorgeführt wurde: wenn es denn politisch sein kann, ein anderes Leben zu führen (und darauf konnten sich ja vom Hausbesetzer bis zum Szene-Intellektuellen alle einigen), einen gesellschaftlichen Code anzugreifen, Symbole zu unterwandern etc., wie Frauen, Schwule, schwarze Kultur gezeigt hatten, dann konnten das die metropolitanen post-poetischen jungen Männer auch tun. Noch heute ist den Re-Politisierten wichtig, Style zu zeigen. Ja gerade das Beharren auf der Bedeutung von Style gilt vielen als unausgesprochene Ausrede, sich im heute neugewonnenen politischen Denken ganz simplizistisch auf altlinke, reduktionistische Positionen zurückzuziehen: man zeigt ja durch seinen Style, daß man es nicht so reduktionistisch meinen kann, wie man es mangels besserer Begriffe sagt, die man vielleicht gewinnen könnte, wenn man all das Selbergedachte, das man davor entwickelt hatte und dann an der Schwelle der Re-Politisierung vergessen hat (peinlich gefunden hat), ernster genommen hätte. Vor allem aber, wenn die Vorbildfunktion der Bewegungen, die die Stellvertreterpolitik abgeschafft haben, für den eigenen Anspruch, es ihnen über Imitation ihrer Methoden gleichzutun, klarer geworden wäre: Sich-Verkleiden und in Zungen reden, was z.B. von Schwulen- und schwarzer Kultur gelernt wurde, konnte so einverleibt werden, bis es von anderen, immer schon praktizierten Politik- und Partyformen nicht mehr zu unterscheiden war. Zugrunde liegt dieser Strategie auch ein Vorgehen, das den oben beschriebenen ähnelt: der Widerspruch, der in den Anspruch von »Radikalität« oder »Authentizität« eingeschrieben ist, wird delegiert an eine Spaltung zwischen Style und politischer Überzeugung, an unverbundene Lebensbereiche. Weit entfernt davon, Dissonanzen zu kritisieren und Harmonisierungen zu fordern, glaube ich, daß eben gerade hier eine unzulässige Harmonisierung vorliegt: das einander Ausschließende oder Bedrohende wird getrennt, und die beiden Teile können ungestört weiter gedeihen. Ein nichtverdinglichter Umgang mit Style könnte dagegen gerade darüber informieren, daß Style nicht das Problem der Stellvertreterpolitik löst, sondern den Widerspruch zwischen individuellem Interesse und Politik (also zwischen unmittelbarer Verwirklichung und der davon abzuleitenden politischen Forderung) zum (dynamischen) Gegenstand haben kann, wie diverse marginalisierte Kulturen zeigen.

II. De- und Repolitisierung: Stellvertretung, Strategie und Delegation

1. Existenzialismus versus Solidarität

Viele haben sich Ende der 70er von konventioneller, also parteibezogener und organisierter Politik abgewandt, weil deren Gegenstände und Subjektpositionen im buchstäblichen Sinne in weite Ferne gerückt waren. Scheinbar will-

kürlich wurde zur Solidarität mit den verschiedensten Imperialismus-Opfern aufgerufen, schon das Imperialismusbild eines Bomben scheißenden Uncle Sam mit Zylinderhut kam einem immer weltfremder vor. Ich schrieb 1981 in einer Kritik von, glaube ich, einer Clash-Platte, daß die Clash die Widersprüche nur noch da betrachten, wo sie einfach sind und die eigene Lage dahin projizieren. Dabei hatten doch The Clash mit »Safe European Home« schon 1979 eine der ersten und besten Analysen der »Festung Europa« avant la lettre geliefert. Statt in anderer Leute Widersprüche wollten wir wieder in unserer spezifischen, als gebrochen und nicht-authentisch empfundenen Lage Authentizität gewinnen. Denn eines läßt sich der Bohemien, insbesondere als der junge Mann, in keinem Falle wegnehmen: seinen Existenzialismus, seine Authentizität (auch wenn er diese Begriffe und ihre Probleme schon damals hundertmal durchschaut hat). Da gab es eine Parallele zwischen autonomer und Hausbesetzer-Politik und hedonistischer Kultur-Linken (also den beiden zeitweilig so weit von einander entfernten Gruppen, die jetzt, wenn es nach den Wohlfahrtsausschüssen geht, wieder zusammenkommen wollen/sollen). Was in der Hausbesetzer-Bewegung das eigene »selbstbestimmte« Leben jenseits und gegen Staat und Konsumgesellschaft sein sollte, war in der Boheme-Linken der Selbstversuch, in der Postmoderne auszunutzen und auszukosten, was an Selbstverwirklichungs-, -verfeinerungs- und Differenzierungsmethoden im Angebot war. Das Zauberwort hieß »strategisch« – alles, was man tat, konnte man dadurch rechtfertigen, daß es im Hinblick auf einen Erkenntnisgewinn, eine Umcodierung, eine semantische Erschütterung, eine Dekonstruktion hin erfolgreich sein könnte, die die symbolische Seite der Verhältnisse als notwendigen ersten Schritt erschüttern würde. Den Begriff der Strategie hatte man von der eigenen links-organisierten Vergangenheit mitgebracht. Von dieser blieb bei der autonomen oder undogmatischen Linken die »politische« Dimension der Selbstbestimmung, das Selbstbild als Kämpfende, das auch dann blieb, als aufschiebende Begriffe wie Anti-Imperialismus im Laufe der 80er aufgelöst wurden. In beiden Fällen schlich sich aber der Aufschub, das Nicht-Unmittelbare des Handelns, die Distanz in einen als existentiell und primär empfundenen »poetischen« wie »politischen« Lebensstil wieder ein, wenn es nicht schon vorher dessen Möglichkeitsbedingung war: sowohl da, wo der Anti-Imperialismus (wo man quasi als Stellvertreter der Ausgebeuteten der Dritten Welt selbstbestimmt leben wollte) überlebte, wie auch in der Letztbegründung anderer und avancierterer Aktivismen, wo gegen den Theorismus der 68er ein abstrakter Gerechtigkeitssinn oder eine nicht näher geklärte »Moral« und die daraus problemlos ableitbare »Empörung« den Horizont bildeten; aber eben auch im »strategischen Kampf« um Symbole und Bedeutungen (den eine Theorie absichern sollte, die mehr oder minder klar sagte,

daß die eigentliche Wirklichkeit die Hyperrealität der Mediensimulation sei) trat eine Mittelbarkeit an die Stelle nicht nur der für sich selbst beanspruchten Unmittelbarkeit, sondern auch an die Stelle der Unmittelbarkeit des klassischen Solidaritätsgedankens, der ein Handeln mit, nicht anstelle anderer meinte. Im Spannungsfeld des unmittelbar existentialistisch legitimierten Hedonismus/selbstbestimmten Lebens/Kämpfens und der Strategie/Stellvertretung/Moral suchte das Selberdenken, das Theorielesen nach Antwort.

2. Politisiere dein Symptom wie dich selbst

Es kam nicht auf die einzig richtige Antwort an: daß nämlich Authentizität und Unmittelbarkeit dessen, was ich tue, immer mit tendenziell ewigem Aufschub der Forderungen erkauft sind, die sich aus der Legitimation meiner Praxis ableiten, allgemeingültig oder politisch zu sein. Der linke Hedonist vermeidet den Aufschub z.B. des abstrakten Anti-Imperialismus, indem er jetzt die naheliegenden und tendenziell neuen Aspekte seiner unmittelbaren Wirklichkeit ausprobiert, aber er rückt die allgemeine Legitimation, die daraus folgt (alle sollten dies testen, erkennen und unterwandern, verbessern können), durch seine individuelle, unmittelbare Realisierung für sich in weite Ferne. Der praktisch selbstbestimmt lebende, politische Aktivist vermeidet die aufschiebenden strategischen Kompromisse des Hedonisten, schiebt aber die Möglichkeit einer allgemeinen Realisierung seines unmittelbaren Kampfes durch radikal-moralische Unvereinbarkeitsforderungen in weite Ferne. Jeder Radikalität ist eben ein Solipsismus oder Kompromiß/Selbstwiderspruch als blinder Fleck eingeschrieben. Es kann nicht darum gehen, dessen Abschaffung zu verlangen, das würde die Möglichkeit von Radikalität, den notwendigen Anspruch auf die radikale Würde als Selbstbild, abschaffen. Aber dieser blinde Fleck kann Bestandteil der Strategie werden: um, statt irgendwelche von Ökonomie, Zeitläufen und Psychologie auferlegte Kompromisse/Solipsismen zu übernehmen, diese politischen Kompromisse oder Solipsismen anzukoppeln an Vorgänge, wo sie politisch werden. Anders gesagt: es kommt nicht darauf an, das Symptom der Radikalität(skonstruktion) zu heilen, den jungen Mann oder die junge Kämpferin auf die Unmöglichkeit von Authentizität und Unmittelbarkeit oder Selbstbestimmung hinzuweisen, sondern es kommt darauf an, das Symptom zu politisieren. Das SPK nannte das mal, aus der Krankheit eine Waffe machen; nur daß man nicht von dramatischen psychischen Krankheiten ausgehen kann, sondern von alltäglichen Kompromissen und Lebenslügen.

3. Delegation

Die bohemistische Fraktion dachte sich keineswegs als unpolitisch. Man hatte weder seinen linksradikalen Denkstil noch dessen Begrifflichkeit abgelegt (al-

lenfalls um der »französischen Theorie« entlehnte Termini erweitert) noch die Option auf die bessere Moral (als die Macht), nur im Leben und Handeln verschoben sich die Koordinaten. Die Überzeugung, die entscheidenden Kämpfe spielten sich auf der symbolischen Ebene ab (meist durch eine selbstgestrickte Medientheorie untermauert), ermöglichte es, sich aus der »Drecksarbeit« alltäglicher politischer Arbeit zu entfernen, die man zwar nicht unbedingt ablehnte, für die man aber in den benachbarten »scenes« der Hausbesetzer und Autonomen die besser qualifizierten Leute sah. Gut arbeitsteilig wies man den Streetfightern – einerseits leichtbelächelt wegen Überkorrektheit (Stillosigkeit), andrerseits als Experten der Auseinandersetzung mit der Staatsmacht respektiert – eine Rolle zu, für die man sich selbst als überqualifiziert (im intellektuell-symbolischen Kampf bin ich wichtiger) oder unterqualifiziert ansah (kann mich nicht prügeln).[4] Den »Style« der Autonomen konnten die Hedonisten so wenig wahrnehmen wie jene deren Politik. Diese Delegierungen und Arbeitsteilungen spiegeln natürlich die Fragmentierungen und Spezialisierungen, die durch die zweischneidigen Chancen einer Indie- und Kunst-Konjunktur das Leben der Poeten und Bohemiens der 80er bestimmt haben. Dabei sind sie aber nicht Ergebnisse verlorener und weggekaufter Authentizität, sondern gerade das Ergebnis des Existenzialismus und Authentizismus. Nicht weil man sich an die Kulturindustrie verkauft hatte, hatte man sich deren kapitalistische Logik der Vereinzelung und Spezialisierung aufzwingen lassen, sondern weil man trotz Kooperation sich Authentizität erhalten und letzlich auch genau diese als Produkt verkaufen wollte.

Vergleichbares läßt sich vielleicht für einen Teil der autonomen Politik sagen: gerade weil man sich von Stellvertreterpolitik trennen wollte, mußte der Horizont eines Anti-Imperialismus entstehen (oder einer abstrakten Moral), der nicht mehr untersuchen und nachprüfen konnte/wollte, was ihm als Letztbegründung eingeschrieben war: einerseits wie in der wirklichen Welt sich Imperialismus völlig veränderte und wie wenig die alten Imperialismus-Erklärungen noch verfingen; andererseits wie Moral immer tendenziell terroristisch wird.

Diese beiden Beispiele zeigen, wie das Radikalitäts-Symptom entsteht, in einer doppelten Bewegung aus Wegschieben, Aufschieben und Heranziehen, Verwirklichen. So waren die klassischen Vorwürfe, die sich »politische« und »künstlerische« Linke im Laufe der 80er gegenseitig machten (erst: »Konsumismus« versus »Weltfremdheit«; später »Ihr labert ja nur« versus »Theoriefeindlichkeit«) immer beide richtig und falsch – sie isolierten jeweils den aufschiebenden Aspekt und übersahen den »existentiellen« Aspekt der jeweiligen Radikalitätskonstruktion: ja, wir labern nur, aber dieses Labern ist kein Nurlabern, weil es in einer Theoriepraxis im kulturellen Feld eingebunden ist; ja, wir sind theorie-

feindlich, weil das eine besondere Qualität, Schnelligkeit, Eleganz von Aktionen ermöglicht, deren Erfahrungen wieder eine Theorie ergeben.

4. Re-Politisierung

Im Übergang vom Poeten zum Selberdenker wird dieser Ende der 80er wieder tendenziell universalistisch. Seine neue politische Perspektive versöhnt sich mit seiner alten existenzialistischen über das Medium des illegitimen Wissens, das ich Theorie genannt habe. Die praktische Dimension – so will es etwa das meist unausgesprochene Selbstverständnis der »Wohlfahrtsausschüsse« – entsteht aus den oft voller Zerknirschung vorgebrachten Vorschlägen zu einer Zusammenarbeit mit Autonomen-Gruppen, die der ex-negativo-Bestimmung, man sei gemeinsam bedroht, geschuldet ist: bedroht vom gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck, von der Straße bis zur *Spiegel*-Redaktion. Der Festellung, als Bohemien gemeinsam mit Linken, Nichtdeutschen und Menschen dunkler Hautfarbe bedroht zu sein, geht die Universalisierung des Selberdenkens voraus. Die hat mit seiner ökonomischen Lage ebensoviel zu tun wie mit den Inhalten seiner u.a. durch amerikanische Lesefrüchte (feministische, dekonstruktivistische, antirassistische Theorien, die oft auf denselben »Franzosen« und Marxisten aufbauen wie die Theorien des Selberdenkers, aber auf praktische Politik zielen) modifizierten »Theorie«. Die Gefahr besteht darin, daß wieder ein großer Sinn die Widersprüche vorschnell versöhnt: daß man sich gegenseitig seine Mängel auffüllt und nicht versucht, die notwendigen Mängel zu nutzen. Denn es liegen diverse, meist schnell in Kultur und Stimmungen transformierte Wandlungen vor der jetzt diskutierten Wandlung zum politisierten Bohemien. Rekonstruieren ließen sich diese Wandlungen, Verarbeitungen und ihre Logik eigentlich nur, wenn man Songs und künstlerische Arbeiten, aber auch Spuren typischen 80er Poeten-Denkens in Massenpresse und Massenmedien bis hin zur Werbung (Benetton) untersuchen würde. Der Begriff Politisierung droht, Mikro-Entwicklungen zu totalisieren und am Schluß die gleiche leere Unzufriedenheit zu hinterlassen, die andere Totalisierungen Biographien gewaltsam zugefügt haben. So ist zum Beispiel interessant, daß Bohemiens in dem Moment wieder in besetzte Häuser gingen, wo in diesen eine neue, bessere Musik angeboten wurde (Hardcore, so ab 1985) und sich Autonome wieder für Popzeitschriften interessieren: seit die nämlich wieder was zu einer Musik zu sagen haben, zu denen seit circa 1989 auch Autonome tanzen, und die ganz offensichtlich nicht ohne weiteres in das Weltbild zu integrieren ist (HipHop). Es soll jedenfalls nicht dabei bleiben, die veränderte ökonomische Lage des Bohemiens reduktionistisch als Ursache seines veränderten Bewußtseins auszumachen, sondern die enge Wechselwirkung zwischen existenzialistischem Selbstbild, Funktion für die Stimmung im

Over- und Underground der Städte, Theorie und deren Inhalt zu beschreiben. Ich kann mich jetzt nicht in solche Einzelanalysen der molekularen Entwicklung der Boheme begeben, versuche aber im Teil III die mehr oder weniger unverbunden übrig gebliebenen Bausteine des 80er Bewußtseins einzeln anzuschauen und neue Verknüpfungen vorzuschlagen, die das Radikalitätssymptom und seine neuen universalisierenden Selbsttherapien stabil politisieren könnten.

III. Ist Foucault ein Baseballschläger, Habermas eine Reform, und wie sollte Enzensberger im Volksgefängnis behandelt werden?

1. Denken ist auch eine Technologie der Macht

Der Selberdenker legitimiert seine antiakademische, antikanonische und eklektizistische Theorie durch einerseits die Ablehnung der repräsentativen, institutionellen Akademie mit seinem existentialistischen Poeten-Lifestyle, zum anderen durch die Modifikation von dessen Individualismus im Zuge seiner Re-Universalisierung und Re-Politisierung: ein bißchen institutionelles, nicht-existentialistisches Wissen ist schon ganz gut. Es muß allerdings poetische Qualitäten enthalten. Die bekam es durch Kontexte (Merve-Verlag), existentiellen Duktus (Theweleit) oder durch Exotik (Import-Verhältnisse). Ich habe an anderer Stelle gesagt, daß ich diese Vorgehensweise nicht nur ablehne, aber sie hat natürlich einen blinden Fleck. Sie wähnt sich bei der Zusammenstellung ihres intellektuellen Menus am Salatbuffet, wo jeder für 9,– DM soviel und so viel verschiedenes auf den »Maredo«-Teller häufen darf, wie er will. Sie hat kein Bewußtsein vom Vorgeprägten und historisch Gewordenen ihres Materials, das ja immer noch in und rund um die Akademie entsteht. Sie weiß nicht, daß Denken, auch wenn es sich zum Material für Existentialisierungen und Poetisierungen eignet, an den Akademien institutionell und industriell produziert und zugerichtet wird. Auch Theorien werden angepflanzt und geerntet und mit Pestiziden behandelt. Die aus dem Auge verlorene Akademie muß da angegriffen werden, wo sie zur Zeit so ungestört von (gegenkultureller) Öffentlichkeit die Technologien des Denkens ausbrüten darf. In der Zusammenarbeit und dem Angriff auf die Akademie kann das Symptom der Radikalität genutzt werden. Hier ist ein Widerspruch, der sich lohnt: nicht nur, weil er vergessen worden ist und aus dem Blickfeld verschwunden, sondern auch, weil die Errungenschaften des Selberdenkens nur überleben, wenn sie sich weiter überfordern. Heute, wo die Ausbildungszeiten nochmal gekürzt werden sollen, darf außerdem die Forderung nach dem »guten Aufschub« (Dauerstudium) sich nicht mehr mit dem zum »schlechten Aufschub« gewordenen, immer noch zugestandenen Kneipenelend zufrieden geben (auch wenn wir die Geschwindigkeit unserer Kneipenreden den Umständlichkeiten in der Akademie immer noch vorziehen).

2. Style als Waffe

Seit den 80er Jahren wird Style und Habitus als Strategie nicht nur praktiziert, sondern auch theoretisiert. Das fällt mit dem Datum zusammen, an dem linke, männliche, heterosexuelle Selberdenker den Style als Waffe entdeckten. Diejenigen, bei denen sie den Style entdeckten, hauptsächlich Frauen, Schwule und Afroamerikaner, kamen in dieser Diskussion kaum noch vor. Die Waffe Style, wie sie der Film »Paris Is Burning« etwa zeigt, wurde – wie die Theorie – von ihrer Produktion abgetrennt und ganz in die symbolischen Feldschlachten des kleinen Kunst- und Pop-Universums von urbanen Jungs übertragen, die nur die Verwendungsweise von Style vor diesem Horizont als Problem denken konnten. Das wurde noch dadurch gefüttert, daß nur in einem solchen Kontext das Spiel mit Identitäten neu war und sich daher auch auf das routinierte Novitäten-Echo der Medien verlassen konnte. Der Style von Frauen und Schwulen, aber auch der vielleicht unreflektierte Style des Proletariers, des Kraftsportlers, selbst die traditionellen männlichen Styles des Dandys etc. wurden als »natürliche« oder »spontane« Styles von der Debatte ausgeschlossen, und damit auch von der Wahrnehmung. Und da in der heutigen Lage für viele Jungs ihr Style und Habitus auch so etwas wie eine Entlastung wird, rutscht ihre Anwendung von Style in eine große Nähe zu den »spontanen Styles«: stumm erinnert Styling und Geschmack an die Geschichte der 80er, ohne sie zu problematisieren und erlaubt den Re-Politisierten, sich auf der inhaltlichen Ebene ganz ganzheitlich als »neue neue Linke« zu fühlen. Auf Kongressen und Touren des Wohlfahrtsausschusses wird dann den Musikern die Rolle zugewiesen, für die Unterscheidung von alten, antihedonistischen Linken der 70er zu sorgen. Die Diskurse dürfen dann frei bleiben von jeder zweiten Ebene und Problematisierung der Form. Der Versuch, über Style Befindlichkeiten und Existenzielles zu retten, verkommt dann auf der diskursiven Ebene zur Erlaubnis, alle anderen Zeichen von »Befindlichkeiten« zu denunzieren. Probleme des Symbolischen werden an den gemütlichen Teil delegiert. Die Abwesenheit von Frauen, Schwulen und Afroamerikanern, aber auch der Musiker auf den Podien verstärkt diese Situation, die man aus den Kneipen aber schon kennt. Die im Prinzip korrekte Ethik des Für-immer-Ferien, Verantwortung-Nein!, Nicht-nach-Hause-schicken, Bitte-noch-ein-Getränk rächt sich in dem Moment, wo man mit denen zusammenarbeiten soll/will, denen man, während man Chancen ergriffen hat, die ganze Zeit das Rohmaterial geklaut hat und die sich Verantwortungslosigkeit – z.B. buchstäblich finanziell – nicht leisten konnten. Reden sollten über Style jetzt z.B. die Frauen, die sich den Style als heterosexuellen Jungsbegriff zurückerobern, indem sie für sich einen Style entwickeln, der diese Geschichte einbezieht: sich als Frau anziehen/frisieren wie sich Jungs angezogen haben, die das Sich-Anzie-

hen/Frisieren den Frauen abgeguckt haben. Das wird auch gerade dadurch wichtig, daß Style – im Gegensatz zu den 80ern – heute wirklich immer weniger eine Investition und immer mehr zu einer Waffe[5] wird. Dazu ist Style, bevor er thematisiert oder hypostasiert wird und also mißbraucht, um die Widersprüche und blinden Flecke auszulagern, genau der sichtbare Ort des Symptoms der Radikalität: dasjenige, das an der Akademie die Unvereinbarkeiten und Überforderungen produzieren könnte.

3. Moral und Verbot

Unter Hinweis auf die Gesetze des Hegemonialdiskurses werden Veranstaltungen mit Rechten blockiert. Freie Rede höre eben da auf, wo nicht das, was, sondern die symbolisch bedeutsame Tatsache, wer rede, entscheidend sei. Wo für Rechte ein Triumph im Kampf um kulturelle Hegemonie schon erreicht ist, wenn sie in einem bestimmten Kontext reden dürfen und sich dadurch als legitimer Bestandteil des demokratischen Spektrums inszenieren. Die relative Einigkeit über diesen Tatbestand bei den Wohlfahrtsausschüssen hat den Nebeneffekt, daß sich auch relativ ungestört der alte linke Gestus, sich als Besitzer der Wahrheit zu präsentieren, zurückkehren konnte. Was als gegenseitige Durchdringung von Poesie und Politik, individueller Erfahrung und neuen Universalitäten, neuen Subjektpositionen und neuen Solidaritäten beginnen könnte, befindet sich ständig in der Gefahr, von einem strukturell immer tendenziell mächtigeren reinen Universalismus auf eine Seite gekippt zu werden. Die Zustimmung zum Verbieten (auch wenn klar ist, daß man nicht von der Position der Macht aus verbietet und dieses Verbieten im Sinne von Blockieren erstmal legitim scheint) ist für die Binnenverhältnisse in den Wohlfahrtsausschüssen möglicherweise sehr prekär. Es ist zu wenig klar, wieviel von der grundsätzlichen, latenten Bereitschaft, klare Verhältnisse zuschaffen, auszugrenzen und festzuschreiben, bei den 90er Jahre-Persönlichkeiten überlebt hat. Wenn man nicht sehr bald die alte Spaltung in Künstler/Spinner versus Polittypen/Wahrheitsbesitzer wieder haben will, muß die Frage der Binnenwirkung von Entschiedenheitsdemonstrationen diskutiert werden. Es ist so geil, entschieden aufzutreten (und auch – strategisch – berechtigt), aber immer auch der Anfang vom Ende der Selbstreflexivität. Und dessen, was an Mehrdeutigkeiten und offensiv vertretenen Unsicherheiten gerade erst politisch zu werden begann. Die Erinnerung daran, wie sinnstiftend und berauschend mit Schmackes hervorgeschleuderte Empörtheiten sich von innen anfühlen, kommt mir im Rückblick auf die WA-Touren und -Kongresse heute unangenehmer vor als der von allen als unverständlich kritisierte Podiums-Beitrag auf der Hamburger Veranstaltung. Die leeren, pathologischen Entschiedenheitsdemonstrationen altlinker Persönlich-

keiten auf dem *Konkret*-Kongreß waren traurige Warnungen. Stuart Hall: »In jedem von uns steckt ein Stück eines ›dogmatischen Linken‹, das vor unser Bewußtsein Grenzposten stellt, bestimmte wesentliche, aber unbequeme Tatsachen aus unserem Gedächtnis streicht, bestimmte Fragen für indiskutabel erklärt, keinerlei Seitensprünge erlaubt und dazu beiträgt, bestimmte automatische und unhinterfragte Reflexe beizubehalten.«[6]

4. Universität und Organisation

Das berechtigte Mißtrauen gegen akademische und parteipolitische Organisationsformen hat auch dazu geführt, daß die Boheme-Linke einen Anschluß verpaßt hat, der sich nicht nur stolz als Weigerung, »denen ihr Spiel zu spielen« oder sich Probleme der Macht aufzwingen zu lassen, auf der Habenseite verbuchen läßt. Die völlige Abwesenheit von Kontakten zur Mehrheit der Bevölkerung und ihren Organisationen (und auch ihrer Kultur), die Arroganz, die sich in der ausschließlichen Beschäftigung mit symbolischen und sekundären Erscheinungsformen auch ausdrückt, wird da gefährlich, wo sie habituell wird (ein Style, der nichts von sich weiß). Diese Abwendung geschah in mehreren Schritten: der erste war zweifellos schon im Theorismus der 68er angelegt (der sich auch sprachlich gegen die damals neu zur Uni drängenden Schichten richtete), der zweite war die Abwendung auch noch von der Uni. Zwar waren beide Reaktionen nach außen, aber nicht für die Beteiligten in ihrer Dimension als Schachzüge in Konkurrenzkämpfen verständlich. So konnte auch nicht klar werden, daß die anschließenden Strategien (Öffnung für Markt) genau so ein Kompromiß mit der Macht waren wie der sogenannte Marsch durch die Institutionen, diesmal mit dem warenförmigen Gesicht. War der große Kompromiß (Widerspruch, Symptom) der 80er der, der sagte: wir bleiben radikal, aber wir arbeiten auch mit dem Markt zusammen, sonst werden wir weltfremd (oder auch: es ist viel radikaler, mit dem Markt zusammen zu arbeiten), dann muß der jetzt geforderte heißen: wir versuchen radikale Formen zu entwickeln oder zu erhalten, aber müssen ein anderes Verhältnis zu Institutionen gewinnen. Einen solchen Kompromiß machte in der Praxis jeder Poet, in der Regel mit dem Markt oder eben als Aufschub in einem der beiden Sinne. Es kommt aber darauf an, diese Kompromisse (Symptome) zu erkennen, zu benennen und nicht unter Zwang da einzugehen, wo es sinnvoll ist. Die Subjektivität des aufgeschobenen Lebens muß Bündnisse eingehen/Konfrontationen suchen, die ihr ihre objektive Seite zu erklären beginnen (nicht denunzieren). Und was man in den 80ern mit Werbeagenturen und Plattenfirmen machte, kann man genausogut mit Universitäten veranstalten. Daß dabei jenseits eines stichlinghaften Suchens nach dem jeweils etwas wärmerem Wasser (günstigerem Milieu) eine politische Perspektive

entsteht, gründet sich freilich nur in der Hoffnung, daß das nietzschemäßige oder quasi anthropologische Auftauchen von immer gleichen oder ähnlichen Widerstandsformen auch eine andere historische Seite hat, die verhindert, den selben Fehler zweimal zu machen. Die fröhlich-selbstreflexive Selbstaufklärung über Bedingtheiten und »böse« (konkurrenzkämpfende) Seiten »guter« (politischer) Absichten produziert oft jenen »zynischen Untertan« (Zizek), der alles weiß und gerade darum nichts tun kann.

5. Linksradikalismus, Politikfähigkeit, Mainstream

Ich will also weder sozialdemokratischen Positionen noch einem Basis-Überbau-Reduktionismus das Wort reden, noch mich einer Elitismus-Kritik beugen, die ja bezeichnender Weise auch zu Zeiten der Studentenbewegung immer von der rechten Sozialdemokratie kam (Helmut Schmidt), sondern vorschlagen, den ohnehin Kompromisse eingehenden Anteil an Lebensentwürfen seinerseits besser zu organisieren. Das kann nur geschehen, wenn die linksradikale Seite der Szenepolitik sich zunächst stärkt, nur dann sind solche Kompromisse (ohne irgendwelche entristischen Illusionen) sinnvoll. Der Politikfähigkeit muß immer eine spezifische Politikunfähigkeit gegenüberstehen. Ein Beispiel für solche Kompromisse ist die Forderung nach Quotierungen: linksradikale Kritik daran sagt immer, wie kann man dafür kämpfen, daß jemand bei einer eh unbefriedigenden Sache teilnehmen darf. Aber nur wenn das Privileg, die Erfahrung der Unbefriedigung durch Gratifikation verbreitet ist, entstehen neue politische Subjektpositionen. Wenn eine Summe der 80er ist, daß ein richtiges Leben im Falschen möglich ist, dann kommt es jetzt darauf an, im spezifisch politisch wichtigen Falschen richtig (radikal) zu leben.

6. Enzensberger entführen

Daß auf der Ebene der Symbole gekämpft wird und eine Aufnahme des Kampfes mit diskursanalytischen Mitteln dringend notwendig ist, darf über ein Eintreten für ein neues Erheben von Primärdaten nicht vergessen werden. Nur so kann man einer breiteren Szene erklären, warum man Enzensberger nicht widersprechen will, sondern ihn im Volksgefängnis für seine Korruption bestraft. Für seine Freilassung verlangen wir, daß er bei »Gaudimax« auftreten muß und Botho Strauß bei »Ruckzuck«. Da zeigt sich der wahre Dichter.

Anmerkungen

1 Das, was ich '77/'78 erlebte, haben andere früher oder später erlebt. In Hamburg konnte man auch 1972 schon Hippies hassen, nihilistischer Punker werden und Stooges hören. Eine zehn Jahre jüngere Studentin gab mir dieses Jahr in Los Angeles einen Text von sich zu

lesen, wo sie denselben Vorgang – Umschlag von Hippie zu Punk-Werten – in der kalifornischen Provinz im Jahre '83 beschreibt.

2 Von Poesie/Poet rede ich hier, um einen alten idealistischen deutschen Gegensatz aufrecht zu erhalten und mit ihm zu spielen, den zwischen Poesie und Politik. Ich könnte auch von Künstlertypen reden, was mir aber die Spezies, die ich meine, zu sehr einengt. Es geht um Leute, deren Legitimation ihre Individualität, Originalität und Authentizität ist. Nicht mehr diskutierbare, im Habitus zum Ausdruck gebrachte Erfahrungen. Mit Partei meine ich all jene Zusammenschlüsse, bei denen man sich diskursiv durchsetzen mußte (auch wenn in Wirklichkeit andere Regeln entscheidend waren).

3 Eine andere Unmittelbarkeit beschreibt die Agentur Bilwet für die Anfänge der Besetzerbewegung in Amsterdam: anders als bei den Szenen des deutschen urbanen Widerstands, die ich kennengelernt habe, sollen die Amsterdamer nahezu alle externen Zuschreibungen, Strategien und Sinnstiftungen abgelegt haben; nicht nur »Theorie« und »Ziel«, sondern auch Erkennbarkeit, Style, Moral. Die Tatsache, daß aus denselben Kreisen ausgesprochen durchdachte und effiziente Aktionen wie die »Nolympics«-Kampagne hervorgegangen sind, spricht allerdings dafür, daß die »Bewegungslehre« von Bilwet vor allem auf einen Aspekt der Bewegung abhebt und andere voraussetzt. Wenn man eingedenk dieser Lektüre aber Bewegung selbst, so wie Bilwet diesen Begriff fast metaphysisch fassen, mit dem analogisiert, was ich das »Radikale Symptom« nenne, ist es vielleicht möglich, diese beiden Modelle aufeinander abzubilden und von den ohnehin nur unsauber beschreibbaren historisch konkreten Bewegungen auf ein allgemeineres Modell von Radikalität zu kommen (das freilich Radikalität nicht anthropologisieren darf, wie zur Zeit in Mode ist, wenn etwa Katharina Rutschky »Stagediving« in ihren irren Begriff von »Jugendirresein« einschmilzt). Vgl. Agentur Bilwet: »Bewegungslehre«, Berlin/Amsterdam, 1991.

4 Während ich dies schreibe, höre ich mit großem Genuß eine CD von Dr. Dre, auf der gerade der Kehrreim gesungen wird »Who's the man with the masterplan? A nigger with a gun«. Radikalitätsgenuß ohne Folgen, Eskapismus deluxe und auf der anderen Seite doch wieder eines dieser Urerlebnisse, aus dem Solidaritätsmoleküle entstehen: ich kann mich nur solidarisieren mit dem, dessen Sätze ich gut finden kann.

5 Freilich eine problematische Unterscheidung, weil in den 80ern »Investition« schlechthin eine Waffe war: gegen die Schutzräume vor dem Markt, die einem eine Realisierungsmöglichkeit, auch im Sinne von »schlechtem Aufschub« inmitten des »guten« vorzuenthalten schien. Man lese diese Unterscheidung also neutral als Verschärfung, von Investition zur Waffe; als Homologie zu der nie ganz trennscharf wahrnehmbaren Verschärfung von erkämpftem über zugestandenem bis erzwungenem regellosen Leben in der Boheme.

6 »Neuorientierung der Linken« in S. Hall: »Ausgewählte Schriften« (herausgegeben von Nora Räthzel), Hamburg/Berlin 1989,S. 207ff.

Ankündigung der Veranstaltung »Die schönste Jugend ist gefangen« am 14.1.94 in Hamburg

die schönste jugend ist gefangen

irmgard möller lädt ein:

bruchstücke von der verschütteten geschichte der politischen subkultur - filme: "bullauge" hamburg 1966-69, "die wilden tiere" knastcamp ebrach 1969 mit kathrin seybold - erzählungen aus der vorzeit von marianne enzensberger und margit czenki - "splitter aus 22 jahren geschichte" von karl heinz roth - "22 jahre und davor" theorie- und rebellendisco mit diedrich diederichsen

22 jahre knast sind 22 jahre zuviel - freiheit für irmgard möller! und zusammenlegung aller gefangenen aus widerstand und raf bis zu ihrer freilassung. basta.

westwerk, admiralitätsstr.74,14.1.94, 19.30 uhr

durch die veranstaltung führt der wohlfahrtsausschuss hamburg

3

Weitere Texte der Wohlfahrtsausschüsse

Wohlfahrtsausschuß Ffm/Autonomes Antirassistisches Plenum Ffm

Neue Hausordnung: Betreten Verboten!

Aufruf zur Bundestagsblockade

Frühjahr 1993

Das Wechselspiel zwischen Regierenden und Regierten hat in den vergangenen zwei Jahren prächtig geklappt. Bis Rostock und Mölln waren es die Pogrome und alltäglichen Angriffe auf Flüchtlinge und Migrantinnen, die angefeuert vom Applaus der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen den gesetzlichen und administrativen »Handlungsbedarf« zur Verschärfung der Asylbestimmungen legitimierten. Seit Herbst 1992 stehen dafür die Lichterketten; sie säumen nicht nur Ufer, Straßen und Grünanlagen, sondern signalisieren Einverständnis. Denn jetzt, da das leidige »Asylproblem« endlich erledigt wird, fordern die »anständigen Deutschen« in stummem Appell und unter dem Motto »Gegen Haß und Gewalt« die Herrschenden auf, gleichfalls der unmittelbaren Brutalität faschistischer Überfälle Einhalt zu gebieten. Und im Kerzen- und Fackelschein kultischer Handlungen drückt sich der Wille zur Läuterung der Gemeinschaft aus, die unbelastet die kommenden nationalen Aufgaben lösen kann. Zugleich haben CDU/CSU, FDP und SPD, Regierungsparteien und Regierungspartei in der Opposition, im Schatten der Funzeln den angekündigten Asylkompromiß durchgezogen und klargemacht, wie sie das Zeichen deuten: als Zustimmung zur Einführung des Artikel 16a in das Grundgesetz, also zur Beseitigung des Asylrechts als individuelles Recht. Die faktische Abschaffung des Asylrechts bestätigt all jene, die »Deutschland zuerst« im Kopf haben – die Bürokraten, die Hetzer und die Totschläger.

Kündigen wir den nationalistischen Konsens auf!

In der Spannbreite vom Eintreten für ein Einwanderungsgesetz bis zum unmißverständlichen »Grenzen zu« formulieren die im Parlament relevanten Parteien lediglich einen nationalistischen Konsens zur »Lösung des Zuwanderungsproblems«.

Die Definitionsmacht darüber, ob jemand politisch verfolgt ist oder nicht, in Not ist oder nicht, soll nicht in ihren Händen bleiben. Wir wenden uns gegen jegliche Auslesekriterien, mit denen Menschen, die in diesem Land leben wollen oder müssen, der Aufenthalt verweigert wird. Ohne zeitliche Begrenzung und räumliche Einschränkung, ohne die in Asyl- und Ausländergesetzen festge-

schriebenen entwürdigenden Prozeduren soll jede und jeder hier leben können. Gegen die Abschottung Deutschlands ist die außerparlamentarische Opposition die einzig mögliche Form der politischen Intervention. Gegen die faktische Abschaffung des Asylrechts und zur Aufkündigung des nationalistischen Konsenses rufen wir deshalb am Tag der dritten Lesung des Artikels 16a Grundgesetz, dem Tag der Abstimmung, zur Blockade des Bonner Bundestags auf.

Kollektives Vergessen

Als am 21. Januar im Bundestag die 1. Lesung des Artikels 16a über die Bühne ging, konnten die Stoibers, Kloses, Seiters und Leutheusser-Schnarrenbergers siegessicher verkünden, daß im Interesse des Gemeinwohls es jetzt endlich gelänge, die »Einwanderung zu steuern« und den »Rechtsradikalismus zu verhindern«. Was Rechtsradikalismus und das Recht auf Asyl miteinander zu tun haben, scheint keiner Erläuterung mehr zu bedürfen.

Tatsächlich besteht ein Zusammenhang, aber eben jener, den die Bonner Kompromißler dabei sind, endgültig abzustreiten. Der Satz »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« ging ein in das Grundgesetz des von den West-Alliierten durchgesetzten bürgerlichen Rechtsstaates BRD, nachdem das nationalsozialistische Deutschland die europäischen Juden vernichtet, Sinti und Roma, Homosexuelle, Kommunisten und Sozialisten ermordet, als »arbeitsscheu« und »lebensunwert« aussortierte Menschen umgebracht hat. Die einzige Hoffnung aller Verfolgten, dem Tod zu entrinnen, war die Flucht aus Nazi-Deutschland und vor der rassistischen Volksgemeinschaft. Der Artikel 16 hatte die im Rahmen der Bonner Republik mögliche, symbolische Funktion, das Wissen darum aufrecht zu erhalten.

In der Grundgesetzänderung kulminieren die jahrelangen Debatten unter dem Motto »Das Boot ist voll«, die im Kontext der Vereinigung schließlich völkische Kategorien ansteuerten. Indem die Kompromißler von CDU/CSU, FDP und SPD politische Forderungen der Rechtsradikalen zum Interesse des Gemeinwohls erklären, wird das historische Bewußtsein, für das der Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 stand, endgültig zu zerstören versucht. Das in Bitburg und durch den Historikerstreit in Gang gesetzte kollektive Vergessen erhält normativen Charakter und dient als Eintrittsbillet für das neue Deutschland. Die geplante Verfassungsänderung ist ein weiterer Schritt zur Konstitution einer dritten deutschen Republik, die eine Angleichung der politischen an die ökonomische Machtstellung in Europa anstrebt und sich anschickt, in der imperialistischen Weltordnung eine Führungsrolle zu übernehmen.

Der Nationalismus, der derzeit politische Auseinandersetzungen hierzulande dominiert und jede Äußerung, die nicht von tiefer Sorge um das nationale Wohl

getragen ist, auszugrenzen und mundtot zu machen sucht, ist seit der Annexion der DDR in eine neue Qualität umgeschlagen. Der zunehmende Verlust von Opposition gegen diesen Nationalismus datiert jedoch aus der gesellschaftlichen Entwicklung der BRD im vergangenen Jahrzehnt. Von der Mobilisierung der »Gemeinschaft aller Demokraten« gegen die StaatsfeindInnen der späten siebziger Jahre, über deutschnationale Argumentationen in der Friedensbewegung Mitte der achtziger, bis hin zur Wiederentdeckung des »nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen« spannt sich ein Bogen. Auch große Teile der vormalig linken Opposition gliederten sich in den nationalen Diskurs ein und erhofften den Eintritt in eine zivile Republik. Der Prozeß des Vergessens, der Normalisierung unterstützt auch die Enthemmung des Untertanen und zeigt Kontinuitäten rassistischer Zuschreibungen in Deutschland. Innerhalb der vermeintlichen Zivilgesellschaft wird dies besonders deutlich an der fortwährenden Diskriminierung und erneuten Vertreibung von Sinti und Roma. Die Pogrome seit der Vereinigung fanden nicht trotz der deutschen Geschichte statt, sondern im Bewußtsein der erfolgten Deportation und Vernichtung, im Bewußtsein ihrer Machbarkeit. Deswegen sind die rassistisch Handelnden ernstzunehmen und nicht als bloß irrational Protestierende abzutun. Ob sich Gewalt nämlich gegen Herrschende oder gegen Unterdrückte richtet, deren Diskriminierung gesellschaftlich akzeptiert ist, ist keine Nebensache, sondern der Unterschied ums Ganze.

Der Bundestag beschließt ...

Im Unterschied zu der seit Ende der siebziger Jahre betriebenen Aushöhlung des Asylrechts durch Beschleunigungsgesetze (Abschaffung des Widerspruchverfahrens, Einzelentscheide etc.) und Sofortprogramme (Versagung der Arbeitserlaubnis, Sozialhilfe als Sachleistung etc.) sieht der neue Asylartikel die fast vollständige Abschottung des Staatsgebiets der BRD gegen Flüchtlinge vor. Der bisherige Artikel 16 bot zumindest für Männer – viel eingeschränkter für Frauen – die Möglichkeit, sich für die Zeit des Verfahrens legal in der Bundesrepublik aufzuhalten. Wer dagegen künftig aus einem sogenannten »sicheren Drittland« einreist, und das sind alle Anrainerstaaten der BRD, alle EG-Länder, Polen, Österreich, die Tschechische Republik und die Schweiz, kann sofort abgeschoben werden. Damit gibt es de jure für Flüchtlinge keinen Landweg in die Bundesrepublik mehr. Und auch über den Luftweg, selbst bei Vermeidung einer Zwischenlandung in einem »sicheren Drittland«, können Flüchtlinge durch die schwer erfüllbaren Visa-Bedingungen der BRD und deren Kontrolle durch die Fluggesellschaften Deutschland kaum noch legal erreichen. Zusätzlich wird per Gesetz eine absurde Liste sogenannter Nichtverfolgerstaaten erstellt, die den

gleichen Zweck hat – sofortige Abschiebung ohne gerichtliche Einzelfallprüfung.

Die faktische Gewalt dieser gesetzlich geregelten Abschottung wird sich also auf den Flughäfen, an den Grenzen und außerhalb vollziehen. Die rechten Technokraten bereiten die entsprechenden Maßnahmen für die Abschiebepraxis vor: Innenminister Seiters plant mobile Infrarot- und Radargeräte zur Überwachung der deutschen Ostgrenze. Nach dem Muster des deutsch-rumänischen Abkommens »über die Rücknahme von deutschen und rumänischen Staatsangehörigen« hat das Innenministerium am 18. Januar 1993 Verhandlungen mit der polnischen Regierung über finanzielle und administrative Hilfe bei der Abschiebung, der Verhinderung erneuter Einreise und dem Rücktransport von AsylbewerberInnen aufgenommen. Verhandlungen mit der Tschechischen Republik sollen folgen. Die geplanten Maßnahmen und Abkommen zielen auf die Errichtung von Pufferstaaten im Osten. Die Sammellager in der Bundesrepublik werden so durch exterritoriale Internierungslager im Interesse der europäischen Hegemonialmacht Deutschland ergänzt.

»Hessen handelt«

Für Hessen und speziell die Region Rhein/Main kommt dem Flughafen Frankfurt entscheidende Bedeutung zu. Schon im Gefolge der Beschleunigung von Asylverfahren erstellte die rot-grüne Landesregierung unter der Federführung der Fraktionsvorsitzenden Klemm (SPD) und v. Plottnitz (Grüne) den Plan, in direkter Nähe des Flughafens ein Erstaufnahmelager für Flüchtlinge zu errichten. Unter Mitarbeit des Bundesgrenzschutzes soll dort zum 1. April 1993 eine Außenstelle des Bundesamtes für ausländische Flüchtlinge Zirndorf für bis zu 1 000 Flüchtlinge entstehen. Entscheider des Zirndorfer Amtes und eine Außenstelle des Verwaltungsgerichtes sollen garantieren, daß über Rhein/Main ankommende Flüchtlinge dort unverzüglich »behandelt« werden können. »Ziel dieses Konzeptes müßte es sein, daß die offensichtlich unbegründeten Bewerber auf dem Gelände des Flughafens verbleiben und in kürzest möglicher Frist über den Flughafen wieder ausreisen« (Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd). Mit der Asylrechtsänderung wird diesem neuen Sammellager die Aufgabe einer zentralen hessischen Abschiebestelle zukommen. Sowohl Menschen, die aus »Nichtverfolgerstaaten« auf dem Flughafen ankommen, als auch diejenigen, die über »Drittländer« einreisen, werden vermutlich hier festgehalten. Darüber hinaus werden im geplanten Flüchtlingsgefängnis die aus anderen hessischen Erstaufnahmelagern (Schwalbach, Gelnhausen, Gießen und Kassel) abgelehnten AsylbewerberInnen bis zur Abschiebung interniert bleiben.

Staatlicher Rassismus

»Deutschland zuerst« ist zum Leitmotiv des Asylkompromisses geworden. Die Kriminalisierung der MigrantInnen, die permanente Rede von »Scheinasylanten«, von »illegalen Einwanderern« verbindet sich mit einer Ethnifizierung von Kriminalität (»Drogenpolitik«, »Sicherheit in der Stadt«), die Flüchtlinge und MigrantInnen, welche in der Bundesrepublik leben, unterschiedslos trifft, um sie auszugrenzen. Die Bedrohungsszenarien stellen die Verhältnisse auf den Kopf: die wirklich Bedrohten, die Verfolgten und Verdammten dieser Erde werden zur »Gefahr für die europäische Kultur« erklärt. Im »besten Fall« beschwören diejenigen, denen die »Würde des Menschen unantastbar« ist, die Nützlichkeit der Wirtschaftssubjekte, der Malocherinnen und Köche, Steuerzahlerinnen und Rentensicherer, und sortieren nach nützlicher Zuwanderung und unnützen Flüchtlingen. Die vorherrschenden und auch unter Linken anzutreffenden ökonomistischen Erklärungsversuche für Rassismus entlasten zumindest indirekt Täter und Täterinnen. Begriffe wie »Fremdenfeindlichkeit« und »Wohlstandschauvinismus« taugen nicht zur Kennzeichnung rassistischer Gewalt. Sie schreiben den Rassismus allein den faschistischen Organisationen und den unterworfenen wie sich unterwerfenden Individuen zu. Sie verdecken die Tatsache, daß die rassistischen Zuschreibungen, wie sie in den Bedrohungsszenarien entworfen sind, bereits die Grundlage wie die Legitimation staatlicher Maßnahmen bilden und europaweit herangezogen werden (»Schengener Abkommen«, TREVI).

Der gegenwärtige Eurozentrismus verbindet sich mit der neuen imperialistischen Weltordnung; die nicht mehr auf die Industrialisierung und die Erweiterung der Märkte in der sogenannten Dritten Welt gestützt ist, sondern auf die abgekoppelte Abhängigkeit von den Metropolen zielt. Militärischen UN-Polizeiaktionen dort entspricht die Abschottung der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den Flüchtlingen mittels europäisch koordinierter Polizei- und Grenzschutzmaßnahmen hier. Der Neorassismus, der die »Differenz der Kulturen«, ihre unüberwindliche Abgrenzung und Unvereinbarkeit behauptet, fügt sich so in die politische und ökonomische Abkopplung der Armuts- und Hungerzonen der Welt von den kapitalistischen Zentren ein.

»Deutschland zuerst« ist die völkische Formel des deutschen Hegemonieanspruches in Europa. Die bevorstehende Aufnahme des neuen Deutschland in den Sicherheitsrat der UNO wird diesen Hegemonieanspruch forcieren. Unter diesen Bedingungen kann Deutschland im Zuge der »Harmonisierung des europäischen Asylrechts« und der angestrebten »europäischen Staatsbürgerschaft« für die EG-Mitgliedsstaaten zum Modell werden. Es besteht die Gefahr, daß –

angetrieben durch Eurozentrismus und Neorassismus – das bürgerlich-demokratische Territorialprinzip (ius soli), nach dem die Staatsanghörigkeit vom Geburtsort der einzelnen abhängig ist, unterlaufen oder gar abgeschafft wird. An dessen Stelle träte dann das in Deutschland seit 1913 geltende Abstammungsprinzip (ius sanguinis), das die Verwandtschaftsbeziehungen zur Grundlage der Staatsanghörigkeit macht und ZuwandererInnen auch in der zweiten und dritten Generation erst einmal ausschließt. Die »Neue Rechte« in Europa hat dies längst zu ihrer zentralen Forderung gemacht. Und wie das Haidersche Volksbegehren in Österreich verdeutlicht, entspricht der völkischen Abschottung nach außen die Ethnifizierung im Inneren, bis hin zur Forderung nach Ausländerquotierung in der Schule, um die »rassische Gemeinschaft« der StaatsbürgerInnen zu zementieren. Damit nicht wie beim Asylrecht die Forderungen der Rechtsradikalen später zum Gemeinwohl erklärt werden, müssen wir diesen politischen Prozeß stoppen. Angesichts tagtäglicher rassistischer und antisemitischer Angriffe in Wort und Handlung, angesichts der Verbreitung rassistischen und faschistischen Denkens – gerade hier in Deutschland – liegen unsere unmittelbaren Handlungsmöglichkeiten darin, den Verfolgern da zu begegnen, wo sie auftreten, den Preis für rassistisches Handeln möglichst hoch zu treiben und die Zustimmung zum neuen Asylgesetz so schwer wie möglich zu machen.

Für den Tag der dritten Lesung des Artikels 16a ist die Blockade des Bundestags die Aktion, die den völkisch-nationalen Konsens von Regierenden und Regierten aufbricht. Die Demonstration gilt der Solidarität mit den Verfolgten und auch der Aufkündigung der rassistischen Gemeinschaft mit den Verfolgern – den Faschisten, den Claqueuren und den Technokraten.

Wohlfahrtsausschuß München

Zur Zeit Niemandsland

Diskussionspapier zur Unterstützung der Aktion der Roma in Dachau

Sommer 1993

1.

Etwas Lokalkolorit: Als im April 1919 bewaffnete ArbeiterInnen der Münchner Räterepublik das Polizeipräsidium in der Ettstraße besetzten, flogen zusammen mit den Akten der politischen Polizei auch tausende von »Zigeuner«-Polizeiakten aus dem Fenster und gingen im Hof in Flammen auf. Die RevolutionärInnen vernichteten Aktenbestände der bereits 1899 in Bayern eingerichteten »Zigeunerzentrale«, die das Ziel einer zentralisierten und totalen Registrierung und Überwachung der in Deutschland lebenden Sinti und Roma hatte. Bis zu m Herbst 1938 war die »Reichszigeunerzentrale« in München angesiedelt, bevor sie auf Erlaß Himmlers als »Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« in das Reichskriminalpolizeiamt in Berlin eingegliedert wurde. Nun war die Zentralisierung und Zusammenfassung der Repressionsinstrumente soweit abgeschlossen, daß zur planmäßigen Verfolgung und Vernichtung der Roma und Sinti übergegangen werden konnte. Die bayerischen und Münchner Behörden spielten von jeher eine Vorreiterrolle im Bemühen um eine Effizierung der Verfolgung: Schon 1926 wurde das bayerische »Zigeuner und Arbeitsscheuengesetz« erlassen. Und 1953 wurde beim LKA unter Leitung von Josef Eichberger, dem kurz zuvor noch beim Reichssicherheitshauptamt für die Deportation von Roma und Sinti Hauptverantwortlichen, die »Landfahrerzentrale« eingerichtet.

2.

Schon in der Namensgebung der Gesetze zur traditionellen »Zigeunerbekämpfung« in den 20er Jahren tauchen vielfältige Bezüge auf: Der Dreischritt »Zigeuner, Arbeitsscheue, Landfahrer« verweist einerseits auf die Überschneidung von Rassenanthropologie und Rassenhygiene, die das Spezifische der rassistisch begründeten NS-Vernichtungspolitik ausmacht, insofern Roma und Sinti sowohl als »Minderwertige« oder »fremdartige Rasse« als auch als »Asoziale« und »Lumpenproletarier« verfolgt wurden. Andererseits scheinen in den drei Titulierungen »Zigeuner, Arbeitsscheue, Landfahrer« deckungsgleich diskursive Praktiken des Neo-Rassismus auf, die um die Konstruktionen der Begrifflichkei-

ten »Rasse-Klasse-Nation« und deren permanente Sinnverschiebung oszillieren. Sicherlich mit ein Hinweis dafür, weshalb Roma heutzutage und hierzulande eine Katalysatorfunktion für den neuen Rassismus zu übernehmen scheinen. Ein Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr nur die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit kultureller Differenzen ist, und der als differentialistischer Rassismus oder »Rassismus ohne Rassen« gekennzeichnet wird.

3.

Sowohl die historische und juridische Verdrängung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik als auch das schamlose Weiterwirken der antiziganistischen »Vorurteile« bis weit in sich als aufgeklärt und liberal verstehende Kreise hinein, sind sicherlich heranzuziehen dafür, warum die Aktionen der Roma in Dachau neben dem Presseecho ohne größere linke Öffentlichkeit stattfanden. Ebenso hat sich gezeigt, daß mit moralischen Appellen an ein kaum oder nicht vorhandenes Schamgefühl sich diese Öffentlichkeit nicht konstruieren läßt. Zu der überfälligen Auseinandersetzung mit dem Rassismus, der den Roma in diesem Land entgegenschlägt, versuchen wir mit dieser Veranstaltung beizutragen.

4.

Wir glauben allerdings nicht, daß es viel hilft, beispielsweise per Lichterketten an humanistische Werte zu appellieren, über die die Rassisten nur die Achseln zucken würden. Auch nicht, daß Aufklärung darüber, welche positiven Qualitäten die verfolgten Minderheiten anstelle der ihnen nachgesagten besitzen, viel nützen könnte. Die Wurzeln für Rassismus sind in den Verfolgern zu suchen, nicht in den Opfern, die man unter bekannten Vorwänden hat ermorden lassen. Wir halten Rassismus für eine spezifische Praxis, das Glücksversprechen zu negieren, das immer wieder sich ausdrückt, wenn Menschen durch ihnen – warum auch immer – unterstellten Nonkonformismus oder Hedonismus einer anderen Art und Weise ihr Genießen zu organisieren verdächtig werden. Der Haß auf den anderen ist aber das Haß auf das unterdrückte, eigene exzessive Genießen. Es sind Herrschaftsverhältnisse, die den Haß der Rassisten auf alles, was sich der herrschenden Versagung augenscheinlich entzieht, herausfordern.

5.

Betrachtet man nur die Ereignisse von Rostock und deren rassistische Legitimationsversuche, was das für »Deutsche« angeblich so provozierende Benehmen der Roma betrifft, ist die Analogie zum das Ostjudenstereotyp der 20er Jahre leicht auszumachen: »Die klauen den ganzen Supermarkt leer – die pissen sogar

in die Regale – ich hab gesehen, wie sie hier auf der Wiese Katzen gegrillt haben – die vergewaltigen am hellichten Tag unsere Frauen und Kinder.« Nach 1919 suchten an die 100 000 Ostjuden in Deutschland Zuflucht, und quer durch alle politischen Lager und sozialen Schichten war verbreitet, sie stünden auf einem niedrigeren kulturellen, zivilisatorischen Niveau. Dieses Ostjudenstereotyp, dessen Objekt die NS-Vernichtungspolitik auslöschte, wird heute bezogen auf Roma nicht nur von spießbürgerlicher, sondern gerade auch von sich fortschrittlich oder »ausländerfreundlich« schmückender Seite illustriert. Der multikulturelle Vordenker Cohn-Bendit hat in seinem Buch »Heimat Babylon« eine klare Trennungslinie zwischen rot-grüner Generosität und den Roma gezogen: »Wo die Sinti und Roma auftauchen, werden sie in aller Regel schnell zu troublemakers, die fast ausschließlich als Last und Zumutung erscheinen und die in der Tat insofern asozialer oder genauer: nicht sozial sind, als sie nicht erkennen lassen, daß sie zu der Gesellschaft, in der sie leben, Zugang finden wollen.« Nicht daß er abgeschrieben hat, aber es war schon das Reichskriminalpolizeiamt, das am 4.4.1938 im Rahmen der sich verschärfenden Verfolgung der »Zigeuner« die neue Haftkategorie konstatierte: » Als asozial gilt, wer zeigt, daß er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will.«

6.

Vom 15. bis zum 17. Jahrhundert fand eine groß inszenierte Verfolgung der Roma statt. Objekte waren Roma, die Ende des 15. Jahrhunderts nach Westeuropa vor der Verschleppung und Versklavung im byzantinischen und osmanischen Reich flohen. In mehreren Migrationswellen erreichten sie Ost-, West- und Nordeuropa. Vor allem im Königreich Ungarn, den Fürstentümern Moldau und der Wallachei wurden sie erneut zu Leibeigenen oder Sklaven. Erst 1860 wurde die Versklavung und Leibeigenschaft der Roma beendet. Durchaus vergleichbar mit African Americans sehen sich Roma mit einer Geschichte der Versklavung und der anschließend bis heute fortgesetzten Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert. In der frühen Neuzeit setzte eine soziale Disziplinierung ein, in deren Rahmen auch die Roma als Fremde und als Flüchtlinge, als Menschen ohne Haus und Besitzstand, Objekte staatsrassistischer Maßnahmen wurden. In der Phase, in der der bürgerliche Staat, die moderne Nation sich konstituierte, der Aufbau von Verwaltungsinstitutionen, der Übergang von der Eigenfinanzierung durch Steuern durchgesetzt wurde, als die feudale Agrar- in die Kapitalwirtschaft überging, wurden die Kriegstechniken verändert, wurde die allmähliche Erfassung und Zurichtung der mittelalterlichen Stadt- und Landbevölkerung in administrativ beherrschbare Untertanen organisiert. Die Bevölkerung wird Objekt weitgefächerter Polizeikontrollen und Disziplinierungsmaßnah-

men. Kirchen und Berufsbeamtenheer, Drill-, Arbeits- und Armenhäuser sind die Agenturen, Einsperrung, Berufsreglements sind die Mittel sozialtechnischer Disziplinierung. Im 19. Jahrhundert dann erreicht die Verfolgung der Roma durch weitere Institutionalisierung und durch eine biologistische Verwissenschaftlichung eine neue Qualität.

7.

Der Gleichschritt von Nationalismus, Sozialdisziplinierung, Normierung und Staatsrassismus produziert die Motivation der individuellen rassistischen Perspektive, die wieder auf den staatsrassistischen Diskurs zurückschlägt. Die Aggression der Bevölkerung, die sich gegen Roma schon vom 15. Jahrhundert ab richtet, resultiert nicht aus Eigenschaften oder Handlungen der Opfer, sondern aus Erinnerungen und Erfahrungen der Untertanen mit der fortwährenden Integration in den modernen Staat. Roma wurden Projektionsfläche der eigenen unterdrückten Wünsche, die der Disziplinierungsdiskurs des frühmodernen Staates ausschloß. Roma wurden beschuldigt, Zauberei, Falschmünzerei und schwarze Magie zu betreiben. Deutlich wird, daß das, was am Fremden unheimlich ist, nur das heimliche Eigene ist . Regungen, die dem Subjekt als dessen eigene nicht durchgelassen werden, ihm aber doch zu eigen sind, werden dem Objekt zugeschrieben, dem prospektiven Opfer.

Literatur:

Michael Zimmermann: »Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma«, Essen 1989.

Roma National Congress: »Roma und Deutschland. Zur Situation der Roma in Europa und Deutschland seit der Wiedervereinigung«, Hamburg 1993.

Wohlfahrtsausschuß Hamburg

»Die schönste Jugend ist gefangen«

Zu RAF und der seit 22 Jahren inhaftierten Irmgard Möller

Januar 1994*

Die Geschichte des bewaffneten Kampfes und anderer Formen des militanten Widerstandes kann nicht nur von ihren Ergebnissen her betrachtet werden (weder um diese Ergebnisse gegen sie zu wenden, noch um einfach weiterzumachen). Die Ergebnisse sind ja bekannt, und viele haben Erfahrungen gesammelt mit den zahllosen gescheiterten Versuchen, die Revolution, die Autonomie, den anti-imperialistischen oder den kommunistischen Kampf zu führen oder durchzusetzen. Viele von denen, die gekämpft haben, wollen davon heute nichts mehr wissen; sie sind da, wo Leute ihres Alters und ihrer Herkunft jetzt eben sind: in Lehrerposten oder bei der Müllabfuhr. Wo einige von denen sind, die den Kampf für ihre Hoffnung mit allen Konsequenzen und aufrichtig geführt haben, wissen wir:

Irmgard Möller, die Ende der 60er Jahre den Kampf gegen dieses System aufgenommen hatte, sitzt seit 22 Jahren im Kanst. Wenn wir mit Irmgard und den anderen Gefangenen solidarisch sind und ihre Freilassung fordern, heißt das nicht, daß wir uns auf die damit konkret verbundene Geschichte, nämlich die der RAF, fixieren lassen.

Was uns zunächst interessiert hat, jenseits der hierarchisch geführten Organisationsdebatten und der mit ihnen verbundenen Verdrängungen, ist die Betrachtung jener Phase, die noch vor der Verhaftung Irmgards im Juni 1972 liegt. Sie liegt also noch vor der Einführung der Isolationsfolter als gewissermaßen normaler Strafvollzug gegen Militante, vor dem Versuch, bei Ulrike Meinhof eine Gehirnoperation zu erzwingen, vor den gescheiterten Aktionen, die Gefangenen der RAF zu befreien ...

Wir haben von der Geschichte vor 1972 zumindest Splitter zusammenstellen wollen, weil es uns auch darum geht, die verschiedenen Mythologisierungen und Dämonisierungen der RAF durch die Erinnerungen an ihre Vorgeschichte aufzubrechen. Jene vier oder fünf Jahre zu betrachten, ist aber schon allein deshalb naheliegend, weil es die wenigen Jahre waren, die Irmgard Möller in Freiheit lebte und in der subkulturellen Bewegung Münchens aktiv war. Darauf zurückzukommen, hat für uns nichts mit beschaulicher 68er-Nostalgie zu tun. Es geht vielmehr darum, eine Phase der Geschichte zu rekonstruieren, in der die ver-

schiedenen revolutionären, hedonistischen, oppositionellen oder analytischen Ansätze in einer Form nebeneinander existierten und im Konflikt mit der Gesellschaft standen, wie dies danach nur noch einmal mit Punk passiert und von der autonomen Linken bewußt zu organisieren versucht worden ist. Natürlich haben sich die Verhältnisse in den letzten 25 Jahren in einer Weise verschärft und verändert, die es naiv erscheinen läßt, die damaligen Lebens- und Kampfformen, die Diskussionen und Forderungen einfach nur zu beschreiben.

Zwischen 1966 und 1969 wurde die faschistische Kontinuität der deutschen Nachkriegsgeschichte das erste Mal massiv aufgebrochen. Der gegen die deutsche Normalität geführte Kampf verlief an Fronten und über Forderungen, die oberflächlich betrachtet heute zum großen Teil verwirklicht sind. 1967 war die Oppositionslinie jedoch in einem tiefen Konflikt mit der gesamten Gesellschaft, und Forderungen nach freier Sexualität und gemeinschaftlichem Wohnraum, nach dem Genuß von Drogen und Musik ließen sich noch nicht trennen vom Kampf gegen reaktionäre Strukturen in den Unis oder in den Betrieben, von der Suche nach Analysen, die den Klassenfeind begreifend, ihn in die Knie zwingen helfen sollten.

Wenn vom SDS und der APO die Rede ist, wird gern unterschlagen, daß die Gründungsmitglieder der RAF jener antiautoritären Fraktion nahestanden, von der 1967 die wirkungsvollsten Aktionen des SDS ausgingen und die insbesondere die radikale Veränderung des eigenen Lebens bewußt in die politische Aktivität einbrachte. Diese provokatorischen Aktionen waren auch deshalb so erfolgreich, weil der Staat und die Polizei auf das Spiel mit Ironie, Verkleidung und Verwirrung nicht vorbereitet waren und mit den klareren Fronten der bisher üblichen Mittel besser umgehen konnten. Sie waren insofern ›militant‹, als sie den Bruch mit den Versöhnungsangeboten der Öffentlichkeit zum Ausgangspunkt hatten.

Die APO-Bewegung breitete sich bis Ende 1968 mit so unerwartet hoher Geschwindigkeit aus, daß an die Organisationsfrage ganz neue Anforderungen gestellt wurden. Seit 1969 entstanden ebensoviele Ansätze, die Bewegung fester und effektiver zu organisieren, wie innerhalb und außerhalb dieser Ansätze die Gefahr des Verlustes der Radikalität zunahm. Durch die Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 und den Anschlag auf Rudi Dutschke im April 1968 sowie insgesamt die Zunahme staatlicher Repression – Ende 1969 liefen um die 10 000 Ermittlungsverfahren gegen APO-Mitglieder – stieg die Bereitschaft zu illegalen Aktionen.

Die RAF entstand als eine Organisation neben vielen anderen, in denen illegale Aktionen geplant und durchgeführt wurden. Sie wurde aktiv, als von »Terror« und »Terroristen« in der bürgerlichen Presse schon lange die Rede war, ob-

wohl nur mit Tomaten geworfen oder Pudding-Attentate vorbereitet wurden. Über den »Terror« der APO schrie die Presse immer dann besonders laut, wenn er von seiten der Polizei verschärft ausgeübt worden war – ganz zu schweigen von den Situationen, in denen es gelang, sich dem staatlichen Terror zu widersetzen.

Als die RAF den bewaffneten Kampf auf die Tagesordnung setzte, waren damit noch keine Erfahrungen gesammelt worden. Die Reaktion des Staates war andererseits umso härter. Auch wenn die RAF auf ihrem Weg das utopische Element verlor, so kann sie doch nicht von ihm getrennt werden, bestand doch die Hoffnung, sich durch das neue Kampfmittel gegen den verschärfter vorgehenden Staatsapparat eine neue Beweglichkeit und Schlagkraft anzueignen.

Die ersten Erklärungen knüpften noch an Begriffe der antiautoritären Bewegung an: Die RAF wollte demonstrieren, daß man gegenüber dem bewaffneten Staat die Initiative behalten kann, wollte Mut machen, exemplarisch den Gehorsam verweigern und den durch die Repression Demoralisierten neue Hoffnung geben. Der vorweggenommene Schritt in die Illegalität sollte beweisen, daß der Staat die Linke mit der Kriminalisierung nicht mehr würde treffen können.

Der Duktus einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei, der in den Texten zur großen Verwunderung ihrer Sympathisanten von der RAF gewählt wurde, und der Versuch, die in solchen Organisationen gebundenen Kräfte (die KPD/ML und andere K-Gruppen) durch die Anknüpfung an eine maoistische Terminologie zu gewinnen, ist besonders erstaunlich, wenn man ihre Herkunft aus dem antiautoritären Milieu bedenkt. Wenn die RAF »dem Volke dienen« wollte, so war das »Volk« aufgrund der Erfahrung von Ulrike Meinhof, Andreas Baader und anderer RAF-Mitglieder mit randständigen Jugendlichen klar definiert als derjenige Teil, der in einem mehr oder weniger entschiedenen und gewalttätigen Konflikt mit der Gesellschaft stand.

Das theoretische Gerüst des Maoismus auf die Deutschen und ihre Geschichte anzuwenden, konnte nicht gelingen. Eine entscheidende Veränderung im maoistischen Guerillakonzept wurde daher auch genau dort vorgenommen, wo es um die Einbindung der Bevölkerung in den Kampf und die Angewiesenheit auf deren Unterstützung im Rückzugsgebiet ging. Für Mao bewegte sich der Guerillero im Volke wie ein Fisch im Wasser, konnte nach Überraschungsangriffen dem Zugriff des überlegenen Feindes entwischen. Die RAF sah das helfende Wasser in der Anonymität der Großstadt, also genau dort, wo die modernen kapitalistischen Verhältnisse zur Vereinzelung der Menschen in der Masse geführt hatten.

1970 bis 1972 konsolidierte sich die Gesellschaft gegenüber den Angriffen von links so weit und begann auch die vielen kleinen unorganisierten und mit

Gewalt geführten Konflikte so gut zu kontrollieren, daß die radikalen Elemente immer einfacher und öfter isoliert wurden; dazu gehörte auch, daß große Teile der Linken sich ihr Verhältnis zur Gewalt vom Staat diktieren ließen und sich insbesondere vom bewaffneten Kampf distanzierten, obwohl die RAF selbst in der Bevölkerung überraschend viel Sympathie erlangte.

Die RAF selbst hat ihre Avantgarde-Rolle auch immer gegen ihr linkes Umfeld eingesetzt, Bedenken und Kritik mit der Frage nach der Konsequenz abgewehrt. Der Versuch der Stadtguerilla, die Situation der Linken 1972 durch eine neue Offensive zu retten, ist nicht ohne die Enttäuschung über ihre Isolation und die berechtigte Befürchtung der Integration des revolutionären Potentials in das SPD-regierte System zu verstehen. Die Offensive der RAF im Mai 1972 setzte aber eine beispiellose Fahndungsaktion des Staates in Gang und führte schließlich zur Verhaftung fast sämtlicher Illegalen: Die schützende Funktion, die die Illegalität haben sollte, erwies sich als unhaltbar.

Was dann mit den Gefangenen in deutschen Knästen passierte, wie die Einführung der Isolationsfolter in der Öffentlichkeit geschützt und von überraschend vielen Linken ignoriert wurde, war auch ein Novum in der Nachkriegsgeschichte. Es verschärfte die Isolation der RAF und drängte sie noch weiter in Aktionen und Organisationsformen, die weit von den Hoffnungen der Anfänge lagen. Mit der Abkehr eines großen Teils der Linken von den Gefangenen, gerade als der Staat mit unglaublicher Härte ein Vernichtungsprogramm gegen sie durchführte, entstand das Dilemma, das lange die Solidaritätskampagnen für die RAF belastete; die von den Unterstützerkreisen fortgesetzte Politik des kompromißlosen Bruchs mit allen, die die radikale Linie nicht teilten. Es waren fast nur die aktiv gegen die Isolationsfolter Kämpfenden, welche die erschütternden Details des Schicksals der Gefangenen in den Hochsicherheitstrakten kannten oder kennen wollten.

Nicht nur für jene, die eine internationalistische Perspektive suchten, galt die RAF als Avantgarde; sie hatte auch Vorbildfunktion für eine Tendenz in der Linken, die alle spielerischen, künstlerischen oder kulturellen Strategien mit der Frage nach praktischer Wirksamkeit unter Druck setzte: In der Linken der 70er Jahre – und auch heute noch – war harte Arbeit angesagt, nicht Musik, Bilder oder Genuß; Verbindlichkeit und Disziplin wurde gefordert, auf Unzuverlässigkeit und ungreifbare Provokationen auch des internen Konsenses wurde mit Ausgrenzung reagiert. Der Kampf mit der Knarre galt hier als radikalste Verwirklichung dieser Disziplin, und das, obwohl die RAF aus einem Milieu hervorgegangen war, in dem die provokatorischen, antiautoritären Aktionen geplant wurden.

Dabei sind gerade die Stadtguerilla-Aktionen in Westeuropa, wie auch andere militante Kampfformen der Linken, in hohem Maße abhängig gewesen von

ihrer Vermittlung über die Bilder in den Medien. Dieser Zusammenhang wurde in der Linken und in der RAF nur wenig diskutiert. Gegen das Kriterium der Wirksamkeit und einer scheinbar unwiderlegbaren Eindeutigkeit der Aktionen bestehen wir darauf, daß die Vieldeutigkeit und die Vielfältigkeit des Widerstands, daß insbesondere Ironie, das Spiel mit Verkleidungen und Doppeldeutigkeiten wichtige Mittel des Kampfes sind, hilfreich vor allem für Minderheiten, für Kräfte, die in dem gesellschaftlichen Alltag mit harten Repressionen zu rechnen haben, wenn sie offen auftreten.

Diese Strategien bewahren auch das utopische Element des Kampfes. Der Verdacht des Karrierismus oder der Beschränkung auf Mode und Life-Style-Kultur, der gegen Musiker und Künstler vorgebracht wird (und die damit verbundene Diskriminierung von Drogen und Rausch), verkürzt die besonderen Möglichkeiten, die im subkulturellen Kontext entwickelt werden. Die Radikalität der Kritik kultureller Strategien wird von den traditionell Politischen aufgrund dieser Verdächtigungen nicht wahrgenommen und hat auf der anderen Seite dazu geführt, gerade gegenüber diesen politischen Perspektiven eine Sprache zu entwickeln, die ihnen nicht mehr verständlich ist und die sich über deren enge Begrifflichkeit lustig macht.

In der Punkbewegung wurde diese Sprache erstmals massiv gegen die Linke eingesetzt. Wie schon Anfang der 70er Jahre übte die RAF am Ende der 70er Jahre eine glamouröse Faszination auf die jüngere Generation aus. Sie stand mit ihrer Integrität als konsequentestes Symbol gegen die Gesellschaft, die man selbst – meist unreflektiert – mit allen ihren Widerwärtigkeiten haßte. Anders als unter dem Einfluß der APO spielte sich diesmal die Rebellion deutlicher in einem ästhetisch-symbolischen Raum ab, wenngleich die Punks in der Realität mindestens ebenso gejagt und verdammt wurden wie um 1968 die Antiautoritären.

Aber vor allem wegen der mangelnden Integrität der nachgebliebenen 68er und ihrer Politik wollte man mit Politik im eigentlichen Sinne nichts zu tun haben. Wer über Politik redete, »laberte eh nur«. Die Errungenschaften der 68er hatten sich als Selbstlüge herausgestellt. Alle rebellischen Ansätze hatten sich in eine friedfertige und harmlose Idylle verflüchtigt. Ihre alternativ progressive Selbstzufriedenheit, ihr phantasieloses Outfit, ihre Kommunikationsstrukturen paßten zu den langweiligen und depressiven Megabands, wie Genesis oder Pink Floyd, die sie verehrten, zu den Discos und den Tänzen, die sie dort aufführten; es war die Perversion einer vormals revolutionären Haltung. Dafür wurden sie von den Punks gehaßt. Ihnen ging es darum, sich außerhalb des gesamten politischen und kulturellen Konsens zu stellen, eine mit symbolischen Mitteln gefundene Kriegserklärung gegen den ethischen und ästhetischen Minimalkonsens

der kapitalistischen Gesellschaft zu formulieren und zu leben. Die grundsätzliche Weigerung, irgendwelche Regeln aufzustellen oder Fragen nach dem Aussehen unserer Utopie zu beantworten, wie überhaupt den Punk festzulegen oder ihn als eine Bewegung anzusehen, ließ das Ganze in die widersprüchlichsten Richtungen ausufern.

Ein Hakenkreuz und ein RAF-Zeichen waren kurze Zeit gleichermaßen taugliche Symbole, den Konsens der goldenen, sozialliberalen 70er Jahre zu erschüttern. War das Hakenkreuz erst dazu gedacht, dem Spießer, dem man den geheimen Wunsch nach der faschistischen Ordnung unterstellte, mit dem tabuisierten Symbol den Spiegel vorzuhalten, entwickelte es sich schnell zu einem ernstgemeinten Symbol für Leute, deren Verhältnis zur Gewalt nicht mehr, wie ursprünglich gedacht, ein symbolisches war.

Aus der Symbolhaftigkeit der Gewalt und der Tatsache, daß die RAF in der deutschen Öffentlichkeit – auch von ihrer alten Linken – zum absoluten Bösen gemacht wurde, entstand ihr Reiz. Teile der Punks suchten, ohne daß dies je erklärt wurde, nach einer Übersetzung der Radikalität der RAF in eine kulturelle ästhetische Strategie; sie trennten die von der RAF geforderte Konsequenz von deren unmittelbarer Praxis, also auch von ihrer eigenen Position ab.

Ein Antikapitalismus, der jeden abstrakt zum »Opfer« erklärt, ohne die Frage zu stellen, wie sich dieses »Opfer« organisiert, setzt sich moralisch zwar immer ins Recht, gerät aber zunehmend ins Schleudern, wenn die Verhältnisse komplexer werden: Daß in der Erklärung zur Erschießung von Rohwedder die angeschlossene DDR-Bevölkerung ausschließlich in der Opferrolle begriffen wurde, mag ja menschlich nobel sein, politisch ist es ungefähr so radikal und den Verhältnissen entsprechend wie die Analyse irgendeines SPD- oder GRÜNEN-Abgeordneten. Wenn, wie es heißt, die im Kampf verwendeten Mittel der Analyse entsprechen müssen, kommen wir hier zu einem paradoxen Ergebnis: Wie kommt es dazu, daß sich eine Guerilla positiv auf ein ganzes Volk bezieht, dessen Opposition zu einem System, das es selbst gewählt hat, sich darin ausdrückt, im Schulterschluß mit seinen westlichen Brüdern und Schwestern Angehörige anderer Kulturen zu verfolgen?

Die richtige Erkenntnis, daß das Elend der Peripherie seine Ursache in den kapitalistischen Zentren hat und daß der Kampf um Befreiung internationalistisch gedacht werden muß, führte zu dem Entschluß, die Befreiungsbewegungen der 3. Welt, vor allem die des Vietcong, direkt und militant im Herzen der Bestie zu unterstützen. Die praktische und richtige Konsequenz war der Angriff auf die US-Army-Headquarters in der BRD und die Computerzentren, von denen aus die Bombardierung Nordvietnams gesteuert wurde. In dieser internationalistischen Perspektive verlor sich das Bewußtsein für die faschistischen Ten-

denzen in der deutschen Bevölkerung; die Kontinuität der deutschen Geschichte seit 1933 erscheint in den meisten Papieren der RAF nur verkürzt als Transformation vormoderner faschistischer Verhältnisse in die durch die USA kolonisierten.

So ist es erstaunlich, daß in der Begründung der Entführung von H.M. Schleyer dessen personalunionistische Verkörperung vom SS-Offizier im Dienste der faschistischen Kriegswirtschaft zum Arbeitgeberpräsidenten in der BRD nicht problematisiert wird; für die RAF ist er nur eine Marionette des US-Imperialismus, ein durch ihn an die Macht gebrachter deutscher Kapitalist.

Die Basis für diese Einschätzung und die daraus resultierende Form von Politik liegt in einer Analyse, die die gesellschaftliche Wirklichkeit zum Beispiel der BRD beschreibt als Teil eines imperialistischen Gesamtsystems, ein hierarchisch organisiertes Gebilde, in dem der US-Imperialismus die Führungsrolle hält, eine imperialistische Weltordnung, die ein klares Oben und Unten hat, einen Chef, eine Zentrale, einen Plan und ein Ziel. In dieser in den 80er Jahren benutzten Konstruktion gibt es keine Widersprüche innerhalb des herrschenden Lagers, keine Differenzierungen zwischen Opfern des Kapitalismus, und es gibt auch keine widersprüchliche Vorgehensweise zwischen EG-Politik und der der USA, zum Beispiel in Nicaragua oder gegenüber Kuba.

Diese These von einem gesamtimperialistischen Vollzugsplan ohne Widersprüche, Fehler und sich ändernden Taktiken verkennt die komplexe Wirklichkeit der weltweit stattfindenden Klassenkämpfe und erlaubt logisch nur eine Sicht von oben, die eben notwendig ist, um gut und böse einfach behaupten zu können. Durch die Konstruktion eines monolithischen Gegners schafft man sich natürlich ein Ziel, das man mit jedem Schlag, den man gegen es führt, auch trifft.

Hier liegt die Wurzel für einen Moralismus, der so schwierig zu kritisieren ist, weil seine Elemente nie direkt zur Sprache kamen. Ergebnis waren immer das schlechte Gewissen und die Unbeweglichkeit derer, die zwar aufgrund der skrupellosen Repressionspolitik des Staates mit dem Kampf der RAF solidarisch waren, ihre Politik und Organisationsform allerdings ablehnten. Die Konsequenz, mit der die RAF kämpfte, brachte andere, die nicht so kämpften, die nicht beweisen konnten, Opfer gebracht zu haben oder zumindest durch ihre Linientreue die Bereitschaft signalisierten, sie irgendwann zu bringen, in einen Begründungsnotstand.

Von seiten der RAF wurde immer mit dem schlechten Gewissen der anderen gearbeitet. Der permanente Hinweis auf die eigenen Opfer, die Gefangenen, die kaltblütig Erschossenen und die zu Tode Gefolterten hat jede Kritik an der RAF und an dieser Argumentationslogik abgewehrt. So baute sich eine autoritäre,

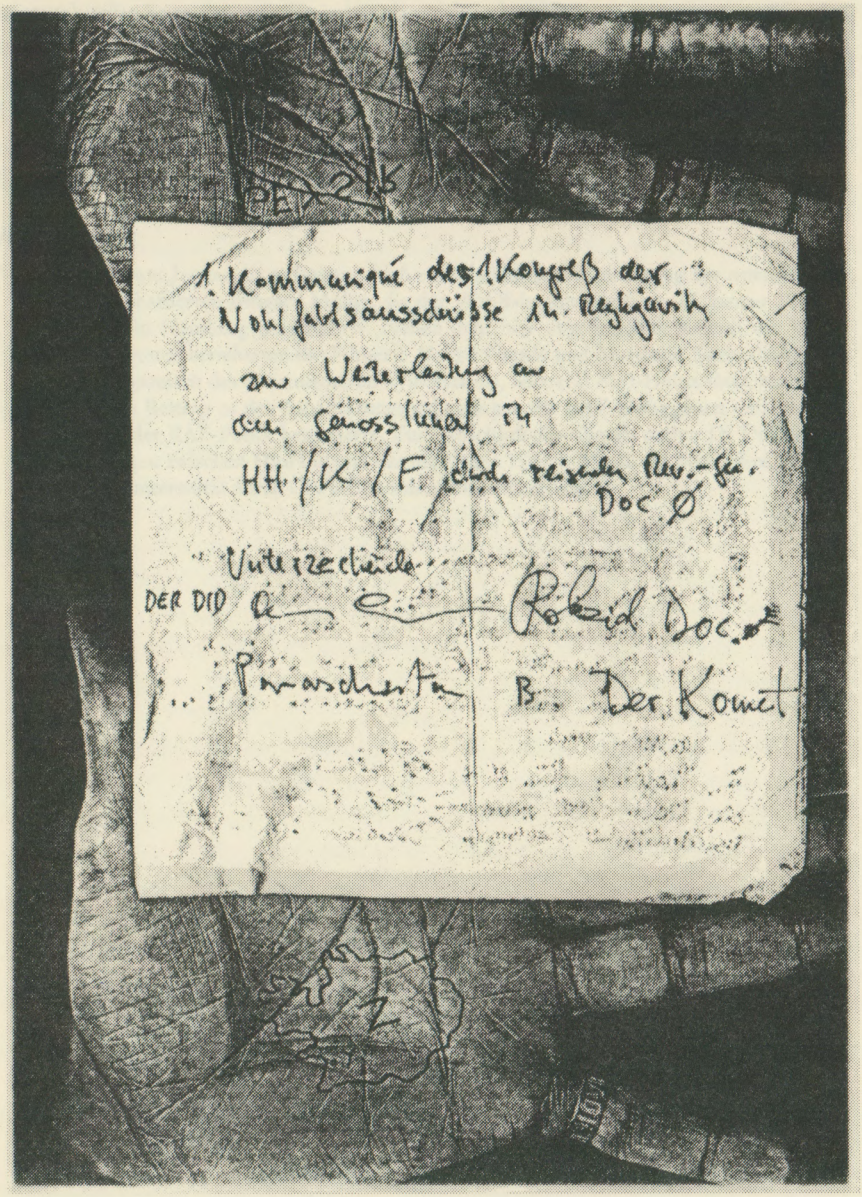
hierarchische Sprache auf, die jeder abweichenden Meinung, ja sogar zu Unwissenden, also allen Uneingeweihten, sofort den Verrat an der revolutionären Sache, die Ignoranz gegenüber den von der RAF gebrachten Opfer unterstellte. Unsere Veranstaltung sollte der Versuch sein, die bekannten Barrieren der Politik zu durchbrechen, um ohne das Klima der Vorwürfe, Rechthaberei und Opferbereitschaft eine breitere Basis zu finden.

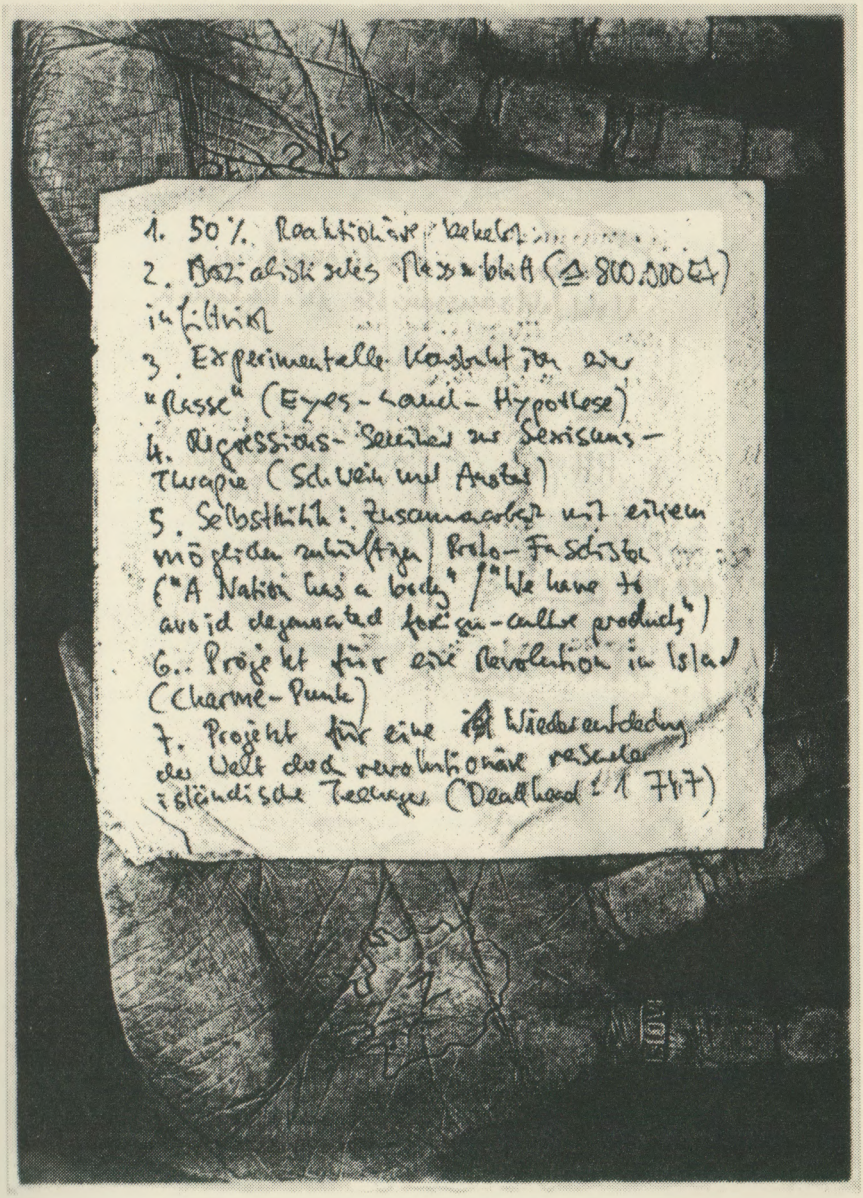
Anmerkung

* »Die schönste Jugend ist gefangen« hieß eine Solidaritätsveranstaltung zur nunmehr seit 22 Jahre inhaftierten Irmgard Möller, die der Wohlfahrtsausschuß am 17. Januar 1994 im Westwerk in Hamburg durchführte. Neben dem hier abgedruckten Referat des Wohlfahrtsauschusses berichteten die Filmerin Margit Czenki und Marianne Enzensberger aus den Anfangszeiten des antiautoritären Widerstands, während Karl-Heinz Roth einen eindringlichen Beitrag zu den Inhaftierungsbedingungen der RAF-Gefangenen und zur Einschätzung der RAF-Politk beisteuerte. Zum Abschluß des Abends suchte DJ Diedrichsen nach Bezügen zwischen HipHop und der militanten Hippie-Musik der 60er Jahre, choreographisch unterstützt durch Clara Drechslers Ironic Dancing.

Reise-WA

Das Island-Manifest


1. Kommuniqué des 1. Kongreß der
Wohlfahrtsausschüsse in Reykjavik
zur Weiterleitung an
den Genossinnen in
HH / K / F durch reisenden Rev.-Ges.
Doc Ø
Unterzeichnete
DER DID
Rokid Doc.
Der Komet


1. 50% Reaktionäre bekehrt
2. Sozialistisches Massenblatt (≙ 800.000 Ex)
infiltriert
3. Experimentelle Konstruktion einer
"Rasse" (Eyes-Land-Hypothese)
4. Regressions-Seminar zur Sexismus-
Therapie (Schwein und Auster)
5. Selbsthilfe: Zusammenarbeit mit einem
möglichen zukünftigen Proto-Faschisten
("A Nation has a body" / "We have to
avoid degenerated foreign-culture products")
6. Projekt für eine Revolution in Island
(Charme-Punk)
7. Projekt für eine Wiederentdeckung
der Welt durch revolutionäre reisender
isländische Teenager (Deadhead: 1 747)

17°C

Zeitung für den Rest

HistorikerINNEN, SammlerINNEN, ÄsthetINNen, ZynikerINNEN und dem ganzen übrigen antideutschen Gesocks

bieten wir die gesamten bisher erschienenen 8 Ausgaben der 17°C plus Bonusbroschüre „Urban Sound Clash" als Paket für DM 40 inkl. Porto an. Das gilt natürlich nur, solange der Vorrat reicht. Die jeweiligen Nummern sind auch einzeln erhältlich (Nr. 1–4 DM 4,50 + 1,50 DM Porto, ab Nr. 5 DM 6,– + Porto). Kontaktadresse: 17°C, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg. Bankverbindung: V. Schmidt, Sonderkonto, Konto-Nr. 713990-200, Postgiroamt Hamburg (BLZ 200 100 20). 4-Nummern-Abos inklusive Porto kosten DM 25.

Themenübersicht (Auszug):

Nr. 1: **Wissen, wann es Zeit ist zu gehen:** Deutschland nach der Annexion der DDR; **Ein Hoch der Deutschen linken:** Fordismus-Analyse/linker Nationalismus; **This is the real community charge:** Widerstand gegen die Poll Tax; **Drücken in Deutschland:** Linke und Drogendiskussion

Nr. 2: **Vom Krieg der Antisemiten und Imperialisten; Zur Situation des antifaschistischen Kampfes:** über die Niederlage des autonomen Antifaschismus; **Aids – Lüge und Wahrheit;**

Nr. 3: **Die Einheitsfront der Ausländerfreunde:** der Entwicklungsprozeß der Beschäftigung und Ausbeutung von Menschen aus anderen Ländern seit 1871; **Aids – Big Business kills Bambi; Kapitalismus und Lebenswelt, Teil 1:** Theorie des bürgerlichen Individuums bei Marx, von Günther Jacob; **Die Legende vom Rauch:** Kurzgeschichte von Mauricio Rosencof; **Wenn das Viertel erwacht:** Ottensen, der jüdische Friedhof und „unser Viertel"; **Kuba:** Bericht der Solidaritätsbrigade „José Martí"

Nr. 4: **Who will the West XXXX next:** Die Intervention des Westens in Jugoslawien; **Krauts to Hell:** Rostock-Lichtenhagen und die Restlinke; **Kapitalismus und Lebenswelt, Teil 2; Fototeil; Tupamaras; „Nie werden wir unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen":** Militante Praxis – Antwort auf rassistische Pogrome?; **Lang lebt die Revolution!:** Interview mit Fidel Castro

Nr. 5: **„Neue" Rechte in der Türkei:** Zur deutsch-türkischen Freundschaft; **Rassismus, Kultur und andere Dinge; „Demokratischer Faschismus"; Etwas besseres als die Nation:** Wohlfahrtsausschuß auf Tour; **Fototeil:** Zwillinge; **Kapitalismus und Lebenswelt, Teil 3; Ein Volk, ein Reich, ein Feuilleton:** die deutsche Rezeption von „Malcom X"; **comic & kultur**

Nr. 6: **Kulturalismus:** Der demokratische Rassismus; **Konkret-Kongreß und der Rasse-Diskurs; China:** Avantgarde-Kunstausstellung in Berlin; **Anarchisten in Moskau:** Interview mit Wadim Damier; **Etwas besseres als die Nation:** Resumees und Streit von u. a. Günther Jacob, Bernd Schulz, Isabelle Graw, Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe, Wohlfahrtsausschuß Hamburg

Nr. 7: **(Anti-)Rassistische Definitionsmacht; Aufruf zur Wachsamkeit; Die Autonomen:** Ursprünge und Entwicklung, Teil I; **Fotoseiten:** Totenkult in Mexiko; **New Funky Marxism:** Günther Jacob über die „Dokumentation" afroamerikanischer Texte; **Der Antifaschismus der DDR; Faszinosum Nationalsozialismus**

Nr. 8 (Aktuelle Ausgabe): **Is this real?** Quantenphysik und Relativitätstheorie; **Comics & Holocaust; Kapitalismus und Lebenswelt:** Kritiken; **Die Autonomen:** Teil II; **The Geto Boys:** Interview; **Sympathy for the Devil:** Günther Jacob zu (sub-)kulturellen Avantgarden und der Ästhetik des Bösen

Verlag Libertäre Assoziation

Frombeloff (Hrg.)

... und es begann die Zeit der Autonomie Politische Texte von Karl Heinz Roth

Karl Heinz Roth zählt zu den wenigen Vertretern der 68er-Generation, die den Anspruch auf eine radikale gesellschaftsverändernde Praxis nie aufgegeben haben.
Anhand ausgewählter und kommentierter Texte aus zwei Jahrzehnten sollen die Kontinuitäten und Brüche eines Ansatzes sozialrevolutionärer Politik in den Metropolen diskutierbar gemacht werden.

330 S. ISBN 3-922611-42-7 25,- DM

Der Pannwitzblick

Der „Pannwitzblick" enthält begleitende Texte zu dem Film der Medienwerkstatt Freiburg, der den Bogen von der filmischen Propaganda und vernichtenden Praxis der „Euthanasie" unter dem Faschismus bis zur heutigen Sterbehilfe schlägt, aber auch die alltägliche Diskriminierung von Behinderten thematisiert. Dieser Film hat wie kein anderer eine Auseinandersetzung unter Nicht-Behinderten über ihre verinnerlichten Vorurteile provoziert.
Texte u.a. von Udo Sierck, Theresia Degener, Karl Heinz Roth, Christian Geissler, Didi Danquart.

150 S. ISBN 3-922611-29-X 18,- DM

Tödliche Ethik Beiträge gegen Eugenik und 'Euthanasie'

Der kleine Band zur Kritik der Positionen des australischen „Bioethikers" und 'Euthanasie'-Propagandisten Peter Singer liegt in 2., erw. Auflage vor.

112 S. ISBN 3-922611-34-6 14,80 DM

PIZZA (Hrg.)

Odranoel

Die Linke – zwischen den Welten

„... ein ungewöhnliches, erfrischendes und gleichzeitig nachdenklich stimmendes Dokument über und von der internationalistischen Linken in der Bundesrepublik und in Lateinamerika. ...
Durch die facettenreichen und durchaus sehr unterschiedlichen Artikel entstand ein buntes Mosaik, das RAF-Mitglieder und Tupamaros ebenso zusammenführte wie unorganisierte Linke und ehemalige DKPlerInnen und feministische Aktivistinnen aus zwei Kontinenten. Dabei wird ein ordentliches Stück linker Geschichte und Gegenwart sichtbar, das in dieser Form so wohl noch nie dargestellt wurde. ...
Und tatsächlich ist es diese spürbare Lust an einer Auseinandersetzung, die das Buch so lesenswert macht." (LN, 10/92)
Eine „Pflichtlektüre". (ila, 12/92)
„... zusammen die ehrlichste und umfassendste Standortbestimmung der Autonomie." (Paranoia city Buchhandlung)

284 S. ISBN 3-922611-28-1 24,- DM

Nanni Balestrini

Der Verleger

Nach „Wir wollen alles" und „Die Unsichtbaren" liegt nun auch der neue Roman von Nanni Balestrini in deutscher Übersetzung vor. Der Tod des italienischen Verlegers und Revolutionärs Feltrinelli, der bei einem Bombenanschlag auf einen Strommasten ums Leben kam, steht im Zentrum dieses Buches, das in literarisch kunstvoller Weise Atmosphäre und Stimmungen der spannungsreichen Zeit im Italien der frühen 70er Jahre einfängt.
„Balestrinis Buch ist auch Nichtkennern der italienischen Szene ohne Einschränkung zu empfehlen." (AK)

164 S. ISBN 3-922611-23-0 20,- DM

Alles Readymade?! 20 Jahre Nautilus

Politische und literarische Bücher im Herbst 1994

Astrid Schmeda
EIN LEIDENSCHAFTLICHES INTERESSE AM WIRKLICHEN LEBEN / Roman
In Südfrankreich begegnen sich im Landhaus „Esperanza" die junge frauenbewegte Lyda und die gestandene Revolutionärin Ella (d.i. Clara Thalmann) und mit ihnen zwei Generationen von Frauen auf der Suche nach der Intensität eines „wirklichen" Lebens. Broschur, 29,80 DM

Abel Paz
DURRUTI. Leben und Tode des spanischen Anarchisten
Das Proletariat in Waffen: Zur Geschichte des Anarchismus anhand einer seiner legendärsten Gestalten. Die Lebensgeschichte dieses El Cid des Anarchismus dokumentiert über Durrutis persönlichen Werdegang hinaus die wichtigen Ideen und sozialen Bewegungen einer ganzen Epoche. Gebunden, 820 Seiten, 180 Fotografien, 68,- DM

Stewart Home
PURER WAHNSINN / Roman
»Dieses Buch ist böse, vulgär, pornographisch, gewalttätig ... und absolut brillant!« (New Musical Express) »Home tut das für die Welt des Buches, was die Sex Pistols für die Popmusik getan haben« (Melody Maker). Deutsche Erstausgabe. Klappenbroschur, 224 S., 29,80 DM

Timothy J. Clark
JACKSON POLLOCK
Abstraktion und Figuration. Kleine Bücherei für Hand & Kopf Bd. 39. Klappenbroschur, 16,- DM

Max Ernst
SCHNABELMAX UND NACHTIGALL
Poetische Bildwelten. Kleine Bücherei für Hand & Kopf Band 38. Klappenbroschur, 16,- DM

George Grosz
GROSZ BERLIN
Briefe, Bilder und Gedichte. Kleine Bücherei für Hand & Kopf Bd. 36. Klappenbroschur, 16,- DM

Sean McGuffin
DER MANN, DER MIT CHUCK BERRY GETANZT HAT
Stories aus Nordirland: Über Widerstand, Alkohol und Lebenslust. Klappenbroschur, 29,80 DM

Wiglaf Droste
SIEGER SEHEN ANDERS AUS
»Ein genauer und feinsinniger Beobachter unserer Zeit, schnell, witzig und akkurat. Literatur zur Zeit, Balsam für die, die in diesen Tagen dringend Trost benötigen« (Sender Freies Berlin). Broschur, 128 Seiten, illustriert, 19,80 DM

Franz Dobler
BIERHERZ / Flüssige Prosa
Über einige wichtige Dinge des Lebens: Bier, Literatur, Musik und eine kämpferische Gesinnung. Broschur, Seiten, 19,80 DM

DIE AKTION
Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst
Aus dem Inhalt der letzten Ausgaben: Heft 109/112= Sylvie Deneuve und Charles Reeve: **Reise durch ein krisengeschütteltes Amerika.** Beobach-tungen des Alltagslebens und analytische Notizen über die soziale und politische Situation in den USA. 68 Seiten, 8,- DM. Heft 113/119= **Im Inneren der Festung – Momentaufnahmen aus Europa.** Wie weiter? Analysen, Berichte und Vorschläge. Beiträge u.a. aus Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien, Irland. 116 S., 14,- DM. Heft 120/122= **Italien Dossier (II).** Martin Rheinlaender: **Integration und Klassenkampf (I).** 52 Seiten, 6,- DM. Drei ältere Hefte zum Kennenlernen für 10,- direkt vom Verlag (Vorauskasse).

verlegt bei Edition Nautilus

Fordert unseren neuen Gesamtkatalog an: Am Brink 10 / 21029 Hamburg

„Für mich ist der Nabel dagegen
eher der Anfang zu einer Lektüre,
ein Einstiegspunkt.“ MIEKE BAL
Texte zur Kunst
„Kunstgeschichte in Arbeit“
Juni 1994, 4. Jahrgang Nr. 14
Gereonshof 30 · 50670 Köln
Tel. 0221-1390445 · Fax 138229

Die Beute

Politik und Verbrechen - vierteljährlich

»Eine Zeitung zum Schmöckern, die so ganz nebenbei die eingefahrene Trennung zwischen Politik und Kultur aufhebt. Vierteljährlich.«
(Klenkes, Aachener Stadtmagazin)

»Löblich ist jedenfalls der Versuch, von der ›Betroffenheitsschreiberei‹ und dem ebenso elitären wie wehleidigen Gestus wegzukommen, der die alte Linke zuletzt in eine sektenhafte Ghettomentalität einschloß.« *(Badische Zeitung, Freiburg)*

»Radikale Kritik ist gegenwärtig nicht gerade gefragt. Eine Zeitschrift wagt einen neuen Versuch: mit durchaus bemerkenswerten Resultaten.« *(Tagesanzeiger, Zürich)*

»Lange haben wir beim Bier diskutiert, ob Die Beute – Untertitel ›Politik und Verbrechen‹ – wirklich ein guter Name für eine neugegründete linksradikale Zeitschrift ist ... Es handelt sich bei der Namensgebung offenbar um eine Art Pop-Stratagem – aus dem Wissen geboren, daß man heutzutage schon kräftig hinlangen muß, um mit ›linken Inhalten‹ noch einen Distinktionsgewinn zu erzielen.«
(Thomas Groß, die tageszeitung)

»Die Beute kommt nicht nur namensmäßig, sondern auch optisch recht flott daher. Gute Fotos, übersichtlich und ohne Pop-Mätzchen – gestalterisch gibt es wirklich nichts zu meckern.« *(Junge Welt)*

»Tatsächlich, ein erstes Durchblättern der »Beute« macht klar, daß hier in verschiedenen Revieren gejagt wird. Texte aus der politischen Theorie und Praxis stehen neben solchen, die gemeinhin als kulturell gelten. Es gibt keine künstliche Trennung durch Rubrikenbezeichnungen, die Übergänge sind fließend.«
(Wochenzeitung Zürich)

»Erlösung für den Einzelheinz« *(Wolfgang Höbel, Süddeutsche Zeitung)*

Vierteljährlich im Buchhandel & im Abonnement

je Heft 144 Seiten, Klebebindung, 14,-DM
4 Hefte im Abonnement 48,-DM

Edition ID-Archiv · Postfach 360205 · 10972 Berlin

Die Beute Nr. 3

(September 1994)

Sicherheitskonzepte

Mike Davis: Gewalt, Sicherheit, Urbanität * Daniel Stern: Zürich Kreis 5 * Cornelia Eichhorn/Jost Müller: Zur Warnung für das Publikum * Andreas Fanizadeh: Bad Kleinen und die Linke

Nancy Fraser: Feministische Intellektuelle in den USA. Interview * Jörg Stürzebecher: "Europa, Europa" * Critical Art Ensemble: Die elektronische Störung * Anke Feuchtenberger: Der Schatz. Comic * Marianne Kröger: Durruti und der spanische Bürgerkrieg * Udo Sierck: Diktatur der Prävention * Aidshilfe Frankfurt: Solidarität der Uneinsichtigen. Interview * Diedrich Diederichsen: Nation of Islam * Rembert Baumann: Anarchistische Zeitschriften * 1000 Zeichen: Bücher, Platten, Ausstellungen, Kongresse u.a.

Die Beute Nr. 1 (März 1994)

Zum Start

Paul S. Beatty: Gangsterism * Cornelia Eichhorn: Zwischen Dekonstruktion und feministischer Identitätspolitik * Aurelio Martinez/Etienne Largend: Aufstand in Chiapas * Florian Schneider/Antje Schuhmann: Der Regisseur als Chauffeur * Thomas Atzert: Tabubruch * Guido Spielhofer: Besetzen und besitzen in Zürich * NOlympics Berlin 2000. Ein Gespräch * Diedrich Diederichsen: Buch-Handlung-Welt * Roberto Ohrt: Das Wasser und die Straße am Hafen * Dagmar Ganßloser/Vanessa Barth: Drogenpolitik * autonome l.u.p.u.s.Gruppe: Der Faschismusvorwurf * Ali Neander: Dance Floor Market * Justin Hoffmann: München * Unterm Ladentisch: linke Zeitungen aus der Ex-DDR * 1000 Zeichen: Bücher, Platten, Ausstellungen, Kongresse u.a.

Die Beute Nr. 2 (Juni 1994)

Faschismus & Demokratie

Primo Moroni: Der "Fall Italien". Postfordismus und Neue Rechte. * Jörg Paulsen: Saboteure der Vernichtung * Jost Müller: Faschismus und Demokratie * Susanne Schultz: Zur Weltbevölkerungskonferenz

Klaus Walter: Brecht und HipHop * Abel Paz: Zur Durruti-Biographie * Andreas Fanizadeh: Im Gespräch mit Hermann L. Gremliza * Imran Ayata: Die Raps von King Size Terror übersetzt * Iceberg Slim: Mama Black Widow. Romanauszug * Gunter Blank: Zu Iceberg Slim * Christoph Kind: Bill Withers * Gilles Deleuze/Felix Guattari: Geophilosophie * Deniz Süreya: Zeitschriften von MigrantInnen * 1000 Zeichen: Bücher, Platten, Ausstellungen, Kongresse u.a.

Edition ID-Archiv · Postfach 360205 · 10972 Berlin

PUBLIKATIONEN VON AUTORINNEN UND AUTOREN DIESES BANDES

Cornelia Eichhorn/ Sabine Grimm (Hg.)

Gender Killer

Texte zu Feminismus und Politik

ca. 200 Seiten, ca. 24,– DM
(erscheint im Herbst 1994)

Günther Jacob

Agit-Pop

Schwarze Musik und weiße Hörer
Texte zu Rassismus und Nationalismus, HipHop und Raggamuffin

240 Seiten, 20,– DM (3. Auflage)

Max Annas/Ralph Christoph

Neue Soundtracks für den Volksempfänger

Nazirock, Jugendkultur und rechter Mainstream

175 Seiten, 22,– DM (3. Auflage)

Diedrich Diederichsen (Hg.)

Yo! Hermeneutics!

Schwarze Kulturkritik
Pop. Medien. Feminismus

240 Seiten, 36,– DM

BüroBert (Hg.)

Copyshop

Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit

240 Seiten, viele Abb., 38,– DM

autonome l.u.p.u.s - gruppe

Lichterketten und andere Irrlichter

Texte gegen finstere Zeiten

ca. 160 Seiten, ca. 20,– DM
(erscheint im Herbst 1994)

autonome l.u.p.u.s. - gruppe

Geschichte, Rassismus und das Boot

Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse

170 Seiten, 18,– DM (2.Auflage)

Jost Müller

Die Ideologie der »Neuen Rechten«

Zur historischen und aktuellen Dynamik von Faschismus und Konservatismus

ca. 160 Seiten, ca. 18,– DM
(erscheint im Herbst 1994)

Projektgruppe (Hg.)

Antifa

Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis

192 Seiten, 14,80 DM

Redaktion diskus (Hg.)

Küss den Boden der Freiheit

Texte der Neuen Linken

460 Seiten, 38,– DM

▼ Edition ID-Archiv ▲ Postfach 360205 ▲ 10972 Berlin ▼

Die Ausgangslage zumindest ist klar: seit es in Deutschland wieder Pogrome gibt – und vor allem: seit die dadurch erzeugte Stimmung von Politikern und Teilen der Medien dazu genutzt wurde, die »Lösung der Asylantenfrage« voranzutreiben – gibt es ein Unbehagen auch in der Subkultur. Alte Gewißheiten der hedonistischen Linken im Umfeld von Pop und Rock sind von einer Wirklichkeit überholt worden, mit der man so nicht gerechnet, die aber in ihren Auswirkungen unhintergehbar ist. ...Die Spiele der Achtziger sind verdorben, und kein "business as usual" kann sie zurückbringen. Soviel zur Situation, aus der heraus sich im Herbst 1992 der Hamburger Wolfahrtsausschuss gründete...

Thomas Groß, die tageszeitung

Mit Beiträgen von Diedrich Diederichsen, Alex Demirovic, Cornelia Eichhorn, Andreas Fanizadeh, Isabelle Graw, Sabine Grimm, Günther Jacob, Jutta Koether, l.u.p.u.s.-gruppe, Jost Müller, Udo Sierck, Marily Stroux, Mark Terkessidis und den Wohlfahrtsausschüssen.

ISBN: 3-89408-038-2